



Landtag von Baden-Württemberg

85. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 18. Februar 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Schluss: 17:51 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6053	Abg. Walter GRÜNE	6086, 6098
		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	6089
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)		Minister Stächele	6090
		Beschluss	6099
a) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr		c) Einzelplan 06: Finanzministerium	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4010	6053	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4006	
Abg. Boris Palmer GRÜNE	6053, 6059, 6076	d) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	
Abg. Schebesta CDU	6053	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4012	
Abg. Dr. Caroli SPD	6055, 6076	e) Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – Drucksache 13/3850	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6057, 6066	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4013	6101
Abg. Scheuermann CDU	6062	Abg. Reichardt CDU	6101
Abg. Göschel SPD	6064, 6077	Abg. Schmid SPD	6104, 6116
Minister Mappus	6067	Abg. Kleinmann FDP/DVP	6107
Beschluss	6077	Abg. Kretschmann GRÜNE	6110
Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) ...	6078	Minister Stratthaus	6112
b) Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum		Beschluss	6117
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4008	6079	2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Den Energiestandort Baden-Württemberg stärken – Drucksache 13/3956	6121
Abg. Kiefl CDU	6079	Abg. Knapp SPD	6122
Abg. Teßmer SPD	6081, 6096		
Abg. Drautz FDP/DVP	6084, 6097		

Abg. Oettinger CDU	6124	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4016	6137
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	6126	Beschluss	6138
Abg. Kretschmann GRÜNE	6129		
Minister Stratthaus	6131	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2004 bis 2008 – Drucksachen 13/3940, 13/4015 . .	6137
Abg. Drexler SPD	6135	Beschluss	6138
Beschluss	6137	Nächste Sitzung	6138
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2005 – Drucksache 13/3832			

Protokoll

über die 85. Sitzung vom 18. Februar 2005

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Straub: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 85. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist heute Herr Abg. Kurz.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel, Herr Minister Dr. Goll, Frau Ministerin Gönner und Herr Minister Köberle.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4010

Berichtersteller: Abg. Boris Palmer

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf zunächst den Berichtersteller fragen, ob er das Wort wünscht. – Das ist der Fall. Herr Palmer, Sie haben das Wort.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu früher Morgenstunde das Wort ergreifen, um auf das Problem der fehlenden Verständlichkeit des vorliegenden Einzelplans hinzuweisen. Wir haben hier eine Kumulation mehrerer negativer Effekte, auf die ich Sie aufmerksam machen möchte.

Die Gesamtsumme, das Volumen des Einzelplans, das im Vergleich zum Jahr 2004 um etwa 15 Millionen € zurückgeht, sagt wenig über die realen Entwicklungen in diesem Haushalt aus. Wir haben hier sowohl positive als auch negative Veränderungen buchungstechnischer Art, die zu Beginn dieser Debatte zumindest erwähnt werden müssen.

Auf der einen Seite hat sich der Landesrechnungshof mit seiner Forderung durchgesetzt, die bisher in Sonderpro-

grammen für den Landesstraßenbau ausgelagerten Titel zum ersten Mal im Haushalt zu veranschlagen, was das Haushaltsvolumen deutlich vergrößert. Auf der anderen Seite haben wir im Haushalt die Folgen der Verwaltungsreform zu verarbeiten, was das Haushaltsvolumen technisch verkleinert. Allerdings ist dies nur zum Teil vollzogen worden. Es wird in den nächsten Jahren schrittweise weiter vollzogen, sodass eine Vergleichbarkeit des vorliegenden Haushalts weder mit den vorhergehenden noch mit den unmittelbar nachfolgenden Haushalten gewährleistet ist. Dies macht die Bearbeitung dieses Haushalts technisch außerordentlich kompliziert, wie sich auch in meinen Gesprächen als Berichtersteller mit dem Ministerium gezeigt hat.

Ich möchte auf einen zweiten Punkt aufmerksam machen: Die Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente – NSI – hat jedenfalls ausweislich dessen, was wir in diesem Einzelplan nachlesen konnten, bislang keine greifbaren Resultate erbracht. Die Produktdefinition und wenige aussagekräftige Zahlen in diesem Plan sind sicherlich nur wenige Euro an Investitionen wert. Es muss auf jeden Fall darauf hingearbeitet werden, dass, nachdem hier so hohe Investitionen getätigt worden sind, dort in Zukunft klarere, aussagekräftigere Definitionen vorgenommen werden. Ansonsten wird man sich fragen dürfen, ob diese Investitionen gerechtfertigt gewesen sind.

Vielen Dank.

Präsident Straub: In der Aussprache erteile ich nun Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte bei meinen Ausführungen zum Einzelplan des Umwelt- und Verkehrsministeriums mit dem Bereich der Umweltpolitik beginnen und dabei den ersten Schwerpunkt auf die Klimapolitik legen.

Am Mittwoch ist das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten, ein Klimaschutzabkommen, dem inzwischen 141 Staaten beigetreten sind und in dem auch Reduzierungsziele für die CO₂-Emissionen in Deutschland festgelegt sind. Wir in Baden-Württemberg haben in schwieriger Haushaltssituation seit 2002 ein, glaube ich, allgemein anerkanntes Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ in diesem Bereich aufgelegt.

Allein durch das darin enthaltene CO₂-Minderungsprogramm werden bis 2025 rund 1 Million Tonnen CO₂-Emissionen eingespart. Das ist der Äquivalenzwert von 300 Millionen Litern Heizöl. Weil das alles so abstrakte Zahlen sind, nenne ich einen vielleicht greifbaren Vergleich: Damit

(Schebesta)

können 10 000 Ein- und Zweifamilienhäuser 15 Jahre lang beheizt und mit Warmwasser versorgt werden.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Ich glaube, das zeigt, dass das ein hervorragendes Programm ist, mit dem wir in schwierigen Zeiten einen wichtigen Schritt im Bereich der Klimapolitik gegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Obwohl wir für den Doppelhaushalt 2005/2006 über Kürzungen in erheblichem Umfang diskutieren mussten und sie verabschiedet werden, haben wir vonseiten der Regierungsfractionen mit einem Änderungsantrag im Finanzausschuss hier sogar noch einen neuen Akzent gesetzt, nämlich bei der Geothermie. Wir werden in jedem der beiden Haushaltsjahre 1 Million € für ein Programm zur Förderung der oberflächennahen Geothermie zur Verfügung stellen.

Zwei Drittel des Landes Baden-Württemberg sind für die Installation von Erdwärmesonden geeignet. Die Investitionen für ein Einfamilienhaus belaufen sich auf 15 000 bis 20 000 € gegenüber Investitionen für eine Gasheizanlage von 9 000 €. Dadurch wird klar, dass es gut tut, wenn wir in diesem Bereich durch einen Zuschuss einen Marktanreiz setzen. Dies tun wir mit diesem zusätzlichen Geld für die oberflächennahe Geothermie. Die für ein Jahr vorgesehenen Mittel reichen für die eineinhalbfache Menge des Zubaus, den wir im Jahr 2004 im Bereich der oberflächennahen Geothermie im Land gehabt haben. Ich glaube, wir werden im nächsten Jahr feststellen, dass mit diesem Schwerpunkt des „Klimaschutz-Plus“-Programms ein weiterer positiver Effekt erzielt worden ist.

Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich die Tiefengeothermie, für die gestern zusätzliche Mittel in den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums eingestellt worden sind, und weiteres Geld für das Projekt einer biogasbetriebenen Brennstoffzelle im Landkreis Böblingen.

Meine Damen und Herren, wir sprechen nicht nur in Sonntagsreden vom Klimaschutz, sondern wir tun auch in schwierigen Haushaltszeiten haushaltswirksam etwas für den Einsatz regenerativer Energien. Das ist meiner Meinung nach über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung wert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Insgesamt haben Sie immer weniger Geld! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich komme zu einem zweiten Punkt, bei dem es angezeigt ist, ihn beim Haushalt anzusprechen. Man sieht ihn auch, wenn wir zum Fenster hinausschauen. Leider gibt es ja hier im Plenarsaal des Landtags kein Fenster.

(Abg. Zeller SPD: Es gibt das virtuelle Fenster! – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Hoffmann CDU)

Aber wenn wir zum Landtag gehen und dabei über die unmittelbaren Folgen des Schnees nachdenken, dann kommt

natürlich auch der Aspekt zum Tragen: Was passiert, wenn der Schnee abschmilzt?

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Am vergangenen Wochenende hatten wir eine erste, kurze Wärmephase mit einer Temperaturerhöhung, und sofort sind überall auch die Pegel der Flüsse angestiegen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Erstaunlich!)

– Es müssen halt ein paar Sachen zusammenkommen, damit es wirklich zu einer möglichen Gefährdung kommt.

Der Leiter der baden-württembergischen Hochwasservorsorgezentrale, Peter Homagk, hat dies gestern auch in einem Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ dargelegt. Wenn in dieser Situation bei gefrorenem Boden ein Wärmeeinbruch und ergiebige Regenfälle, also Schmelzwasser und Niederschlag zusammenkommen, dann ist das eine Kombination, die zu Hochwasser führen kann. Wichtig sind nicht nur die Diskussion über 200-jährliche Hochwasser und die Frage, wann diese 200-jährliche Hochwasser kommen, sondern wir haben dann vielleicht schneller als uns recht ist auch ganz konkret direkte Gefahrensituationen an bestimmten Orten.

Deshalb ist das Integrierte Rheinprogramm für den Hochwasserschutz im Bereich der Gewässer I. Ordnung wichtig. Wir würden gerne mehr tun. Die Ansätze, die wir eingestellt haben und die wir vonseiten unserer Fraktion mittragen werden, sind eine Folge der Haushaltssituation. Mit diesen Landesmitteln – 13,2 Millionen € im Jahr 2005 und 12 Millionen € im Jahr 2006 – kann aber zum Beispiel auch der erste Bauabschnitt des Polders Rheinschanzinsel im Jahr 2006 begonnen werden.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Was ist mit den Oberliegern?)

Wir werden dieses Programm weiterführen.

Meine Damen und Herren, sowohl im Bereich Klima als auch im Bereich Hochwasser kommen Aufstockungsanträge, und es ist ja das gute Recht der Opposition, diese zu stellen. Die SPD macht sich gelegentlich geringere Mühe, für die konkreten Anträge Deckungsvorschläge zu bringen. Der Vorschlag der Grünen ist bekannt, über eine Erhöhung des Wasserpennings, auch für die Industrie, zusätzliche Mittel für den Hochwasserschutz bereitzustellen.

Ich weiß nicht, Herr Kollege Palmer, ob auch Sie am vergangenen Mittwoch beim Parlamentarischen Abend der Elektrizitätswirtschaft waren;

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das Essen habe ich mir entgehen lassen!)

Kollege Witzel von Ihrer Fraktion war da. Dort hätten Sie sich vortragen lassen können – Herr Kollege Witzel kann Ihnen das auch noch einmal bestätigen –, dass der Strompreis für die Industrie in Deutschland verglichen mit dem Wert des Jahres 1998 auf einen knapp geringeren Wert gefallen ist, dass sich aber der Anteil dessen, was über Abgaben und Steuern dabei erhoben wird, in diesem Zeitraum,

(Schebesta)

seit 1998 – es mag Zufall sein, dass die Zahl „1998“ in der Folie aufgetaucht ist –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein!)

verzehnfacht hat, nämlich von 0,19 Cent auf 1,9 Cent pro Kilowattstunde. Dies zeigt, glaube ich, dass man angesichts eines deutschen Strompreises für die Industrie, der am zweithöchsten innerhalb der Europäischen Union ist, mit solchen Vorschlägen sehr vorsichtig sein muss.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bei Helmut Kohl gab es mal einen Kohlepfennig!)

Man muss darauf achten, dass man nicht an der Realität vorbeischaut, wenn man meint, man könne im Bereich der Industrie durch eine zusätzliche Belastung das Geld erwirtschaften. Das geht so unseres Erachtens jedenfalls im Bereich der Industrie nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir sprechen uns wieder, wenn die Industrie in Karlsruhe unter Wasser steht!)

In der zweiten Runde wird Herr Kollege Scheuermann auch auf das Thema Verkehr eingehen.

Ich möchte als Letztes einen haushaltstechnisch kleineren Punkt ansprechen, den ich aber auch für sehr wichtig halte: Wir haben mit dem Änderungsantrag, der von den Regierungsfractionen im Finanzausschuss eingebracht worden ist, die Zuschüsse für das freiwillige Ökologische Jahr auf einen Stand gesetzt, der uns erlaubt, die Zahlen der Einsatzstellen dort zu halten. Ich glaube, auch das ist in diesen Zeiten, in denen wir haushaltspolitisch stehen, erwähnenswert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Umweltpolitik wird noch viel zu sehr mit Einschränkungen für die Menschen und Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft in Verbindung gebracht. In der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Umweltpolitik 2004 mit Datum vom 27. Januar 2005 wird dagegen festgestellt, dass Umweltpolitik und Ökoinnovation Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und erhalten und daher zur Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beitragen.

Der Umfang des in Expansion begriffenen Weltmarkts für Umweltgüter und Dienstleistungen wird auf über 500 Milliarden € geschätzt. Die Ökoindustrie hat europaweit über 2 Millionen Beschäftigte und wächst mit etwa 5 % pro Jahr weiter.

Weil dies alles schlichtweg wahr ist, muss die Landesregierung und müssen Sie, die Fraktionen von CDU und FDP/DVP, endlich begreifen, dass die Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe unser Land zukunftsfähig macht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schebesta CDU: Dafür brauchen wir Sie nicht!)

Meine Damen und Herren, mit dem Kyoto-Protokoll, das am 16. Februar 2005 in Kraft getreten ist, verpflichtet sich Deutschland im Rahmen der EU-internen Lastenverteilung dazu, die Emissionen der direkt wirkenden Treibhausgase bis 2012 um 21 % gegenüber 1999 zu verringern. Bis 2002 wurde auf Bundesebene ein Rückgang um 18,6 % erreicht. In Baden-Württemberg hingegen liegen die jährlichen Treibhausgasemissionen auf nahezu unverändertem Niveau.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Im Umweltplan hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2005 auf unter 70 Millionen Tonnen bzw. bis 2010 auf unter 65 Millionen Tonnen zu verringern. Doch was stellen wir fest? 2002 lag die energiebedingte CO₂-Fracht im Land noch bei 78,5 Millionen Tonnen und ist im Folgejahr sogar noch weiter angestiegen. Da kann ich nur sagen: Versagen auf der ganzen Linie.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schebesta CDU: Ziehen Sie doch mal einen Vergleich mit anderen Ländern!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat mehrfach vollmundig die Förderung des Energiesparens und die Förderung des Einsatzes neuer Energien versprochen. Doch jetzt wird das ohnehin mickrige Klimaschutzprogramm, das Herr Schebesta gerade angesprochen hat, weiter gekürzt.

(Abg. Schebesta CDU: Wir haben es doch im Finanzausschuss um 1 Million € erhöht!)

Wenn Sie in dieser Art und Weise weitermachen, so ist weder die nötige Energiewende machbar, noch wird der anstehende Atomausstieg energiepolitisch sinnvoll flankiert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Atomausstieg steht nicht an!)

1996 hat das Land noch knapp 17 Millionen € für Investitionen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgegeben; im Jahr 2005 sind es gerade mal annähernd – ich habe einmal bei den verschiedenen Haushaltstiteln alles zusammengezählt – 11 Millionen €, und dies bei gleichzeitig stark gestiegenen Anstrengungen des Bundes.

(Abg. Schebesta CDU: Ist da die Geothermie schon dabei?)

– Ja, ja. Hören Sie auf mit der Geothermie! Sie wissen doch, dass dafür nur 2 Millionen € zur Verfügung stehen. Das ist doch auch ein äußerst magerer Ansatz.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! – Beifall des Abg. Fischer SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sind 3 Millionen €! – Abg. Alfred Haas CDU: Wo nehmen Sie denn das Geld her? Sagen Sie mal etwas zum Geld! Rothaus verkaufen?)

Meine Damen und Herren, wie gebannt starrt die Landesregierung auf die fünf Kernkraftwerke im Land und vergießt Krokodilstränen über deren Abschaltung, anstatt sich um Ersatzinvestitionen zu bemühen.

(Dr. Caroli)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie mal etwas zum Geld!)

Ihr Gerede über längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und gar über einen potenziellen AKW-Neubau verhindert Ersatzinvestitionen, die wir für den Energiestandort Baden-Württemberg dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Das ist ja etwas ganz Neues als Ursache-und-Wirkungs-Analyse! Also alles, was recht ist!)

Sie haben zwar endlich begriffen – Herr Hauk, jetzt kommt ein kleines Kompliment –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Auf das Kompliment kann man verzichten!)

dass in einem Energiemix die Geothermie als Grundlastenergeträger die ideale Ergänzung zu Wind- und Wasserkraft, zur Sonnenenergie und zur Biomasse darstellt.

(Abg. Hauk CDU: Über welche Größenklasse reden wir? Das ist die Frage!)

– Hören Sie erst mal zu, Herr Hauk.

(Zuruf von der SPD: Das fällt ihm schwer!)

Wenn Sie aber derart bescheidene Fördermittel einstellen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo nehmen Sie denn das Geld her? Sagen Sie mal etwas zum Geld! Kennen Sie die Verschuldungslage des Landes?)

werden wir trotz geradezu hervorragender Potenziale von der deutschen und der internationalen Entwicklung abgehängt werden, wie dies bei der Windkraft bereits geschehen ist, gegen die Sie ja zu Felde ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Geld spielt keine Rolle! – Abg. Hauk CDU: Sie mobilisieren doch gar keine Kapitalkraft für Windkraft!)

– Herr Hauk, ich weiß genau, dass Sie das nicht gerne hören. Aber die Wahrheit tut halt zuweilen weh.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben kein Geld, Herr Caroli!)

Von den über 40 000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich profitiert Baden-Württemberg kaum.

(Abg. Alfred Haas CDU: Gehen Sie mal nach Freiburg, Herr Caroli!)

Das Gleiche gilt leider für die über 130 000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien insgesamt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der kann nicht über Lahr hinausblicken!)

Sie werden das von Ihnen gesteckte Ziel der Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010 nicht erreichen. Deshalb appelliere ich an Sie, den Erhöhungsanträgen zuzustimmen.

Lassen Sie mich nun ein zweites Umweltthema ansprechen. Der tägliche Flächenverbrauch in Baden-Württemberg von 12 Hektar, der sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes auf über 15 Hektar pro Tag steigern wird, veranlasst mich zu folgendem Zitat:

Unsere Böden sind eine begrenzte Ressource. Es ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens nötig, um den notwendigen Bewusstseinswandel zu erreichen und die Akzeptanz für konkrete Maßnahmen zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu fördern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: War das Müller? – Abg. Alfred Haas CDU: Der Landtag macht Flächennutzungspläne?)

Wegen der treffenden Formulierung könnte das Zitat von mir sein.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ist es aber nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Alles Müller, oder was? – Abg. Alfred Haas CDU: Fakt ist, dass Sie als Gemeinderat anders handeln!)

– Sehr geehrter Herr Haas, das Niveau Ihrer Zwischenrufe ist bekannt.

(Zurufe, u. a. des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich komme noch einmal auf das Zitat zurück. Ich sagte, wegen der treffenden Formulierung könnte es von mir sein. Ist es aber nicht. Der Autor heißt Mappus.

(Abg. Fischer SPD: Oh! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat er aber bei Müller abgeschrieben!)

Meine Damen und Herren, es genügt nun aber leider nicht, Richtiges immer wieder zu wiederholen und auf Glanzpapier zu drucken; es muss auch etwas geschehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die zaghaften Einstiege mit dem MELAP-Programm oder dem Aktionsbündnis „Flächen gewinnen“ haben bisher kaum Wirkung erzielt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sind ja auch nicht von ihm!)

Der Flächenverbrauch setzt sich leider ungehindert fort.

(Abg. Hauk CDU: Auch in Lahr werden riesige Flächen verbraucht! – Abg. Alfred Haas CDU: Wenn jemand unnütz Flächen verbraucht, dann ist das Lahr! Da liegen Flächen brach, in Lahr!)

Nun noch einige Ausführungen zum Hochwasserschutz. Das Integrierte Rheinprogramm für einen verbesserten Hochwasserschutz, das – zumindest offiziell – von allen Fraktionen dieses Hauses unterstützt wird, ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Erst im letzten Haushalt wurde es merklich besser ausgestattet. Wie die Erinnerungen an das

(Dr. Caroli)

Elbe-Hochwasser verblassen, so schrumpfen auch die Mittel für den Hochwasserschutz wieder zusammen.

(Abg. Schebesta CDU: Das könnte auch etwas mit Geld zu tun haben!)

Die im Haushalt eingeplanten 15 Millionen € sind mit Blick auf die prognostizierten Schäden in Höhe von 6 Milliarden € bei einem 200-jährlichen Hochwasser geradezu unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE:
So ist es! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Meine Damen und Herren, das Wetter der letzten Tage muss uns doch zu denken geben.

(Abg. Hauk CDU: Wir reden vom 200-jährlichen Hochwasser!)

Ein Wärmeeinbruch, verbunden mit ergiebigen Regenfällen, führt zur Hochwassergefahr. Eine Kombination aus steinhart gefrorenem Boden, kräftigen Niederschlägen und Schmelzwasser kann es jederzeit geben. Deshalb müssen wir uns für den Katastrophenfall wappnen und zügig die noch fehlenden Retentionsflächen schaffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Haushalt sind aber nicht einmal so viele Mittel eingesetzt, dass 2005 und 2006 die Baumaßnahmen in Angriff genommen werden können, die bis zur Baureife geplant und genehmigt sind. Ich kann dies am Beispiel der bereits angelegten Maßnahme Polder Rheinschanzinsel – Herr Schebesta, auch Sie haben davon gesprochen – bei Philippsburg nachweisen. 2005 und 2006 könnten dort aus der Sicht des Bauträgers insgesamt 14 Millionen € abfließen. Tatsächlich veranschlagt wurden aber nur 5 Millionen €. Ich fordere Sie deshalb auf, unserem Antrag auf Erhöhung dieser Mittel zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von CDU und FDP/DVP in der Umweltpolitik so weitermachen, verfehlen Sie nicht nur gänzlich Ihre selbst formulierten Ziele im Umweltplan, sondern gefährden auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich fordere Sie auf, den Stellenwert der Umweltpolitik als bedeutender Zukunftsaufgabe endlich zu begreifen und danach zu handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Verkehr steht unter der Generalüberschrift „Knappe Mittel – nur das Notwendige“, der sich die Koalitionsfraktionen unter dem Aspekt „So wenig neue Schulden wie möglich“ unterworfen haben. Ich werde in meiner Rede diesmal bewusst nicht nur Zahlen aufführen, weil die ja

auch schon reichlich genannt worden sind. Außerdem gibt es eine Menge Bereiche, in denen auch ohne Geld Wichtiges bewegt werden kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist immer gut!)

Leider gibt es gerade im Verkehrsbereich viele Fälle, in denen das Land nur wenig bewegen kann, weil hierfür der Bund zuständig ist. Ich nenne zum Beispiel das Thema Güterverkehr: Die Verlagerung von Verkehr von Straße auf Schiene und Wasserstraße kommt immer noch viel zu wenig voran, weil die Logistik sowie die Fragen, wer für das Schienennetz zuständig ist und Prioritäten festlegen darf und was unsere Binnenschifffahrt bremst, nicht geklärt sind.

Der Herr Ministerpräsident hat vorgestern – neben der von ihm völlig zu Recht angesprochenen Gäubahn – Defizite in unserem Schienennetz benannt. Vielleicht sollte man einmal auch Mittel aus einem ganz anderen Topf suchen. Da hat er ja Recht. Es ist immer noch eine Kriegsfolgelast, dass die Gäubahn nur eingleisig ist. Aber es sind auch die Südbahn zu nennen, der für die Magistrale wichtige Ausbau Kehl–Appenweier und die Rheintalstrecke für die Alpentransversale, bei der es sogar vertragliche Verpflichtungen gibt, die zurzeit nicht eingehalten werden.

Natürlich ist auch Stuttgart 21 zu nennen. Stuttgart 21 ist glücklicherweise wieder ein Stück vorangekommen. Unser Dank geht ausdrücklich an Herrn Minister Mappus und an Herrn Ministerpräsidenten Teufel, die sich so massiv für dieses für Baden-Württemberg grundlegend wichtige Projekt einsetzen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP und bei Abgeordneten der CDU)

Probleme sind leider bei der Finanzierung im Nahverkehr zu befürchten. Der Bund will die Regionalisierungsmittel zurückfahren. Es gibt dafür überhaupt keinen sachlichen Grund. Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen. Das ist sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Andererseits müssen wir beim Nahverkehr den Wettbewerb unter den Betreibern in den kommenden Jahren weiter ausbauen.

Stichwort Binnenschifffahrt: Hier steht der dringend wichtige Ausbau der Neckarschleusen an; damit ist auch ein Umweltgesichtspunkt verbunden, weil man damit auch in der Wasserkraft, die bei uns nach wie vor die wichtigste Alternativenenergie in Baden-Württemberg ist, wesentliche Verbesserungen erreichen könnte.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Der Bund muss endlich die Übertragung der stillen Reserven im Betriebsvermögen wieder einführen. Wenn § 6 b des Einkommensteuergesetzes – das wird in der Binnenschifffahrt besonders deutlich – nicht wieder eingeführt wird, kostet das unsere Mittelständler die Substanz. Es ist für einen Partikulier schlicht nicht möglich, sein Schiff zu verkaufen, weil er dann sofort Insolvenz anmelden muss. Wenn er die stillen Reserven versteuern muss, kann er kein neues Schiff kaufen, sondern hat er einen Haufen Schulden

(Heiderose Berroth)

auf der Hücke. Sein ganzes Lebenswerk ist dadurch gefährdet. Das darf und kann nicht sein.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich erwarte auch, dass Baden-Württemberg über den Bundesrat nochmals initiativ wird. Offensichtlich ist noch nicht so richtig deutlich geworden, wie nachdrücklich dieses Problem ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gut, aber jetzt reden wir über den Landeshaushalt!)

Dann wurde von Dr. Caroli angesprochen, dass die leichte Reduzierung der Mittel im Umweltbereich den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gefährde. Ich sage Ihnen, der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist durch etwas ganz anderes gefährdet. Das wird auch von den Kammern und den Wirtschaftsverbänden laufend angemahnt. Offensichtlich wollen Sie es aber nicht hören. Es ist nämlich so, dass Wirtschaft und Verkehr siamesische Zwillinge sind.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es geht eben bei Verkehrsthemen nicht nur um das Vergnügen der Autofahrer, sondern das hat in aller Regel auch etwas mit Broterwerb, mit Arbeitsplätzen und mit dem Bruttosozialprodukt zu tun. Wir müssen deshalb im Land den Generalverkehrsplan fortschreiben, weil sich die Situation, in der er aufgestellt worden ist, inzwischen verändert hat. Es sind andere Industriebereiche angesiedelt worden, und Verkehrsströme haben sich verlagert. Wir haben bei den Landesstraßen – weil Sie den Landeshaushalt anmahnen, der in diesem Bereich wirklich massiv vom Bund abhängig ist; das will ich hier einmal deutlich machen – festgelegt, dass uns bei beschränkten Mitteln Erhalt und Ausbau wichtiger sind als Neubau. Aber ich finde es ausgesprochen positiv, dass die zwei Sonderprogramme ungekürzt weiterlaufen. Wir werden dazu kommen müssen, diese gelegentlich auch in den Landeshaushalt zu überführen, weil die Regelung, die im Moment gilt, zwar besser als gar nichts ist – sie war nicht anders zu machen –, aber eigentlich auch wieder in den Haushalt hineingehört.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist richtig! – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber was nun Wirtschaft und auch Lebenssituationen in Baden-Württemberg immer häufiger beeinträchtigt, ist Stau, Stau, Stau. Beispiel: Dienstagabend. Jetzt können Sie natürlich sagen: Blitzeis ist etwas ganz Besonderes. Aber was ich in den drei Stunden erlebt habe, die ich gebraucht habe, während es sonst eine halbe Stunde Weg ist, das war eines:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mein Zug war pünktlich!)

Da hat sich keiner quer gestellt. Da sind alle vernünftig Auto gefahren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer an solchen Tagen ins Auto steigt, ist selber schuld, Frau Kollegin!)

Es gab auch überhaupt keinen Blechschaden, den ich gesehen hätte, sondern es war schlicht und ergreifend so: Wenn

Sie die gleiche Menge Autos nur mit der halben Geschwindigkeit über das Verkehrsnetz fahren lassen, reicht dieses Netz nicht mehr aus, weil es zu eng ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie lösen wir dieses Problem im Landeshaushalt, Frau Kollegin?)

Es hat sich einfach die Stauschlange in den eigenen Schwanz gebissen. Deshalb müssen wir bestimmte Bereiche im Netz ausbauen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wegen des Glatteis?)

Von Berlin kommt zu wenig Geld. Dort hängt das Problem. Die Investitionsquote bei Schiene und Straße wird seit drei Jahren abgesenkt. Das ist verkehrspolitisch völlig unverantwortlich. Selbst bei dringend nötigen Maßnahmen, zum Beispiel der B 464 in Magstadt, muss um einen Teilbetrag von 5 Millionen € jahrelang verhandelt werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt reden wir doch einmal über den Landeshaushalt!)

Dabei würde diese Maßnahme sowohl das Leonberger Dreieck als auch das Stuttgarter Kreuz nachhaltig entlasten. Sie war deshalb auch ausdrücklich im ursprünglich einmal von der Bundesregierung ausgelobten Programm zur Fußball-WM 2006 enthalten. Klammheimlich hat sie das alles wieder eingesammelt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dieser Vergleich ist bössartig!)

Zum Anteil an Mitteln, den Baden-Württemberg aus dem Bundesfernstraßenprogramm bekommt: Ich habe deshalb den Minister angeschrieben und die Antwort bekommen, dass die Quote für Baden-Württemberg inzwischen erfreulicherweise von 11,3 % im Jahr 1992 auf 12,1 % angestiegen ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das könnte man wissen, wenn man den Bundesverkehrswegeplan liest! Das steht im Gesetz, Frau Kollegin!)

– Das war ja nur der einleitende Satz, Herr Kollege.

Leider ist nichts darüber ausgesagt, wie das zustande kommt, aber es wird ausdrücklich erwähnt, dass es keinen Topografie-Korrekturfaktor gibt. Es wird auch erwähnt, das könne man wohl im Bundesrat nicht durchsetzen, weil es zu viele andere gebe, die von der jetzigen Regelung profitierten. Wenn dem so ist, Herr Minister Mappus, müssen wir durchaus, denke ich, überlegen, ob wir nicht auch einmal Klage erheben. Wir haben seit Jahrzehnten einen Rückstand in der Straßensituation, weil dieser Faktor nicht mit drin ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sollten uns nicht damit zufrieden geben.

Thema Maut: Die Maut ist nach schwieriger Schwangerschaft und langen schmerzhaften Wehen jetzt endlich erfolgreich auf der Welt.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die schwangere Maut!)

(Heiderose Berroth)

Aber, wie vermutet, gibt es viele Mautflüchter. In Ihrer Antwort, Herr Minister Mappus, auf meine Anfrage vom Juli 2003 – die Antwort wurde natürlich noch von Herrn Minister Müller gegeben –, Drucksache 13/2302, hat die Landesregierung die Möglichkeit einer Ausdehnung der Mautpflicht auf Bundesstraßen für solche Fälle positiv dargestellt. Wird das Ministerium jetzt entsprechende Maßnahmen ergreifen?

Ein weiteres Thema der Verkehrssicherheit: Führerschein mit 17.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Steht das im Landeshaushalt?)

– Nein, das ist etwas, was man ohne Geld machen kann und was deshalb dringend angepackt werden muss.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann reden wir doch an anderer Stelle darüber!)

Wir brauchen eigentlich nicht auf die Beendigung des übrigens sehr positiv verlaufenden Projekts in Niedersachsen zu warten. Schließlich gibt es in der Schweiz, also nicht allzu weit weg und genau nachfragbar, seit mindestens 50 Jahren einen flächendeckenden Feldversuch, der äußerst erfolgreich ist.

Ich nenne weiter das Problem der zu geringen Dimensionierung der Rastanlagen an den Bundesfernstraßen. Ich verweise hier auf die Drucksache 13/3767, die wir in der nächsten Ausschusssitzung behandeln.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welcher Haushaltstitel ist dieses Thema?)

Auch da muss das Land überlegen, nachdem der Bund sich nicht für voll zuständig erklärt, was wir tun können und müssen, um zum Beispiel ein Projekt PPP, nämlich Partnerschaft zwischen der privaten und der öffentlichen Hand, auf den Weg zu bringen. Es ist ein Verkehrssicherheitsproblem. Das wurde auch in der Presse reichlich aufgegriffen.

Die nächste Frage, die wir beim Verkehr dringend angehen müssen und die auch mit Umwelt zu tun hat, ist, wie wir es endlich hinkriegen, die externen Kosten des Verkehrs direkt dem Verkehr zuzuordnen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zum Landeshaushalt!)

Die Internalisierung externer Kosten hat auch etwas mit dem Arbeitsplatzverlust im Land zu tun. Beispiel: Zuckerrübenbauer, die jetzt durch brasilianische Importe gefährdet sind. Wenn wir eine Kerosinsteuer, wie sie auch in der Diskussion ist, hätten, wären die Importe vielleicht auch nicht mehr so einfach und sinnvoll. Unsere Fraktion wird das Thema „Internalisierung externer Kosten“ in Kürze wissenschaftlich vertiefen. Nutzerfinanzierung und PPP müssen Themen bleiben.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Bei der Kerosinsteuer frage ich mich: Gilt jetzt: „Europa freundet sich mit der Kerosinsteuer an“, wie es im „Han-

delsblatt“ vom 7. Februar steht, oder: „Fliegen gegen Armut“ – „Heilbronner Stimme“ vom 8. Februar –, oder eben doch: „Wenig Chancen in der EU“, FAZ vom 16. Februar?

Ich halte die Lösung, diese Einnahmen für die Dritte Welt, für Entwicklungsländer zu verwenden, für äußerst interessant, weil das der einzige Weg zu sein scheint, das durchzusetzen.

Ich spreche mich hier ausdrücklich für eine Kerosinsteuer aus, wenn sie mindestens europaweit umgesetzt wird – sonst hat sie überhaupt keinen Sinn –, eigentlich brauchen wir sie weltweit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Mit diesem Thema, das den Übergang zum Umweltbereich darstellt, höre ich im Moment auf und fahre in der zweiten Runde fort.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Mappus! Durch Ihren ersten Haushalt zieht sich wie ein roter Faden der Begriff der „schwarzen Null“.

(Abg. Göschel SPD: Ist auch ein schwarzer Faden!)

Sie haben diesen Begriff vor wenigen Tagen bei einer Pressekonzferenz eingeführt. Sie haben Stuttgart 21 mit dem Begriff der schwarzen Null in Verbindung gebracht, und einer Ihrer Oberministerialen hat gesagt: Wenn das Projekt nicht ganz wirtschaftlich ist, werden wir seitens des Landes eben mehr Zuschüsse geben; dann wird es eine schwarze Null; dann wird es wirtschaftlich.

Das ist eine Vorstellung von Wirtschaftlichkeit, die man auch im Staatsmonopolkapitalismus verwenden könnte. Ihre schwarzen Nullen machen uns noch große Sorgen. Ich will Sie daran erinnern, was der Herr Fraktionsvorsitzende Oettinger gestern gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn man mit der anderen Seite pokern will, sollte man die Karten in der Hand behalten und nicht auf den Tisch legen. – Wenn Sie der Bahn von vornherein sagen: „Wenn ihr mit der Wirtschaftlichkeit nicht zurecht kommt, dann legen wir mehr Geld drauf“, dann ist doch klar, dass die Sie über den Tisch ziehen werden. Ich glaube, als Nachfolger von Herrn Oettinger als Fraktionsvorsitzender sind Sie noch nicht ganz geeignet, jedenfalls was Ihre Pokerkünste angeht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Steht das auch im Landeshaushalt?)

Im Übrigen hat es bei Ihnen System, der Deutschen Bahn Geld hinterherzuwerfen. Ich erinnere daran, dass Sie einen Verkehrsvertrag ohne Wettbewerb abgeschlossen haben: über 13 Jahre, mit einem Volumen von 4,6 Milliarden €. Diesen Vertrag beanstandet die EU mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Es ist bei Ihnen einfach Prinzip: Wenn es der Deutschen Bahn gut tut und damit das Wohlwollen

(Boris Palmer)

für Stuttgart 21 gekauft werden kann, werfen Sie denen das Geld hinterher, ohne Sinn und Verstand.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Was das Thema Regionalisierungsmittel angeht, Herr Kollege Hofer, können wir im Jahr 2006 dankenswerterweise seitens des Bundes um 40 Millionen € höhere Zuschüsse verzeichnen als noch im Jahr 2004. Von diesen zusätzlichen 40 Millionen € für den öffentlichen Nahverkehr in Baden-Württemberg sieht man allerdings am Ende nichts. Im Gegenteil: Sie haben für den laufenden Fahrplan zum Teil Züge, die mit über 300 Pendlern besetzt sind, aus dem Fahrplan gestrichen und wollen insgesamt um 10 Millionen € beim öffentlichen Schienenverkehr kürzen. 40 Millionen € mehr Einnahmen, 10 Millionen € Streichungen – eine hervorragende Verkehrspolitik, Herr Minister.

Nicht nur das, auch bei den Investitionen wird richtig zugeschlagen. Sie haben vor einiger Zeit formuliert – wie Ihr Vorgänger, Herr Minister Müller –, dass der öffentliche Nahverkehr jetzt vom Steigflug in den kontrollierten Gleitflug übergehen müsse. Sie haben vom Gleitflug unmittelbar in den Sturzflug übergeleitet.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

In Ihrem Ministerium wird heute kein neuer Antrag auf GVFG-Bezuschussung mehr genehmigt. Genehmigungsbescheide werden mittlerweile bis auf das Jahr 2018 hinaus verzögert, bei leicht gekürzten Mitteln.

Aber wenn man fragt, wie es sein kann, dass praktisch nichts mehr geht – Herr Minister Mappus, wenn Sie den Kopf schütteln: bei der S-Bahn nach Kirchheim steht als Rückzahlungszeitraum 2018 im Raum –, kommt man wieder auf Stuttgart 21 zurück. Denn Sie werden, wenn dieses Wahnsinns-Maulwurfsprojekt realisiert wird, über acht bis zehn Jahre hinweg nahezu die Hälfte Ihrer GVFG-Mittel ausschließlich für die Errichtung einer S-Bahn-Haltestelle in Stuttgart ausgeben müssen. Für das gesamte übrige Land bleibt faktisch nichts mehr übrig.

Herr Minister, Sie haben gerade durchgesetzt, dass auf allen Bussen und Bahnen das Logo Ihrer Kampagne – die drei Löwen – angebracht werden soll. Ich glaube, wenn Sie diese Pläne umsetzen, wäre es sinnvoll, Sie würden verlangen, dass auf allen Bussen und Bahnen, die dann vor sich hin altern und nicht ersetzt werden können – in Mannheim können keine Straßenbahnen mehr angeschafft werden –, eine dicke, große, schwarze Null mit Ihrem Konterfei in der Mitte abgebildet wird. Das würde die Sache deutlicher machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rückert CDU: Was ist das für ein Theater! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Zum Thema Stuttgart 21 gehört auch das Thema „Neubau-strecke nach Ulm“. Sie wissen, dass wir sie befürworten. Sie haben in diesem Haushalt erstmals eine Rate für die Vorfinanzierung der Investitionskosten eingestellt. Diese Rate liegt – man staunt – bei 2 Millionen €. Nun frage ich mich: Woher kommt in den Folgejahren das Geld? Denn im Jahr 2007 bräuchten Sie nach Ihrer Planung bereits 50 Mil-

lionen €, im Jahr 2008 80 Millionen €. Der Schuldenstand des Landes wächst um 2 Milliarden € pro Jahr. Einen verfassungsgemäßen Haushalt können Sie nur durch Trickserien erreichen. Ich möchte von Ihnen eine klare Aussage: Woher kommt das Geld – mehr Schulden, Kürzungen an anderer Stelle, oder woher bringen Sie 80 Millionen € pro Jahr? Dazu sollten Sie sich endlich mal klar äußern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Weiter!)

Was den öffentlichen Nahverkehr angeht, lautet die einfache Forderung: Verzichten Sie auf Stuttgart 21. Dann haben wir genügend Investitionsmittel, um den Verkehr im Land voranzubringen. Mit Stuttgart 21 werden wir den Verkehr im Land deutlich verschlechtern und die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs verringern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zum Thema Straßenbau: Beim Straßenbau – das wird Sie erstaunen – bin ich als Grüner der Auffassung, dass zu wenig investiert wird –

(Abg. Kübler CDU: Was?)

nicht in den Neubau, aber in den Erhalt. Sie haben selbst das Ziel formuliert, 60 Millionen € pro Jahr in den Erhalt des Landesstraßennetzes zu stecken. Sie schaffen gerade mal 40 Millionen €, und davon sind nur 15 Millionen € regulär im Haushalt veranschlagt, der Rest kommt aus Krediten. Das heißt, Sie sind nicht in der Lage, die Infrastruktur zu erhalten. Sie müssen sich dafür separat bei der Bank verschulden. Der ADAC weist zu Recht darauf hin, dass die Schlaglöcher in den Landesstraßen immer tiefer werden, während der Bund seine Erhaltungspflichten erfüllt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ganz was Neues!)

Meine Damen und Herren, Sie können sich den Straßenzustandsbericht selbst beschaffen. Die Landesstraßen verkommen, der Bund erhält seine Straßen wesentlich besser, als Sie es zu tun in der Lage sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das müssen alte Zahlen sein!)

Das Thema Sonderprogramme, das sich durch diesen Straßenverkehrsetat zieht, ist in doppeltem Sinne für die Zukunft eine schwere Hypothek. Sie machen allein in dieser Legislaturperiode eine halbe Milliarde Euro verdeckter Schulden für den Straßenbau, und Sie haben, weil das noch immer nicht ausreicht, mittlerweile mit großer Kunstfertigkeit zu buchungstechnischen Tricks gegriffen, auf die man erst einmal kommen muss. Sie haben beim letzten Haushalt einfach verfügt, dass die Tilgungsraten halbiert werden, damit die Schulden länger in die Zukunft gezogen werden, um jetzt aktuell mehr Geld in die Sonderprogramme investieren zu können.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

In diesem Jahr ziehen Sie die geplante Verschuldung des Jahres 2006 auf das Jahr 2005 vor, sodass im Jahr 2005

(Boris Palmer)

kurzfristig 78 Millionen € aus den Sonderprogrammen geschöpft werden können.

(Abg. Scheuermann CDU: Das steht im Doppelhaushalt!)

Im Jahr 2006 sackt diese Rate plötzlich um 50 Millionen € auf 28 Millionen € ab. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen schon jetzt voraus, dass im nächsten Jahr, im Jahr der Landtagswahl, das Geheule losgehen wird, dass keine einzige Straße mehr neu begonnen werden kann und dass deswegen im Wege eines Nachtrags weitere Millionen Euro geschöpft werden müssen, um wenigstens das Notwendigste im Straßennetz zu tun. Dies ist ein billiger Buchungstrick, mit dem Sie Sachzwänge schaffen, um die Verschuldung in den kommenden Jahren weiter nach oben zu treiben.

(Beifall bei den Grünen)

Besonders kennzeichnend für diesen Vorgang ist übrigens, dass Sie im Jahr 2006 nach Ihrer Planung bereits wesentlich mehr Geld für die Tilgung der bisher aufgelaufenen Schulden in den Sonderprogrammen aufwenden müssen, als Sie neu aus dem Sonderprogramm schöpfen können. Sie haben hier im Kleinen vorgemacht, was uns im Großen im Haushalt drohen wird. Durch immer mehr Schulden kommen wir zur Handlungsunfähigkeit. Ein Unternehmen, das alte Kredite mit neuen Schulden finanzieren muss, ist längst insolvent, und diesen Zustand haben Sie im Landesstraßenbauetat bereits erreicht.

(Abg. Schebesta CDU: Da, wo Grüne Verantwortung tragen, ist alles anders!)

– Herr Kollege Schebesta, diese Art der buchungstechnischen Tricks ist eine besondere Kunstfertigkeit schwarzer Regierungen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: In aller Bescheidenheit!)

Das ist in dieser Weise noch bei keiner rot-grünen Landesregierung versucht worden. Zeigen Sie mir, Herr Kollege, die rot-grüne Landesregierung, die solche Schuldenhaushalte für den Straßenbau und solche Buchungstricks betreibt. Dann korrigiere ich mich. Sie können mir keine zeigen.

Die schwarze Null bei den Investitionen haben wir hinter uns gelassen. Kommen wir zum Thema Atomaufsicht. Vernünftiges Sparen, meine Damen und Herren, muss heißen, Strukturen zu verschlanken und dort, wo Überflüssiges existiert, einzuschneiden, um die anderen, verbleibenden Strukturen lebensfähig zu erhalten. Das ist kluges und vernünftiges Sparen.

Sie gehen genau umgekehrt vor: Sie sparen mit dem Rasenmäher, sodass alles mehr oder weniger schlecht funktioniert, und erhalten völlig nutzlose Dinge wie die Internationale Länderkommission Kerntechnik. Wie Sie wissen, ist diese Kommission lediglich ein politisches Kampfinstrument. Ihnen passt die Zusammensetzung der Reaktorsicherheitskommission im Bund nicht. Deswegen haben Sie eine Parallelinstitution der schwarzen Landesregierungen geschaffen. Die bezuschussen Sie pro Jahr mit 500 000 €. Das Ergebnis dieses Geldeinsatzes ist absolut null Komma

nichts. Wir verlangen von Ihnen, diesen politisch motivierten Unfug endlich einzustellen.

(Beifall bei den Grünen)

Denn was bewirkt diese Investition von 500 000 € für die Sicherheit der Kernkraftwerke im Land? Wie funktioniert unsere Atomaufsicht? Wir haben wieder aktuellen Grund zur Debatte darüber. Sie wissen, im Jahr 2001 wurde in Philippsburg entdeckt, dass die Befüllung der Kühlwasserbehälter und der Borierungszustand unzureichend sind. Herr Minister Müller, der nicht mehr im Saal sitzt, aber damals kurz vor dem Rücktritt stand, hat dies als Betrieb von Kernkraftanlagen im Blindflug bezeichnet. Diesen Blindflug – das wissen wir heute – setzt die EnBW unvermindert fort.

(Zurufe von der CDU)

– Das kann ich Ihnen erläutern.

Die EnBW war selbst nicht in der Lage, das Problem wirklich bis auf den Grund zu untersuchen. Es bedurfte dazu einer anonymen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin über zwei Jahre hinweg – Herr Minister Mappus, Sie können es ausführen – einen Gutachter eingeschaltet. Dieser Gutachter hat den Fall nochmals untersucht und ist im Sommer letzten Jahres an die Staatsanwaltschaft herangetreten; die Staatsanwaltschaft wiederum ist an die EnBW herangetreten. Der Gutachter hat festgestellt: Die EnBW war nicht in der Lage, in Philippsburg einen Störfall zu beherrschen, den Abriss der Hauptkühlmittelleitung für den Reaktorbehälter, war nicht in der Lage, nachzuweisen, dass dieser Störfall beherrscht werden kann, und hat die Anlage dennoch betrieben. Meine Damen und Herren, das ist genau der Blindflug, den abzustellen Sie versprochen haben. Das ist skandalös. Der Umgang mit der Sicherheit der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg ist ein purer Skandal.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch schlimmer ist das, was danach folgte.

(Zuruf von der CDU: Grüne Luftballons! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ihnen scheint der Schutz der Bürger vor Reaktorunfällen ziemlich egal zu sein, wenn ich Ihre Zwischenrufe zum Maßstab nehme, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Diese Zwischenrufe sind wirklich kein Grund, sich auf Atomkraftwerke zu verlassen.

(Abg. Zimmermann CDU: Momentan berühren uns die Visamachenschaften mehr!)

Im Sommer wird der EnBW bekannt gemacht, dass der Gutachter zu dem Ergebnis kommt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nicht so laut schreien! Herr „Volmer“, schreien Sie doch nicht so! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

(Boris Palmer)

der Störfall sei nicht sicher zu beherrschen. Was tut die EnBW? – Sie können noch etwas lernen; hören Sie einmal zu. Herr Fischer war nicht in Philippsburg. – Was tut also die EnBW? Die EnBW fragt bei Framatome, dem Hersteller, nach: „Wie seht ihr das? Rechnet bitte einmal nach.“ Die EnBW lässt nachrechnen. Framatome sagt zur EnBW, meine Damen und Herren: „Wir können nicht bestätigen, dass der Störfall beherrschbar wird.“ Das heißt, der Anlagenhersteller bestätigt die Auffassung des Gutachters: Hier wird im Blindflug gearbeitet.

Die EnBW hält es nicht für notwendig, Ihr Ministerium zu informieren. Es müssen erst Zeugenvernehmungen seitens der Staatsanwaltschaft angedroht werden, bis am 12. Januar dieses Jahres – das heißt, nach einem halben Jahr – bei Ihnen im Ministerium die Information eingeht, dass hier ein Störfall vermutlich nicht beherrscht werden konnte.

Da frage ich Sie schon, Herr Minister: Was bedeutet das für die Nulltoleranzstrategie, die der Vorstandsvorsitzende der EnBW, Herr Claassen, ausgegeben hat? Was soll das für eine Nulltoleranzstrategie sein, die es zulässt, dass, anstatt die Aufsicht zu informieren, ein halbes Jahr herumgedoktort, vertuscht und gefälscht wird? Es geht um einen Atomreaktor, der nicht sicher betrieben werden kann. Der Betreiber weiß das, Sie wissen es nicht. Was für eine Atomaufsicht haben Sie hier im Land?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch schlimmer: Der Gutachter hat sich ausschließlich auf Unterlagen gestützt, die in Ihrem Haus seit Einsetzung des Untersuchungsausschusses vorlagen. Sie haben eine Atomaufsicht, die es in drei Jahren nicht fertig gebracht hat – die betreffende Abteilung wurde eigens aufgestockt; es wurde ein eigenes Referat geschaffen –, das, was ein einzelner Gutachter ermittelt und was der Anlagenhersteller bestätigt, aufzudecken und abzustellen. Meine Damen und Herren, in diesem Ministerium müssen eine Menge Schläfer und schwarze Nullen hocken.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a.: Mein Gott!)

Ich komme zu drei weiteren Themen, die ich kursorisch abhandle.

Beim Thema Klimaschutz scheinen Sie etwas zu verwechseln. Unser gemeinsames Ziel ist es, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Sie reduzieren lediglich die Ansätze bei den Haushaltstiteln zum Klimaschutz – weniger Geld für den Klimaschutz und mehr Emissionen. Meine Damen und Herren, so kommen wir sicherlich nicht weiter.

Bei den Altlastensanierungen – das Thema Flächenverbrauch hat der Kollege Caroli bereits angesprochen – sind wir heute überhaupt nicht mehr in der Lage, neue Flächen in Angriff zu nehmen. Wir können nur noch alte Maßnahmen fortsetzen. Der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ kann überhaupt nicht realisiert werden. Wir stellen deswegen den Antrag, diese Mittel deutlich zu erhöhen.

Beim Thema Flugverkehr – der Minister versucht, sich hier ein grünes Mäntelchen umzuhängen – fordern Sie einerseits

eine Kerosinsteuer – dort, wofür man nicht zuständig ist, sind Forderungen immer billig –, andererseits 78 Millionen € in den Billigfliegerflughafen in Söllingen zu stecken. Herr Minister, das ist ökologisch blind und taub auf einmal.

(Beifall bei den Grünen)

Ich fasse zusammen:

(Abg. Kübler CDU: Gott sei Dank!)

Herr Kollege Kübler, wir haben hier einen tiefroten Haushalt und eine schwarze Null im Ministerium.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen meiner Kollegen Dr. Caroli und Palmer machen.

In vielen Punkten können wir Ihnen in der Sache folgen. Aber jetzt kommt das Heimtückische Ihrer Argumentation: Während wir sagen: „Wir würden gern, aber wir wissen nicht, wie wir es im Moment finanzieren“, legen Sie die Axt an Schwerpunkte unserer Politik und sagen: „Mit dem Geld finanzieren wir.“ Auf diesen Leim gehen wir Ihnen nicht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Sie können noch fünfmal die Auflösung der Landesstiftung beantragen und noch x-mal die Streichung der Schuldendiensthilfe für Söllingen verlangen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Rothaus! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wasserpfeffrig, Herr Kollege!)

Wir gehen Ihnen nicht auf diesen Leim. Deswegen werden wir genauso wie in den zurückliegenden Haushaltsberatungen Ihre Anträge ablehnen, weil sie nach unserer Meinung unseriös gegenfinanziert sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wasserpfeffrig!)

Jetzt, Herr Palmer, zu Ihrer Schelte wegen der Atomaufsicht. Ich kann nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich habe schier den Eindruck, als hätten Sie hier etwas vorgetragen, was Ihnen unter der Hand vom Bundesministerium zugespielt worden ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich habe eine Pressemitteilung des BMU, da steht das drin!)

Wenn Sie wollen, dass wir mit Ihnen über diese Atomaufsicht diskutieren, müssen Sie einmal einen ordentlichen Tagesordnungspunkt einführen, damit wir uns darauf gehörig vorbereiten können.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bundesumweltministerium!)

(Scheuermann)

Meine Damen und Herren, noch zwei Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Dr. Caroli.

Herr Dr. Caroli, in der Sorge um den Flächenverbrauch treffen wir uns. Ich will das MELAP jetzt nicht herunterreden. Das ist im Moment nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein; aber es ist immerhin ein Ansatz.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Hauk
CDU)

Jetzt wende ich mich an den Herrn Innenminister, weil er seit neuestem für das Baurecht zuständig ist. B-Pläne dürfen nur genehmigt werden, wenn sie bedarfsgerecht sind. Ich erinnere mich überhaupt nicht, dass bei dem Flächenverbrauch, den wir haben, jemals ein Flächennutzungsplan oder ein B-Plan nicht genehmigt worden wäre, weil er nicht bedarfsgerecht ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Herr Innenminister, legen Sie bitte auf diesen Punkt ein verstärktes Augenmerk.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen
– Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Nun zu ein paar Schwerpunkten der Verkehrspolitik. Lassen Sie mich mit etwas ganz Aktuellem anfangen. Wetterbedingt herrscht zurzeit auf den Straßen Chaos. Eine Ursache dafür ist aber,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der Schnee!)

dass zahlreiche Kraftfahrzeugfahrer und -halter mit Sommerreifen unterwegs sind.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wegen Kleinigkeiten werden wir nach der Generalklausel – § 1 der Straßenverkehrsordnung – zur Rechenschaft gezogen. Herr Verkehrsminister, ich habe es überhaupt noch nicht erlebt, dass jemand, der mit abgefahrenen Sommerreifen durch den Schnee fährt, zur Rechenschaft gezogen wird.

(Abg. Birzele SPD: Mit abgefahrenen schon, aber nicht mit Sommerreifen!)

Entweder wir führen ein, dass es sich dabei um einen Verstoß gegen § 1 der Straßenverkehrsordnung handelt, oder wir müssen, wenn dies rechtlich unzulässig sein sollte, hier wirklich eine Sondervorschrift schaffen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Oha, schon wieder eine Vorschrift!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines wird sowohl im Bund als auch beim Land offensichtlich: Ausschließlich mit öffentlichen Mitteln können wir unsere Aufgaben im Straßenbau nicht mehr erledigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen waren wir von vornherein für die Lkw-Maut. Wir beklagen nur, dass das Aufkommen nicht vollständig in

die Verkehrsinvestitionen fließt. Deswegen stehen wir von der CDU-Fraktion hinter unserem Verkehrsminister, der fragt: Warum soll das bloß für den Schwerverkehr gelten? Warum können wir, wenn es technisch möglich ist, nicht auch eine Pkw-Maut einführen? Allerdings muss dann bedingungslos gelten: Das Geld fließt nicht dem Bund zu,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Straßenbau!)

sondern einer eigenen Gesellschaft, und wird dann nur für Maßnahmen des Straßenbaus, der Unterhaltung und der Erhaltung zur Verfügung gestellt.

(Beifall der Abg. Hoffmann und Rückert CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten Jahren können wir Investitionsmittel im Landesstraßenbau überhaupt nur noch mit den Sonderbauprogrammen zur Verfügung stellen. Herr Minister, ich habe ein einziges Anliegen: Ich wünsche mir, dass Sie alle Versuche abwehren, dass Mittel aus den Sonderprogrammen teilweise zur Haushaltssanierung zur Verfügung gestellt werden. Wenn das geschähe, wäre das wirklich der totale Abschied vom Landesstraßenbau. Ich glaube, den können wir uns nicht leisten.

Ein anderes aktuelles Thema aus dem Bereich des Verkehrs – wie soll ich mich ausdrücken? – ist die elend lange Diskussion über den Dieselpartikelfilter. Wenn ich mir die ganze öffentliche Diskussion vergegenwärtige, wie wir dem Überschreiten der Schwellenwerte bei den Feinstäuben an Brennpunkten des Straßenverkehrs begegnen können, dann ist der plausibelste Vorschlag – nicht der einzige, aber der plausibelste – für mich noch immer, diesen Dieselpartikelfilter jetzt schleunigst einzuführen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zustimmung im Bundesrat, und schon kann es losgehen!)

– Langsam, Herr Palmer, langsam!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum blockieren Sie es dann?)

Ein wenig erinnert mich das, was wir da im Moment erleben, an die Durchsetzung und die Einführung des Katalysators vor einigen Jahren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Nun sind wir alle uns einig: Wer sich einen solchen Partikelfilter leistet,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

soll bei der Steuer bevorzugt werden. Allerdings vermisse ich – das ist nun meine persönliche Meinung –, dass derjenige, der das nicht tut, auch entsprechend belastet wird. Wenn wir uns einmal dazu durchringen würden, dann hätten wir schon einen Teil der Diskussionen darüber, wie wir das denn finanzieren, ausgestanden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie das beantragen, macht der Bund das mit! Das wissen Sie! Dann stellen Sie den Antrag! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Machen Sie doch die entsprechenden Vorschläge!)

(Scheuermann)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu einem für uns ganz wichtigen Punkt. Das ist Stuttgart 21.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Unsinn 21!)

Ich beklage immer, dass dieses Vorhaben „Stuttgart 21“ heißt, weil damit der Eindruck erweckt wird, das sei etwas, was nur Stuttgart nützt.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Es ist etwas, was mehr als der Hälfte des Landes nützt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ach was! Im ganzen Land wird nichts mehr investiert!)

Herr Palmer, Sie können argumentieren, wie Sie wollen. Aber die Niederung Ihrer Kritik war, dass Sie gesagt haben, das Eisenbahnbundesamt sei bei der Überprüfung Ihrer Alternativen ganz willfährig gegenüber der Bahn gewesen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das Gegenteil ist der Fall!)

und habe sich von dem „Unsinn“, die Alternative Stuttgart 21 zu genehmigen, nicht abhalten lassen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ist es!)

Herr Palmer, dort sitzen unter anderem auch Juristen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die sind gegen Torheit nicht gefeit!)

Nun gehöre auch ich diesem Berufsstand an und habe auch eine ganze Zeit meines Berufslebens in der Verwaltung gearbeitet. Bei jeder Entscheidung, die ein Jurist trifft, hat er ein wirklich großes Interesse daran, dass sie gerichtsfest ist. Er hat nicht das Interesse, denjenigen, die eine Genehmigung beantragen, nur nach dem Mund zu reden. Die Genehmigung, die Auseinandersetzung mit den Alternativen und das Ergebnis

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Atomkraftwerke haben alle eine Genehmigung!)

„Stuttgart 21 ist eine sinnvolle Lösung“ sind für uns ein wesentlicher Schritt nach vorn. Ich sage hier: Wenn es dann wirklich um die Finanzierung geht, dann muss es ganz schlimm kommen, dass wir hier sagen müssten: „Non liquet. Stuttgart 21 ist zwar vernünftig, aber wir können es uns nicht leisten.“

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Universitäten verfallen, und die Tunnel werden gegraben! Das ist Ihre Politik!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich beim Thema „öffentlicher Personennahverkehr“ nur auf eine Neuerung hinweisen, hinter der wir stehen, nämlich die Veränderung der Förderrichtlinien für die Verbundförderung. Ich sehe es als vernünftig an, dass durch die Gestaltung dieser neuen Förderrichtlinien der Ballungsraum stärker zur Finanzierung von anderen Dingen, auf die ich gleich kommen werde, herangezogen wird als der ländliche Raum und, anders ausgedrückt, die nach der gegenwärtigen Förderpraxis ein-

deutige Bevorzugung des Ballungsraums wenigstens ein Stück weit abgebaut wird.

(Beifall des Abg. Schneider CDU)

Niemand kann mir erklären, warum die Hälfte oder mehr unserer Verbundmittel bloß in den Verbund Mittlerer Neckar fließen und alle anderen im Verhältnis dazu –

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na, na!)

– Langsam! 59 Millionen € stehen in diesem Jahr im Haushalt; über 20 Millionen € davon bekommt der Verbund Mittlerer Neckar, und der Rest bekommt noch ein Almosen. Dass hier korrigierend eingegriffen wird, ist für mich ein ganz eindeutiges Gebot der Gerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Besonders erfreut sind wir in der CDU-Fraktion, dass mit einem Teil der so gesparten Mittel ein neuer Fördertatbestand eingeführt wird,

(Abg. Schmiedel SPD: Überhaupt nicht!)

nämlich die Förderung von Kooperationen oder gar des Zusammenschlusses von Verbänden. Wir haben mittlerweile 19 solcher Organisationen im Land. Das ist zu viel; aber genauso, wie wir mit dem goldenen Zügel diese Zahl von 19 erreicht haben, müssen wir nun durch eine Umstellung des goldenen Zügels auch wieder zu einer sinnvollen räumlichen Verteilung im Land gelangen.

(Beifall der Abg. Boris Palmer und Renate Rastätter GRÜNE sowie des Abg. Hauk CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das haben Ihre Kollegen nicht begriffen, aber es ist trotzdem richtig!)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Der Herr Innenminister hat gestern in den Stuttgarter Zeitungen in einem Interview eine mehr als erfreuliche Tatsache bekannt gegeben: Die Zahl der Unfalltote ist in Baden-Württemberg von 776 im Jahr 2003 auf 698 im Jahr 2004 gesunken. Jeder Unfalltote ist einer zu viel. Aber dass wir mittlerweile eine Zahl erreicht haben, die die niedrigste ist, seitdem wir in Baden-Württemberg Straßenverkehr betreiben, ist erfreulich. Diese Entwicklung soll und wird sich fortsetzen.

Diese Zahl, Herr Innenminister, ist nicht nur ein Ausweis für den Erfolg der präventiven und repressiven Maßnahmen unserer Polizei, sondern ist auch ein Erfolg unserer Verkehrspolitik.

Ich schließe damit, dass ich mich bei allen bedanke, die ihren Beitrag zu dieser Verkehrspolitik geleistet haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Caroli vorhin den Zustand im Bereich der Umwelt dargestellt und die

(Göschel)

dortigen Mängel aufgezeigt hat, könnte der unbedarfte Zuhörer nun vermuten, dass es im Verkehrsbereich besser wäre, weil ja insbesondere die CDU dieses Feld immer gerne als Domäne für sich beansprucht und da Schwerpunkte setzt. Allerdings wäre es ein Trugschluss, das zu glauben; denn Not wird hier nur durch Elend ersetzt.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD:
Sehr richtig!)

Als prominenten Kronzeugen nenne ich Günther Oettinger, der hier im Hause bekannt ist, den designierten Ministerpräsidenten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo ist er denn? –
Zuruf von der SPD: Er ist geflüchtet!)

– Ich habe ja nicht gesagt, dass er da ist.

(Heiterkeit)

Er hat in einem Interview mit der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ vom 13. November 2004 Folgendes gesagt – es lohnt sich,

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Zeitung zu abonnieren!)

das noch einmal zu zitieren, und ich empfehle vor allem dem Kollegen Haas, hier gut zuzuhören;

(Abg. Capezzuto SPD: Der liest Zeitung!)

denn es genügt nicht, immer nur billige Zwischenrufe zu machen, sondern manchmal muss man auch einmal die Ohren aufsperrn;

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

ich zitiere –:

Wenn ich überhaupt in einem Bereich Selbstkritik an der CDU Baden-Württemberg übe, dann haben wir in 20 Jahren Alleinregierung

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

von 1972 bis 1992 die Probleme der Verkehrskapazitäten von Schiene, Straße und lange auch vom Flugverkehr unterschätzt. Da haben wir Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig! 20 Jahre Nachholbedarf! – Abg. Alfred Haas CDU: Es gab doch Jahre, da haben Sie die Straßenbauhaushalte abgelehnt!)

Meine Damen und Herren, auch später ist dieser Nachholbedarf keineswegs ausgeglichen worden, sondern im Gegenteil: Er wird zusehends größer. Auch die etwas kreative Finanzierung des Landesstraßenbaus trägt nicht dazu bei, die Defizite in diesem Bereich zu decken. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich will beginnen bei Bus und Bahn, bei Schiene und ÖPNV, soweit wir im Lande zuständig sind. Die Koalition hat allein in diesem Doppelhaushalt 30 Millionen € gestri-

chen. Dies wird zwar abgemildert durch Regionalisierungsmittel des Bundes, die dynamisch anwachsen: 2004 711 Millionen €, 2005 736 Millionen €, 2006 747 Millionen € – also der Bund tut, was er kann –, aber gleichzeitig streicht das Land seinen eigenen Anteil daran auf null mit der Folge, dass man im Bundesfinanzministerium natürlich hellhörig wird und überlegt: Wenn die Länder beim ÖPNV streichen, dann wollen wir nicht der Zahlmeister der Länder sein, sondern wir überlegen auch, wie wir diese Mittel sinnvoller und unmittelbarer dem öffentlichen Verkehr zukommen lassen können.

(Abg. Schebesta CDU: Wir setzen sie jedenfalls effektiver ein!)

Ich begrüße das nicht, aber ich habe Verständnis, dass angesichts der Finanznot auch beim Bundeshaushalt solche Überlegungen angestellt werden.

Meine Damen und Herren, früher einmal – daran können sich einige sicher erinnern – hat das Land über 100 Millionen € originäre Landesmittel in diesen Bereich gesteckt. Das Zurückfahren auf null ist nun wirklich kein Ruhmesblatt. Ich erinnere auch daran, dass die SPD im Laufe der letzten Jahre – seit 1997 – jeweils Erhöhungsanträge mit einem Gesamtvolumen von 97,3 Millionen € gestellt hat – leider immer wieder abgeschmettert durch die Koalition.

Eigentlich müsste unser Verkehrsminister Mappus dem Bund auf Knien dafür danken – ich verlange ja nicht, dass er es täglich tut, aber einmal im Monat wäre wirklich angebracht –,

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass GVFG-Mittel des Bundes weitgehend unverändert bleiben und die Regionalisierungsmittel dynamisch weiter wachsen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was heißt „des Bundes“? Das sind Steuergelder!)

Ohne dieses Geld sähe es wirklich schlimm aus.

Aber da wir ja wissen, dass der ÖPNV bei Teilen der Koalition nicht den allerhöchsten Stellenwert hat

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– bei Teilen der Koalition, habe ich gesagt; Herr Scheuermann, ich weiß, dass es bei Ihnen anders ist –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber das ist dann ein kleiner Teil!)

müssten wir eigentlich vermuten: Jetzt müsste es im Landesstraßenbau ganz toll aussehen, denn einige Kollegen der Union gerieren sich in ihren Wahlkreisen so, als wären sie die Galshüter des Landesstraßenbaus. Wenn man aber die Sache einmal näher betrachtet, dann stellt man fest, dass das Gegenteil der Fall ist. Dort, wo das Land unmittelbar zuständig ist, und weil das Land dort keine Bundesmittel bekommt, sieht es ganz mau aus. Mittlerweile ist es so weit gekommen – der Kollege Scheuermann hat es ja auch mit Bedenken angesprochen –, dass die Sondermittel im Inves-

(Göschel)

titionsprogramm teilweise schon für Erhaltungsmaßnahmen missbraucht werden müssen, weil dafür das Geld hinten und vorne fehlt. Wenn diese Mittel gar noch zur Sanierung des Landeshaushalts missbraucht werden, dann ist der Gipfel des Unvermögens erreicht.

Alle wissen: Kreisstraßen und Bundesstraßen sind in einem wesentlich besseren Zustand als die Landesstraßen. Die Landesstraßen sind wirklich objektiv die Straßen im schlechtesten Zustand. Wenn auch der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises, Dr. Schütz, der designierte Präsident des Landkreistags von Baden-Württemberg, immer wieder betont, er erkenne Landesstraßen mit geschlossenen Augen – er hat einen Fahrer und kann deshalb beim Autofahren die Augen schließen –,

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Boris Palmer
GRÜNE: Was fährt denn der für ein Auto?)

dann ist das ein weiterer Beweis dafür – er gehört der CDU an und bestreitet das auch nie, er bekennt sich dazu –, dass da wirklich etwas dran ist und dass das nicht das böse Gere-de einer Opposition ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vergeblich müssen viele Menschen, die an Ortsdurchfahrten wohnen, auf die längst versprochene Ortsumfahrung warten. Dabei wird immer wieder abgelenkt und gesagt, der Bund tue nichts. Wenn man aber einmal sieht, was der Bund tut und was das Land nicht tut, erkennt man, dass die Situation hier noch sehr viel schlimmer ist. Deswegen nützt es nichts, ständig große Krokodilstränen zu vergießen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich will Ihnen eines sagen: Wer wie Herr Minister Mappus ständig aus dem Glashaus heraus mit großen Steinbrocken nach Berlin wirft, müsste eigentlich gespickt mit Glassplittern herumlaufen. Allerdings verdankt er es seiner Dickhäu-tigkeit, dass er nicht merkt, dass er in den Scherben sitzt.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich will aber nicht sagen, dass die Verkehrssituation in Baden-Württemberg insgesamt ein Scherbenhaufen wäre. Wir haben insbesondere im ÖPNV viele Fortschritte erreicht, wir haben vieles verbessert. Baden-Württemberg hat den 3-Löwen-Takt; das ist eine schöne Einrichtung, die allerdings noch viel besser sein könnte, wenn nicht auch da ständig gekürzt würde, weil die Eigenmittel auf null gefahren worden sind. Vieles läuft gut, aber der Herr Minister müsste eben auch eingestehen, dass nur durch großzügige zweck-gebundene Mittel des Bundes bei Bus und Bahn noch etwas läuft. Ohne Bundesmittel wäre der Verkehrsminister ein Minister ohne Portefeuille.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, damit der designierte Minister-präsident, Ihr Freund Günther Oettinger, nicht von vornhe- rein mit abgesägten Hosenbeinen dasteht – ich habe ihn ja vorhin zitiert –, wollen wir ihm helfen

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP
– Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie großzü-
gig!)

und haben die entsprechenden Anträge gestellt, bei Bus und Bahn, bei Schiene und Straße etwas draufzusatteln. Helfen Sie mit, dass Ihr Ministerpräsident da nicht schon bei sei-nem Start völlig danebengeschossen hat und keinen Fehl-start hinlegt! Stimmen Sie unseren entsprechenden Anträ- gen zur Verbesserung der Finanzsituation im öffentlichen Personennahverkehr, aber auch im Landesstraßenbau zu!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Meine Damen und Herren! Wie versprochen, jetzt auch noch einige Aussagen zum Bereich Umwelt. Seit dem letzten Mittwochmorgen um 6 Uhr gilt das Kyoto-Protokoll, und die Koalitionsfraktio- nen haben im Finanzausschuss zukunftsorientiert Mittel für alternative Energien erhöht. Es wurde schon angesprochen: Es gibt Geothermieprojekte im Umweltministerium genauso wie im Wirtschaftsministerium, und im Wirtschaftsministe- rium gibt es ferner die Förderung eines weltweit bisher ein- zigartigen Projekts, bei dem Biogas aus Kompostvergärung mittels Brennstoffzelle für effiziente und umweltschonende Wärme- und Energiegewinnung genutzt wird. Da kompos- tierbarer Abfall überall im Land vorhanden ist, könnte ein solches Verfahren auf mittlere und lange Sicht ein wesentli- cher Energieträger werden.

Zunächst müssen wir allerdings auf die schon heute in gro- ßem Maß nutzbaren alternativen Energien zurückgreifen. Ich habe es schon angedeutet: In Baden-Württemberg muss da der ganz große Brocken aus der Wasserkraft kommen. Der rot-grüne Traum der Windenergie ist für unser Land schlicht ungeeignet.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

Zur Klimathematik im Weiteren: Wir müssen tun, was wir können, aber wir sollten auch darauf achten, nicht in Hyste- rie zu verfallen. In der letzten Woche kam im Fernsehen ein interessanter Bericht über Klimaveränderungen im letzten Jahrtausend. Es ist viel zu wenig bekannt, welche Klima- schwankungen es im letzten Jahrtausend gab, die weit über das hinausgingen, was wir im Moment erleben.

Da nun immer gleich in Panik zu verfallen und alles Mögliche schlechztureden, kann nicht die richtige Richtung sein. Auch kann es nicht gut sein, jedes Bedürfnis gleich wieder in ein Gesetz oder eine Vorschrift münden zu lassen. Sonst gefährden wir nämlich etwas ganz anderes: Wir sind schon nahe daran, dass unsere Bürgerinnen und Bürger der Mei- nung sind, alles was nicht verboten sei, sei erlaubt.

Dabei kommt der gesunde Menschenverstand um, der mit- denkt und überlegt, was sinnvoll ist und was man tun oder was man lassen sollte. Dieser gesunde Menschenverstand ist mir aber ein ganz wichtiges Kulturgut,

(Oh-Rufe von der SPD)

und ich werde nicht zulassen, dass wir das Biotop „Freiheit und Verantwortung“, in dem er gedeiht, weiter zurück- schneiden.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Stellen wir
Frau Berroth unter Naturschutz!)

(Heiderose Berroth)

Wer sich intensiv um den gemeinen Feldhamster kümmert, darf auch nicht zulassen, dass der gemeine gesunde Menschenverstand auf die Rote Liste der gefährdeten Arten kommt. Schließlich ist der für unser aller Zusammenleben noch um einiges wichtiger.

Zum Thema Luftverschmutzung. Kollege Scheuermann hat schon speziell das Problem der Dieselfeinstäube angesprochen. Die deutsche Industrie hatte ursprünglich ein anderes Konzept als das des Filters. Sie wollte diese Feinstäube durch entsprechendes Motormanagement verringern. Leider ist die Konkurrenz mit den Dieselfiltern schneller nach vorne geprescht, sodass das nun nicht zum Tragen kommt.

Ich will erneut darauf hinweisen: Wer nur auf die Feinstäube schaut, sollte bedenken, dass dabei dann das Thema NO_x ein Problem wird. Sobald man die Feinstäube reduziert, steigt das NO_x an. Wie gefährlich das ist, haben wir noch nicht genau festgestellt. Da kann durchaus noch eine Zeitbombe ticken.

(Zuruf: So ein Schwachsinn!)

Zum Thema Hochwasser. Ich will noch einmal deutlich darauf hinweisen – weil auch das gerade schon gesagt wurde –: Wir müssen immer bedenken, dass es zweierlei Hochwasser gibt. Es gibt das eine Hochwasser, das jetzt eventuell kommen könnte, wenn der Schnee aus großen Flächen schnell wegtaut. Außerdem gibt es schlagartige Hochwasser, wenn ganz große Niederschlagsmengen, also Regengemengen, auf einmal in eng begrenztem Gebiet niedergehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist zweifellos richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das muss man auseinander halten, weil man gegen das eine relativ gut Vorsorge treffen kann, während gegen das andere – gegen das schlagartig eintretende Hochwasser – praktisch kein Mittel gewachsen ist. Wir können nicht im ganzen Land Retentionsflächen schaffen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb jetzt noch einmal ganz deutlich, Herr Dr. Caroli: Sie haben vom 200-jährlichen Hochwasser gesprochen und davon, dass wir nichts dagegen tun würden. Erstens stimmt das nicht. Zweitens: Wenn Sie für 200 Jahre vorsorgen, sollten Sie uns wenigstens 20 Jahre Zeit geben für die entsprechenden Investitionen. Das muss man auch einmal überlegen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Aber ganz klar, die FDP/DVP steht zum Integrierten Rheinprogramm. Das Integrierte Rheinprogramm ist auf gutem Weg.

Ich will aber noch einmal deutlich machen: Wir sollten dort nicht alles über einen Kamm scheren. Für so umstrittene Retentionsflächen wie Breisach-Süd sollten wir eine andere Ausgleichsmaßnahme suchen als die ökologische Flutung. Wir sollten dieses Projekt besonders zusammen mit den Bürgern, auch mit den französischen, entwickeln.

Ein letzter Punkt noch zum Flächenmanagement. Das gemeinsame Projekt des Umwelt- und Verkehrsministeriums

und des Wirtschaftsministeriums zur Reduzierung des Flächenverbrauchs ist mit den Städten und Kommunen auf gutem Weg. Es wird vom Innenministerium auch sicherlich so weitergeführt.

Das freiwillige ökologische Jahr war einmal eine FDP-Initiative. Deshalb haben wir auch bei der Aufstockung der entsprechenden Mittel gerne mitgemacht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Stefan Mappus.

(Unruhe)

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war durchaus bemerkenswert, was teilweise gesagt wurde. Besonders interessant fand ich einiges, was zum Umweltbereich gesagt wurde. Herr Caroli, ich weiß ja nicht, welcher parlamentarischer Berater Ihnen das aufgeschrieben hat, was Sie hier vorgetragen haben. An Ihrer Stelle würde ich diesem Berater dringend den Rat geben, künftig etwas früher vom Fasching heimzukommen, bevor er eine Rede schreibt. Denn entweder hatte er keine Ahnung vom Thema oder aber ein sehr hohes Maß an Restalkohol, als er das zusammenschrieb, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Oh! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hatten Sie eine lange Nacht, Herr Mappus? – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben heute Morgen schon getankt?)

wir wollen mit dem Entwurf des Einzelplans 10 unseren Beitrag zur Zukunftssicherung dieses Landes leisten, indem wir in finanziell schwierigen Zeiten – dass sich das auch im Einzelplan 10 bemerkbar macht, bestreitet niemand – Schwerpunkte zur Gestaltung der Ressortpolitik setzen.

Deshalb zunächst zu den Fragen: Wo stehen wir in der Umwelt- und Verkehrspolitik? Wie gehen wir mit den Einsparzwängen, die es unbestrittenermaßen gibt, um?

Meine Damen und Herren, wir haben auch den Zwang zur Haushaltskonsolidierung. Die von uns gezogenen Konsequenzen können aus Ihrer Sicht wohl so schlimm nicht sein, weil ich in den letzten Tagen immer gehört habe, wir sollten mehr sparen. Dass wir dies im erforderlichen Maß auch im Ressort des Umwelt- und Verkehrsministeriums tun müssen, ist in überhaupt keiner Weise zu leugnen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber immer an der falschen Stelle!)

Lassen Sie mich deshalb zunächst zum Umweltbereich und danach zum Verkehrsbereich schildern, wie die entsprechenden Leitlinien aussehen.

Meine Damen und Herren, im Umweltbereich zeigt eine Auswertung wichtiger Leitparameter aus Baden-Württemberg, Deutschland und ausgewählten europäischen Nach-

(Minister Mappus)

barländern, dass Baden-Württemberg mit der Schweiz und Österreich zusammen die günstigsten Relationen von Umweltbelastungen je Einwohner, auch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, aufweist. Die Umweltdaten und die im Übrigen bundesweit erste umweltökonomische Gesamtbetrachtung zeigen, dass wir in den letzten zehn Jahren deutliche Fortschritte in der Effizienz der Naturnutzung erreichen konnten und außerdem deutliche positive Entwicklungen in den Bereichen Luftqualität und Qualität der Fließgewässer haben.

Auch im Verkehrsbereich können wir auf einem guten Stand aufbauen. Ich nenne zum Beispiel den Schienenpersonennahverkehr. Meine Damen und Herren, wir haben, seitdem das Land Baden-Württemberg dafür zuständig ist, das Verkehrsangebot in unserem Land um 48 % ausgeweitet, und zwar mit genau dem gleichen Geld, das wir vom Bund bekommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein, das ist nicht wahr! Das Geld wurde drastisch erhöht!)

Das ist im Übrigen bundesweit der Spitzenplatz. Wir sind bundesweit Nummer 1 in der Ausweitung des Angebots im öffentlichen Personennahverkehr. In den letzten fünf Jahren haben wir für die ÖPNV-Infrastrukturförderung rund 820 Millionen € und für die Fahrzeugförderung etwa 570 Millionen € ausgegeben. Damit konnte der drängende Nachholbedarf zu einem guten Teil abgebaut werden. Mit diesem erreichten Niveau können wir uns deutschlandweit mit Sicherheit mehr als gut sehen lassen, auch wenn ich nicht bestreite, dass noch eine ganze Menge zu tun ist.

Die Landesstraßenbaupolitik ist seit Jahren durch Konstanz gekennzeichnet. Gerade beim Ausbau und bei der Erhaltung der Landesstraßen hat das Land in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet. Von 1996 bis zum Jahr 2003 hat sich das Ausgabevolumen für Bau und Erhalt von Landesstraßen von rund 40 Millionen € auf rund 114 Millionen € erhöht, also nahezu verdreifacht, meine Damen und Herren. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen des Bundes. Wir hatten für den Bundesfernstraßenbau Anfang der Neunzigerjahre, vor 15 Jahren, 600 Millionen DM zur Verfügung, also etwa 300 Millionen €. Im letzten Jahr waren es noch 175 Millionen €, in diesem Jahr sind es 165 Millionen €, im nächsten Jahr werden es 85 Millionen € sein, ein Jahr später 65 Millionen €. Das heißt, wir haben 18 Jahre später in etwa ein Viertel dessen, was wir 18 Jahre zuvor hatten. Herr Palmer, es ist schon verdammt mutig, wenn ausgerechnet Sie als Vertreter dieser Regierungskonstellation sich hier hinstellen und uns kritisieren, während diese die Mittel um 75 % zusammengestrichen hat. Das muss ich schon einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es kommt immer auf den Vergleich an! Es gibt mehr für den Erhalt als unter Kohl!)

Unser Ziel ist die Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik unter den gegebenen harten Sparzwängen. Zukunftsgestaltung unter dem Diktat der Sparhaushalte heißt für uns eine sachgerechte Verteilung der knappen Mittel. Wir müssen bisherige Schwächen im System ausmerzen. Die gibt es oh-

ne Frage. Wir brauchen aber auch die Konzentration auf Kernbereiche und vor allem eine Effizienzsteigerung. Das heißt, wir betreiben auch weiterhin eine intelligente Verkehrspolitik. Wir stellen heute die Weichen, dass Baden-Württemberg auch zukünftig ein attraktiver Standort bleibt.

Meine Damen und Herren, was prägt den Einzelplan 10 konkret? Der Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums hat in beiden Haushaltsjahren ein Volumen von jeweils knapp 2 Milliarden €. Davon betreffen knapp 1,7 Milliarden € Sachausgaben. Zur Konsolidierung des Gesamthaushaltsplans hat das Umwelt- und Verkehrsministerium mit 109 Millionen € im Jahr 2005 und 115 Millionen € im Jahr 2006 beigetragen.

Nun zu den Schwerpunkten in diesem Einzelplan.

Zunächst zum Thema Umwelt. Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist aus meiner Sicht der Dinge die zentrale Aufgabe in der Umweltpolitik. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass vor zwei Tagen das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten ist, das eine Reduzierung der Treibhausgase in den Industrieländern bis zum Jahr 2012 vorsieht. Aber das genügt noch nicht. Wir brauchen neue Verhandlungen für ein Kyoto II, damit auch die USA und andere wichtige Emittenten wie China und Indien stärker in die Verantwortung einbezogen werden. Nur dann können dauerhaft Erfolge im Klimaschutz erreicht werden.

Die Landesregierung nimmt den Klimaschutz sehr ernst. Sie hat deshalb trotz der äußerst angespannten Haushaltslage kaum – im Vergleich zu anderen Bereichen weit unterdurchschnittlich – Kürzungen vorgenommen. Im Gegenteil, auf Antrag der Regierungsfractionen werden wir für die Jahre 2005 und 2006 jeweils 1 Million € zur Förderung der oberflächennahen Geothermie zur Verfügung stellen.

(Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Damit können wir gezielt neue Wärmepumpen, gekoppelt mit Erdwärmesonden in Ein- und Zweifamilienhäusern fördern und die kostengünstigen Potenziale in Baden-Württemberg noch besser erschließen, als es bisher der Fall war.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Hervorragende Sache!)

Darüber hinaus wird die Landesregierung gezielt Einzelprojekte zur Tiefengeothermie unterstützen, die in Baden-Württemberg auf lange Sicht zu einer sehr wichtigen erneuerbaren Energiequelle werden kann.

Wir führen auch das erfolgreiche Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ weiter, mit dem effiziente Maßnahmen zur CO₂-Minderung in Kommunen sowie in kleineren und mittleren Unternehmen gefördert werden. Bislang wurden Zuschüsse in Höhe von 25 Millionen € gewährt und damit Investitionen im Umfang von mehr als 150 Millionen € ausgelöst.

Handlungsbedarf besteht aber auch in Bereichen, die wir in der Tat nicht direkt beeinflussen können. Aber, meine Damen und Herren, es ist ja vielleicht noch nicht verboten, aus Sicht der Landespolitik auch auf benachbarte Felder hinzuweisen, die einen direkt betreffen und bei denen dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

(Minister Mappus)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber selber auch etwas tun ist in Ordnung!)

– Ich sage Ihnen sehr gerne, was wir tun, Herr Kollege Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Beim Flugverkehr, was tun Sie da?)

Sie können ganz konkret einmal eine Zahl haben. Der Kollege Caroli hat vorhin so vehement kritisiert, dass wir bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes meilenweit hinten lägen, dass alle anderen besser seien als wir und wie schlimm es aussähe. Meine Herrn Kollegen, die Wahrheit ist konkret.

(Abg. Teßmer SPD: Ihre Wahrheit!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie es wirklich aussieht. Im Bundesschnitt liegt der CO₂-Ausstoß pro Bürger bei 10,2 Tonnen pro Jahr. In Nordrhein-Westfalen liegt er bei über 14 Tonnen pro Jahr.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Stahl und Kohle, Herr Minister!)

In Baden-Württemberg liegt er bei 7,4 Tonnen pro Jahr. Damit ist Baden-Württemberg das zweitbeste Land in ganz Deutschland. Und Sie stellen sich hierher und sagen, wir hätten keine Erfolge bei der CO₂-Bekämpfung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn wir unseren Stahl selber kochen müssten, sähe das ganz anders aus! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: In Baden-Württemberg stagniert der Rückgang! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Jawohl, jetzt ist der Stahl schuld, wenn die Bilanz in Nordrhein-Westfalen so schlecht aussieht. Gut, wir können andere Länder nennen.

(Unruhe – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Stahl und die Kohle sind der Unterschied! – Abg. Alfred Haas CDU zur Opposition: Wir brauchen doch jetzt Kohle, wenn Sie abschalten! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Immer, gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Halten Sie es für einen großen politischen Erfolg der Landesregierung, dass in Baden-Württemberg die Wasserkraft zu den von Ihnen genannten Zahlen entscheidend beigetragen hat?

(Zurufe von der CDU: Natürlich! – Aber sicher! – Unruhe)

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Wie? Ich habe den Anfang der Frage nicht ganz verstanden.

Abg. Alfred Winkler SPD: Bei den jetzt vorgelegten Vergleichszahlen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg spielt die Tatsache eine entscheidende Rolle, dass Sie hier in Baden-Württemberg den Rhein und damit die Wasserkraft haben.

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Also, lieber Herr Kollege Winkler, arg viel mehr Eigentore auf einen Schuss kann man nicht produzieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wer hat denn die Große Wasserkraft, also die effizientesten Anlagen mit einer Leistung von über 5 Megawatt, beim Erneuerbare-Energien-Gesetz aus der Förderung herausgenommen?

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das war die Bundesregierung, die von Ihnen gestellt wird. Als wir über den Bundesrat gemeinsam mit anderen Ländern Anträge gestellt haben, wurde dieser Bereich hereingenommen. Jetzt ist er dabei und wird gefördert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf von der CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Nein. Jetzt lassen Sie mich bitte einmal weitermachen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Erst andere beschimpfen und dann keine Zwischenfrage zulassen!)

Nordrhein-Westfalen wurde angeführt. Sie sagen, der Stahl sei daran schuld, dass die Energiebilanz so schlecht ist. Ein anderes Beispiel: Niedersachsen. Wenn ich es richtig sehe, wird in Niedersachsen relativ wenig Stahl gekocht. Trotzdem ist die Bilanz deutlich überdurchschnittlich schlecht. In Baden-Württemberg, meine Damen und Herren – jetzt kommen wir einmal zu der Analyse, warum das so ist –

(Abg. Teßmer SPD: Ihre Analyse!)

– Das ist eine Analyse des Öko-Instituts in Freiburg, das Ihnen mit Sicherheit näher steht als uns. Darin können Sie das entsprechend nachlesen.

Kommen wir zu Analyse, weshalb das so ist. Das muss man in aller Offenheit sagen. Baden-Württemberg hat deshalb eine so günstige Bilanz,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kernkraft, Stahl, Kohle!)

weil der Anteil der Kernkraft – emissionsfrei – bei uns weit überdurchschnittlich hoch ist. Das ist wahr und nicht zu bestreiten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Klimaschutz auf die Fahnen schreibe –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So!)

(Minister Mappus)

und vielleicht sind wir uns einig, dass das eines der drängendsten Probleme gerade für die Zukunft ist –, dann kann es doch nicht wahr sein, dass ich sage: „Ich schalte jetzt einfach mal Atomkraftwerke ab. Wie ich die Energie alternativ erzeuge, schauen wir danach mal. In der Zwischenzeit nehme ich einfach in Kauf, dass der Schadstoffausstoß steil nach oben geht.“ Wenn das Ihre Politik ist – meine ist es nicht, in aller Offenheit.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So, wie Sie Philippsburg beaufsichtigen, muss man sofort abschalten!)

– Zu Philippsburg, Herr Palmer, komme ich noch ausführlicher, als Ihnen recht sein wird. Das verspreche ich Ihnen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wird Ihr Tschernobyl, wenn Sie so weitermachen!)

Zunächst zum Thema Billigflieger. Meine Damen und Herren, es ist für uns alle zunächst eine angenehme Angelegenheit, wenn wir für 16 € – plus drastischer Gebühren, das sollte man immer noch dazusagen – nach Italien oder sonst wo hinfliegen können.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Das ist auf den ersten Blick eine hochinteressante Geschichte. Aber, meine Damen und Herren, umweltpolitisch sind die Billigflieger eine Katastrophe.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Deswegen bezuschussen Sie Söllingen! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Deswegen muss man nicht noch einen Anreiz geben!)

Deshalb müssen wir uns von den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen her schon einmal fragen: Ist das, was die Bundesregierung steuerpolitisch alles macht oder vor allem alles nicht macht, in Ordnung? Erstes Beispiel: Der öffentliche Personennahverkehr ist mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz von 7 % belegt, der Fernverkehr liegt bei 16 %. Rahmenbedingung: miserabel.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Steht im Koalitionsvertrag drin, das wissen Sie!)

Kerosin ist steuerfrei. Es ist keine Frage, dass es keine Lösung wäre, wenn Deutschland allein etwas macht – unbestritten. Aber, meine Damen und Herren, welche Initiative gibt es europaweit? Von dieser Bundesregierung gibt es keine Initiative für eine europaweite Regelung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das Problem!)

Wir lesen aber in diesen Tagen in den Medien, dass andere europäische Verkehrsminister von sich aus eine Initiative anstoßen, dass das Kerosin in Zukunft auch besteuert wird. Aber die deutschen Truppen – Umweltminister, Wirtschaftsminister und andere mehr – tun nichts.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Lesen Sie keine Zeitung? Der Bundeskanzler fordert das! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der fordert viel und tut nichts!)

Deshalb, meine Damen und Herren, kann ich, wenn ich diese Rahmenbedingungen betrachte, nur sagen: Herr Palmer, Sie sollten mehrere Dezibel zurückschalten, wenn Sie an diesem Pult stehen, wenn es um umweltpolitische Themenstellungen geht. Machen Sie dort die Hausaufgaben, wo Sie die Verantwortung tragen, und kritisieren Sie nicht ständig diejenigen, die weit besser sind als diejenigen, die Sie vertreten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt zur Kernkraft. Ich empfehle bei dem Thema Kernenergie ein etwas höheres Maß an Sensibilität, und zwar aus vielerlei Gründen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Von Ihnen aber auch!)

Ich habe im Zweifel Verständnis dafür, wenn jemanden beim Thema Atomkraft ein gewisses Gefühl der Unsicherheit beschleicht, allein schon deshalb, weil diese Energieform aufgrund ihrer Komplexität so intransparent wie wohl kaum eine andere Energieform ist. Das ist unbestritten. Aber wenn man aus etwas aussteigt, meine Damen und Herren – darüber kann man ja reden –, dann sollte man irgendwann auch einmal sagen, wo man einsteigt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das Problem! – Abg. Teßmer SPD: Hat er doch gesagt!)

Wer aus der Kernenergie aussteigt, muss zugeben, dass sie niemals – das bestreitet übrigens der grüne Grüne in der Zwischenzeit nicht mehr – zu 100 % durch erneuerbare Energien kompensierbar ist. Sie müssen ganz konkret zugeben, dass Sie nach dem Ausstieg einen Großteil mit fossilen Brennstoffen substituieren werden.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Man soll nie „nie“ sagen!)

Meine Damen und Herren, das ist in der heutigen Zeit verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt zum Thema „Sicherheit der Kernkraftwerke“. Konjugieren wir das einmal durch. Vor kurzem war die internationale Atomaufsicht aus Wien in Philippsburg – Topnoten, aber aus Ihrer Sicht wahrscheinlich alle unfähig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was hat die untersucht?)

Dann darf ich Ihnen Folgendes sagen – das war übrigens das weitere Eigentor, lieber Herr Palmer –: Wir haben – ich möchte jetzt auch einmal lobend erwähnen, dass ich da ein Stück weit die Früchte ernten darf, die mein Vorgänger im Amt

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Guter Mann, der Müller!)

in puncto Einführung eines Sicherheitsmanagements – –

(Minister Mappus)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was meinen Sie jetzt: die Pannenserie, oder was? Radioaktivität im Neckar, kein Bor im Flutbehälter, das ist das Erbe! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist doch Tatsache! Eine Panne nach der anderen! – Abg. Schmid SPD: Man kann ja auch ein Erbe ausschlagen!)

– Herr Palmer, machen Sie einmal kurz Pause.

Ich habe in der Tat – um da weiterzumachen – als zuständiger Ressortminister den Vorteil, dass wir bei der Atomaufsicht nach 2001 ein Sicherheitsmanagementsystem in baden-württembergischen Kernkraftwerken implementiert haben, wie es kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland hat.

Tatsache ist auch, dass wir über das, was Sie angesprochen haben, seit Sommer letzten Jahres ständig in Kontakt mit der obersten Atomaufsichtsbehörde sind. Das ist bekanntermaßen das Bundesumweltministerium. Alles, was wir wussten, wurde sofort in Form von Pressemitteilungen ins Internet gestellt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber Sie wussten nichts!)

Alles, was wir wussten, wurde im Verhältnis 1 : 1 direkt an das Bundesumweltministerium gefaxt, mündlich übermittelt, in regelmäßigen Besprechungen behandelt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da hat Ihnen der Betreiber nichts gesagt!)

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes, meine Damen und Herren: In dieser Woche, ganz konkret vorgestern, fand in Bonn die letzte Besprechung mit der zuständigen Abteilung der obersten Atomaufsichtsbehörde im Bundesumweltministerium statt. Wir haben dort mehrmals nachgefragt: „Weisen Sie uns an, dass wir die Atomanlagen aufgrund vermeintlich katastrophaler Sicherheitsmängel herunterfahren müssen?“ Denn das war die Forderung, die Sie ja ständig in den Medien erhoben haben. Wir haben die Frage der obersten Atomaufsichtsbehörde gestellt. Die explizite Antwort war: „Nein, wir weisen Sie nicht an.“

Lieber Herr Palmer, Sie stellen sich hier hin und sagen gerade im O-Ton, hier würden Tschernobyl-Verhältnisse herrschen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie so weitermachen!)

Gleichzeitig sagt die oberste Atomaufsichtsbehörde, der Bundesumweltminister:

(Abg. Blenke CDU: Welcher Partei gehört der an?)

„Es gibt keinerlei Grund für eine Anweisung, die Atomanlagen herunterzufahren.“ Was denn jetzt? Sie spielen mit den Ängsten der Menschen. Das ist das eigentlich Fatale in diesem Land. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen ist eines interessant: Der gleiche Typus von Anlage steht zum Beispiel in Schleswig-Holstein – Druck-

wasserreaktor, grüner Umweltminister. Meine Damen und Herren, da sieht man nichts, da hört man nichts, da liest man nichts. Wenn man mit den Kollegen redet, erfährt man, dass dort die gleichen Probleme bestehen, weil es sich um den gleichen Reaktor

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und den gleichen Hersteller handelt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Anderer Betreiber!)

Jetzt muss ich schon einmal fragen, meine Damen und Herren: Was ist das für ein Stil? Ständig lesen wir Äußerungen der obersten Atomaufsichtsbehörde zuerst in der Zeitung, bevor wir sie erfahren. Ständig bekommen wir mit, dass es ein riesiger Unterschied ist, ob ein Land von der CDU oder von Rot-Grün regiert wird, obwohl die Verhältnisse exakt die gleichen sind,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

obwohl die Anlagen die gleichen sind, obwohl der Hersteller der gleiche ist. Meine Damen und Herren, das hat mit verantwortungsvoller oberster Atomaufsicht herzlich wenig zu tun. Das ist grüne Ideologie. Das Einzige, was Sie wollen, ist, die Kernkraft so madig zu machen, dass sie nach Möglichkeit keinerlei öffentliche Akzeptanz mehr erfährt. Ich sage Ihnen: Mit dieser Landesregierung und mit mir werden Sie dieses Ziel in Baden-Württemberg niemals erreichen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Jetzt zur Ehrenrettung der EnBW: Ich habe keine Beißhemmung, weiß Gott nicht; das darf ich Ihnen sagen. Wir waren im letzten Sommer das bislang einzige Bundesland, das ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen einen Betreiber eingeleitet hat,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

weil dort objektiv ein Problem bestand, das in geringem Maß sicherheitsrelevant war, wo aber die Verhältnisse nicht in Ordnung waren.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich sage wiederum: Solange ich die Atomaufsicht im Land leite, wird es niemals einen Sicherheitsrabatt geben. Aber umgekehrt wird es auch nicht den Fall geben, dass man einen Betreiber, der sich korrekt verhalten hat, so vorführt, wie Sie es tun. Es ist ein Unding, was Sie an Behauptungen in den Raum stellen.

Im Übrigen ist eines bemerkenswert: Bisher war es so, dass Sie zwei Tage lang die Sau durchs Dorf getrieben haben, und dann haben Sie den Rücktritt des zuständigen Ministers gefordert. Die einzige Innovation, die Sie jetzt auf den Punkt bringen, ist, dass Sie gestern als Erstes den Rücktritt des Ministers gefordert haben, bevor Sie sich danach einmal gemütlich mit den Inhalten beschäftigen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(Minister Mappus)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Sie, lieber Herr Palmer, outen sich im Moment selbst bezüglich dessen, was Sie eigentlich vorhaben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt sollten Sie einmal die Zwischenfrage zulassen!)

Die EnBW hat sich nach allem, was wir wissen, objektiv und subjektiv korrekt verhalten. Die EnBW kann uns nach unserem gegenwärtigen Wissensstand nachweisen, dass sie subjektiv alle Daten hatte und sie auch veröffentlicht hatte.

Im Übrigen ist es unwahr, wenn Sie behaupten, dass aufgrund von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft genau das ins Rollen gekommen sei, wovon Sie gesprochen haben. Es ist im Verhältnis 1 : 1 nachweisbar, dass wir dies im Dialog mit der Atomaufsicht gemacht haben. Die EnBW hat nach unserer Kenntnis der Dinge bis zum heutigen Tag nicht gegen das Betriebshandbuch verstoßen. Sie hat nicht gegen entsprechende Verordnungen verstoßen. Insofern ist es ungehörig, dass Sie ständig ein Unternehmen dieses Landes so an den Pranger stellen, obwohl Sie keine Ahnung haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Herr Palmer, es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die EnBW in diesem konkreten Fall unkorrekt verhalten hätte. Wenn sie sich unkorrekt verhält, können Sie davon ausgehen, dass die Atomaufsicht in diesem Land mit Sicherheit sofort reagieren wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Nein, ich möchte bitte weitermachen, weil das eine oder andere noch zu sagen ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn man nichts weiß, kann man auch keine Fragen beantworten, Herr Kollege! – Gegenrufe von der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Er ist nicht vorbereitet, deswegen darf man nichts fragen! – Unruhe)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Er behauptet, der Bund lügt! Da steht es schriftlich, schwarz auf weiß!)

nun zu einem weiteren Punkt, der für uns sehr wichtig ist: zum Hochwasserschutz. Die Einsparzwänge führen dazu, dass auch im Bereich des Hochwasserschutzes die Investitionsmittel für Gewässer I. Ordnung und für Bundeswasserstraßen in den folgenden beiden Jahren nicht mehr gänzlich von Kürzungen verschont werden können. Zusammen mit den KUF-Mitteln für Gewässer II. Ordnung sowie den Mitteln des Bundes aus den Gemeinschaftsaufgaben und den ergänzenden Bundesmitteln beim IRP steht dem Land trotzdem die bemerkenswerte Summe von jährlich über 70 Millionen € für Investitionen in den Hochwasserschutz zur Verfügung.

Durch Prioritätensetzungen und zeitliche Streckungen können mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auch in den kommenden beiden Jahren die Dammsanierungsmaßnahmen an den Gewässern I. Ordnung weitergeführt werden. Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern der II. Ordnung können nach wie vor bedarfsgerecht gefördert werden. Im Rahmen des IRP wird außerdem der Polder Söllingen/Greffern planmäßig im Jahre 2005 fertig gestellt werden. Mit dem Bau des Polders Rheinschanzinsel wird in diesem Jahr begonnen.

Bei der Luftreinhaltung konzentriert sich die aktuelle Diskussion wegen Überschreitungen bei den Schadstoffen Feinstaub (PM₁₀) und Stickstoffdioxid auf die Erstellung von Luftreinhaltungsplänen und Aktionsplänen. Das ist eine wichtige Aufgabe im Hinblick auf die Umsetzung von EU-Qualitätsvorgaben. Da haben wir Hausaufgaben zu machen, aktuell vor allem beim PM₁₀.

Aber, meine Damen und Herren, dies darf den Blick nicht darauf verstellen, dass wir bei der Luftreinhaltung – einschließlich PM₁₀ – viel erreicht haben: eine Minderung der Feinstaubemissionen in den letzten zehn Jahren um 23 % und eine Minderung der vom Verkehr stammenden Emissionen sogar um 43 %. Baden-Württemberg liegt im deutschlandweiten und im internationalen Vergleich auch auf diesem Gebiet in der Spitzengruppe.

Die Probleme sind aber – das macht die Vehemenz aus – lokal sehr begrenzt. Es geht um wenige Straßen, wo aus Gründen des Verkehrsflusses, der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes und der Luftreinhaltung der Verkehr gebündelt wird; dennoch müssen wir die Probleme angehen.

Aber, meine Damen und Herren, auch hier ist bemerkenswert, was vom Bund kommt. Ich hätte eigentlich erwartet, dass bei einem grünen Bundesumweltminister moderne Technologien, die zur Reduktion von Emissionen dienen, so schnell wie möglich eingeführt werden;

(Abg. Blenke CDU: Das sollte man glauben! – Abg. Fleischer CDU: Das wäre logisch!)

Stichworte: Stickstoff, Rußfilter. Es gibt den Rußfilter in Frankreich, in Spanien, so ziemlich überall,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da wird er hergestellt!)

in manchen Ländern per Zwang. Nur in Deutschland lässt sich ausgerechnet der Bundesumweltminister von geschickten Verhandlern aus der Automobilbranche das Ganze abhandeln.

(Zurufe von der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und Sie im Saal stellen die Anträge dazu! Sie sind die Hilfstruppen der Automobilindustrie!)

Wir führen dies frühestens ab dem Jahr 2008 ein.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Dort die Einführung zu verschieben und sich dann hier hinzustellen und sich über die Emissionen zu beschweren,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie haben gefordert, die Grenzwerte abzuschaffen! Sie haben im Bundesrat beantragt, die Grenzwerte abzuschaffen!)

(Minister Mappus)

das ist genauso verlogen wie alles andere, was Sie vorhin zum Thema Umweltpolitik geäußert haben. Gehen Sie nach Berlin! Machen Sie, Herr Palmer, Ihre nächste Sommerfahrradtour nicht quer durch Baden-Württemberg, sondern nach Berlin, und sorgen Sie dafür, dass das Gesetz geändert wird. Dann werden wir große Vorteile haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Aber ohne Rückfahrchein! One-Way-Ticket!)

Meine Damen und Herren, ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt und das ich deshalb im umweltpolitischen Bereich noch ansprechen will, ist der Flächenverbrauch. Genau genommen ist der Begriff „Verbrauch“ nicht ganz richtig, weil man Fläche ex definitione nicht verbrauchen kann. Aber es wird unzweifelhaft zu viel Fläche in Anspruch genommen. Im Moment haben wir die Situation, dass wir pro Tag netto 10,2 Hektar Fläche zusätzlich verbauen. Dies ist in der Tat ein Problem, das wir verstärkt angehen müssen.

Ich möchte dazu zwei Dinge feststellen: Erstens machen wir das weder par ordre du mufti noch gegen die Kommunen, sondern mit den Kommunen. Zweitens ist es entgegen dem, was vorhin gesagt wurde, kein Finanzproblem, meine Damen und Herren. Dabei geht es ausnahmsweise nicht ums Geld,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

sondern um die Frage, ob man vor Ort die Möglichkeit sieht und bereit ist, Konzepte entsprechend umzusetzen. Zum Beispiel macht es mit Blick auf die demografische Entwicklung wenig Sinn, immer mehr Menschen in den Außenbereichen anzusiedeln, während sie später aus Gründen der besseren Versorgungsstruktur eigentlich im Innenbereich leben sollten. Das sind Dinge, die wir gemeinsam mit den Kommunen angehen. Da bitte ich um Unterstützung. Das ist nicht in erster Linie ein fiskalisches Problem, sondern ein politisches Problem, bei dem wir die Unterstützung aller politischen Körperschaften brauchen.

Jetzt, meine Damen und Herren, zur Verkehrspolitik. Was sich da in den letzten Tagen tut, ist besonders bemerkenswert. Deshalb möchte ich mit Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart–Wendlingen–Ulm beginnen.

Meine Damen und Herren, heute Morgen habe ich in der Zeitung gelesen, O-Ton Kretschmann – ich zitiere –: „Die verbuddeln wegen fünf Minuten Fahrzeitgewinn 4,6 Milliarden €.“

(Abg. Blenke CDU: Keine Ahnung! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der kann nicht einmal rechnen!)

Das ist eine tolle Aussage. Sie stimmt aber in gar nichts. Deshalb will ich Ihnen in Kürze noch einmal darzulegen versuchen – das wird wahrscheinlich wieder einmal vergebliche Liebesmühe sein, aber ich will es trotzdem versuchen –, warum Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gibt es da etwas Neues?)

für uns die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind und beide dringend notwendig sind.

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, gehe ich davon aus, dass Sie wenigstens ab und zu noch Vertragswerke erhalten wollen. Im Vertrag von La Rochelle ist die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm in exakter Linienführung enthalten. Das heißt, wenn Sie als Bundesregierung diesen Vertrag ausnahmsweise einmal nicht brechen wollen – im Gegensatz zum Beispiel zu dem, was man auf der Schnellbahntrasse zwischen Karlsruhe und Basel tut;

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt denn da Bundesregierung? So ein Quatsch!)

da wird alles gebrochen, was geltende Abmachungen angeht –, dann kann die Linienführung kein Problem sein. Auch die Kosten können dann übrigens kein Problem sein, weil da sowohl die Streckenführung als auch der Preis, als auch die zeitliche Fixierung drinstehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Preis stimmt nicht mehr!)

Jetzt zum Thema Stuttgart 21, meine Damen und Herren. Erstens einmal: Die fünf Minuten sind Quatsch. Stuttgart 21 – um zwei Beispiele zu nennen – verkürzt die Fahrzeiten zum Beispiel auf der Strecke von Stuttgart nach Ulm von 54 auf 26 Minuten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber wegen der Neubaustrecke, nicht wegen des Bahnhofs!)

Selbst wenn man keine Ahnung von Mathematik hat, kommt man relativ schnell darauf, dass das etwas mehr als fünf Minuten sind.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber doch wegen der Neubaustrecke! Die wollen wir doch auch! Solche Milchmädchenrechnungen kann ich nicht mehr hören!)

Wenn Sie zum Beispiel von Pforzheim – wenn ich einmal ein Beispiel aus meinem Wahlkreis schildern darf – mit der Bahn zum Stuttgarter Flughafen wollen, beträgt die heutige Fahrzeit eine Stunde und 42 Minuten. Nach dem Bau von Stuttgart 21 beträgt sie aufgrund des Durchgangsbahnhofs, Herr Palmer, 36 Minuten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ich könnte Ihnen en masse Beispiele aufzeigen, warum es für das ganze Land Baden-Württemberg

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

von zentraler Bedeutung ist, dass wir Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm bauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jetzt nenne ich einen zentralen Faktor: Bauträger von Stuttgart 21 und der Trasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm ist nicht das Land Baden-Württemberg, sondern das ist die Deutsche Bahn AG. Wenn Sie das also uns nicht glauben, empfehle ich Ihnen das Gespräch mit der Deutschen Bahn AG.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die sind alle dagegen!)

(Minister Mappus)

Mehdorn sagt klipp und klar: „Ich baue entweder beides oder nichts.“

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und alle sagen: „Was für ein Quatsch!“ – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn Sie das wissen, dann würde ich Ihnen einmal dringend empfehlen, über Folgendes nachzudenken: Wenn Mehdom beides nicht baut, dann stellt sich relativ kurzfristig die Frage: Wo führt das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz denn dann entlang? Die Antwort ist ziemlich einfach:

(Abg. Blenke CDU: Außerhalb Baden-Württembergs!)

Sie gehen in Kehl über die Grenze. Dann fahren Sie nach Karlsruhe. Aber dann biegen Sie nicht nach Stuttgart ab, sondern Sie fahren in nördlicher Richtung nach Mannheim, biegen kurz nach der baden-württembergischen Grenze in Richtung Osten ab und schwenken auf bayerischem Staatsgebiet auf die dort vorhandene Schnellbahntrasse in Richtung München ein.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Ich kann nur sagen: Wer will, dass sich alle bayerischen Politiker auf die Schenkel klatschen, der muss das verfolgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Baden-Württemberg, eisenbahnfreie Zone!)

Dann führt das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn AG im wahrsten Sinne des Wortes an Baden-Württemberg vorbei.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das dauert länger als über Stuttgart! So wird es nicht kommen! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wenn Sie das wollen, dann vertreten Sie weiterhin das, was Sie hier vortragen. Wenn Sie das nicht wollen, dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als dass Sie mit der Deutschen Bahn AG, die beides will, mit dem Verband Region Stuttgart, der beides will, mit der Stadt Stuttgart, die beides will, mit dem Land Baden-Württemberg, das beides will, und mit weiten Bereichen aller in Baden-Württemberg politisch Verantwortung Tragenden zusammen

(Abg. Schmiedel SPD: Mit der Bundesregierung, die beides will!)

Stuttgart–Wendlingen–Ulm und Stuttgart 21 so schnell wie möglich umsetzen. Dann können Sie das verhindern, was der verkehrspolitische Super-GAU für Baden-Württemberg wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen, um das auch noch loszuwerden – weil Sie immer davon reden, die Kosten galoppierten davon und wir hätten in puncto Finanzierung nichts vorgesehen –, zum Zweiten: Ich empfehle einen Blick in die mittelfristige Finanzplanung. Da steht alles drin: 2007 50 Millionen €, 2008 80 Millionen €. Die Zahlen sind da.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und woher kommt das Geld? Das ist eine Luftbuchung!)

Das Geld steht dann im kommenden Doppelhaushalt 2007/2008, Herr Palmer. Im Moment beschließen wir den Doppelhaushalt 2005/2006; da steht es logischerweise nicht drin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und nachher beschließen wir den Mittelfristigen Finanzplan, auch noch heute!)

Zum Thema Kostenentwicklung: Stuttgart 21 beinhaltet, preisbereinigt auf Basis der Zahlen von 1998, keine Preissteigerung. Preisbereinigt gibt es bei Stuttgart 21 – Stand heute – keinen Cent Preissteigerung. Bei der Strecke Stuttgart–Wendlingen–Ulm ist es anders; das habe ich nie bestritten. Aber klar ist auch: Wenn Sie sich quer durch die Schwäbische Alb buddeln, ist unschwer zu erraten, dass an der einen oder anderen Stelle ein Problem auftaucht, das das Projekt nicht billiger macht. Wenn wir uns aber einig sind, dass wir Stuttgart–Wendlingen–Ulm dringend brauchen, dann möchte ich schon einmal fragen: Wie kommen Sie denn auf die Filder hoch,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abzweig Mettingen! Sie kennen doch die Pläne, oder nicht?)

wenn Sie Stuttgart 21 nicht machen, aber Stuttgart–Wendlingen–Ulm verwirklichen wollen? Ich kann nur sagen – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie kennen doch die Strecke, oder nicht?)

– Doch, die Strecke kenne ich. Aber bei dieser Strecke weiß ich auch: Erstens liegt dort keine einzige Schiene für das, was die Bahn als Alternative hätte; zweitens müssten Sie etwa 15 Häuser abreißen; drittens brauchten Sie ein Planfeststellungsverfahren, das mit Sicherheit viele Jahre, wenn nicht sogar länger als ein Jahrzehnt dauert.

Ich kann nur sagen: Wer Stuttgart 21 nicht will, der soll bitte auch den Menschen, die dort wohnen, reinen Wein einschenken und sagen, was an Alternativen auf sie zukäme. Wenn Sie den Mut dazu haben, sage ich: Hut ab!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Weil wir gerade beim Geld sind, nun zum Thema „Finanzierung der Verkehrswege“. Wir halten die Lkw-Maut für richtig. Der Verhandlungsführer der Länder war mein Amtsvorgänger Ulrich Müller. Richtig ist aber auch, dass wir Ende März eine Untersuchung dazu auf dem Tisch werden liegen haben, wie die Ausweichverkehre laufen. Denn klar ist: Es gibt auch einige, die ziemlich kreativ sind, wenn es darum geht, die Lkw-Maut nicht bezahlen zu müssen. Ich gehe davon aus, dass wir Ende März gemeinsam mit dem Bund – übrigens haben wir im Gegensatz zu Ihnen, die Sie ständig auf uns draufhauen, das Thema gemeinsam mit dem Bund geregelt; wir halten es für richtig, also machen wir es auch gemeinsam, fernab von irgendwelchen ideologischen Scheuklappen – dafür sorgen, dass wir diese Ausweichverkehre irgendwie in den Griff bekommen werden.

(Minister Mappus)

Aber klar ist auch eines, Herr Kollege Palmer: Wenn Sie hier so groß die Muskeln spielen lassen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Der hat doch keine!)

dann gehen Sie doch einfach einmal nach Berlin.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie wiederholen sich!)

Denn das, was jetzt läuft, sieht wie folgt aus: Im Gesetz zur Regelung der Lkw-Maut steht explizit, dass die Gelder aus der Lkw-Maut zusätzlich zu den Haushaltsmitteln für den Verkehr benötigt werden und dort eingesetzt werden müssen.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Tatsache ist aber, dass im Bundeshaushalt in exakt derselben Höhe, in der die Einnahmen durch die Lkw-Maut fließen sollen, der normale Haushaltsansatz nach unten gefahren wurde. Das heißt, wir haben nach der Maut so viel Geld wie vor der Maut.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist mehr als vorher!)

Das ist so unseriös, dass es knallt. Deshalb, Herr Palmer: Wenn Sie so gern auf den Tisch hauen, dann sind Sie hier auf der falschen Baustelle. Sie müssen stattdessen zum Bundesverkehrsministerium nach Berlin. Sorgen Sie dafür, dass das Geld zusätzlich kommt, dann können wir die Verkehrswege in Baden-Württemberg – auch die Schiene, auch die Flüsse – de luxe ausbauen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie wollen wohl, dass ich Bundesverkehrsminister werde! Haben Sie die Bundestagswahl schon aufgegeben?)

– Das muss nicht sein, Herr Palmer; das nicht unbedingt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Gehen Sie dorthin und sorgen Sie dafür, dass das Geld, das aus dem Verkehr kommt, auch in den Verkehr fließt. Dann hätten wir viel gewonnen, und wir brauchten uns hier über vieles nicht weiter zu unterhalten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun zum Thema „Zukünftige Finanzierung der Verkehrswege“. Dass die jetzige Finanzierung nicht ausreicht, weiß jeder. Es wäre aber auch nicht ganz seriös, zu sagen: Wenn die Regierung wechselt, haben wir über Nacht ein paar Milliarden Euro mehr. Aber, meine Damen und Herren, wer zugeben muss, dass die jetzige Finanzierung nicht ausreicht, der muss doch eigentlich auch bereit sein, zu sagen: Wir setzen uns einmal zusammen und prüfen alle Optionen, die es bezüglich der zukünftigen Finanzierung von Verkehrswegen geben könnte.

Der zukünftige Ministerpräsident hat einen Punkt angesprochen, den ich für exakt den richtigen Weg halte: Wir müssen uns darüber unterhalten, ob wir die haushaltsgestützte Verkehrswegefinanzierung auf eine nutzerbezogene Finanzierung umstellen. Allerdings müsste das unter zwei Prä-

missen geschehen, ohne die mit uns nichts zu machen ist, nämlich erstens: Wer eine Pkw-Maut ins Auge fasst, muss bereit sein, die Kfz-Steuer abzuschaffen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Kfz-Steuer macht in doppelter Hinsicht keinen Sinn. Zum einen ist es völlig unlogisch, den Hubraum zu besteuern; das ist ökologisch voll daneben. Zum anderen beschäftigen wir, meine Damen und Herren, bundesweit 1 200 Beamte damit, nichts anderes zu machen als die Kfz-Steuer zu erheben. Das ginge auch etwas effizienter.

Aber der zweite Punkt – und das ist der entscheidende – ist: Das Geld, das aus einer wie auch immer gearteten Nutzerfinanzierung im Pkw-Sektor kommt, muss auch zu 100 % in den weiteren Ausbau der Verkehrswege fließen.

Unter diesen Prämissen – aber nur unter diesen Prämissen – kann man mit uns diskutieren. Ansonsten kann man mit uns nicht diskutieren. Wer das aber nicht will, der soll bitte wenigstens sagen, wie er in Zukunft Verkehrswege besser finanziert. Was Sie machen, ist: das eine ablehnen, das andere nicht verbessern, weiterhin in den Verkehrsinfarkt. Das ist exakt das, was wir mit Sicherheit nicht mitmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt noch ein Wort zum ÖPNV. Ich habe es vorher angeschnitten: Seit wir zuständig sind, haben wir 47 % mehr Netz. Seit wir zuständig sind, haben wir 50 % mehr Passagiere. Seit dem letzten Jahr haben wir ein Controlling, wie es dies in der Bundesrepublik sonst nirgends gibt. Wir können exakt sagen: Auf welcher Strecke steigen wie viele Leute ein? Wo steigen sie aus? Wie viele fahren mit? Wie viel beträgt der Zuschuss? Was kostet die Aktion? Was kostet der Zuschuss pro Passagier?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bevor ich gezählt habe, wussten Sie überhaupt nicht, wie viele Leute drinsitzen!)

Das ist exakt das, was wir mit diesem Controllingsystem feststellen können.

Nur, meine Damen und Herren: Wer ein Controllingsystem hat, der sollte auch bereit sein, die Zahlen entsprechend zu nutzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und sie offen zu legen!)

Deshalb ist die Aufgabe, die wir haben, und die Umsetzung ganz einfach. Dort, wo wir, wie zum Beispiel im letzten Sommer in einigen Gebieten in Baden-Württemberg analysiert wurde, pro Personenkilometer einen Zuschuss von mehr als 10 € haben, muss es doch möglich sein, zu sagen: Wenn ein Angebot über Jahre hinweg nicht greift, dann nehmen wir das Angebot dort etwas zurück, um irgendwo anders, wo wir mit dem gleichen Geld wesentlich mehr erreichen können, auch deutlich mehr bewegen zu können. Das muss doch erlaubt sein. Wir machen das. Das ist das Geld des Steuerzahlers. Wir werden das auch in den kommenden Jahren machen.

(Minister Mappus)

Deshalb, lieber Herr Palmer, sage ich Ihnen: Wenn Sie intelligenterweise am Ende der Ferienzeit vier Mitarbeiter aus dem Landtag hinstellen und uns dann ein paar Zahlen um die Ohren hauen, kann es doch nicht Ihr Ernst sein, dass das eine seriöse Zählweise ist,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber doch besser als gar keine!)

um uns dann vorzuhalten, dass unsere Politik nicht greife.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie streichen Züge, bei denen Sie gar nicht wissen, wie viele drinsitzen!)

Wir können Jahr für Jahr aufgrund der Erhebungen eines von uns beauftragten Unternehmens ganz genau sagen, wo die Züge fahren, wie sie fahren, wie hoch der Zuschuss ist, wie die Struktur aussieht. Wir ziehen daraus die Konsequenzen. Wir werden das auch in den nächsten Jahren machen. Ich bitte hier um Unterstützung, damit wir einen innovativen und zukunftsfähigen ÖPNV bekommen. Den können wir nur dann bekommen, wenn wir das Geld dort investieren, wo wir am effizientesten mit dem Mitteleinsatz die meisten Menschen für den ÖPNV gewinnen können und gewinnen werden. Das ist die Gestaltung nachhaltiger Politik. Bitte unterstützen Sie uns. Wir werden das weiterhin machen. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Mobilität hier im Mobilitätsland Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland, in Baden-Württemberg.

Abschließend möchte ich mich bei all jenen bedanken, die konstruktiv an dem Haushalt im Umwelt- und Verkehrssektor mitarbeiten. Ich möchte hinzufügen, dass wir für konstruktive Vorschläge immer sehr offen sind. Ich bin auch dankbar für Änderungsanträge, die das eine oder andere sicherlich auch noch voranbringen. Wir unterstützen das gerne. Wir wollen, dass der ÖPNV, die Straße, die Luftverkehrswege, alles im Mobilitätsbereich, aber auch die Umweltpolitik weitere Schritte nach vorne machen und dass wir weiterhin die Nummer 1 in diesem Sektor in der Bundesrepublik Deutschland bleiben können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Vorwurf des Rüpels, Herr Präsident, nehme ich natürlich zurück. Aber, meine Damen und Herren, es ist meines Erachtens eines Ministers unwürdig, wider besseres Wissen eine Parlamentarierrede in die Nähe von Beratern und Restalkohol zu rücken.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig! – Abg. Alfred Haas CDU: Das war ein Quatsch!)

Für diese Entgleisung, Herr Minister Mappus, sollten Sie sich entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, an einer Stelle will ich einmal deutlich machen, was es mit der Wahrheit auf sich hat. Da

wirft sich der Umweltminister wegen des Klimaschutzes in die Brust, hat aber auf seinem Schreibtisch einen Umweltplan liegen, in dem die Reduktionsziele von Baden-Württemberg festgelegt sind, nämlich eine Verringerung auf 70 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2005 bzw. 65 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2010. Sie werfen sich hier in die Brust und sagen: „Beim Klimaschutz stehen wir besser da.“ Sie haben aber keinerlei Fortschritt erzielt. Im Augenblick liegen wir bei minus 0,4 % gegenüber 1990. Wir haben festgestellt: Keinerlei Fortschritt in der Reduktion erzielt, die Ziele des Umweltplans nicht eingehalten. Das ist Ihre Bilanz. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben wirklich in erstaunlicher Weise hier mit Nebelkerzen geworfen und versucht, Dunkelheit über die Vorgänge in Philippsburg zu breiten. Dazu muss man noch einmal Stellung nehmen.

Punkt 1: Der Fraktionsvorsitzende Kretschmann hat, anders als Sie es dargestellt haben, Ihren Rücktritt nicht gefordert. Bitte nehmen Sie das zurück! Er hat Ihren Rücktritt nicht gefordert, und es hier einfach so hinzustellen, als hätte er es getan, ist ein billiger Versuch, eine Attrappe aufzubauen, die man anschließend bekämpfen kann.

Ich frage Sie aber auch, Herr Minister Mappus: Was wäre denn so schlimm an Ihrem Rücktritt? Sie beabsichtigen doch ohnehin, am 19. April zurückzutreten und Fraktionsvorsitzender zu werden. Ich weiß gar nicht, worüber Sie sich aufregen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Aber zum Ernst der Sachlage zurück: Sie haben gerade mit sehr feinen Worten vertuscht, was in Philippsburg geschehen ist. Sie haben davon gesprochen, dass der Betreiber subjektiv alles richtig gemacht habe. Die Frage ist, was er objektiv getan hat. Wie es objektiv war, lese ich Ihnen einfach aus einer Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums vor. Hier steht:

Erst nachdem die Staatsanwaltschaft unter Fristsetzung mit einer Zeugenvernehmung gedroht hatte,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

traf EnBW als Betreiberin des AKW am 12. Januar 2005 erforderliche Maßnahmen und setzte die Aufsichtsbehörde davon in Kenntnis.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So war es nämlich!)

Das heißt, Sie wussten ein halbes Jahr nicht, was in Philippsburg vor sich geht. Der Betreiber hat Sie nicht informiert, obwohl hier wörtlich steht:

Trotz mehrfacher Aufforderung hat EnBW bis heute jedoch nicht nachvollziehbar dargelegt, warum die sicherheitstechnisch erforderliche Maßnahme erst nach mehr als sechs Monaten ergriffen wurde.

(Boris Palmer)

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mappus hat keine Ahnung gehabt!)

Und da stellen Sie sich hier hin und sagen: „Wir brauchen mehr und längere Laufzeiten für die Kernkraftwerke“, wo Sie mit Ihrer Aufsicht, mit Ihrer Schlafmützigkeit nicht mal in der Lage sind,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

aus den vorliegenden Unterlagen zu erkennen, dass ein schwerwiegender Störfall, der zum GAU, zum echten GAU, führen kann,

(Minister Mappus schüttelt den Kopf. – Minister Mappus: Ach!)

von Ihren Beamten nicht erkannt wird, wo der Betreiber ein halbes Jahr lang braucht, um Ihnen das zu melden, und Sie nichts wissen. Dann tun Sie so, als wäre hier im Land alles zum Besten bestellt. Herr Minister, das ist einfach skandalös.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur in aller Kürze etwas zurechtrücken, was der Minister vorhin zur Finanzierung der Straßen des Bundes und des Landes gesagt hat. Er hat es so dargestellt, als ob der Bund seine Mittel gekürzt und das Land seine Mittel massiv erhöht hätte. Er hat dabei nach dem Churchill zugeschriebenen Zitat „Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe“ gehandelt.

Insofern will ich etwas aus der von Minister Mappus unterschriebenen Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3422, vorlesen. Dieser Stellungnahme ist zu entnehmen, dass für den Landesstraßenbau 1996 in der Summe 142,6 Millionen € und 2004 198,6 Millionen € ausgegeben worden sind. Das macht eine Steigerung um 56 Millionen € aus. Beim Bund gab es im selben Zeitraum eine Steigerung um 78,9 Millionen €,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

allerdings in einer Größenordnung, die mehr als das Zweieinhalbfache dessen beträgt, was das Land für Straßen ausgibt. Insofern muss man das schon relativieren. Sie sollten die Drucksachen, die Sie, Herr Minister, unterschreiben, selber auch lesen und verwenden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu Ihrem Schlussappell, mitzuhelfen, die Ziele Baden-Württembergs weiterzuverfolgen: Wir wollen Ihnen ja helfen, die Ziele des Generalverkehrsplans, die Sie beim Landesstraßenbau und beim ÖPNV bei weitem nicht erreichen, einzuhalten, obwohl wir uns tatsächlich immer weiter von ihnen entfernen. Deswegen haben wir die entsprechenden Anträge gestellt. Aber wenn Sie sich selbst nicht helfen, dann ist Ihnen nicht zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4010. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und den Entschließungsantrag am Schluss zur Abstimmung bringen.

Ich rufe zunächst auf

Kapitel 1001

Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-1.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Kapitel 1001 – Ministerium – in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

und dazu zunächst die Ziffern 1 bis 3 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-9.

Ich lasse über die Ziffern 1 bis 3 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist insoweit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zum gleichen Titel rufe ich die Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-9, auf. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Die Ziffer 4 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch über die Ziffer 5 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-9, abstimmen. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Auch die Ziffer 5 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1002 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Kapitel 1003

Verkehr

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-3.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/4050-3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-4, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-5, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-10 Ziffer 1, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1003 – Verkehr – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1004

Straßenbau

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-10 Ziffer 2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-7, abstimmen.

Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Es ist zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-7, namentliche Abstimmung beantragt. Wird dieser Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützt? – Das ist der Fall. Dann wird namentlich abgestimmt.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnt, mit Nein. Wer sich enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben F. Ich darf den Schriftführer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Sie möchte ich bitten, sich möglichst ruhig zu verhalten, weil wir sonst die Antworten hier oben nicht verstehen können.

Bitte schön, Herr Schriftführer.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-7, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 117 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

Der Änderungsantrag Drucksache 13/4050-7 ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Wickenmann, Weiß, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Renate Götting, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hofer, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächle, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1004 – Straßenbau – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Kapitel 1005

Wasser- und Abfallwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-11.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1005 – Wasser- und Abfallwirtschaft – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1006

Gewerbeaufsicht

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1006 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umweltschutz

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1011

Gewässerdirektionen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4050-8. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag Drucksache 13/4050-8 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1011 – Gewässerdirektionen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1011 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt noch zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4050-12. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe unter **Punkt 1** der Tagesordnung den **Buchstaben b** auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4008

Berichterstatter: Abg. Kleinmann

Das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Rededzeiten gelten.

Der Berichterstatter, Herr Abg. Kleinmann, ist nicht anwesend.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Kiefl das Wort.

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der zwingend notwendigen Haushaltskonsolidierung leistet der Einzelplan 08 einen Beitrag von rund 80 Millionen €. Hinzu kommen noch die globalen Minderausgaben. Das heißt, das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat sich nicht um eine angemessene Beteiligung bei der Erfüllung der Einsparauflagen der Ressorts „herumgemogelt“, wie es in der Begründung eines Änderungsantrags der SPD-Fraktion heißt.

Meine Damen und Herren, obwohl die Eingriffe natürlich schmerzhaft sind – wir hätten es lieber anders gehabt –, konzentriert meine Fraktion all ihre Kräfte auf die Zukunftssicherung des ländlichen Raums, auf die Förderung einer leistungsstarken Land- und Forstwirtschaft sowie auf den Erhalt unserer Natur und Landschaft. Das heißt, bei dieser Aufgabenstellung ist unsere Fraktion verlässlich.

(Abg. Teßmer SPD: Oh lieber Gott! – Gegenrufe von der CDU)

Gemeinsam mit unserem kompetenten Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, an seiner Spitze Minister Willi Stächele und Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch, wollen wir in jedem Fall verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das heißt, wir wollen nicht, dass dieses Ministerium abgeschafft wird und nur noch ländliche Folklore gefördert wird oder nur noch Kontrollaufgaben wahrgenommen werden.

(Abg. Teßmer SPD: Mehr darf er ja gar nicht mehr! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit wir nicht nur die Märkte vor der Haustür bedienen können – die uns sehr wichtig sind –, sondern darüber hinaus den Markt Europa und den Weltmarkt. Das wird jetzt nach der Reform der Agrarpolitik kommen. In Bezug auf den Weltmarkt können wir konkret auch China nennen. Wir wollen auch den Weltmarkt mit unseren qualitativ hochwertigen Produkten bedienen.

(Abg. Walter GRÜNE: Warst du eigentlich nicht in den USA dabei?)

Meine Damen und Herren, unser Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat bei der Reform der Agrarpolitik in Berlin eine federführende Rolle gespielt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ein solches Ministerium schafft man nicht ab.

(Kiefl)

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: Sehr gut! Bravo!)

Wir vonseiten Baden-Württembergs tragen dieser Zukunftsaufgabe, die sich aus der veränderten europäischen Agrarpolitik ergibt, dadurch Rechnung, dass wir im Haushalt dort die Mittel konzentrieren, wo sie zukunftsorientiert sind. Bei diesem Punkt nenne ich an erster Stelle, dass wir unseren Anteil an der Gemeinschaftsaufgabe, das heißt für die Investitionsförderung, für die Anpassung an den Wettbewerb in Europa und in der Welt, nicht gekürzt haben. Der Ansatz betrug 2004 rund 107 Millionen €, und 2005 liegt er auch bei 107 Millionen €. Wir hätten diesen Ansatz gern gesteigert, aber dies ist natürlich, dem Zwang der Haushaltskonsolidierung folgend, nicht möglich gewesen.

Warum legen wir hierauf großen Wert? Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist eine weitaus größere und bedeutendere Wirtschaftsbranche, als für viele auf den ersten Blick erkennbar ist. Es geht in diesem Bereich um rund 0,5 Millionen Arbeitsplätze, und diese Branche kauft für rund 4 Milliarden € ein. Die Vergleichszahlen für Deutschland: 4,3 Millionen Arbeitsplätze und 30 Milliarden €. Ich nenne diese zwei Daten, um die Wirtschaftskraft dieser Branche deutlich zu machen.

Aber die Voraussetzung dafür, dass das Ganze funktioniert, ist: Rot-Grün – das kann ich Ihnen nicht ersparen – muss den Würgegriff aufgeben,

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt es endlich!)

der dazu angetan ist, den Agrarstandort Deutschland zu zerstören.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Worin besteht dieser Würgegriff? Das alles kann man mit Zahlen belegen. Einerseits gibt es immer mehr Verbote und Auflagen im Alleingang.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Darüber haben wir hier schon öfter diskutiert.

(Abg. Walter GRÜNE: Es wird nicht besser! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Vielleicht wird es bald besser!)

– Gott sei es geklagt. Aber ich werde nicht müde, es immer wieder zu betonen, damit man weiß, woher das Ganze kommt.

Zum anderen sind die steigenden Belastungen durch massive Erhöhungen von Beiträgen und Steuern anzuführen. Ich nenne zwei Beispiele, die niemand abstreiten wird: Bekanntlich belastet die Verteuerung des Agrardiesels Baden-Württemberg mit 17 Millionen €. Bei Sozialversicherung, Krankenkasse und Alterskasse macht die Beitragserhöhung für den Einzelnen – lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen – zwischen 16 und 21 % aus; das sind für Baden-Württemberg nochmals 33 Millionen €. Eine solche Beitragserhöhung bei der Sozialversicherung sollen andere erst einmal erleiden.

Dieser Zangengriff wirkt sich für uns in Baden-Württemberg daher mit rund 50 Millionen € aus.

(Abg. Walter GRÜNE: Wie viel hat der Waigel bei der Gemeinschaftsaufgabe gekürzt?)

Da soll mir jemand sagen, wer dieses ausgleichen kann, wenn sich die Politik in Berlin in diesem Punkt nicht ändert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Wie viel haben die Schwarzen allein bei der Gemeinschaftsaufgabe gekürzt? So ein Unfug!)

Meine Damen und Herren, erst geht die Produktion weg, dann brechen logischerweise die vor- und nachgelagerten Bereiche zusammen, dann stirbt in diesen Bereichen die Entwicklung – denn wofür würde sie noch Not tun? –, und zum Schluss stirbt der Wohlstand.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist hanebüchen!)

Das ist im Prinzip die gleiche Gesetzmäßigkeit wie in anderen Wirtschaftsbereichen auch.

(Abg. Walter GRÜNE: Sag mal, Helmut, wo warst du denn überhaupt? So einen Blödsinn hast du schon lange nicht mehr verzapft! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Also, die Investitionsförderung halten wir.

Ein zweiter Punkt sind die Programme in der so genannten zweiten Säule. Ich will nur die für uns wichtigen erwähnen. Wir haben das MEKA I verlässlich verlängert; das ist bekannt. Die Leute wissen, dieses Programm läuft bis 2007, ab dann gehen die Uhren anders – nicht wegen uns, sondern weil sich in Europa einiges ändert und wir handeln müssen.

Wir sind dabei, das MEKA II WTO-tauglich zu machen; dazu bedarf es noch einiger Arbeit. Auf diesem Gebiet haben wir wegen der Auflagen aus Brüssel – Stichwort Cross Compliance – etwa 5,5 Millionen € zurücknehmen müssen. Wir werden bis 2007 ein MEKA III entwickeln, das dann wirklich WTO-tauglich ist. Aber da ist Detailarbeit nötig.

Wir bleiben bei der Ausgleichszulage für die Landwirtschaft, bei der Ausgleichszulage Wald, wenn auch gekürzt.

(Abg. Teßmer SPD: Aber wie?)

Und wir bleiben bei der SchALVO, also dem Grundwasserschutz.

Dritter Punkt: Natur- und Landschaftspflege. Dieser Bereich war schon immer ein wesentlicher Teil der Agrarpolitik des Landes Baden-Württemberg. Wir kürzen da nicht. Der Ansatz für 2005/2006 mit jeweils 25 Millionen € bleibt jeweils.

Das Erfolgskonzept der Natur- und Landschaftspolitik in Baden-Württemberg ist – und das im Grunde schon seit Jahrzehnten –, dass wir das Ganze immer schon mit den Bauern umgesetzt und so lange auch argumentativ und betriebswirtschaftlich klar dargestellt haben, bis es akzeptiert

(Kiefl)

und mitgetragen worden ist. Wir haben nicht mit Auflagen gegen die Bauern gearbeitet.

Das Ganze wollen wir natürlich, so gut es geht, mit Wertschöpfung und mit extensiven Haltungsformen in Grenzertragsflächen und -böden weiterbetreiben. Wir sind hier also sehr wohl kreativ tätig und lassen uns etwas einfallen, damit unser Land Baden-Württemberg flächendeckend sein Gesicht behält.

Ein vierter Punkt: Beim ELR müssen wir – leider Gottes, muss ich sagen – eine Kürzung hinnehmen. Aber das ELR wird von uns fortgeführt.

(Abg. Kübler CDU: Sehr gut!)

Es ist ein Programm für unsere Dörfer, die früher reine Bauerndörfer waren. Ich will jetzt gar keine Erfolgszahlen nennen. Wer durch unsere Dörfer, durch unseren ländlichen Raum fährt,

(Abg. Fleischer CDU: Der sieht es!)

kann mit eigenen Augen sehen, wie die Dörfer jetzt im Vergleich zu der Zeit vor 20 und vor 30 Jahren ausschauen.

(Abg. Walter GRÜNE: Genau! Den Bäcker gibt es nicht mehr, den Metzger gibt es nicht mehr, aber dafür hat der Markt eine Chance!)

Ein fünfter Punkt ist die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen.

(Abg. Teßmer SPD: Dazu sagen Sie besser nichts!)

Meine Damen und Herren, ich rede jetzt nur zu dem, was auf der Fläche angebaut wird, und nicht zu Photovoltaik und diesen Dingen.

(Abg. Teßmer SPD: Davon verstehen Sie auch nichts!)

Ich rede über Öl, Gas, Holz und Fasern. Meine Damen und Herren, wir werden hier Politik mit Augenmaß betreiben – ich sage das ganz deutlich –,

(Abg. Teßmer SPD: Wie soll man das denn in Ihren Augen machen?)

weil wir uns in diesem Punkt keinen Rückschlag leisten können. Wehe, hier wird zu stark gepusht – ich sage das so deutlich – und die Ersten oder mehrere oder gar viele zusammen erleiden Schiffbruch, weil sie ins Ungewisse vorausgeeilt sind. Dann wirft es diese ganze Politik, für die wir in jedem Fall sind, massiv zurück. Das heißt, sie muss mit Augenmaß erfolgen. Rückschläge können wir uns hier nicht leisten.

Das heißt, meine Damen und Herren – ich komme zum Schluss –: Nach dem Wegfall der Marktordnungen, den wir ja jetzt haben – eingeleitet ab 1. Januar 2005 –, steht unsere Landwirtschaft am Scheideweg. Um es hart zu sagen: aufhören oder aufbrechen. Wenn Sie uns fragen, wenn die Bauern uns fragen, wenn wir von der be- und verarbeitenden Industrie gefragt werden, wie wir dazu stehen, dann sage ich ganz klar: aufbrechen!

(Abg. Teßmer SPD: Danach fragen sie ja nicht!)

Den Zukunftswilligen, den gut Ausgebildeten und den an die Zukunft Glaubenden rufen wir zu: aufbrechen und nicht aufhören! Wir sehen Zukunftschancen für die Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Sehr gute Rede! – Abg. Walter GRÜNE: Aber zum Haushalt hat er jetzt irgendwie nicht viel gesagt! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Doch: „Zukunft“!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Vorredner seine eigene Fraktion aus dem Saal geredet hat, hoffe ich, dass ich es etwas besser machen kann.

(Abg. Walter GRÜNE: So groß ist bei der CDU das Interesse an der Landwirtschaft!)

– Das ist nicht fremd.

Ich darf gleich feststellen, dass aus diesem Einzelplan 08 eigentlich keinerlei Akzente kommen. Sie kürzen entgegen dem, was ich eben zu hören glaubte, dass nämlich die Kürzungen den ländlichen Raum und die Familienbetriebe nicht trafen. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Kübler CDU: Sehen Sie das so?)

Niemand sagt etwas über die Folgen der Verwaltungsreform. Niemand sagt etwas über die Auslagerung der Forstwirtschaft, einen der meiner Ansicht nach schwersten Fehler, die Sie gemacht haben. Und niemand sagt etwas über die Zerschlagung der Flurneuordnungsbehörden, die ja eigentlich – so haben wir immer gehört – funktioniert haben.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

In Baden-Württemberg hätten wir auch noch Nachholbedarf. Wir haben nichts dazu entdecken können, was an der Abgabe der Landwirtschaftsämler an die Landräte für die Landwirte vorteilhafter sein soll. Nach Abzug der Effizienzrendite ist ja kaum damit zu rechnen, dass den Landwirten in Zukunft noch eine kompetente Beratung zur Verfügung steht. Dann hätten Sie eigentlich auch gleich das Landwirtschafts- und Landschaftskulturgesetz (LLG) ändern oder streichen können. Es ist ja eh nichts mehr wert.

Sie sparen auch da, wo Sie immer sparen, nämlich ganz unten, zum Beispiel bei den Dorfhelferinnen – das ist ja auch nicht gerade ideal! –, haben aber genug Geld, um in einem drastisch geschrumpften Ministerium noch ein zusätzliches Staatssekretärspöstchen zu schaffen, und Sie leisten sich – er ist heute gerade nicht da – auch noch den Posten eines Staatsrats für Rinderwahn und Gentechnik.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Was wir immer wollten und gefordert haben und was auch die Bauernverbände wollten – auch von Ihnen, Herr Stächele, habe ich das schon einmal gehört –, das waren die land-

(Teßmer)

wirtschaftlichen Kompetenzzentren. Da hätten wir etwas konzentrieren können und hätten Geld sparen können. Da hätten die Landwirte gewusst, wohin sie mit Fragen zum Marketing, zur Förderkulisse, zur Direktvermarktung und zu den neuen Technologien – immerhin kennt der Kollege von der Union das Wort jetzt schon – gehen können. Nichts ist passiert. Dort hätten die Flurneuordnung und die Agrarverwaltung ihren Platz haben können. Dann hätte auch der Ministerpräsident ein Vermächtnis hinterlassen, das ihn unsterblich machen würde. So, wie es jetzt ist, hat er die Provinzfürsten gestärkt, und jetzt kommen auch die Landwirte und seit neuestem auch noch die Waldbesitzer unter die Räder.

Ich glaube – den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen –, Sie halten an überholten Strukturen fest.

(Abg. Walter GRÜNE: Das stimmt! Kein Wort von Kiefl zu den Strukturen! Kein Wort!)

– Ja. – Wir waren uns eigentlich alle einig – auch die, die heute nicht da sind –, dass wir das Einheitsforstamt gut fanden. 150 Jahre Forsttradition in Baden und in Württemberg werden einfach mit einem Federstrich kaputtgemacht und verschwinden für immer. Warum Sie dann nicht gleich die zwei Forstdirektionen auflösen, sondern sie in zwei Regierungspräsidien eingliedern, obwohl Sie doch einen Landesforstpräsidenten haben, entzieht sich unserem logischen Verständnis und Ihrem eigenen wahrscheinlich auch. Das gibt tolle Synergieeffekte – nämlich gar keine!

(Beifall bei der SPD)

Auch der Bürger, der nichts mit Landwirtschaft zu tun hat, wird mittelfristig merken, was das, was den Forstbetriebsgemeinschaften jetzt droht, zur Folge hat. Bisher hat das die staatliche Forstverwaltung quasi umsonst mit erledigt, weil der Wald allen gehört. Jetzt soll ein Landrat seine Förster unentgeltlich freistellen, um die Privatwaldbesitzer zu beraten – auch wenn ihm selbst das nichts bringt, er aber 20 % Effizienzrendite zu erbringen hat. Was hören wir zu dieser Frage? Nichts!

Aber ein besonderer Staatsrat für Gesundheitsfragen und Gentechnik soll die Regierung beraten. Ab und zu hören wir ja etwas von ihm, nämlich, dass man Äpfel schälen solle oder ähnliches. Manchmal kommt er sogar ins hohe Haus – –

(Abg. Moser SPD: Jeden Tag einen Apfel essen!)

– Das ist nicht schlecht. Richtig, Herr Moser. – Aber wenn wir ihn herbeizitieren, kommt er. Er hat sich voriges Mal sogar bei uns bedankt, dass wir ihn endlich einmal etwas gefragt haben, damit er seine Existenzberechtigung nachweisen kann. Er konnte es dann aber leider doch nicht.

Dann kommt noch der Bereich Sozialberatung. Dazu hatten wir hier – zwar noch im vorigen Jahrtausend, aber immerhin – einen Sozialberatungsuntersuchungsausschuss. Wir wurden knüppelhart zum Schweigen gebracht. Und jetzt auf einmal heißt es: „Das Geld ist gar nicht so nötig.“ Die Schamfrist ist vorbei; jetzt wird gestrichen. Jetzt heißt es, das könnten die Verbände selbst machen. Wenn die SPD das sagt, ist es Teufelswerk; sagt es aber die CDU, dann ist

es sogar noch schön und gut und bauernorientiert, wie der Kollege meinte sagen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Den Hauptvorwurf hören wir überall: Alle rennen damit durch das Land, zum Teil sogar die Bauernfunktionäre, und sagen, die ach so bösen Sozialdemokraten wollten Hand ans Landwirtschaftsministerium legen.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Achtung! Wir wollen nicht die Landwirtschaft abschaffen, sondern eine Einrichtung, die fast keine Aufgabe mehr hat,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

die nicht anderswo genauso kompetent erfüllt werden könnte. Nicht wir verraten die Landwirte, wenn wir uns die Zusammenlegung und die Erledigung von agrarischen Aufgaben an anderer Stelle vorstellen können, sondern Sie, weil Sie alles ausgebeint haben und jetzt sagen: „Jetzt gucken wir halt mal und schaffen noch das Pöstchen eines Staatssekretärs, und dann ist alles wieder in Ordnung.“

Wir haben inzwischen bemerkt – wir haben ja schon Kostproben bekommen –, wozu das gut sein soll: Man streitet sich unter Beschäftigung zahlreicher hochbezahlter Ministerialbeamter mit dem Justizminister über das Problem der geschälten und ungeschälten Kartoffeln in Justizvollzugsanstalten. Deswegen brauchen wir also einen Staatssekretär? Prost!

Liebe Frau Staatssekretärin, Ernährungspädagogik könnten Sie vorbildhaft auch ohne Ihren Titel leisten. Deswegen hätten wir einen Staatssekretärsposten nun auch nicht gebraucht.

(Beifall bei der SPD)

Aber machen Sie es ruhig.

Zur Naturschutzpolitik: Hier wurde der Rotstift glücklicherweise weniger angesetzt – es sei denn, wir bekommen die Einschnitte über den Umweg der globalen Minderausgabe.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

– Herr Kübler, haben Sie etwas zu sagen? Dann sagen Sie es doch; ich antworte Ihnen gerne. Nicht maulen!

(Abg. Rüeck CDU: Da müssen Sie halt zuhören! Der Pfarrer predigt auch nur einmal in der Kirche!)

– Aber da gehen Sie anscheinend nicht oft hin; sonst würden Sie sich besser verhalten.

(Unruhe)

Schade ist: Wir hätten die Chance – Herr Stächele, Sie haben sie immer noch –, hier in Baden-Württemberg ein Großschutzgebiet auszuweisen, weil wir den Münsinger Bereich haben. Machen Sie doch da einmal etwas! Alle Flächenländer haben so ein Gebiet; wir haben es nicht.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

(Teßmer)

Sie tun so, als ob das nicht in Ihr Ressort gehörte. Es gehört aber in Ihr Ressort, und ich hoffe, das kommt auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Noch einmal etwas zur Fantasielosigkeit. Ich weiß nicht, wo der Kollege Kiefl gelesen hat, wir seien bei nachwachsenden Rohstoffen vorbildlich. Schlafmütziger als die Landesregierung kann man dort gar nicht mehr sein. Wir haben im Bereich Biodiesel keine Art von Vorbildcharakter. Herr Stächele, warum nicht wenigstens Sie mit einem biodieselbetriebenen Fahrzeug fahren, kann ich nicht verstehen. Wenn man kein Vorbild abgibt, darf man auch von anderen nichts fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben jetzt von Berlin Freiheit bekommen. Sie dürften jetzt die Feuerungsverordnung dahin gehend ändern, dass man auch in Anlagen mit weniger als 100 KW Biomasse verbrennen dürfte. Das würde bedeuten, dass wir eigene Energiequellen mit eigenen Rohstoffen einrichten könnten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Berlin hat das freigegeben. Andere Länder machen es, wir verschlafen es.

Ich habe von der CDU gar nichts dazu gehört – ich hoffe, dass wir von Ihnen, Herr Minister, mehr hören als das, was wir bisher gehört haben –, dass das eine Chance für die Landwirte ist. Endlich könnten sie einmal Rohstoffe liefern, die gewerbliche und industrielle Arbeitsplätze nach sich ziehen. Die Landwirte wären der Verhandlungspartner für den Verkauf der Rohstoffe und würden bares Geld damit verdienen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Gut, dass es wenigstens genügend investitionswillige Landwirte gibt, die das, was Berlin anbietet, nutzen, nämlich die Photovoltaik. Der Kollege hat gesagt, das seien nachwachsende Rohstoffe. Das wusste ich noch nicht.

(Abg. Kiefl CDU: Gerade nicht!)

Man muss sagen, das ist eine ideale Chance. Viel mehr Landwirte, als wir glauben, nehmen diese wahr und sagen: Ich kann mein Scheunendach sehr wohl damit versehen. Dann haben sie ein fest berechenbares Einkommen. Das ist wichtig, denn wir müssen unseren Landwirten zeigen, dass das einen Vorteil ausmacht.

Jetzt etwas zur Gasölverbilligung. Wie blöd muss man eigentlich sein, dass man einerseits sagt: „Wir wollen möglichst wenig abhängig sein von mineralischen Kraftstoffen“, und andererseits will, dass wir auch noch dauernd Geld dafür bezahlen, dass jemand mineralische Kraftstoffe verbraucht, wenn er selber auf seinem Acker für sein Fahrzeug Biodiesel oder Kraftstoff herstellen könnte? Da müssen die Bauernverbände, da muss das Ministerium – ich erinnere wieder an Ihr Auto, Herr Minister – sagen: „Das will ich.“ Der öffentliche Personennahverkehr macht es zum Teil. Immer mehr Speditionen stellen um. Was machen wir? Nichts.

Dann geht immerhin mein netter Minister nach Hohenheim und weiht dort eine Pilotanlage für Bioethanol ein. Na schön, wieder eine Pilotanlage! In anderen Ländern der Bundesrepublik entsteht eine Ethanolanlage nach der anderen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bayern!)

und wir verschlafen diese Entwicklung. Sonst wollen wir immer Spitze sein. Da sind wir Schlafmützen erster Klasse! Wir überlegen, ob wir vielleicht noch einmal ein Pilotprojektchen machen könnten. Wir haben die Automobilfirmen hier. Die müssen wir zwingen, dass wir das Ethanol, das wir aus eigenen Produkten der Landwirtschaft haben – –

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

– Das kann man. Daimler-Chrysler hat gesagt: Wir entwickeln Autos, die mit Ethanol fahren. Die Mineralölwirtschaft macht es. Die Landesregierung sagt: Wir überlegen, und wir prüfen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da wollen Sie nichts tun, und dabei würden Sie ganz einfach den Landwirten helfen.

Dann kommt noch dieses Kapitel mit der Ausgleichszulage. Ich habe gehofft, der Kollege Kiefl würde dazu gar nichts sagen. Das wäre das Beste gewesen. Runter auf null, alles schreit, und dann kommen die Rächer der Enterbten von der CDU und sagen: „Wir geben einen Teil wieder zurück. Der Sport hat sich genauso betrügen lassen. Das machen die Landwirte auch noch.“ Anscheinend machen sie es, aber gut ist es trotzdem nicht. Solche Taschenspielertricks bringen doch nichts.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das schadet vor allem!)

Man geht runter auf null. Wenn jemand schreit, nimmt man die Hälfte der Kürzung zurück. Wenn niemand schreit, sagt man: Es ist doch richtig so.

Aber, Herr Minister, ich muss Ihnen ein Lob aussprechen: Sie haben bei der Entkopplung der Agrarförderung auf die Frau Künast gehört und nicht auf ihren bayerischen Kollegen. Die Landwirte sind damit zufrieden. Vielleicht sollten wir das öfter machen und schauen: Was bietet Rot-Grün an?

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Was macht die Frau Künast, und wie können wir das in Baden-Württemberg für unsere Landwirte nutzen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Ich kann Ihnen sagen: Die Landwirte machen es auch ohne Sie. Vielleicht finden die CDU und die Regierung den Dreh, dass sie dasselbe machen wie ihre Landwirte, die in die Zukunft schauen.

(Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

Wir Sozialdemokraten glauben, dass wir trotz dieses verfehlten Haushalts die Landwirtschaft in Baden-Württemberg

(Teßmer)

berg erhalten, weil Sie aus Berlin Unterstützung bekommen.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rüeck CDU: Das war die schlechteste Rede, die ich je von ihm gehört habe!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft ist nach wie vor die Säule des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut! – Abg. Walter GRÜNE: Die erste oder die zweite Säule?)

Das möchte ich als Erstes feststellen. 75 % der Landesfläche sind ländlicher Raum, und auf dieser Fläche wohnen 45 % der Bevölkerung von Baden-Württemberg.

Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist wichtig für einen intakten ländlichen Raum.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die Lebensmittel, die wir heute haben, waren noch nie so sicher und von so hoher Qualität wie heute.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Da stimmen wir übrigens zu, Herr Kollege! Das sind nämlich dieselben Landwirte! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Warum nicht? – Jetzt muss ich klar hinzufügen: dank unserer Lebensmittelüberwachung und dank unserer heimischen Landwirtschaft,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Den WKD gibt es doch nicht mehr!)

die sich auf dementsprechende Produktionsverfahren eingestellt haben. Die Vielfalt an Agrarprodukten, die wir hier in Baden-Württemberg haben – auch das muss man einmal in einer Allgemeinen Aussprache sagen –, hat kaum ein anderes Bundesland zu bieten.

Deshalb möchte ich bei der heutigen Haushaltsdebatte auch ein Thema ansprechen, das mir an und für sich sehr wichtig ist: Wir müssen mehr bündeln! Wir müssen eines klar sehen: Unter dem Thema „Schmeck den Süden“ müssen Tourismus und Landwirtschaft viel stärker zusammengebracht werden,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

um Baden-Württemberg erfolgreich außerhalb der Grenzen darzustellen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich könnte eigentlich fast meine ganze Redezeit dafür verwenden, auf die Ausführungen vom Kollegen Teßmer zu reagieren.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist lieb! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zu viel der Ehre!)

Eines finde ich natürlich schon toll: Wenn man von der Zerschlagung der Flurneuordnungsverwaltung redet

(Abg. Teßmer SPD: Gibt es das noch?)

und dann sagt: „Die sind zerschlagen worden, und jetzt nehmen wir denen mit einem eigenen Antrag noch 1 Million € weg“,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

und dann Krokodilstränen heult, und wenn vom Fraktionsvorsitzenden der Grünen, wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, sogar der Vorschlag kam, sie ganz abzuschaffen, dann frage ich einmal: Wie soll man eigentlich noch eine ICE-Trasse nach München planen können und umsetzen können,

(Abg. Fischer SPD: Wenn man die ganz abschafft!)

wenn man keine Flurneuordnungsmöglichkeiten mehr hat?

Ich frage mich auch, wie jetzt der Messeneubau so schnell hätte beginnen können, wenn man mit der Flurneuordnung nicht die Möglichkeit gehabt hätte,

(Abg. Walter GRÜNE: Wir wollten den Neubau auch gar nicht! Das ist kein Argument in meine Richtung!)

zum Beispiel Flächen so zu tauschen, dass dies passt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Drautz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Drautz FDP/DVP: Aber immer gern bei Ihnen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Teßmer, Sie haben das Wort.

Abg. Teßmer SPD: Lieber Herr Drautz, sind wir uns einig darin, dass bei unserem Kürzungsvorschlag die Effizienzrendite – von der wir glauben, dass sie nötig ist – durch Konzentration gemeint war, aber nicht die Arbeit an sich? Wenn Sie uns beschimpfen, bitte, aber dann richtig. Die Flurneuordnung ist nicht ersetzt. Also Frage: Glauben Sie, dass man die Aufgaben nicht auch mit den Mitteln, die wir angesetzt haben, hätte lösen können, wenn man sie in Kompetenzzentren konzentriert hätte?

Abg. Drautz FDP/DVP: Über die Frage Kompetenzzentren könnte man lange diskutieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kompetente Antwort!)

Aber eines muss man Ihnen ganz klar entgegenhalten:

(Abg. Teßmer SPD: Sie waren ja auch dafür!)

Wenn man die Gemeinsame Agrarpolitik sieht und wenn man sieht, wie die Flurneuordnung die Aufgaben der Über-

(Drautz)

wachung unserer Agrarprogramme durchzieht, und wenn Sie dann bei den IuK-Mitteln noch zusätzlich Geld herausziehen wollen, obwohl die Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik einen Bedarf in zweistelliger Millionenhöhe für zusätzliches Personal hat, wenn in der Übergangszeit bis 2007 die Umstrukturierung stattfindet –

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

In dieser Zeit brauchen wir entsprechende Mittel, um die Gemeinsame Agrarpolitik überhaupt leisten zu können, und Sie gehen her und wollen aus diesem Bereich, in dem entsprechende Geldmengen nötig sind,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

noch Geld herausziehen! Sie können mir ja nachher erklären,

(Abg. Teßmer SPD: Mache ich gerne!)

wie Sie die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kosten, die durch die Umstrukturierungen entstehen, handeln wollen. Dazu habe ich von Ihnen keinen Antrag gesehen. Aber wenn man hier Geld herausnimmt – und das Geld reicht in diesem Bereich eh schon nicht –, kann man nicht weiterkommen. Dies muss man eindeutig und klar sehen.

Wir haben also ab 2007 die neue Förderkulisse, und in der neuen Förderkulisse ist es für mich wichtig, dass MEKA, SchALVO, aber auch die Ausgleichszulagen in die neuen Strukturen eingebaut werden, damit wir unsere Programme auch über 2007 hinaus vernünftig fortentwickeln können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU:
Sehr gut! – Abg. Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

– Das ist aber schön von euch, dass wir uns da einig sind. – Die Landwirtschaft ist aufgrund der Umweltprogramme des Landes ein wesentlicher Garant für den Naturschutz, Herr Kollege. Freiwillige Leistungen der Landwirtschaft werden wir weiterhin unterstützen. Wir brauchen weiterhin Naturschutz mit der Landwirtschaft und nicht Naturschutz gegen die Landwirtschaft.

(Beifall des Abg. Rüeck CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Was heißt denn das konkret?)

Wir brauchen die erforderliche Mittelausstattung für die Naturschutzprojekte. Es muss gewährleistet sein, dass für die Einhaltung des Wasserrechts, der Wasserrahmenrichtlinien, der neuen Naturschutzgesetzgebungen und der FFH-Richtlinie auch die erforderlichen Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Wenn Sie mit allem einig sind, dann muss ich Ihnen aber eines sagen: Brüssel ist für die Landwirte inzwischen wesentlich berechenbarer geworden als Berlin.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Herr Teßmer, wenn Sie jetzt hergehen

(Abg. Walter GRÜNE: Also wenn man solche Kürzungen androht und dann wieder zurücknimmt, wer ist denn da berechenbar?)

– Herr Walter, ich sage gleich etwas zu Ihnen – und Ihre nachwachsenden Rohstoffe proklamieren, liegen Sie völlig richtig. Aber dann haben Sie mit den Solardächern angefangen und gesagt: „Ihr armen Landwirte könnt doch nun mit den Solardächern endlich Geld verdienen, weil wir ein Gesetz gemacht haben, damit ihr die Verluste ausgleichen könnt, die in Zukunft wegen unserer Kürzungen in Berlin entstehen, wie zum Beispiel durch den doppelten Beitrag zur Berufsgenossenschaft.“ Bei den Einkommen müssen nämlich 8 % abgezogen werden.

(Abg. Teßmer SPD: Gar nichts!)

„Diesen Verlust könnt ihr wieder reinholen, weil ihr das Geld durch die Einspeisung von uns wieder kriegt.“ Das ist doch eine Milchmädchenrechnung. Herr Teßmer, ein Landwirt – das sage ich Ihnen ganz klar, weil ich selbst auch Landwirt bin –

(Zurufe der Abg. Teßmer und Ursula Haußmann SPD)

will durch seine Produktion auf seinem Acker

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

in seinem Beruf sein Geld verdienen. Ihm geht es praktisch nicht um die Mitnahmeeffekte.

(Abg. Walter GRÜNE: Du lebst nicht schlecht von deinem Beruf! Jetzt hör bloß auf zu jammern!)

– Da sieht man schon wieder den grünen Neidfaktor.

(Abg. Rüeck CDU: Jawohl! – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich brauche bloß an Joschka Fischer und an die Toskana-Leute zu erinnern, die gleich wieder die Neidkampagne schüren, wenn jemand in der Landwirtschaft mit seinem Produkt Erfolg hat.

(Abg. Walter GRÜNE: Schwätz keinen Blödsinn!)

Es ist durchaus möglich, dass ich selbst – und es ist so – einen so erfolgreichen Betrieb habe und Geld verdiene. Aber es gibt gerade genug Weingärtner, die am Existenzminimum angelangt sind – auch in Baden-Württemberg – und die Probleme haben, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen noch bezahlen sollen, weil eine entsprechende Wertschöpfung in ihren Betrieben nicht mehr möglich ist. Darüber muss man sich doch klar sein.

(Abg. Walter GRÜNE: Du hast es aber besser gemacht!)

Wir müssen so weit kommen, dass wir innerhalb Europas – wo wir jetzt einen Gemeinsamen Markt haben und gemeinsam an der Ladentheke stehen – Wettbewerbsgleichheit haben. Von Berlin aus dürfen nicht ständig neue Hürden auf die Verordnungen, die aus Brüssel kommen, draufgepackt werden. Dadurch schafft man eine größere Wettbewerbsverzerrung.

Sie, Herr Teßmer, sagen gerade ganz frei heraus: Es ist doch nicht schlimm, wenn die Gasölverbilligung nicht mehr so gut ist und nicht mehr so viel Geld durch die Gasölver-

(Drautz)

billigung da ist. Aber schauen Sie einmal hin: In Frankreich ist Diesel für die Landwirte steuerfrei. Da müssen Sie einmal diesen Wettbewerbsvorteil von Frankreich gegenüber Deutschland sehen. Mir geht es darum: Bei den Autobauern, die Herr Teßmer auch erwähnt hat, ist es so, dass freier Wettbewerb innerhalb Europas besteht und keine reglementierte Produktion.

(Abg. Teßmer SPD: Da muss ich einen Peugeot kaufen, damit ich mit Biodiesel fahren kann! Das ist doch Kacke!)

Dann muss ich Ihnen eines klar sagen: Da müssen Sie ein paar Zentimeter zurück. Wer den Landwirten so in die Tasche greift wie die Bundesregierung, der kann sich nicht hier hinstellen und mit Krokodilstränen erzählen, was man Gutes für die Landwirtschaft tue.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Was spart ihr denn? Ihr spart wohl gar nicht!)

So kann es nicht sein. Wenn ich den Landeshaushalt anschau, sehe ich, wie schwierig es war. Kollege Kiefl hat die Kürzungen um 80 Millionen € im Haushalt des MLR angesprochen. Wir haben es trotzdem geschafft, die Programme aufrechtzuerhalten. Da muss ich sagen: Das ist eine gute Sache.

Zum Abschluss möchte ich nicht versäumen, mich auch bei der CDU recht herzlich zu bedanken.

(Abg. Kübler CDU: Vor allem bei der CDU!)

Ich sage auch, aus welchem Grund: weil Sie sich bis zur letzten Sekunde überlegt haben, ob Sie die Ausgleichszulage erhalten sollen oder nicht, und dann praktisch dem, was die FDP/DVP-Fraktion vorher schon beschlossen hatte, am Schluss doch zugestimmt haben. Das hat uns natürlich extrem gefreut.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die EU-Agrarreform hat in den letzten Jahren die Agrardebatte bestimmt. Ich glaube, wir können hier mit Fug und Recht behaupten, dass das Ergebnis besonders aus baden-württembergischer Sicht positiv ist. Weil dieses Ergebnis wohl von allen als positiv bewertet wird, Kollege Drautz, kann man sich nicht hier hinstellen und sagen: „Alles, was aus Berlin kommt, ist schlichtweg schlecht.“ Genau das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist das, was Frau Ministerin Künast wollte, und zwar mit Unterstützung des baden-württembergischen Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum. Das war eine gute Sache. 20 Millionen € mehr pro Jahr fließen dadurch an die Landwirte in Baden-Württemberg.

(Abg. Teßmer SPD: Und Bayern!)

Deswegen ist es schlichtweg falsch und schäbig, zu behaupten, alles, was aus Berlin komme, sei schlecht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Dann machen Sie die Gegenrechnung im Haushalt auf!)

– Ich komme noch zu Ihren komischen Milchmädchenrechnungen, vielleicht auch Milchbubirechnungen.

Jetzt gilt es doch einmal festzuhalten: Was in Brüssel beschlossen wurde, ist zu einem guten Teil das, was wir in Berlin als Agrarwende schon immer propagiert haben. Das heißt, jetzt bekommen wir das aus Brüssel, und zwar mit Beifall der Schwarzen, was die Union auf Bundesebene immer bekämpft hat. Das ist schon etwas absurd. Aber letztendlich sind wir froh, dass die CDU hier im Land die Kurve bekommen hat. Wir sind stolz darauf, dass es dieses Ergebnis gibt. Das verdanken wir insbesondere der Bundeslandwirtschaftsministerin.

Dass wir aber jetzt so weit gekommen sind, heißt nicht, dass wir uns in Baden-Württemberg zurücklehnen können, auch wenn die Musik natürlich hauptsächlich in Brüssel gespielt wird. Es gibt wirklich noch viel zu tun. Auch in Zeiten knapper Kassen – meine Vorredner haben darauf hingewiesen – müssen wir alles dafür tun, dass die Agrarumweltprogramme erhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

MEKA muss ein wichtiger Bestandteil unserer Agrarpolitik bleiben.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber, meine Damen und Herren, es muss sich zukünftig noch stärker an den ökologischen Erfordernissen für eine moderne Landwirtschaft orientieren. Statt unnütze Mitnahmeeffekte zu bewirken – Stichworte Drillabstand oder punktueller Herbizidverzicht; das sind 8,5 Millionen €, auf die wir verzichten können –, muss das Geld sinnvoller eingesetzt werden, damit auch wieder Neuanträge sowohl von biologischer als auch von konventioneller Seite aufgenommen werden können. Davon haben wir wesentlich mehr. Da hoffe ich auch auf Ihre Unterstützung, Herr Kollege Kiefl.

(Abg. Kiefl CDU: Da sind wir dabei!)

Auch muss insgesamt der ökologische Landbau stärker gefördert werden.

Meine Damen und Herren, mehr denn je stellt sich die Frage, welche Art von Landwirtschaft wir in Baden-Württemberg eigentlich haben wollen. Wollen wir wirklich, wie Sie es angedeutet haben – teilweise wird es möglich sein –, den Wettlauf auf dem Weltmarkt mitmachen, der doch auch bedeutet, schlechtere Ware zu schlechten Preisen zu produzieren?

Können wir das in Baden-Württemberg tatsächlich leisten, mit unseren Strukturen?

(Abg. Kiefl CDU: Wer es sich zutraut!)

Ich glaube nicht. Dieser Wettlauf wäre für unsere Landwirte ruinös, und er wäre ruinös für die Strukturen, die wir haben. Gerade in den benachteiligten Gebieten, wo wir die Landschaftspflege durch Landwirte brauchen, würde es immer mehr Betriebsaufgaben geben.

(Walter)

Wäre nicht vielmehr der Weg der richtige, meine Damen und Herren, den wir für richtig halten – und zwar für alle hier –, dass wir uns bewusst für qualitativ hochwertige, umwelt- und tiergerecht produzierte Lebensmittel entscheiden?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kübler CDU: Haben wir ja!)

Im Prinzip haben Sie das erkannt; das will ich gar nicht in Abrede stellen. Wir haben das Qualitätszeichen – auch für Bioprodukte – und haben das MEKA. Aber, Herr Kollege Kiefl, wir brauchen Glaubwürdigkeit, um das nach außen zu vermitteln und um die Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich für diese Produkte zu gewinnen. Die Frage lautet: Ist der Minister, ist die Agrarpolitik in diesem Punkt wirklich glaubwürdig?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Beispiel Gentechnik: Herr Minister, Sie haben erkannt, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher und auch viele Landwirte diese Agro-Gentechnik nicht haben wollen.

(Abg. Teßmer SPD: Er sagt ja auch ein klares Ja!)

Sie haben deswegen gesagt: „Ja, wir unterstützen gentechnikfreie Zonen.“ Nur wissen wir bis zum heutigen Tag nicht, wie das in der Praxis aussieht. Aber haben Sie sich wirklich von der Gentechnik verabschiedet? Wenn ich mir beispielsweise Ihr Verhalten in Bezug auf die entsprechende Bundesgesetzgebung anschau, wenn ich mir Ihre allgemeinen Aussagen zur Gentechnik anhöre, habe ich den Eindruck, dass Sie jetzt ein bisschen dagegen sind, solange Ihnen der Wind ins Gesicht bläst. Wenn sich der Wind aber wieder dreht, dann sind Sie im Prinzip doch dafür. Herr Minister, ich finde, so können Sie nicht weiter agieren.

Sie müssen doch zum Beispiel sagen, welche Konsequenzen ein Nein zur Gentechnik für das Qualitätszeichen hat. Können wir es zulassen, dass Futtermittel weiterhin unkontrolliert bleiben und unter Umständen gentechnisch manipuliert sind? Ich sage: Nein; denn damit verlieren wir an Glaubwürdigkeit.

Herr Minister, ich verstehe, dass Sie in dieser Frage auch Rücksicht auf den Ministerpräsidenten nehmen müssen. Trotzdem entwickeln Sie sich in der Frage der Gentechnik immer mehr zu einem „Wischiwaschi-Willi“, und das ist nicht im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Hauk CDU: Nicht einmal die Grünen spenden bei diesem Wort Beifall!)

Glaubwürdigkeit sieht anders aus, Herr Minister. Herr Kollege Hauk, schauen Sie sich doch das Register an, das jetzt nach dem Gentechnikgesetz veröffentlicht werden muss. In Baden-Württemberg gibt es nur einen einzigen Standort; das heißt, es gibt hier sowieso keinen Bedarf.

Ebenso wenig überzeugend ist Ihre Haltung in Sachen Tiererschutz. Wir haben in Baden-Württemberg doch kaum Legehennenbatterien, sondern haben eine ganz andere Struktur.

Dass Ihr niedersächsischer Kollege und Ihr Kollege in Brandenburg für die Eierbarone sind, das verstehe ich.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich nicht!)

– Sie sind es aus lobbyistischen Gründen. – Aber in Baden-Württemberg ist das extrem kontraproduktiv, weil wir hier eine ganz andere Struktur haben. Anstatt hier gegen die Umstellung Stimmung zu machen, sollten Sie dafür sorgen, dass die Umstellungshilfen, die demnächst verfallen werden, wenn die Gelder nicht abgerufen werden, nach Baden-Württemberg kommen.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Ich habe Sie schon oft auf die Vorteile für unsere Landwirtschaft hingewiesen, die wir verbuchen könnten, wenn wir tatsächlich umstellen würden. Sie sehen ja, was die Folge davon ist, dass nicht umgestellt wird.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sehr viele Eier aus Bodenhaltung und aus Freilandhaltung müssen mittlerweile importiert werden, weil wir in Deutschland zu wenig produzieren.

(Abg. Kiefl CDU: Aha!)

Das ist die Folge einer verfehlten Politik.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Von Künast! – Abg. Kiefl CDU: Aha!)

– Ja, aus Bodenhaltung und Freilandhaltung, weil ihr und auch Bauernfunktionäre ständig Stimmung machen, anstatt die Leute aufzuklären.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Herr Kollege Drautz, auch Ihnen fehlt in dieser Frage die Glaubwürdigkeit. Anstatt zu lamentieren, hätten Sie sich gemeinsam – CDU und FDP/DVP – mit den Bauernverbänden in Baden-Württemberg an die Spitze der Bewegung stellen müssen. Meine Damen und Herren, wenn wir uns wirklich auf regionale Märkte konzentrieren wollen, brauchen wir Glaubwürdigkeit; dann werden die Produkte von den Verbraucherinnen und Verbrauchern gekauft werden.

(Abg. Kiefl CDU: Das reicht aber nicht!)

– Herr Kollege Kiefl, wir waren gemeinsam in den USA. Glauben Sie wirklich, dass wir mit den Betrieben, die wir dort besichtigt haben, konkurrieren können? Nie und nimmer.

(Abg. Kiefl CDU: Aber mit Qualität!)

Deswegen brauchen wir eine andere Politik.

Heute entnehmen wir der Zeitung: „10 % Zuwachs bei Bio“. Ich sage Ihnen: Wir müssen uns zukünftig ein großes Stück dieses Kuchens abschneiden. Und was machen Sie? Sie nehmen das wenige Geld, das Sie den Ökoverbänden noch geben, zum Teil wieder weg. So kommen wir natürlich nicht weiter.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Walter)

– Leider in diesem Fall auch mit Unterstützung der SPD, Kollege Teßmer.

(Abg. Teßmer SPD: So stimmt das nicht!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Kiefl hat darauf hingewiesen: Wir müssen sparen. Wir haben die Sparvorschläge, die Sie zum Haushalt eingebracht haben, auch zum größten Teil mitgetragen. Aber hören Sie endlich auf, davon zu reden: Das sind die Bösen in Berlin, und die machen die Landwirtschaft kaputt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Stimmt doch auch!)

– Nein, das ist nicht wahr.

(Abg. Hauk CDU: Das Problem ist, dass sie nicht nur böse ist, sondern unsozial! – Abg. Drautz FDP/DVP: Sie greifen den Landwirten unsozial in die Tasche!)

– Jetzt lassen Sie mich doch mal ausreden. Sie argumentieren, obwohl Sie meine Argumente noch gar nicht kennen.

Schon Ihr Kollege Borchert hat eine Studie in Auftrag gegeben, was Wettbewerbsverzerrungen in Europa angeht. Drei Bände kamen heraus. Lesen Sie es doch endlich einmal nach.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Die Sie ständig vergrößern!)

Meine Damen und Herren, ich nenne jetzt mal ein Beispiel. Frankreich hat ein Investitionsförderprogramm aufgelegt, nach dem man für den Stallbau 20 % bekommt – bei uns sind es übrigens 40 % –; die Obergrenze beträgt 18 000 €. Vergleichen Sie das einmal damit, wenn Sie einen Stall für 80 Kühe bauen,

(Abg. Hauk CDU: Sie reden am Thema vorbei!)

wie viel an Subventionen Sie in Deutschland bekommen, wie lange Sie damit auf dem Acker mit Ihrem Diesel herumfahren können. Es ist einfach so: Die einen fördern dies und die anderen das. Das kann man nicht miteinander vergleichen. Das ist völliger Blödsinn, was Sie hier treiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt ist: 70 % des Bundesagrarhaushalts betreffen nun mal den Sozialbereich.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt kommen wir zum Knackpunkt!)

Meine Damen und Herren, jetzt hören Sie mal zu. Wo wollen Sie denn sparen, wenn nicht da? Es geht doch gar nicht anders. Natürlich weiß ich, dass das speziell in Baden-Württemberg einigen Landwirten weh tut.

(Abg. Hauk CDU: Einigen? Allen, Herr Walter!)

Aber, Kollege Hauk, sagen Sie doch, wo Sie sparen wollen. Ich erinnere mich an die Zeit, als der Kollege Waigel noch das Finanzsagen in diesem Land hatte. Was ist da passiert?

Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe wurden fast bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt aber!)

Wenn Rot-Grün solche Kürzungen vornehmen würde, würden Sie hier unter der Decke hängen und wahrscheinlich noch oben hinausfliegen. So ist es doch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk CDU: Das sitzt!)

Kommen wir zu den Strukturen. Kein Wort habe ich vom Kollegen Kiefl gehört, was die Forschungsanstalten angeht. Ich habe hier noch kein Argument gehört, warum man die betreffenden Anstalten in Kempten und Wangen nicht zusammenlegen kann. Es gibt keinen triftigen Grund. Unseren Antrag haben Sie einfach abgeburstet, und dann höre ich nebenbei im Finanzausschuss vom CDU-Kollegen Winckler, dass Sie jetzt einen Prüfauftrag haben. Aber ich kann nur sagen, der Gesichtsausdruck der Ministeriumsmitarbeiter inklusive des Ministers machte mir deutlich: Da muss man ein paar Herrschaften zum Jagen tragen.

(Abg. Kiefl CDU: Solide Vorarbeit!)

Sie wollen nicht an die Strukturen, auf keinen Fall.

Das Gleiche gilt auch für die Agrarberatung. Warum kann das der Staat besser machen, als es die Bauernverbände können? Darauf haben Sie uns keine Antwort gegeben.

(Abg. Kiefl CDU: Sind wir schon dabei! – Abg. Hauk CDU: Der wesentliche Teil wird doch schon von den Verbänden gemacht!)

Beim Gestüt Marbach sind Sie jetzt bereit, ein paar Dinge zu ändern. Aber was wieder typisch FDP/DVP war: große Klappe auf ihrem Parteitag, und dann im Ausschuss, als es um das Thema ging, das große Schweigen. So macht die FDP/DVP in Baden-Württemberg Politik.

(Abg. Fischer SPD: Seifenblase!)

Jetzt noch ein letzter Punkt – Herr Präsident, dann komme ich zum Ende –, nämlich der Naturschutz.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ist der so unwichtig für euch, dass der zum Schluss kommt?)

– Wichtige Dinge hebt man sich oft bis zum Schluss auf. Beim Essen ist auch oft das Dessert das Beste.

Ich lese im Bericht des Agrarministeriums: „Naturschutz ist keine Nebensache, sondern ein wichtiger Standortfaktor für das ganze Land.“ Im ganzen Land scheint man das auch erkannt zu haben, nur die Bewohner der kleinen Trutzburg namens Villa Reitzenstein scheinen das noch nicht erkannt zu haben. Ich frage mich wirklich, Herr Minister: Was werden Sie tun, wenn der jetzige Ministerpräsident gegangen ist? Schauen Sie dann weiterhin bei Münsingen tatenlos zu, oder gehen Sie da endlich in die Offensive?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Walter)

Ich sage Ihnen seit Jahren, was für ein einzigartiges Gelände das in Baden-Württemberg ist. Ich glaube, Sie und die Mitarbeiter in Ihrem Ministerium haben das auch erkannt. Aber wir haben von Ihnen in dieser Frage bisher viel zu wenig gehört.

Ebenfalls zu wenig haben wir von Ihnen gehört, was eigentlich Ihre Eckpunkte bei der Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes sind. Wir erwarten, Herr Minister, dass Sie die Chancen, die das Bundesgesetz Ihnen einräumt, auch voll nutzen.

Ich will Ihnen einige Punkte nennen. Wir wollen mindestens 15 % der Landesfläche als Biotopverbund.

(Abg. Röhm CDU: Oje! – Abg. Drautz FDP/DVP:
Um Gottes willen! Es lebe die Käseglocke!)

Wir wollen eine Aufwertung des Vertragsnaturschutzes. Jetzt brüsten ihr euch mit 11 % FFH-Fläche des Landes, andererseits sind 15 % Biotopverbund für euch zu viel. Ja, was eigentlich? Wir wollen eine Aufwertung des Vertragsnaturschutzes.

(Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

Auch in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, muss es zukünftig möglich sein, Nationalparks und Biosphärenreservate usw. einzurichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist längst überfällig – längst überfällig!

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Wir hinken da allen anderen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland weit hinterher.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Walter, wenn Sie –

Abg. Walter GRÜNE: Ich komme zum Ende, Herr Präsident,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wie oft noch? – Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

obwohl ich Ihnen, Herr Kollege Drautz, wirklich noch einiges ins Stammbuch schreiben könnte.

Stellv. Präsident Birzele: Aber Sie haben Ihre Redezeit schon wesentlich überzogen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Er hat schon mehrmals zum Ende kommen wollen! – Weitere Zurufe)

Abg. Walter GRÜNE: Meine Damen und Herren, hören Sie mit den ideologischen Grabenkämpfen auf.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Die macht ihr doch!)

Erkennen Sie endlich, welche guten Dinge aus Berlin kommen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wenn wir dies gemeinsam hier umsetzen, erreichen wir etwas für die baden-württembergische Landwirtschaft,

(Abg. Kübler CDU: Time-out!)

und zwar mehr als mit blöden Sprüchen und Zwischenrufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Kübler CDU: Time-out!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

(Beifall des Abg. Rüeck CDU – Abg. Rüeck CDU:
Jetzt kehrt wieder Sachlichkeit ein! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über sehr vieles, was gerade von allen Kollegen angesprochen worden ist, kann man lang und breit diskutieren. Wir werden das im zuständigen Ausschuss sicher noch tun.

Vor allem freut es mich, dass wir unsere Freunde von der FDP/DVP letztlich davon überzeugen konnten, dass die Ausgleichszulage Wald wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE:
Wer hat jetzt wen überzeugt? Das interessiert uns schon!)

Ich gehe jetzt nicht auf die Einzelheiten ein, weil die nächsten zwei Jahre für uns alle,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Herr Drautz, sehr viel Arbeit bringen werden.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

So wird der nächste Doppelhaushalt im Bereich der Landwirtschaft wohl eine ganz andere Struktur haben, obwohl unsere Programme im ländlichen Raum gut laufen – nicht weil wir es so wollen, sondern weil Entwicklungen von außen kommen, auf die wir uns einrichten müssen.

Es steht uns eine schwierige Agrarreform ins Haus. Unsere Agrarstruktur ist nicht typisch für Deutschland und schon gar nicht für die EU. Wir haben steile Hänge, kleine Äcker und Wiesen, ein teilweise raues Klima. Also wird man in Brüssel nicht zuerst an uns denken. Das heißt, dass wir selbst an uns denken müssen und bei dieser Reform die Programme so ausgestalten müssen, dass sie uns nützen. Wir haben einen Vorteil: Die Flächenbindung, die von Brüssel kommt, sind wir ja bei unseren Programmen schon gewöhnt.

Nun hört man von Frau Künast, dass sie Fördergelder der EU für den ländlichen Raum umverteilen will. Sie meint, dass das Geld im ländlichen Raum verplempert werde, und

(Dr. Carmina Brenner)

will es konzentrieren. Aber man weiß noch nicht genau, wofür.

Ich habe mir die Bundestagsdrucksache 15/3797 – Bericht der Bundesregierung über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – angeschaut. Das Beruhigende, was ich darin finde, ist, dass die Dorferneuerung, also ein Teil unseres ELR, offensichtlich erhalten bleiben soll. Das gilt ebenso für die Flurbereinigung und die Agrarinvestitionsförderung für die Junglandwirte. Frau Künast will die Flurbereinigung also halten, während die SPD hier streichen will. Darüber sollten wir tatsächlich noch einmal reden.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Aber über den Rest findet sich doch recht wolkige Prosa: integrierte ländliche Konzepte, Aktivierung der Bevölkerung – ich dachte nicht, dass wir im ländlichen Raum Schlafmützen haben –, Erschließung regionaler Potenziale

(Abg. Walter GRÜNE: Mein Gott!)

und zielgerichtete Projekte.

(Abg. Walter GRÜNE: Lesen wir einmal eure Broschüren durch, was da drinsteht!)

Wir sind einmal gespannt, was da herauskommt. Das einzig Konkrete, was ich als zweites Standbein für die Landwirtschaft gefunden habe, sind Rad- und Wanderwege, Schutzhütten und Bootsanlegestellen. Bei uns sind dafür die DLRG und der Schwarzwaldverein zuständig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Bis heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, blieben die SchALVO, der MEKA und die Ausgleichszulage von Einsparungen weitgehend verschont. Das zeigt, wie wichtig uns diese Programme sind. Aber ab 2007 sind sehr viele Fragen noch offen. Sicher ist, dass wir auch den MEKA und die Ausgleichszulage in anderer Form in Brüssel zur Genehmigung vorlegen müssen. Wie viel Geld wir aus Brüssel und aus Berlin bekommen, ist auch noch offen. Denken Sie an die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die weniger einzahlen, aber komplett als Fördergebiet gelten. Das heißt, dass für uns weniger übrig bleibt.

Herr Walter, unser ländlicher Raum ist kein Freizeitpark.

(Abg. Walter GRÜNE: Wer hat das behauptet?)

Dort ist viel Mittelstand angesiedelt und haben viele Leute Arbeit. Ich hoffe, dass wir das ELR im neuen Rahmen einigermaßen halten können. Ganz Baden-Württemberg ein einziges Biotop, das kann ja wohl nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Wer hat das behauptet?)

Aber wenn wir unsere Landschaft erhalten wollen, müssen wir überlegen, wer das tun soll – ich meine, die land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Ich befürchte aber, die Bürger haben noch gar nicht im Kopf, dass bei immer weniger Landwirten die Fläche zuwächst oder verwildert und dass die Pflege teuer wird,

(Abg. Hauk CDU: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Sehr teuer wird!)

wenn sie dann irgendwann der Bauhof macht. Deshalb müssen unsere Landwirte die Landschaft pflegen und daher als Landschaftspfleger über diese neuen Programme auch gefördert werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Sehr richtig!)

Bis 2007 müssen wir unsere Programme so umgestaltet und notifiziert haben, dass wir von der EU möglichst viele Mittel holen können. Das betrifft SchALVO, MEKA, Ausgleichszulage Landwirtschaft, Ausgleichszulage Wald und die Pflege der FFH-Gebiete; alles muss hier einbezogen werden. Deswegen haben wir – ich sage es noch einmal – in den nächsten zwei Jahren sehr viel Arbeit.

Ich appelliere auch an die Kollegen der Opposition. Wir werden bei Einzelheiten sicher verschiedener Meinung sein. Aber ich glaube nicht, dass wir uns in Baden-Württemberg einen Kleingartenkrieg leisten können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wie? Einen was?)

Ich glaube, dass wir auch im Ausschuss alle guten Ideen zusammenwerfen müssen und dann gemeinsam daran arbeiten müssen, um Brüssel von unseren Programmen zu überzeugen und unsere Programme notifiziert zu bekommen, damit es 2007 weitergeht. Wir haben verflüchtigt viel Arbeit vor uns,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

und wir dürfen keine Fehler machen. Ich glaube, das sollten wir zusammen tun. Vielleicht machen wir einmal eine kleine Klausur in – wie heißt der Ort? – Nitzenhausen. Vielleicht fällt uns dort etwas ein. Dort ist die Ablenkung nicht so groß.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut, Carmina! Du hättest auch ein bisschen länger reden können!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reihe der Fachressorts, deren Etats beraten werden, wird heute durch das MLR abgeschlossen. Es braucht alles seinen Höhepunkt.

(Abg. Moser SPD: Wissen Sie, wo Nitzenhausen ist?)

Wir sprechen und diskutieren hier zur Mittagszeit. Das Ernährungsministerium hat auch seinen Sinn. Aber ich habe mir gerade gedacht, dass derjenige, der für den Tierschutz zuständig ist, auch mit den Menschen anständig umgehen sollte. Ich werde mich bemühen, nichts zu wiederholen, was schon gesagt worden ist. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Fischer SPD: Herr Minister, es ist gefährlich, wenn Sie das sagen! – Abg. Moser SPD: Wissen Sie jetzt, wo Nitzenhausen ist?)

(Minister Stächele)

Trotzdem sei es mir gestattet, einige Dinge zur Haushaltsverabschiedung zu sagen.

Zunächst einmal: Es muss auch im Zusammenhang mit dieser Debatte über die Eckpunkte der Agrarpolitik des Landes klar sein, dass wir, die wir hier sitzen, um die Bedeutung der Politik für den ländlichen Raum wissen. Es ist von Herrn Kollegen Kiefl schon angesprochen worden, dass vielfach unterschätzt wird, welchen Teil des Bruttosozialprodukts

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

das Cluster Landwirtschaft ausmacht – das sind 4 bis 5 Milliarden € –, und dass bei uns jeder neunte Arbeitsplatz letztlich aus dem Bereich der unmittelbaren Nahrungsmittelproduktion, der Veredelung und all dem, was mit dem Bereich der Agrarwirtschaft zusammenhängt, stammt.

Zweitens: Wir sollten immer wieder daran denken, dass es letztlich die Landwirtschaft ist, die die Landschaft pflegt und die Kulturlandschaft erhält. Man kann dies nicht oft genug sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kiefl und Abg. Rüeck CDU: So ist es!)

Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, wenn pro Jahr zwei- bis zweieinhalbtausend Betriebe aufgeben; das hat sich sogar noch gesteigert.

(Abg. Kübler CDU: Wissen das auch die Grünen?)

Die Gründe liegen auf der Hand: Es sind vielfach ökonomische Zweifel und Fragen. Man bangt um die Existenz. Hinzu kommt, dass der Nahrungsmittelproduktion und der Landschaftspflege sicherlich nicht immer der Respekt entgegengebracht wird, den unsere Bäuerinnen und Bauern verdient hätten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nun stehen wir mit der Jahreswende vor einer ganz großen Veränderung. Ich weiß nicht, ob allen schon bewusst ist, was für einen Paradigmenwechsel die Veränderung der europäischen Agrarpolitik, die so genannte GAP-Reform, ausmacht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wissen wir! – Abg. Teßmer SPD: Wir hatten ja etwas Zeit! Das kommt ja nicht wie ein Blitz über uns!)

Vor, während, aber auch nach der GAP-Reform müssen wir zwei Dinge sehen. Das Erste ist: Wenn unsere heimischen Nahrungsmittel nun nach der GAP-Reform noch mehr dem Weltmarktpreisniveau ausgeliefert sind, dann brauchen die Erzeuger, wenn wir die Nahrungsmittelproduktion bei uns behalten wollen, ein gebotenes Maß an staatlicher Unterstützung.

Das Zweite ist: Wenn wir Landschaftserhaltung auch mit flächendeckender Landbewirtschaftung verbinden wollen, kann dies nicht zum Gotteslohn erfolgen, sondern dann muss denen, die das tun, ein angemessenes Geld dafür bezahlt werden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: 3,90 € Stundenlohn!)

Das sind zwei Grundwahrheiten. Deswegen, lieber Kollege Walter, weiß ich nicht, ob Sie da nicht ein bisschen leichtfertig dahersprechen, wenn Sie sagen, wir sollten uns diesen ganzen Weltmarkthandelsströmen nicht anpassen, wir sollten doch im Grunde unsere eigene Nische finden. Das alles ist doch Vergangenheit. Das ist genau die Idylle, die Künast gepredigt hat, mit der sie aber in der Wirklichkeit gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will dies an einem Thema verdeutlichen, das Ihnen wahrscheinlich besonders nahe liegt, nämlich am Ökolandbau. Zunächst einmal muss ich sagen: Der Ökolandbauer braucht 60 % seines Einkommens als staatliche Transferleistung. Das ist die Realität Nummer 1.

(Abg. Kübler CDU: Mehr als andere!)

Aber die Realität Nummer 2 ist eben – man kann nicht einfach die Augen verschließen, weil man seine „kleine Puppenstube“ hier behalten möchte –, ob Sie sie wahrhaben wollen oder nicht: In den EU-Beitrittsländern aus Osteuropa, in den neuen Bundesländern, überall wird man mit großer, mit ganz großer, mit unbegreifbar großer Fläche in den Ökolandbau einsteigen. Da können Sie nicht einfach sagen: „Wir müssen uns bloß auf das besinnen, was unsere Idylle ist, und darauf, dass wir das ein bisschen pflegen. Alles andere interessiert uns nicht.“ Das wäre der Tod der Landwirtschaft. Mit diesen Aussagen können Sie keine Zukunftshoffnung machen und dem jungen Bauern nicht Mut machen, um auch das gleich zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Walter GRÜNE: Dann konkurriert doch mal mit dem mittleren Westen bei der Fleischproduktion!)

Die Tatsachen sehen doch ganz anders aus. Zunächst einmal müssen wir den bisherigen erfolgreichen Weg baden-württembergischer Agrarpolitik fortsetzen.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

In Stichworten: Der Agrarumweltbereich ist beispielhaft im ganzen Bundesgebiet und auch europaweit.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Bei MEKA sind 50 000 Landwirte mit 800 000 Hektar dabei. Da werden round about 150 Millionen € eingesetzt.

SchALVO und Gewässerschutz: Daran wird einfach herumgörgelt. Herr Teßmer, es gibt einen Antrag von Ihnen und Ihrer Fraktion, um die dafür vorgesehenen Mittel abzusenken und umzuschichten. Dann müssen Sie allerdings sagen, wie Sie denn den rechtlichen Verpflichtungen, die gegenüber den Landwirten, die entsprechende Auflagen erfüllen, um das Grundwasser zu schützen, begründet eingegangen worden sind, überhaupt noch nachkommen wollen.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Man kann nicht einfach sagen: „Es interessiert mich nicht, was für rechtliche Verpflichtungen da bestehen. Ich steige aus der SchALVO aus.“ Die SchALVO ist ein zweiter wichtiger Bestandteil unserer Agrar- und Umweltpolitik.

(Minister Stächele)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Das dritte Standbein ist die Landschaftspflegerichtlinie. Immerhin werden auch da 14 Millionen € investiert. Und jetzt kommt Herr Walter und sagt mir, wir sollten doch bei der Umsetzung bzw. bei der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes endlich auch an den Vertragsnaturschutz denken. Lieber Herr Walter, wenn der Vertragsnaturschutz irgendwo erfunden worden ist, dann hier in Baden-Württemberg von Gerhard Weiser.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Bei uns!)

Deswegen brauche ich überhaupt kein Bundesrecht, um das zu tun, was für unsere Bauern richtig ist. Nein, so einfach geht das natürlich nicht.

(Abg. Kübler CDU: Er weiß das nicht! – Zuruf des Abg. Rüeck CDU – Abg. Walter GRÜNE: Man muss schon genau zuhören! Ich habe gesagt: eine weitere Aufwertung!)

– Ich weiß, Sie haben das auch nicht so gemeint.

Jetzt kommt das Zweite. Das ist ganz wichtig, weil es genau das ist, was Sie nie begreifen wollen, lieber Kollege Walter: Weil es eben keine heile Welt gibt und weil wir nicht einfach sagen können: „Wir machen ringsherum den Vorhang zu, schauen nicht hinaus und verschließen die Augen, und dann geht das alles so weiter“, gibt es eine Agrarpolitik des Landes, die einmal den Agrarumweltbereich beinhaltet, die aber gleichzeitig jenseits aller ideologischen Idylle sagt: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärken. Dafür gibt es die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten. Dafür gibt es die Flurneuordnung, an der wir nicht rütteln werden, und dafür gibt es das Strukturprogramm „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“. Das sind die weiteren Bestandteile dieser Politik für den ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rüeck CDU: Ein Segen für den ländlichen Raum! – Abg. Knapp SPD: Da muss sogar der Oberbürgermeister lachen!)

Jetzt ein Zweites: Ich versuche, mich immer wieder zurückzunehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, ich könnte nicht anders als immer nur auf Renate Künast zu schelten.

(Abg. Teßmer SPD: Ein bisschen haben wir schon den Eindruck!)

– Nein, als Gentleman tut man das nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Dann müsste man auch Dankeschön sagen, wenn es gut war!)

– Aber, lieber Herr Kollege Teßmer, ich will jetzt einmal eines einfügen: Es ist durchaus erwähnenswert und lobenswert, wie das Landesagrarministerium mit dem Bundesagrarministerium immer wieder erfolgreich fachlich zusammenarbeitet. Das will ich auch einmal sagen.

(Abg. Teßmer SPD: Das habe ich ja gelobt, und das ist auch gut so!)

Aber wenn das an der einen Stelle funktioniert, kann mich das doch nicht daran hindern, den Finger auf eine andere Stelle zu legen, wo sie unsere Landwirte mit ganz konkreten politischen Maßnahmen kaputtmacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das sind Tatsachen. Ich möchte jetzt jedoch nicht anklagen, sondern Sie um ein bisschen Mithilfe bitten, die Sie Partner der rot-grünen Regierung in Berlin sind. Schauen Sie: Es ist wirklich keine Heldentat, unsere Landwirtschaft in nationalen Alleingängen immer wieder aufs Neue zu strangulieren.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Herr Teßmer, ich habe Ihren Einwand gehört, dafür hätten die Franzosen vieles andere nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch auch!)

Das müssen Sie den Landwirten im Badischen erklären,

(Abg. Teßmer SPD: Ja, machen wir doch!)

die mittlerweile 40 Cent für den Liter Agrardiesel zahlen, während auf der anderen Seite des Rheins, nur einen Steinwurf weit entfernt, die Landwirte nur 2 Cent ausgeben müssen.

(Abg. Kiefl CDU: Genau! Sogar unter 2 Cent!)

Der Badener füllt seinen Tank und legt dafür 20 € hin, und der andere braucht nur 80 Cent.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das müssen Sie einmal erklären in einer Situation, in der nach der GAP-Reform durch die WTO-Verhandlungen noch mehr Markt und noch mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa angesagt sind, als es bisher der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Abg. Walter GRÜNE: Dann fahren Sie doch das Investitionsprogramm herunter!)

Das darf man doch nicht nur deswegen unter den Tisch kehren, weil es unangenehm für die rot-grüne Bundesregierung sein könnte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das stimmt doch nicht! – Abg. Walter GRÜNE: Was glauben Sie denn, was die Elsässer von uns alles gern hätten? Sie sind noch nicht in Europa angekommen, Herr Minister!)

– Die Elsässer sind in Europa als knochenharte Wettbewerber für den badischen Landesteil und darüber hinaus bekannt – das wollen Sie nicht akzeptieren –, und dies gilt auch für die Oberschwaben.

(Zurufe – Unruhe)

Aber jetzt ein Zweites, und das in allem Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Abg. Teßmer SPD: Hoffentlich stimmt das dann!)

(Minister Stächele)

Herr Walter, mich hat ein bisschen bedrückt und traurig gestimmt, wie leichtfüßig Sie in Sachen Agrarsozialpolitik und Bundeskürzungen über existenzielle Fragen unserer Familienbetriebe hinweggegangen sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Und wo hätten Sie Kürzungen im Bundeshaushalt vorgeschlagen? Sagen Sie das doch einmal! – Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

– Ich sage Ihnen, ich weiß um das Bemühen, einen gerechten und ausgeglichenen Haushalt herzustellen. Aber man hat bei Frau Künast den Eindruck: Bevor sie auch nur einen Euro aus unsinnigen Werbungen für den Ökolandbau und für Marketingmaßnahmen wegnimmt, macht sie erst einmal im Wege der Kürzungen der Agrarsozialpolitik unsere süddeutschen Familienbetriebe kaputt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen – Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Walter)

– Herr Walter, wir mit unseren Diäten könnten dem vielleicht eher standhalten. Aber draußen in der Landwirtschaft, bei dem, was im landwirtschaftlichen Bereich verdient wird, ist das anders.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh, jetzt wird auf die Trändrüse gedrückt! Das ist ja furchtbar!)

Sagen Sie bitte draußen im Land, dass Sie es gutheißen, dass die Beiträge für die Unfallversicherung der Bäuerinnen und Bauern zukünftig um 21 % angehoben werden. Sagen Sie das bitte einmal draußen und nicht nur hier; Sie sollten einmal hören, was dazu gesagt wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Ich habe doch nicht gesagt, dass ich das gutheiße! Sie haben doch auch keine Alternative! Wo hätten Sie denn im Agrarhaushalt gespart?)

– Sie sind hier vorgetreten und haben so getan, als ob die Künast kurz vor der Heiligsprechung stehe.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die heilige Renate!)

Deswegen müssen wir einfach sagen, dass wir, wenn sie mit unseren Bauern so umgeht, das unter keinen Umständen akzeptieren werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Wenn Sie mal Ihre Luftbuchungen abziehen, bleibt nicht mehr viel übrig!)

Jetzt aber noch einmal zurück – –

(Abg. Walter GRÜNE: Den heiligen Willi wird es auch nicht geben! – Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Weitere Zurufe)

– Kollege Walter, wenn es keine Argumente mehr gibt, dann lassen Sie es bitte.

(Abg. Teßmer SPD: Dann schimpfen Sie auch bloß auf uns!)

Jetzt hören Sie noch einmal zu.

(Abg. Walter GRÜNE: Der heilige Willi! Jetzt kriegen wir wirklich noch Tränen in die Augen!)

– Kollege Walter, Sie haben vorher einen Begriff gebraucht, nämlich „Wischiwaschi-Willi“ oder „Heiliger Willi“. Es gibt ein Niveau im Parlament, das man nicht unterschreiten dürfte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Sie haben doch von der „heiligen Künast“ gesprochen!)

– Ich habe von der Heiligenverehrung gesprochen. Ich habe nicht gesagt: die heilige Renate. Das käme mir nie über die Lippen. Man sollte ein gewisses Niveau wahren.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Herr Walter, jetzt hören Sie mal auf zu sabbeln. Es hat doch keinen Wert, dass Sie immer dazwischenreden. Das bringt doch nichts. Vor allen Dingen sollten wir uns nicht auf diesem Niveau auseinander setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich will Ihnen sagen, wenn Sie hier jetzt das alles so wolkig und so himmelblau beschreiben wollen: Wenn es bei all dem, was Frau Künast gegen unsere Familienbetriebe tut, einen Fall gäbe, wo man ohne ideologische Scheuklappen helfen könnte, wie zum Beispiel beim Problem des Grundstücksverkehrs an der Schweizer Grenze, dann tut sich auch nichts!

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Auch dann kommt nichts an Hilfe.

Wir haben die anderen Bundesländer, auch norddeutsche Länder, überzeugt, dass es hier zwar um Existenzen einiger weniger geht, aber dass das uns alle etwas angeht. Dafür haben wir im Bundesrat eine Mehrheit mit SPD-regierten Ländern erhalten.

(Abg. Kiefl CDU: Da ist der Fischer zuständig!)

Das Ergebnis ist ein Nein der Bundesregierung. Wir haben jetzt ein Gutachten vorgelegt, das die verfassungsrechtlichen Einwände der Bundesregierung entkräftet. Das Ergebnis ist ein weiteres Nein der Bundesregierung.

(Abg. Kiefl CDU: Und von Fischer!)

Ich werde am Hochrhein die SPD in ihrer Gesamtheit anklagen und die Grünen mit dazu, dass sie denen, die dort um ihre Existenz kämpfen, nicht einen Millimeter Hoffnung geben. Das ist eine Schweinerei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Stächele)

Aber zurück zur GAP-Reform. Wir werden uns in der Tat hier öfters mit den weiteren Auswirkungen beschäftigen müssen. Man kann Prognosen erstellen. Aber mit der Frage, wie letztlich unsere süddeutschen Betriebe das erforderliche Maß an Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit erzielen können, um diesem knochenharten, ungeschützten Bereich des Weltmarkts standhalten zu können, eingedenk dessen, dass der Kommissar jetzt ankündigt, noch schneller als bisher angesagt sollten auch die Milchmarktordnung und die Zuckermarktordnung ergänzt und novelliert werden, werden wir uns hier noch einige Male beschäftigen müssen. Denn es ist in der Tat um einiges schwerer für unsere süddeutschen Kleinbetriebe, das Ganze umzusetzen und in dem Wettbewerb mit großen Fabrikationen standhalten zu können. Deswegen kann ich mir vorstellen, dass es für uns gar nicht leicht sein wird – die Kollegin hat es angedeutet –, den nächsten Doppelhaushalt vor der neuen Kulisse von Cross Compliance und den neuen Strukturprogrammen im Agrarumweltbereich aufzustellen.

(Abg. Kübler CDU: Die Kollegin hat es erkannt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Abg. Winkler, gern. Aber es dauert dann ein bisschen länger, und das Mittagessen wird auch später serviert.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, ich wollte einfach Ihren Kommentar zur SPD am Hochrhein, die Sie zum Thema „Schweizer Landkauf“ anklagen wollen, nicht so vorbeziehen lassen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Frage!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Sie müssen aber eine Frage stellen.

Abg. Alfred Winkler SPD: Ja, das mache ich jetzt gerade.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Probieren Sie es.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von der SPD: So viel zum Thema Niveau! – Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: Genau! Niveau mit „f“ geschrieben!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Erstens: Stimmen Sie mir zu, dass die Problematik des Schweizer Landkaufs schon existent war, bevor die rot-grüne Bundesregierung für die Landwirtschaft verantwortlich war?

(Abg. Junginger SPD: Gute Frage!)

Zweitens: Könnten Sie mir erklären, wieso die Zweifel an der Verfassungsgemäßheit der vorgesehenen Änderung des Grundstückverkehrsgesetzes – diese Frage haben Sie und die Bundesregierung untersuchen lassen – etwas mit der SPD am Hochrhein zu tun haben sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Die Frage ist einfach, denn es liegt ja auf der Hand, und Sie haben das schon beantwortet: Wir haben durch Gutachten verfassungsrechtlich geklärt,

(Abg. Walter GRÜNE: Haben Sie wieder Kirchhof beauftragt?)

dass der Einwand der Bundesregierung gegen unseren Gesetzesantrag, ab 120 % über dem Verkehrswert handeln zu können, hinfällig ist. Obwohl wir diesen Weg jetzt geebnet haben, ist die Bundesregierung nicht bereit,

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

die Gesetzesänderung vorzunehmen und demzufolge den Hochrheinbauern Schutz gewährleisten zu lassen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die SPD verweigert diesen Schutz. Deswegen ist das nicht eine Frage des Verfassungsrechts per se, sondern Tatsache ist: Auch wenn man es einebnet, auch wenn man die Hindernisse beseitigt, ist die SPD in Berlin zusammen mit den Grünen nicht bereit, den Bauern am Hochrhein zu helfen.

(Abg. Kiefl CDU: Die wollten nicht, schlicht und ergreifend! – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Ein SPD-Abgeordneter meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt nicht mehr. Sonst zieht es sich zu sehr in die Länge.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Caroli SPD: Wenn es eng wird, lieber nicht mehr!)

Jetzt will ich aber noch zwei, drei Dinge ansprechen. Zur grünen Gentechnik nur zwei Sätze, Kollege Walter. Sie machen im Grunde immer den gleichen Fehler: Sie tun so, als ob Sie jenseits der gentechnischen Wirklichkeit hantieren könnten, wie es Ihnen gerade einfällt.

(Abg. Teßmer SPD: Diesen Fehler machen Sie aber leider auch manchmal!)

Die gentechnische Wirklichkeit ist erstens weltweite Verbreitung und zweitens in Europa eine klare rechtliche Vorgabe, dass das Inverkehrbringen und das Anwenden möglich sein muss. Und das Dritte: Die Länder in Europa sind verpflichtet, entsprechende Koexistenz- und Haftungsregelungen aufzubauen.

(Abg. Walter GRÜNE: Haben wir ja gemacht!)

Der Vorwurf, den wir gegenüber Künast erheben, bezieht sich darauf, dass sie, obwohl sie um diesen europäischen Rahmen weiß, immer noch versucht, eine Haftungsregelung aufzubauen, die die Gentechnik in Deutschland insgesamt stranguliert. Da dürfen wir nicht mitgehen. Nur darum geht es.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Ein hervorragendes Gesetz! – Abg. Teßmer SPD: Das war aber nicht sehr überzeugend! – Zuruf von der CDU: Sehr gute Begründung!)

(Minister Stächele)

Ich bin immer wieder überrascht, wenn einmal auf einem Dreikönigsparteitag und zwischendurch auch bei anderen Treffen,

(Abg. Schmid SPD: Gibt es da auch Bauern?)

zu guter Letzt bei den Haushaltsberatungen der Antrag gestellt wird, das MLR aufzulösen.

(Abg. Haller SPD: Klasse Idee! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf: Kommen wir doch gleich zur Abstimmung!)

An sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, die das heute einbringen, könnte man darüber schmunzeln, wenn das Ganze nicht so einen bösen Hintergrund hätte: Es ist doch nichts anderes als der Versuch, draußen in der Bevölkerung vorzutäuschen: „Wir haben weniger Bauern, also muss das Bauernministerium weg“, und damit zu verleugnen und zu verschweigen bzw. zu unterschlagen, dass der Landwirtschaftssektor in diesem Infrastrukturministerium für den ländlichen Raum gerade einmal eine der fünf großen Abteilungen ausmacht, und zu unterschlagen, dass in diesem Haus weitere wichtige Aufgaben erledigt werden, etwa die Lebensmittelsicherheit. Wenn ich dann die Anträge der SPD mit dem Ziel von Kürzungen um 20 % bei Personal und Kosten in den Anstalten, auch bei der Chemischen Untersuchungsanstalt, sehe, mit denen sie im Grunde genommen die Funktionalitäten dieser Anstalten aussetzen will, dann muss ich sagen, lieber Herr Teßmer:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir haben in den letzten zehn Jahren bereits um 15 % gekürzt. Wenn Sie jetzt weitere Stellen streichen wollen, obwohl Sie genau wissen, dass die vier Anstalten unterschiedliche funktionelle Aufgaben wahrnehmen, dann fordere ich Sie jetzt auf, mir in den nächsten vier Wochen zu sagen,

(Abg. Teßmer SPD: Sie sind doch der Minister!)

welche Stellen in welcher Chemischen Versuchsanstalt gestrichen werden sollen. Dann kann ich genau sagen, wo Sie, Kollege Teßmer, mit Ihrer SPD zum Risiko – zum echten Sicherheitsrisiko! – für die Verbraucher geworden sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Sie streichen doch selber! – Abg. Walter GRÜNE: Oje, oje! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Nein, nein. Man muss es konkret machen. Einfach 20 % herunterstreichen, das ist leicht gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Jetzt will ich ein Zweites sagen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Nein, im Moment nicht. Ich will es zu Ende führen, Kollege Haas.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist Feigheit!)

Ich will Ihnen, weil Sie die wertvolle Arbeit, die im MLR und in den nachgeordneten Behörden geleistet wird, immer wieder unterschlagen, einmal sagen: Der grüne MdB Ostendorff hat kürzlich, als wiederum ein Lebensmittelproblem, nämlich die Dioxinbelastung bei den Freilandeiern, aufgetreten ist –

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist auch so ein Popanz!)

– Das ist kein Popanz.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war einer!)

Verdrängen Sie doch nicht, was nicht in Ihre Ideologie hineinpasst!

(Abg. Walter GRÜNE: Nein, das war ein Popanz!)

Es ist in der Tat so – und ich war zurückhaltend bei der Beurteilung –, dass es um Freiland geht, und dort wiederum muss unterschieden werden zwischen einer Großanlage und einer kleinen Anlage.

(Abg. Walter GRÜNE: Ja!)

Aber es hätte noch gefehlt, dass ich, wenn das Thema Freiland ideologisch oder weltanschaulich besetzt ist, das nicht mehr sagen darf. Tatsache ist, dass dort ein Mehr auftritt gegenüber besagter Käfighaltung.

(Abg. Walter GRÜNE: Das stimmt so wiederum nicht!)

Deswegen habe ich mich nicht für die bisherige Käfighaltung ausgesprochen, sondern würde dringendst empfehlen, den von den Bundesländern eingebrachten Kompromiss in Sachen Volieren umzusetzen.

(Abg. Walter GRÜNE: Auf keinen Fall! Käfig ist Käfig!)

Jetzt will ich noch kurz etwas zur Lebensmittelsicherheit sagen, Kollege Walter und diejenigen, die es wissen möchten: Der grüne MdB Ostendorff hat zum Thema Dioxin in Freilandeiern gesagt:

Baden Württemberg hat vorbildlich reagiert.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Die Taskforce aus dem Stächele-Ministerium hat hervorragende Arbeit geleistet.

So wörtlich der grüne Abgeordnete im Agrarausschuss des Bundestags.

(Abg. Walter GRÜNE: Haben wir Ihr Vorgehen in dieser Frage mit einem Wort kritisiert?)

– Damit will ich doch nur sagen: Sie können doch nicht einerseits – jetzt spreche ich wieder den Kollegen Teßmer an – anerkennen – selbst Greenpeace hat es gemacht –, dass wir vorbildlich sind, aber andererseits die Strukturen zer-

(Minister Stächele)

schlagen, die wir für diese Art der Lebensmittelüberwachung dringendst brauchen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, auf weitere Anträge will ich jetzt nicht eingehen; es gibt noch welche. Nur so viel: Es ist an sich ein Unfug, zu glauben, Kollege Teßmer, dass man einfach per Landtagsbeschluss die Einnahmen aus der Waldbewirtschaftung erhöhen könnte.

(Abg. Teßmer SPD: Das machen wir doch jedes Jahr, dieses Spiel!)

– Entschuldigung, wir haben die Ansätze ausgereizt, und wenn Sie wissen, dass wir im Moment beim Wald bei 70 % des 1997 erzielten Verkaufspreises sind, können Sie sich vorstellen, dass das ein Schauantrag ist, der mit der Realität der Waldbewirtschaftung in keiner Weise in Übereinstimmung gebracht werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ein Wort zu Natura, nicht um Sie strapazieren zu wollen,

(Abg. Fischer SPD: Wir wollen Mittag essen!)

weil Sie das Thema kennen, sondern deshalb, weil ich auch hier noch einmal zeigen will, wie unsinnig es ist, ein Ministerium aufzulösen, das den wichtigen Bereich des Naturschutzes beinhaltet.

(Zurufe von der SPD)

Haben Sie etwas gegen den Naturschutz, wenn Sie das Ressort auflösen wollen?

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Kurzum, fest steht: Die Nachmeldung für Natura 2000 ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses in hervorragender Weise in der vorgegebenen kurzen Zeit bewältigt worden. Diesen Mitarbeitern möchte ich ausdrücklich einmal Danke sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass man in Hunderten von Einzelgesprächen die allermeisten der 7 000 Einwendungen bereinigen konnte.

Aber jetzt kommt der andere Punkt, lieber Kollege Walter. Weil es nicht immer einfach ist, Konsens herzustellen, Akzeptanz herzustellen für Naturschutzthemen, würde ich in dieser Situation doch um Gottes willen nicht mit der Forderung kommen, jetzt noch einmal mit 15 % Biotopverbund aufzudocken. Das ist kontraproduktiv. Sie machen Ihren eigenen guten Ansatz zunichte, wenn Sie jetzt in die Bevölkerung gehen und sagen: „Jetzt kommt das Nächste, jetzt kommt die Naturschutznovelle, jetzt machen wir aus 15 % des Landes einen Biotopverbund.“ Davon würde ich dringend abraten. Denn Sie erschweren uns damit das Geschäft. Kurzum, die Novelle des Naturschutzgesetzes steht an.

Die Verwaltungsreform, Herr Kollege Teßmer, wird sich bewähren. Wir vertrauen ganz den Landräten. Diese werden

zwar merken, dass da unwahrscheinlich viel an höchster Qualität mit nicht mehr Personal bewältigt werden muss. Man muss sich auch daran gewöhnen, dass immer wieder Neues dazukommt, ohne dass es gleich Geld gibt. Ich bin davon überzeugt, dass diese Verwaltungsreform, wenn die Gewöhnungsphase abgeschlossen ist, mit den tüchtigen Landräten zum Erfolg werden wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die Redezeiten der Fraktionen betragen zehn Minuten, gestaffelt. Der Regierungsvertreter hat nahezu 25 Minuten gesprochen. Ich verlängere deshalb die Redezeiten für die Fraktionen gemäß § 83 a Abs. 1 Satz 4 der Geschäftsordnung um jeweils fünf Minuten.

Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Drexler SPD: Hat der Minister die ganze Zeit geschwätzt? Das ist ungeheuerlich! Beim kleinsten Ministerium spricht er eine halbe Stunde! Er verdient viel zu viel Geld! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Kaum da und schon eine große Gosch!)

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz auf einige Äußerungen des Ministers – oder besser auf das, was er nicht gesagt hat – eingehen.

(Zuruf)

– Ich hätte noch als Einziger Redezeit, lieber Herr Kollege. Nur damit es klar ist. Ich hätte die Verlängerung der Redezeiten nicht gebraucht.

(Abg. Rüeck CDU: Ich höre Ihnen immer gern zu!)

– Das weiß ich, da unterscheiden wir uns beide leider. Na ja.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es wäre nicht fair, bei der Agrarsozialversicherung nicht auch einmal die Hintergründe zu betrachten, wie das Ganze entstanden ist. Ich will das nicht im Einzelnen aufdröseln. Aber, Herr Minister, es hätte Ihnen gut angestanden, wenn Sie zugegeben hätten, dass Berlin und Ihr Ministerium auch dabei sind, die Berechnungsgrundlagen neu zu ordnen. Das ist nur zugunsten der süddeutschen Länder. Das wissen Sie. Dadurch sind natürlich auch Kostenverzerrungen entstanden, die fast nur Baden-Württemberg treffen. Da sollten wir fair sein und zugeben, dass das in Berlin erkannt worden ist. Aber man kann dem Steuerzahler, der sich nicht im Agrarbereich auskennt, nicht dauernd klar machen, dass die Zuschüsse aus Steuern ständig steigen sollen, weil natürlich die Zahl der Entnehmer größer wird. Dahin gehend muss einiges unternommen werden. Man hat aus den 16 Anstalten inzwischen neun gemacht. Es werden vielleicht noch weniger, das wäre nicht ganz falsch. Sagen wir es gleich, mehr als 5 % ist da nicht zu sparen. Mehr geben Sie nicht aus.

Ganz eigenartig ist, dass Sie zum gesamten Bereich der Einnahmemöglichkeiten des ländlichen Raums, nämlich der

(Teßmer)

Landwirte, aus Energiegetreide und aus Bio- und Kraftpflanzen keinen Ton gesagt haben. Ich habe wirklich das Gefühl, dass Sie es entweder nicht verstanden haben oder dass Sie nicht wollen, dass hier eine Einnahmequelle da ist. Ich muss Ihnen das doch einmal sagen: Wir hatten einen netten baden-württembergischen Herrn, der Biodiesel herstellen wollte. Dieser kam nach Stuttgart und kriegte gesagt: „Brauchen wir nicht.“ Dann geht der Bursche nach Bayern und bekommt 6 Millionen DM, damit er das Werk in Bayern baut.

(Abg. Fischer SPD: Eben war es noch ein netter Herr, jetzt ist es ein Bursche!)

Jetzt hätten wir die Chance. Der würde heute bei uns aber wieder nichts kriegen, weil immer noch dieselben Leute da sind.

(Minister Stächele geht zu seinem Abgeordnetenplatz.)

– Machen Sie ruhig Zwischenrufe. Ich freue mich.

Wir müssen uns klar machen: Wer in den nächsten Jahren die Neuansiedlung von Betrieben, die Biodiesel und Ethanol herstellen, verschläft, muss zusehen, wie die Werke woanders gebaut werden. Glauben Sie, die Südzucker baut in Sachsen-Anhalt, weil sie da Minus machen will? In Brandenburg entsteht das zweite Bioethanolwerk. Dafür sind doch Leute verantwortlich, die rechnen können. Das sind nicht alle Milchbuben und Milchmädchen. Es ist schade, dass Sie die Angebote, die Ihnen Baden-Württemberger machen, nur mit Pilotprojekten annehmen. Machen Sie etwas! Ich hoffe, dass Sie merken, es wäre etwas für die Agrarleute im eigenen Land.

Ich bin schon hier gestanden und habe gesagt, man könne aus überschüssigem Getreide, egal ob das alles Brotgetreide sein muss – was ich nicht hoffe –, sehr wohl Energie erzeugen. Das wird jetzt überall gemacht. Seit einem Jahr können Sie sich nicht mehr drücken. Seit einem Jahr ist das von Europa freigegeben. Berlin hindert niemanden daran. Was machen andere Bundesländer? Die machen es, und wir machen es nicht. Da kann ich Sie doch nicht loben.

Damit auch das klar ist: Wir haben auch kein Problem mit dem, was wir mit Ihnen zusammen gut finden, etwa MEKA. Da nölen wir nicht herum. Aber bitte seien Sie vorsichtig mit den Badenern. Ich weiß nicht, ob diese die Steine so weit schmeißen können, wie Sie vorhin gesagt haben. Die elsässischen Landwirte sagen uns: Ihr kriegt unser Heizöl, wenn wir dafür MEKA kriegen. Wenn wir uns mit anderen Ländern vergleichen, müssen wir die ganze Zuschusspalette nehmen und nicht nur einen Teil. Da sind Sie nicht fair. Wenn Sie mal mit agrarischem Biodiesel fahren wollen, dann tausche ich einmal meinen Audi mit Ihrem Fahrzeug. Dann fahren Sie einmal 14 Tage mit Biodiesel. Da werden Sie sehen, dass es keinerlei Behinderung gibt. Die Behinderung ist bei Ihnen im Kopf, weil Sie es nicht wollen. Das hat jetzt nichts mit Ihrem Kopf zu tun.

Machen wir das einmal gemeinsam. Dann sind wir diejenigen, die unseren Landwirten ein festes Einnahmepotenzial

verschaffen. Damit Herr Stratthaus nicht gleich einen Schreck kriegt: Nur 5,75 % des Kraftstoffs soll aus Bioenergie kommen. Wir sind nicht einmal bei 1 %. Die Angst, dass da kein Geld mehr in die Staatskasse nach Berlin fließt, weil alles steuerfreies Mineralöl tankt, ist unbegründet. Wenn wir die 5,75 % schaffen wollen, brauchen wir mindestens ein Ethanol- und ein Biodieselwerk in Baden-Württemberg. Davor haben Sie sich bisher gescheut. Fangen wir damit an. Es wäre gut.

Wenn noch etwas ist, melde ich mich noch einmal. Ich habe nämlich noch Redezeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Walter, ich möchte jetzt noch einmal speziell auf das Thema der Lehr- und Versuchsanstalten eingehen und erläutern, wie wir diese insgesamt weiterentwickeln können.

Bei der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg ist in den letzten fünf Jahren die Zahl der Stellen von ehemals 126 auf 98 abgebaut worden. Das ist praktisch eine Reduzierung des Personals um über 20 %. Dazu möchte ich eines sagen: Bei vielen dieser Einrichtungen handelt es sich nicht nur um Forschungsanstalten, sondern auch um Schulen. Diejenigen, die in der Weinbauschule den Abschluss als Weinbautechniker machen, bekommen gleich die fachgebundene Hochschulreife. Da kann man genauso über andere Schulen diskutieren, wo man auch dementsprechend die fachgebundene Hochschulreife machen kann. Wir haben dort eine Superauslastung, und es gibt mehr Bewerber und Bewerberinnen für die Schule, als angenommen werden können.

Wir haben auch für die Weinküfer die Bundesfachausbildung, die Meisterausbildung. Aus diesem Grund hat man mit dem Weinbauinstitut in Freiburg auch die klare Teilung. In Weinsberg findet die Schule statt. Mit dem Weinbauinstitut in Freiburg bzw. mit anderen Lehranstalten in Rheinland-Pfalz und in Franken sind Programme abgestimmt, damit es keine Doppelverfahren gibt. Dementsprechend arbeiten die Einrichtungen, die schulisch und in der Forschung vorhanden sind, ganz speziell und punktgenau. Deshalb sind die Forderungen, die Herr Walter hat – Herr Walter, hören Sie einmal zu, damit Sie nicht mehr so einen ungeschickten Antrag stellen, wenn Sie keine Ahnung davon haben.

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

Eines muss einmal klar sein: Die ganze Zeit schwätzen Sie und unterhalten sich irgendwo und machen nur blöde Zwischenrufe.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Tatsache ist auf jeden Fall: Für Sie wäre es wichtig, fachlich einmal in die Tiefe zu gehen, dort hinzufahren, sich das anzuschauen und dementsprechend Schlüsse daraus zu ziehen, welche Einrichtungen es gibt.

(Drautz)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dann können Sie mitreden – nicht nur in der Papierform.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Abg. Drexler SPD: Aber jetzt! Jetzt kommt der Kopf dran!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, Herr Minister, meine Damen und Herren! Herr Kollege Drautz, wenn Sie damals nicht den Termin geschwänzt hätten, wüssten Sie, dass wir mit dem Agrarausschuss gemeinsam nach Freiburg gefahren sind. Da war ich dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Ich bin jedes Jahr einmal in Freiburg!)

– Das ist egal; ich wollte nur sagen: Sie waren nicht dabei, und ich war dabei. Der Kollege Stächele wird das gerne bezeugen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber da ist keine Schule!)

Wenn Sie in die Tiefe gegangen wären und unseren Antrag richtig gelesen hätten, dann hätten Sie bemerkt, dass wir einen Prüfauftrag erteilen wollen. Dabei kann durchaus herauskommen, Herr Kollege Drautz, dass die eine oder andere Einrichtung nicht mit der eines anderen Bundeslandes verschmolzen werden kann. Sie haben offensichtlich nicht den Tiefgang beim Lesen gehabt. Aber hören wir damit auf.

Noch einmal: Offensichtlich haben einige vorher bei meiner Rede nicht richtig zugehört. Es ist doch offensichtlich, dass es ganz unterschiedliche Ansätze gibt. Wenn wir heute ins Elsass fahren, Herr Minister,

(Abg. Kübler CDU: Fahren wir!)

dann werden Sie feststellen – Herr Kollege Teßmer hat auf MEKA hingewiesen –, dass beispielsweise die Bauern im Elsass gottfroh wären, wenn sie unsere Investitionsförderprogramme hätten.

(Abg. Teßmer SPD: So ist es! Trotz Diesel!)

Die würden mit der Agrardieselsubvention sofort tauschen, wenn wir Ihnen ein Angebot machen würden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Weil sie noch etwas verdienen!)

– Nein, Herr Kollege Drautz. Hören Sie doch einfach mit dem Blödsinn auf. Vergleichen Sie gerade in der Landwirtschaft nicht Äpfel mit Birnen. Damit sollten wir jetzt einmal aufhören.

(Abg. Kiefl CDU: Trotzdem ist der Treibstoff im Elsass billiger als bei uns!)

Jetzt zum Thema Gentechnik, Herr Minister. Da ist Ihre Haltung einfach nicht eindeutig. Ich kann Ihnen sagen:

70 bis 80 % der Bevölkerung – in manchen Umfragen teilweise noch mehr – wollen diese Lebensmittel nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Auch die Landwirte!)

Wenn wir uns vom Weltmarkt abheben wollen, wenn wir auch bei den Preisen etwas mehr erreichen wollen, weil wir aufgrund unserer Strukturen einfach höhere Erzeugerpreise haben, dann müssen wir uns qualitativ absetzen. Das können wir nicht, wenn Sie nicht klar sagen, was Sie wollen; und das tun Sie nicht. Ihre Haltung in dieser Frage ist für mich Wischiwaschi; ob es Ihnen passt oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Lassen Sie doch den Verbraucher entscheiden!)

– Der Verbraucher hat sich doch schon entschieden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sie wollen den Verbraucher doch zwingen!)

– Ach, Herr Kollege Drautz, machen Sie doch einen Gewinn, und fragen Sie mal, wie viele Ihrer Kunden den dann noch haben wollen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Auch Sie sind ein Genprodukt!)

Das Letzte, was ich noch sagen wollte, Herr Kollege Stächele: Ich will hier kein Biotop oder die Idylle. Wenn es jemand hinbekommt, seine Produkte im Europäischen Binnenmarkt oder von mir aus auf dem Weltmarkt zu verkaufen, dann habe ich doch nichts dagegen. Aber wir sind uns aufgrund der hier herrschenden Strukturen doch einig. Den Schwarzwald werden auch die Schwarzen niemals abtragen. Aufgrund unserer Strukturen müssen wir uns auf ein anderes Preissegment und eine andere Nische konzentrieren. Deshalb machen Sie doch Programme wie MEKA.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Mit Nischen geht es in der Landwirtschaft eben nicht!)

Wir sind uns im Prinzip doch einig. Es geht nicht um die Idylle, sondern um das Hinnehmen der Realität, um die Wahrnehmung der Realität. Das heißt, dass wir andere Wege suchen müssen.

Wir waren in Kalifornien, Kollege Drautz. Wir können mit den Betrieben, die 20 000 Kühe haben, nicht konkurrieren, und wenn Sie das glauben –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das wollen wir auch nicht!)

– Ja, wir wollen es nicht. Aber dann müssen wir einen anderen Weg gehen, und diesen Weg habe ich vorhin in wenigen Worten zu skizzieren versucht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber Sie sind in der Sackgasse!)

Wir wollen nicht zurückgehen und denken, dass die Landwirtschaft ein Bereich sein muss, in dem noch die Romantik des 19. Jahrhunderts, sofern das überhaupt eine Romantik war, aufrechterhalten werden kann. Aber wir können mit dem Weltmarkt nicht konkurrieren, und wenn wir uns da ei-

(Walter)

nig sind, dann können wir andere Wege gehen und müssen nicht polemisch von irgendeiner Idylle reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4008.

Ich rufe auf

Kapitel 0801
Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Einsparung des Landwirtschaftsministers nach der Regierungsneubildung –, Drucksache 13/4048-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Rüeck CDU: Sind solche Anträge überhaupt zulässig? Solche Anträge sind doch nach meiner Auffassung gar nicht zulässig!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Herr Abg. Rüeck, dieser Antrag ist selbstverständlich zulässig. Warum sollte er nicht zulässig sein?

(Abg. Walter GRÜNE: Er ist noch neu im Parlament!)

Ich lasse über das Kapitel 0801 – Ministerium – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0802
Allgemeine Bewilligungen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/4048-2, 13/4048-3 und 13/4048-4.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 13/4048-2 – Zusätzliche Personaleinsparungen bei den Agraranstalten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag Drucksache 13/4048-3 – Erhöhung der Einsparauflage für den Einzelplan 08. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag Drucksache 13/4048-4 – Einsparungen beim Aufwand für Informationstechnik. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4048-9, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4048-5.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Programm „Ernährungserziehung bei Kindern“ –, Drucksache 13/4048-9, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit bei vielen Enthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Reduzierung der Mittel für die SchALVO: Umwidmung für Hochwasserschutz –, Drucksache 13/4048-5. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Reduzierung von Mitteln bei der Flurneuordnung –, Drucksache 13/4048-6.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0805 – Flurneuordnung und Landentwicklung – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0807

Staatliche Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

(Stellv. Präsident Birzele)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich fasse zusammen

Kapitel 0809 bis Kapitel 0812

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0813

Staatliches Weinbauinstitut, Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung
Freiburg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Kapitel 0814

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Kapitel 0816

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau
Heidelberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Kapitel 0818

Haupt- und Landgestüt Marbach

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich fasse zusammen

Kapitel 0819 bis Kapitel 0826

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Erneuerbare Energien und Klimaschutz – Förderung der Nutzung von Bioenergie –, Drucksache 13/4048-7.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/4048-7 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0831 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0832

Forstdirektionen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0833

Staatsforstbetrieb

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Verbesserungen beim Holzverkauf –, Drucksache 13/4048-8.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/4048-8 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0833 – Staatsforstbetrieb – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0834 und 0835

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir haben damit über alle Kapitel abgestimmt.

Abzustimmen ist jetzt noch über die beiden Entschließungsanträge der Fraktion GRÜNE. Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag – Reform der Agrarberatung als Beitrag zum Aufgabenabbau; Kapitel 0809: Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung –, Drucksache 13/4048-10, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – Reform der landwirtschaftlichen Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten –, Drucksache 13/4048-11, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir haben damit die Beschlüsse zum Einzelplan 08 gefasst. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 b erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:41 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:47 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich bitte, die Türen zu schließen. Bitte nehmen Sie Platz. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 1 Buchstaben c bis e** der Tagesordnung auf:

c) Einzelplan 06: Finanzministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4006

Berichterstatter: Abg. Schmid

d) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4012

Berichterstatter: Abg. Clemens Winckler

Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Herrmann

e) Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – Drucksache 13/3850

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4013

Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 c bis 1 e sowie der Punkte 3 und 4 eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Reichardt das Wort.

Abg. Reichardt CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt an das Ende einer, wie ich meine, sehr ausführlichen, sehr stringent und vertieft geführten Debatte hier im Plenum, im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen des Landtags von Baden-Württemberg. Es wäre unehrlich zu behaupten, dass dieser Haushalt ein „Haushalt de luxe“ ist. Vielmehr ist es

ein Haushalt, der nach den beiden Kernkriterien sehr schwer hinzubekommen war.

Das erste Kernkriterium heißt Verfassungsmäßigkeit, das zweite Kriterium heißt, den Maastricht-Kriterien zu entsprechen. Bei allen Schwierigkeiten ist es, meine ich, gelungen, diesen Kriterien zu entsprechen. Damit hebt sich der baden-württembergische Doppelhaushalt 2005/06 sehr positiv ab gegenüber einer Reihe von Haushalten anderer Bundesländer.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Überhaupt nicht! Die Verfassungsmäßigkeit ist nur durch Finanzierungstricks erreicht worden! – Zuruf des Abg. Gall SPD)

Herr Kollege Kretschmann, ich will in aller Ruhe versuchen, Ihnen das zu begründen, und will das gern auch mit anderen Haushalten, beispielsweise dem von Rheinland-Pfalz, vergleichen.

(Abg. Wieser CDU: Mit Privathaushalten! – Zuruf des Abg. Gall SPD)

Wir mussten bei einem Volumen des Haushalts von 30,95 Milliarden € im Jahr 2005 und 31,74 Milliarden € im Jahr 2006 eine Deckungslücke von 3,5 Milliarden € im Jahr 2005 bzw. von 3,7 Milliarden € im Jahr 2006 ausgleichen.

(Lachen des Abg. Seltenreich SPD)

Dies war durch Einsparungen zu schaffen. Einsparungen nimmt niemand gern vor, weil sie immer auch zu Kritik oder kritischen Anfragen gegenüber den Regierungsparteien führen. Aber Einsparungen sind notwendig, um die Ziele zu erreichen, die ja auch unsere gemeinsamen Leitziele sind. Herr Kollege Kretschmann, die Grünen tendieren ja auch sehr stark in die Zielrichtung Nullverschuldung. Hier haben wir zumindest einmal eine gemeinsame Zielrichtung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben bei den Personalausgaben in beiden Jahren insgesamt 550 Millionen € Ersparnis durch die Streichung der Sonderzahlung für neu eingestellte Beamte ab der Besoldungsgruppe A 12 für die ersten drei Jahre, die Erhebung von Beiträgen zur Pflegeversicherung von den Pensionären und damit die Gleichstellung der Pensionäre mit den übrigen Rentnern, die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre von neun auf zwölf Monate – keine einfache Maßnahme – sowie die Weiterführung des Stellenabbaus. Ich werde das nachher noch im Detail darstellen. Darüber hinausgehende Kürzungen im Beamtenbereich und bei den öffentlich Bediensteten haben wir vermieden, weil es uns darum geht, die Balance zu halten und keine Sonderopfer zu fordern.

Sie – insbesondere Sie in der SPD – waren sehr nachdrücklich gegen die 41-Stunden-Woche bei Beamten; ich habe noch Ihre kritischen Stimmen im Ohr. Diese Maßnahme bringt uns aber in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 770 Stellen. Gegenüber den Stellenplanungen der früheren Jahre dienen 115 dieser Stellen in den Jahren 2005 und 2006 der additiven Haushaltsentlastung. Insofern meine ich, diese Maßnahmen sind vertretbar.

(Reichardt)

In den Ministerien, auf der Verwaltungsebene und bis hinein in den Verwaltungsbereich von Hochschulen wird durch die Verwaltungsreform bei den personellen Kapazitäten eingespart. Das heißt, Baden-Württemberg hat seine Hausaufgaben erkannt, und Baden-Württemberg macht seine Hausaufgaben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Beim kommunalen Finanzausgleich haben wir, zunächst einmal ausgehend von der Steuerschätzung vom Mai 2004, schlicht und einfach die Zahlen vorzulegen: Das Land hat eine Steigerung der Nettoeinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung des Jahres 2003 von etwa 5 %. Bei den kommunalen Steuereinnahmen kommt es zu einer Steigerung von 14 %.

(Abg. Wieser CDU: Oi! Am Tag, als der Regen kam!)

Damit sage ich nicht, dass die Kommunen ihre Haushalte im Überfluss gestalten können. Aber wir müssen diese Zahl vergegenwärtigen, um eine Kürzung, die auf zwei Jahre, also nur für diesen Doppelhaushalt, beschlossen ist, richtig interpretieren zu können, nämlich die Anpassungen im kommunalen Finanzausgleich um 350 Millionen € per annum durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen und Verlagerung von Fördermitteln. Ich meine, dies ist verträglich, und ich meine auch, dass das mit den Kommunen insgesamt sehr gut ausgehandelt worden ist. Ich nenne dabei den Kollegen Wolfgang Rückert, den Kollegen Wolfgang Reinhart und in besonderer Weise den zuständigen Minister, die dafür verantwortlich zeichnen, dass das Verhältnis zwischen Land und Kommunen in Baden-Württemberg trotz knapper Kassen insgesamt ausgezeichnet ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Über den Ministerialdirektor sagen Sie auch noch ein kräftiges Wort!)

Ich komme zu dem Thema der Verbesserungen – nicht ohne zu vergessen, Herr Kollege Wieser, Herrn Ministerialdirektor Hägele und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ende der Debatte ausdrücklich zu loben. Sie haben eine hervorragende Arbeit geleistet, die Sie durch Ihr sehr freundliches Lächeln dokumentieren und unterstreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Zu den Einnahmeverbesserungen: Der Verkauf von Grundstücken soll einen Erlös von 240 Millionen € erbringen. Ein ehrgeiziges Ziel, Herr Finanzminister, aber ich glaube, es ist zu schaffen.

Zu den Sonderausschüttungen der L-Bank: Im Vergleich der Bundesländer ist es sicherlich nicht übertrieben, 100 Millionen € als zusätzliche Einnahmen einzuplanen.

Der Verkauf von Forderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW bringt insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von 550 Millionen €. Herr Kollege Kretschmann, wir haben das im Finanzausschuss ausführlich diskutiert und debattiert. Sie wissen, dass uns diese Maßnahme nicht leicht gefallen

ist, aber es ist eine Maßnahme, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der beiden Leitziele, verfassungskonform und in Erfüllung der Maastricht-Kriterien vorzugehen und zu handeln, Sinn gibt.

Haushaltsstrukturgesetz: Ich glaube, dass Sie – insbesondere die Fachleute – die einzelnen Veränderungen, etwa im Finanzausgleichsstock oder im KIF, davon abgeleitet im KUF, alle sehr gut kennen. Wenn die Opposition Kürzungen im Krankenhausbereich kritisiert, so meine ich, im Gesamtkontext sind diese vertretbar. Ich sehe, auch aus der Erfahrung meines Wahlkreises und meiner Region, dass hier die fördernde Aktivität des Landes in besonderem Maße anerkannt wird und dass diese Förderung dabei entscheidend geholfen hat, die Struktur der Versorgung in diesem Bereich zukunftsfähig zu gestalten und entsprechend zu verbessern.

Die Vorstellungen der SPD laufen auf Steuermehreinnahmen von 10 Millionen € in den Jahren 2005/06 durch eine Stärkung der Finanzverwaltung hinaus. Wenn ich Ihre Anträge gegeneinander aufrechne, drängt sich mir der Verdacht auf, dass Sie die Frage, was von diesen angenommenen Mehreinnahmen in den Länderfinanzausgleich geht, nicht ausreichend in die Berechnungen einbezogen haben. Die Steueraufteilung der verschiedenen politischen Ebenen ist aber entscheidend, wenn ich den Effekt für das Land Baden-Württemberg berechnen möchte. Ich meine, dass die Überlegung, man könne mit sehr vielen zusätzlichen Prüfern sehr viele zusätzliche Steuereinnahmen erreichen, zwar auf den ersten Blick überzeugend wirkt, aber bei der Umsetzung dieser Maßnahme dann der Teufel doch im Detail steckt.

(Abg. Fischer SPD: Aber es kommt trotzdem mehr Geld herein, Herr Kollege!)

Insofern meine ich, auch vor dem Hintergrund der Pensionslasten und im Hinblick auf das allgemeine Ziel, Herr Kollege Fischer – ich will das hier ausführen –, dass wir den Landeshaushalt insgesamt im Personalkostenbereich entlasten müssen, dass Ihr Vorschlag nicht unbedingt überzeugen muss. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Abg. Fischer SPD: Aber es wird nichts draufgesetzt! – Abg. Rust SPD: Mit wie viel Mehreinnahmen rechnen Sie?)

Zweiter Punkt bei der SPD: Reduzierung der Neuerschuldung um 139 Millionen € per annum und Reduzierung der Zinszahlungen um 120 Millionen € per annum. Das ist ja sozusagen Ihre Kernforderung auch im Hinblick auf das Thema „Landesanteile an der LBBW“. Aber da, meine ich, muss man bedenken: Wenn man zum Beispiel den Landesanteil an der Landesbank Baden-Württemberg von 39,5 auf eine Sperrminorität von 15 % zurückfahren würde, bräuchte man zunächst einmal einen Käufer, der die von Ihnen angenommene Summe erbringt, ohne seinerseits 25 % erreichen zu können. Ich muss auch sagen, dass diese Maßnahme Risiken beinhalten würde hinsichtlich der Zuwendungen für die kleinen und mittelständischen Betriebe durch den Geschäftspartner LBBW und durch die BW-Bank sowie Risiken beinhalten würde für die Refinanzierung, die bei der LBBW unter den Landesbanken deutschlandweit immer

(Reichardt)

noch vorbildlich und am günstigsten läuft. Insofern ist dieser Vorschlag meines Erachtens ein Schaufenstervorschlag.

Auflösung der Landesstiftung: Ich weiß nicht, meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wie oft wir dieses Thema hier in diesem Haus noch herunterdeklinieren wollen.

(Abg. Rust SPD: So lange, bis Sie es verstanden haben!)

Das Thema ist so alt wie das Meer. Wenn wir den Wegfall der Gemeinnützigkeit in diesem Bereich hätten, wäre das eine steuerliche Belastung für den Landeshaushalt von 1,5 Milliarden €, wie das Finanzministerium errechnet hat. Insofern hätten Sie dann Zitronen eingekauft und große Grapefruits aus dem Fenster geschmissen. Auf jeden Fall bliebe ein saurer Eindruck, und wir wollen ja über unseren Landeshaushalt nicht sauer sein.

(Abg. Wieser CDU: Schon ein bissele!)

Globale Minderausgabe bei den Betriebskosten für NSI: Ich konnte heute Morgen noch einmal mit dem Finanzminister über das Thema sprechen. Hier ist viel getan worden, um die Effizienz so zu steigern, dass auch die Opposition in dieser Frage etwas zurückhaltender geworden ist und die Debatte sich bei aller grundsätzlichen Ablehnung von NSI

(Abg. Fischer SPD: Das ist nicht wahr! Das haben wir nie abgelehnt, Herr Kollege Reichardt!)

nach meinem persönlichen Eindruck, Herr Kollege Fischer, deutlich versachlicht hat.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt nicht, was Sie sagen! Wir haben NSI nie abgelehnt!)

– Ich habe etwas ganz anderes gesagt. – Im Finanzausschuss jedenfalls, Herr Kollege Fischer, dem Sie nicht angehören, wurde über dieses Thema – ich habe ja jetzt den mehrjährigen Vergleich – bei unveränderter Position Ihrerseits, so habe ich vorhin gesagt, doch wesentlich ruhiger und sachlicher diskutiert als in den Jahren zuvor. Das ist ja immer ein guter Indikator dafür, dass auch schwierige Dinge klappen und durchaus positiv entwickelt werden.

(Abg. Gall SPD: Da klappt doch gar nichts!)

Die Verstärkung der Hochschulbausanierung ist eine Forderung, die Sie in jedem Haushalt erhoben haben; Gegenfinanzierung unbekannt.

Ich komme noch einmal zu der allgemeinen Situation, weil man die großen Ziele gerade zum Abschluss dieser Debatte nicht aus den Augen verlieren sollte.

Maastricht-Konformität: Es gibt ja zwischen Bund und Ländern innerhalb der EU keinen unbestrittenen Schlüssel, wie man diese Dinge errechnet. Nehmen Sie einmal die Neuverschuldung Baden-Württembergs, nach der Einwohnerzahl heruntergebrochen, im jetzigen Landeshaushalt. Entsprechend den Maastricht-Kriterien dürften wir im Jahr 2005 insgesamt 2,85 Milliarden € und im Jahr 2006 insgesamt 2,94 Milliarden € Neuverschuldung aufnehmen. Wir liegen jeweils bei 1,99 Milliarden € und damit, glaube ich,

deutlich darunter. Das heißt, der Haushalt unseres Bundeslands Baden-Württemberg ist auch in Bezug auf die Maastricht-Kriterien solide und somit uneingeschränkt Maastricht-konform.

Wir haben hier in den Jahren zwischen 2003 und 2006, gemessen an dieser Rechengrundlage, eine Quote von 0,72 % 1 % wäre zulässig. Wir haben also entsprechend den Vorgaben des Finanzplanungsrats in einer für die Bundesländer vorbildlichen Weise statt 1,0 % eine Quote von 0,72 % erzielt. Da ist zwar viel Mathematik und Zahlenspiel dabei, aber Sie sehen an dieser Zahl: Wenn neben Bayern und Sachsen auch andere Bundesländer diese Quote erreichen könnten, würden die sich die Finger danach lecken, dies haushaltspolitisch zu packen. Wir haben es geschafft, und das sollte jeder in diesem Haus auch positiv anerkennen.

Ländervergleiche zum Haushalt 2005: Nettoneuverschuldung ist immer etwas, was man nicht gern macht. Darüber sind wir uns in diesem Haus alle einig. Aber es ist eben von der Einnahmesituation her – ich will hier gar nicht die bundespolitische Debatte neu aufkochen – eine schwierige Lage. Logischerweise hängen die Länder ja viel, viel stärker von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab als der Bund, und zwar dadurch, Herr Kollege Kretschmann, dass ihre Haushalte sehr stark personalkostendeterminiert sind. Über 40 % der Ausgaben bei unseren Personalkosten sind fix, und wir haben als Land auf unsere Einnahmeseite deutlich weniger Einfluss, als der Bundesgesetzgeber Einfluss auf seine Einnahmeseite nehmen kann.

Die Pro-Kopf-Nettoneuverschuldung liegt in Baden-Württemberg bei 185 €. In Rheinland-Pfalz, unserem linksrheinischen Nachbarland, sind es 252 €. Ich schaue dort nicht mit Häme hin und argumentiere nicht vor dem Hintergrund der reinen Parteipolitik oder gar der parteipolitischen Polemik,

(Abg. Sakellariou SPD: Nö!)

sondern ich nenne, weil wir umgekehrt von der Opposition immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert werden, die Dinge in unserem Haushalt liefen nicht so, wie wir es in Landeskompetenz optimal gestalten könnten, einfach einmal diese zwei Zahlen. Ich meine, wenn Sie die 185 € in Baden-Württemberg den 252 € in Rheinland-Pfalz gegenüberstellen, verstehen Sie, warum ich froh bin, dass ich rechtsrheinisch lebe und nicht linksrheinisch.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wenn ich die Landesverbindlichkeiten pro Einwohner nehme – –

(Abg. Gall SPD: Ob da alle froh sind, weiß ich nicht!)

– Herr Kollege, Sie werden damit sicherlich positiv leben können. Wir hatten ja schon schöne gemeinsame Erlebnisse, und da waren Sie sehr froh – –

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Da bin ich jetzt aber gespannt! – Weitere Zurufe)

– Bei Diskussionen, im Ausschuss, bei Debatten,

(Reichardt)

(Abg. Gall SPD: Für diese Klarstellung bin ich dankbar!)

auch bei Witz, auch bei gemeinsamen Reisen.

(Abg. Gall SPD: Für diese Klarstellung bin ich dankbar!)

Herr Kollege Gall, dass Sie keine roten Ohren bekommen haben in der Gemeinschaftlichkeit mit einem schwarzen Kollegen – Seien Sie doch mit mir froh, dass ich rechtsrheinisch lebe; ich bin auch mit Ihnen froh, dass Sie das tun können und nicht an der Grenze zum Saarland leben, sondern in Baden-Württemberg und damit im vollen Genuss einer Haushaltspolitik, Herr Minister Stratthaus, die im Vergleich der Bundesländer erstklassig verläuft.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, ja! Die Bonität ist im Rating gerade heruntergestuft worden! Da reden Sie von erstklassig!)

Insofern – Herr Kollege Kretschmann, ohne die Situation schönzureden; das habe ich heute auch nicht getan; ich habe ja die Probleme auch angesprochen – meine ich, dass Sie abschließend auch in der Perspektive der haushaltspolitischen Entwicklung der Bundesländer noch einmal eine Zahl sehen sollten. Uns drückt natürlich die Zinsbelastung, die wir haben und die entscheidend auch dadurch zustande gekommen ist, dass Baden-Württemberg seit Bestehen dieses Bundeslands durch den Länderfinanzausgleich ausgesaugt wird, jetzt mit 2,14 Milliarden €. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei uns bei 3 334 €, während sie in Rheinland-Pfalz bei 5 466 € und in Nordrhein-Westfalen bei rund 5 500 € liegt. Jetzt will ich bezogen auf die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen nicht sagen: „Wir wissen alle, dass so was von so was kommt“, aber es ist schon ein Indikator: Dort, wo CDU und FDP gemeinsam regieren, geht es trotz aller Probleme immer noch ein bisschen besser als dort, wo der politische Wettbewerber regiert.

Insofern sehe ich die Dinge sachlich, nüchtern,

(Vereinzelt Heiterkeit)

problembewusst, aber auch optimistisch.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden 2006 den Regierungswechsel in Berlin angehen. Aufschwung in Deutschland, und weiterhin Glückauf für Baden-Württemberg!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wegtauchen, Kleinreden, Gefälligkeit, auch vorge tragen im angenehmen kurpfälzischen Singsang, enthebt

uns nicht der Aufgabe, einen nüchternen Blick auf diesen Landeshaushalt zu werfen. Der nüchterne Blick zeigt: Wir haben zum dritten Mal in Folge eine Rekordneuverschuldung von annähernd 2 Milliarden € pro Jahr.

Ein Blick auf das Zahlenwerk lehrt uns, dass die Regierung Teufel/Oettinger den Schuldenberg des Landes mehr als verdoppelt hat, und zwar von etwas mehr als 20 Milliarden € auf 44 Milliarden € am Ende dieses Doppelhaushalts, dass sich die CDU-FDP/DVP-Landesregierung den weitaus größten Anteil dieser Zunahmen, nämlich 90 % seit 1996, auf die Schultern laden muss und dass wir kurzfristig aus diesem Schlamassel nicht herauskommen, dass allerdings der Landeshaushalt für 2005/2006 auch keinerlei Perspektive aufweist, wie wir aus diesem Schlamassel herauskommen können.

Die Haushaltsberatungen haben mit einem Paukenschlag begonnen. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde herabgestuft. Das hat Folgen, nämlich die Einsicht beim Finanzminister, dass wir nicht mehr erster Klasse sind, und auch Folgen für die Kreditfinanzierung, denn jeder Kredit des Landes kostet jetzt etwas mehr. Wenn wir davon ausgehen, dass wir ein Achtel der derzeit 40 Milliarden € Schulden im Land im Jahr umschichten, dann bedeutet dieses verschlechterte Rating Mehrkosten von 2 Millionen € in den nächsten beiden Jahren. Das ist zunächst nur ein kleiner Effekt. Aber man sieht, dass wir auch da auf einer abschüssigen Piste angelangt sind. Das kann nur noch gefährlicher werden.

Was ist die Antwort der Landesregierung darauf in diesem Doppelhaushalt? Die Antwort ist Verhüllen und Täuschen. Der verfassungsgemäße Haushalt, der auch gerade eben schon wieder so beschworen wurde, steht nur auf dem Papier.

(Abg. Reichardt CDU: Maastricht steht nicht nur auf dem Papier!)

Mindestens eine weitere Milliarde Euro an Vermögensverkäufen und Forderungsverkäufen hat dazu gedient, diese Deckungslücke zu schließen. Der alte solide Haushaltsgrundsatz, dass Vermögen zu Vermögen gemacht werden muss, wurde von Ihnen gänzlich aufgegeben, weil Sie Vermögensbestandteile des Landes weggeben, um Haushaltslöcher zu stopfen. Übrigens wäre dies bei Anlegen der Maastricht-Kriterien auch nicht zugänglich gewesen. Maastricht sieht dafür vor, dass dies nicht gewertet werden darf.

Besonders dreist ist das Beispiel des Verkaufs der Zinsforderung aus der stillen Einlage des Landes bei der Landesbank Baden-Württemberg. Diese Zinsforderung bringt uns 80 Millionen € im Jahr. Für den Kredit, den wir aufnehmen mussten, um diese stille Einlage zu zeichnen, müssen wir pro Jahr 65 Millionen € aufbringen. Sie haben jetzt die Zinsforderung, also die Einnahmeposition von 80 Millionen € bis zum Jahr 2017, in diesem Doppelhaushalt verkauft. Aber natürlich müssen wir Jahr für Jahr bis zum Jahr 2017 weiterhin diese 65 Millionen € einstellen, weil wir weiterhin unseren Kredit als Land Baden-Württemberg bedienen müssen. Das heißt, Sie haben einseitig die Einnahmeposition weggegeben, aber die Kostenseite, die Ausgabe position läuft im Haushalt durch. Allein dadurch haben

(Schmid)

Sie 550 Millionen € für den Doppelhaushalt an außergewöhnlichen Effekten erzielt. Das ist nicht beliebig wiederholbar. Irgendwann gibt es keine Forderungen mehr zu verkaufen.

Das Sündenregister der verdeckten Verschuldung geht noch viel weiter. Wir haben Forderungsverkäufe im Bereich des MLR von 30 Millionen €. Wir haben weitere Veräußerungen von Forderungen im Einzelplan 12 von knapp 5 Millionen €. Wir haben die Aussetzung von Zinszahlungen an den Schattenhaushalt Baufinanzierung von 60 Millionen €. Wir haben eine Streckung der Zahlungen für die Finanzierungskosten von NSI in Höhe von 23 Millionen €. Wir haben außerdem Immobilienverkäufe in Höhe von 240 Millionen €. Wir haben eine Sonderausschüttung der L-Bank von 200 Millionen €. Wir haben die Auskehrung von Resten für das Stadtqualitätsprogramm aus der L-Bank von 18 Millionen €. Das heißt, Sie haben an breiter Front einmalig Forderungen und Vermögen aktiviert, um diesen Haushalt in der Nettoverschuldung nicht ganz so stark ansteigen zu lassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Vermögen verscherbelt!)

Das ist 1 Milliarde € an verdeckter Staatsverschuldung, die in diesem Haushalt drinsteckt.

(Abg. Schmiedel SPD: Irre!)

Hinzu kommt eine Belastung durch erhöhte Verpflichtungsermächtigungen. Das heißt, der Stand der Vorbelastungen für kommende Haushalte durch Verpflichtungsermächtigungen ergibt eine Erhöhung der Nettosumme, also abzüglich der bedienten Verpflichtungsermächtigungen in diesem Doppelhaushalt, von 400 Millionen €. Auch da haben Sie zulasten der Zukunft gewirtschaftet, indem Sie Gelder bewilligt haben, für die Sie in den Folgejahren erst noch die Finanzierungsquelle erschließen müssen.

Wenn wir das zusammenfassen, müssen wir davon ausgehen, dass das Land bei ehrlicher Betrachtungsweise eine Deckungslücke von eher 3 Milliarden € pro Jahr hat. Deshalb ist bei materieller Betrachtung, wenn man das Kreditlimit der Verfassung nach Sinn und Zweck betrachtet, der Haushalt natürlich nicht verfassungsgemäß, weil er nur durch zahlreiche Tricks in den Bereich der Verfassungsmäßigkeit gehoben worden ist.

Außerdem ist dieser Haushalt zum wiederholten Mal formell verfassungswidrig, weil er erst am 23. Februar verabschiedet werden wird. Artikel 79 der Landesverfassung sieht allerdings vor, dass er zum Jahresbeginn verabschiedet werden muss. Das ist ein Problem, das wir in Serie haben. Da werden Sie sozusagen zum Serientäter, was Verfassungsverstöße anbelangt. Der Haushalt in Baden-Württemberg wird strukturell durch das Agieren der Landesregierung zu spät eingebracht, obwohl § 30 der Landeshaushaltsordnung vorsieht, dass der Haushalt im Entwurf bis zum 30. September im Parlament vorgelegt werden muss. Das heißt, dieser Haushalt ist sowohl in der Sache als auch formell nach den Verfassungsvorschriften für Fristen nicht verfassungsgemäß.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es, Herr Rückert!)

Die SPD-Landtagsfraktion hat auf diese schwierige Situation mit einer zweigleisigen Strategie geantwortet. Wir wissen, dass wir mittelfristig den Landeshaushalt nur sanieren können, wenn wir strukturelle Einsparungen vornehmen. Wir wissen aber auch, dass wir kurzfristig für den vorhandenen Doppelhaushalt ein Gegenfinanzierungskonzept für unsere Verbesserungsvorschläge vorlegen müssen. Beides haben wir getan, sodass alle Änderungsanträge, die wir als Fraktion im Laufe dieser Haushaltsberatungen eingebracht haben, durch Finanzierungsvorschläge, die im Doppelhaushalt realisiert werden können, gedeckt worden sind.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Man mag sich über den politischen Sinn dieser Deckungsvorschläge streiten. Deshalb haben wir ja das Parlament, damit man sich da auseinandersetzt. Aber dass wir in der Sache finanzpolitische Seriosität bewiesen haben, kann uns niemand abstreiten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Scheffold CDU:
Das glauben Sie ja selber nicht!)

Besonders wichtig ist mir die langfristige Strategie zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Die SPD-Fraktion ist die einzige Fraktion, die zu dem schwierigen Bereich Personalkosten ein langfristiges Programm aufgelegt hat, in dem wir sagen: Wir können uns vorstellen, dass wir in der Landesverwaltung 10 000 Stellen innerhalb von zehn Jahren einsparen können,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wo denn?)

und zwar durch bewusste Schwerpunktbildung beim Personal im Bereich der allgemeinen Landesverwaltung – Ministerien, Regierungspräsidien – und im Bereich der obersten Landesämter.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr unpräzise!)

Und wir haben eine klare Aussage gemacht, wie wir mit dem Rückgang der Schülerzahlen umgehen wollen, weil wir der Auffassung sind, dass der sich rechnerisch ergebende Überschuss an Lehrerstellen zu einem großen Teil, nämlich zu zwei Dritteln, dazu verwendet werden muss, Qualität und Ganztagsangebote an unseren Schulen zu sichern. Zu einem geringeren Teil, nämlich zu einem Drittel, kann er dazu genutzt werden, Personalstellen abzubauen. Damit haben wir ein klares Zeichen gesetzt. Auch andere Fraktionen haben sich bemüht, Vorschläge zu machen. Sie haben aber nicht das Maß an Konkretion erreicht, das wir erreicht haben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch eine völlig gegriffene Zahl!)

Wir haben einen gangbaren Weg, ausgehend von dem jetzt vorhandenen Personalbestand, aufgezeigt und dargelegt, wie man innerhalb von zehn Jahren 10 000 Stellen einsparen kann. Das ist ein Wort.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass wir an das Thema Landesvermögen heranmüssen. Landesvermögen, das verzichtbar ist, sollte veräußert werden, zum Beispiel der Bereich LBBW.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Willkommen im Club!)

(Schmid)

– Genau. Leider haben Sie unseren Anträgen nicht zugestimmt. – Das gilt auch für Rothaus, langfristig auch für Flughafenanteile. Wir sind der Auffassung, dass sich das Land auf seine Kernaufgaben konzentrieren muss. Allein dadurch, dass wir dieses Vermögen, das wir auf 6 Milliarden € schätzen, dazu einsetzen, Schulden abzubauen, könnten wir nachhaltig eine jährliche Zinseinsparung von 350 Millionen € erreichen.

Dritter Eckpfeiler einer langfristigen Konsolidierungsstrategie muss sein, den Agrarhaushalt einer Flurbereinigung zu unterziehen, indem wir die dortigen Strukturen neu ordnen, vor allem im Bereich der Agrarinstitute und -anstalten. Es gilt, Personalüberhänge abzubauen, aber auch, an bestimmte Subventionstatbestände heranzugehen. Dazu haben wir heute Vormittag einen Antrag gestellt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das habt ihr von uns abgeschrieben!)

– Wir waren die Ersten, tut mir Leid. Wir haben schon in den vergangenen Haushaltsberatungen dieses Thema aufgegriffen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir haben schon heute Vormittag Änderungsanträge dazu gestellt, die leider an der bockelhaften Klientelpolitik der CDU im Bereich der Landwirtschaft gescheitert sind.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Oje, oje! So ein Käse! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Jetzt ist er aber aufgewacht! – Zurufe der Abg. Drexler und Fischer SPD – Heiterkeit)

– Ich hatte die FDP/DVP vergessen, tut mir Leid.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Unruhe)

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass wir durch eine Stärkung der Steuerverwaltung Mehreinnahmen erzielen können. Steuergerechtigkeit ist ein Topthema. Wir haben zu wenig Personal in den Finanzämtern. Die Finanzämter müssen weiterhin Personal abbauen. Das merken wir in unseren Haushalten. Deshalb stellen wir den Antrag auf Verbesserungen in diesem Bereich.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

(Abg. Fischer SPD: Oh! – Zuruf von der SPD: Von dem Finanzpolitiker Drautz!)

Abg. Schmid SPD: Oh. Ja.

(Heiterkeit)

Er war im Finanzausschuss nicht mit dabei.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Eines würde mich von Ihnen einmal interessieren. Zum Beispiel liegt ein SPD-Antrag vor, 5 Millionen € durch Holzverkauf zu erzielen, obwohl der Holzmarkt am Boden liegt und es sehr schwierig ist, am Holzmarkt Geld zu erzielen. Sie gehen nach dem Motto vor: „Wir machen einfach 5 Millionen € mehr Gewinn; wir nehmen einfach 5 Millionen € mehr ein.“ Ein solcher Antrag ist, als würden Sie Geld drucken.

(Beifall des Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Wo war die Frage? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Weitere Zurufe – Unruhe)

Abg. Schmid SPD: Herr Drautz, Sie waren im Finanzausschuss leider nicht dabei; wir haben diesen Sachverhalt dort besprochen. Es ist in der Tat so, dass man durch verstärkte Marketingmaßnahmen auch beim Holzverkauf mehr Erlösen kann. Die Frage ist, wie man an die Sache herangeht.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Weil der Holzmarkt sich danach verändert!)

Sie haben in den vergangenen Jahren zum Beispiel auch bei Holz Mehreinnahmen eingestellt, wenn Sie es für politisch opportun gehalten haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Den Forstgrundstock haben wir abgebaut!)

Seien Sie da vorsichtig.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Schmid SPD: Ach so. Ich habe gedacht, Herr Kleinmann will reden.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Drautz, bitte schön.

(Zuruf von der SPD: Aber jetzt eine Frage, Richie!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Also sind Sie mit mir einer Meinung,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

dass sich der Holzverkauf am Markt jedes Jahr anders darstellen kann?

(Zuruf von der SPD: Wir sind Optimisten! – Weitere Zurufe von der SPD: Auf dem Holzweg! – Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Schmid SPD: Er kann sich in der Tat anders darstellen. Deshalb ist es auch durchaus möglich, durch verstärkte Anstrengungen Mehreinnahmen zu erzielen.

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Schmid.

Abg. Schmid SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es Ihnen erspart, die einzelnen Deckungsvorschläge noch einmal zu referieren, die wir Ihnen vorgelegt haben. Ich gehe nur noch einmal auf die Landesstiftung ein. Sie ist nach wie vor ein Ärgernis. Sie merken es selbst: Immer wenn Sie Unternehmensanteile veräußern wollen, wie jetzt geplant von den Schwäbischen Hüttenwerken, stoßen Sie an die Grenze der Gemeinnützigkeit, weil Erlöse leider nicht in den ordentlichen Haushalt fließen, sondern in die Fänge der Gemeinnützigkeit und der Landesstiftung geraten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ist das was Schlimmes?)

Damit haben wir strukturell die Chance vergeben, durch Veräußerung von Landesvermögen den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Das ist Ihr Versäumnis, und solange Sie das nicht ändern, werden wir das weiter anprangern, weil Sie für den Schlamassel, den Sie angerichtet haben, die politische Verantwortung zu übernehmen haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann
GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der finanzielle Handlungsspielraum unseres Landes ist in den letzten vier Jahren in gravierendem Umfang enger geworden. Das hat der Vordrucker im Grunde auch deutlich zu verstehen gegeben. Das wird deutlich an den realen Steuereinnahmen des Landes, die in den beiden Jahren des Doppelhaushalts immer noch deutlich unter den Werten des Jahres 2000 liegen werden: 23 Milliarden € im Jahr 2000, aber 21,8 Milliarden € im Jahr 2005.

Die Dramatik der Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man die Ansätze, die die mittelfristige Finanzplanung der früheren Jahre für das Jahr 2005 enthalten hat, mit der jetzt absehbaren Situation vergleicht. In der Mifirif des Jahres 2002 waren für das Jahr 2005 – man höre und staune – 25,65 Milliarden € veranschlagt. Stand Februar 2003, also vor zwei Jahren, waren es 23,55 Milliarden €, Stand 2004, also vor einem Jahr, 22,37 Milliarden €, und jetzt, Stand Januar 2005, sind wir bei 21,88 Milliarden € angekommen.

Dies sind nicht nur die Auswirkungen von Steuerausfällen aufgrund der Steuerreform – denn deren Stufen sind, seit sie Gesetz geworden sind, in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt –, sondern das sind die Folgen der unerfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten vier Jahre. Der Haushaltsplan 2005 weist 3,77 Milliarden € weniger Steuereinnahmen aus, als man schon unter Berücksichtigung der Steuerreform vor vier Jahren noch geschätzt hatte. Auch wenn man berücksichtigt, dass sich parallel zu dieser Entwicklung die zu erwartenden Ausgaben in die Finanzausgleichssysteme um 1,1 Milliarden € verringert haben, bleibt dennoch, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, eine Lücke in einer Größenordnung von 2,6 Milliarden €.

Wenn sich die Wachstumserwartungen, auf denen die Steuerschätzungen ja stets basieren, erfüllt hätten, hätten wir im letzten halben Jahr nicht daran arbeiten müssen, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen und eine neue Rekordverschuldung des Landes zu vermeiden, sondern wären auf einem soliden Pfad, die Nullnettoneuverschuldung mit diesem Doppelhaushalt zu erreichen. Ich erwähne dies, damit nicht in Vergessenheit gerät, dass die Tatsache, dass dies nicht so ist, nicht die Konsequenz einer überzogenen Ausgabenpolitik des Landes ist, sondern vor allem die Konsequenz einer negativen Wirtschaftsentwicklung, die wir – sicher nicht allein, aber doch zu großen Teilen – auch dem Hin und Her in der Wirtschafts-, in der Steuer-, in der Arbeitsmarkt- und in der Sozialpolitik in Berlin zu verdanken haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben dies oft genug erörtert. Ich verzichte darauf, Ihnen die Einzelheiten noch einmal darzulegen. Aber mit der so genannten Agenda 2010, Kollege Schmid, so unzureichend sie aus unserer Sicht auch ist, hat Rot-Grün ja selbst das Scheitern dieser Art von Politik eingestanden.

Wir haben in den letzten Jahren hart daran gearbeitet, so weit wie möglich mit dem Einbruch auf der Einnahmeseite des Haushalts fertig zu werden. Wir haben ganz erhebliche Einsparungen bei den Personalausgaben des Landes vorgenommen. Der Personalkostenansatz des Haushaltsjahres 2005 liegt, meine Damen und Herren, um 1,1 Milliarden € unter dem Wert, der in der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 2002 für das Jahr 2005 veranschlagt war. Auch wenn dabei eine ganze Reihe von Umgruppierungen zu berücksichtigen sind, belegt diese Zahl doch sehr deutlich, in welchem Umfang Einsparungen gerade im Personalbereich von uns, CDU und FDP/DVP, vorgenommen worden sind.

Wir haben die Arbeitszeit der Beamten sowie die Deputats- und Lehrverpflichtungen erhöht und haben Tarifverträge gekündigt. Wir haben im Bereich der allgemeinen und der technischen Verwaltung einen ganz erheblichen Stellenabbau vollzogen und weitere Stellenabbauprogramme aufgelegt. Wir haben die Verwaltungsstrukturreform auf den Weg gebracht, die den Landeshaushalt dauerhaft entlastet. Wir haben im Bereich der Justiz – ich füge hinzu: bislang leider nur im Bereich der Justiz – das Referendariat in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis überführt. Wir haben das Urlaubsgeld gestrichen, das Beihilferecht eingeschränkt und die Sonderzahlungen gekürzt.

Das alles hat uns ganz gewiss keine Freude gemacht und auch keine Freunde gebracht. Aber es war unabdingbar notwendig, um den Haushalt einigermaßen im Lot halten zu können. Gleichzeitig aber gilt: Wir brauchen einen leistungsfähigen, motivierten öffentlichen Dienst, einen öffentlichen Dienst, der auch gegenüber dem privatwirtschaftlichen Bereich konkurrenzfähig ist. Dies schließt aus, dass der öffentliche Dienst, meine Damen und Herren, zur beliebigen Manövriermasse der Haushaltspolitik wird.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/
DVP)

Wir müssen Verlässlichkeit gewährleisten, und zur Verlässlichkeit gehört zwingend auch eine grundsätzliche Gleich-

(Kleinmann)

behandlung der verschiedenen Beschäftigungsgruppen des öffentlichen Dienstes.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP)

Schon aus diesem Grund ist der Tarifabschluss zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, dem Bund und den Kommunen für das Land nicht übernehmbar. Wir müssen alles daransetzen, dass wir auch im Tarifbereich zur 41-Stunden-Woche kommen. Das gilt aus zwingenden haushaltspolitischen Gründen. Insbesondere aber muss es gelten, weil wir eine dauerhafte Ungleichbehandlung zwischen dem Beamtenbereich auf der einen Seite und dem Tarifbereich auf der anderen Seite niemandem verständlich machen können.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich bin davon überzeugt, dass es auch für die Kommunen außerordentlich sinnvoll wäre, wenn auch sie mehr Spielraum bei der Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit erhielten, als es der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst jetzt vorsieht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die sind doch flexibilisiert in einem großen Ausmaß!)

– Das ist doch schön.

Die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, die die Länder mit den Gewerkschaften austragen werden, ist zugleich, Herr Kretschmann, eine Auseinandersetzung zugunsten eines größeren finanziellen Handlungsspielraums der Kommunen unseres Landes.

Wir haben kontinuierlich Personalstellen abgebaut, aber wir haben zugleich auch neue Personalstellen geschaffen. Das waren bewusste und notwendige Schwerpunktsetzungen zugunsten der Unterrichtsversorgung in Zeiten steigender Schülerzahlen und zugunsten der inneren Sicherheit. Wer dagegen war, soll aufstehen und sich bekennen – es gibt niemanden.

(Abg. Rückert CDU: Richtig! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hoffentlich!)

Dies zeigt: Die Personalstellen und die Personalausgaben des Landes sind jetzt wie in der Vergangenheit nicht das Ergebnis eines Anwachsens der allgemeinen Verwaltung, sondern die Folge landespolitischer Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie im Bereich der inneren Sicherheit, bei der Justiz und der Polizei.

Weil das so ist, gibt es auch keine Patentrezepte, Herr Kollege Kretschmann, wie wir der steigenden Pensionslasten Herr werden können. Rein rechnerisch ist alles ganz einfach. Ich habe es einmal durchrechnen lassen. Wir müssen nur über 20 Jahre hinweg 60 000 Stellen streichen oder das gesamte Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst um 20 % senken, um den mit der steigenden Zahl der Versorgungsempfänger verbundenen Anstieg der Personalausgaben zu kompensieren. Beides ist aber nicht machbar und völlig unrealistisch.

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Eine realistische Politik wird deshalb aus einem Mix mehrerer Ansätze bestehen müssen.

Erstens: Bestandteil dieses Haushalts sind eine Reihe von Stellenabbauprogrammen, mit denen bis zu den Jahren 2008 bzw. 2011 mehr als 5 200 Stellen eingespart werden. Ohne die Einführung der 41-Stunden-Woche und ohne die Verwaltungsstrukturreform wäre dies allerdings nicht möglich. Beides war ebenso richtig wie wichtig und unausweichlich.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Zweitens: Der Stellenabbau wird fortgesetzt werden müssen. Wir brauchen Reformen, um einen Stellenabbau zu ermöglichen. So kann eine Steuerreform, die tatsächlich ein einfacheres und transparenteres Steuersystem schafft, die den Mut hat, ganze Steuerarten wie zum Beispiel die Kfz-Steuer zu streichen, auch zu einem Stellenabbau in der Steuerverwaltung – Herr Kollege Schmid hat darauf hingewiesen – führen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Stellenabbau wird auch den Bildungsbereich mit einbeziehen müssen, wenn der Höhepunkt der Schülerzahl im Jahr 2007 überschritten ist und sich die Schülerzahl wieder rückläufig entwickelt.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Entsprechende k.w.-Vermerke sind ja bereits durch den Finanzausschuss angebracht worden.

Drittens: Wir müssen das reale Pensionseintrittsalter deutlicher erhöhen, als dies in den letzten Jahren gelungen ist. Wir haben jetzt den Weg geöffnet, freiwillig länger zu arbeiten, und wir dürfen für die Zukunft auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit über die heutige gesetzliche Altersgrenze hinaus nicht tabuisieren.

Und viertens: Wir werden schließlich nicht daran vorbeikommen, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus auch, so schmerzlich das ist, das Niveau der Pensionen schrittweise abzusenken.

Man muss kein Prophet sein, Herr Kollege Kretschmann, um feststellen zu können: Wir werden all diese Wege nur dann sinnvoll begehen, wenn wir sie gleichzeitig beschreiben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum sprechen Sie mich dauernd an? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Weil Sie so freundlich sind, Herr Kollege!)

– Weil Sie so aufmerksam zuhören, Herr Kollege. Freuen Sie sich doch!

Nur so wird zu erreichen sein, dass die Personalausgaben insgesamt nicht einen immer stärker steigenden Anteil unseres Haushalts in Anspruch nehmen.

(Zurufe der Abg. Kretschmann GRÜNE und Birzele SPD)

Nur wenn wir dies schaffen, werden wir auch eine Chance haben, das Ziel, mittelfristig auf eine Neuverschuldung gänzlich verzichten zu können, tatsächlich zu erreichen.

(Kleinmann)

Im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes, das wir heute abschließend beraten, sind die Eingriffe in die kommunalen Finanzmassen zweifelsohne der gravierendste Punkt. Ich will mich heute auf diesen Bereich konzentrieren, nachdem die Förderung der Einrichtungen des zweiten Bildungswegs bereits gestern ausführlich erörtert worden sind.

Wir haben in den Beratungen des Finanzausschusses eine ganze Reihe von Veränderungen an den Regierungsvorlagen zum kommunalen Finanzausgleich vorgenommen. Es bleibt beim Volumen der Kürzungen in Höhe von jeweils 350 Millionen € in beiden Jahren des Haushalts. Dies ist vertretbar, denn im Durchschnitt beider Haushaltsjahre bleibt – auch nach diesen Kürzungen – der kommunale Anteil am Nettosteueraufkommen nach allen Finanzierungsverteilungssystemen in etwa auf dem Niveau des Jahres 2004; 2005 liegt der Anteil leicht unter, 2006 leicht über dem Wert von 2004. Das liegt daran, dass die Steuerschätzungen von Mai und November den Kommunen eine deutlich bessere Einnahmeperspektive zuschreiben als dem Land.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist ja jetzt auch bestätigt!)

Die Entwicklung des Jahres 2004 hat dies eindeutig bestätigt.

Aber innerhalb dieses Rahmens haben wir, zunächst begrenzt auf das Jahr 2005, die Kürzungen der Finanzmasse A zulasten des Ausgleichsstocks weiter zurückgefahren, um noch stärker auf die Situation der finanzschwächeren Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Ab 2006 – deshalb die Begrenzung nur auf das Jahr 2005 – werden wir diese Mittel benötigen, um den von der Standortschließung betroffenen Gemeinden auch über den Ausgleichsstock gezielt helfen zu können.

Innerhalb des Kommunalen Investitionsfonds haben wir Umschichtungen zugunsten der Fremdenverkehrs- und der Sportstättenpauschale, der Förderung der Tourismusinfrastruktur, der Altenpflegeeinrichtungen und für kommunale Energieprogramme vorgenommen. Wir werden die Regierung ermächtigen, ab dem Jahr 2006 die Sportstättenpauschale wieder in eine Projektförderung umzuwandeln; denn in diesem Bereich hat sich die Pauschalierung der Mittel nicht bewährt.

Wir werden die Landesregierung auffordern, Wege für einen Ausstieg aus der Pflegeheimförderung aufzuzeigen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben dazu einen Entschließungsantrag!)

nachdem das Ziel dieses Programms, eine qualitativ hochwertige wohnortnahe Versorgung sicherzustellen, was wir alle begrüßen, heute nahezu erreicht ist. – Ja, wir haben dazu einen Entschließungsantrag.

Wir haben die Geltung der Entnahme aus den kommunalen Finanzmassen ausdrücklich auf die beiden Jahre des Doppelhaushalts befristet. Wir müssen die Finanzbeziehung zwischen dem Land und den Kommunen immer wieder neu auf den Prüfstand stellen und zu Korrekturen bereit sein. Dem entspricht die Befristung der jetzt vorgenommenen Kürzungen.

Unabhängig von diesem Haushalt gilt es, gegenüber dem Bund die Interessen der Kommunen noch ausdrücklicher zur Geltung zu bringen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Gemeinden sind darauf angewiesen, dass das so genannte Konnexitätsprinzip nicht nur in der Landesverfassung, sondern endlich auch im Grundgesetz steht. Gleichmaßen sind die Gemeinden darauf angewiesen, dass alle sozialen Leistungsgesetze, sei es aufgrund von Bundes- oder von Landesrecht, daraufhin überprüft werden, inwieweit einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen tatsächlich zwingend geboten sind.

Speziell für die Eingliederungshilfen für Behinderte gilt, dass diese Leistungen, die aus demografischen und medizinischen Gründen stetig steigen werden, kein Unterfall der Sozialhilfe sind, den man getrost einfach den Kommunen überlassen kann,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die im Grunde nur über ein Leistungsgesetz des Bundes vernünftig zu regeln ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Soweit es das Land angeht, streben wir ein zweites Gesetz zur Entlastung der Kommunen an. Wir dürfen nicht nur Initiativen in Richtung Berlin ergreifen, sondern müssen dort, wo wir es können, auch selbst handeln. Die Zeit hat nicht gereicht, den Gesetzentwurf zeitgleich mit diesen Haushaltsberatungen vorzulegen; denn wir wollen ein solches Gesetz natürlich nur nach einem umfassenden Dialog mit den kommunalen Landesverbänden auf den Weg bringen.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, markiert eine Zwischenetappe. Wir werden in Zukunft noch weit mehr Mut und Entschlossenheit aufbringen müssen, den Haushalt durch strukturell wirksame Umbaumaßnahmen dauerhaft zu konsolidieren und zu sanieren. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass sich auch unter der Voraussetzung eines höheren Wachstums, als wir es im Durchschnitt der letzten vier Jahre verzeichnen konnten, kein Problem von selbst erledigt. Mehr Wachstum ist eine unabdingbar notwendige Voraussetzung, gerade um durchgreifende Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielen zu können. Aber es ist allein keine hinreichende Voraussetzung für die Konsolidierung eines Haushalts.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir wissen, dass wir – ich betone es noch einmal – mit diesem Haushalt nur eine Etappe bewältigt haben. An unseren eigenen Ansprüchen gemessen, reicht dies nicht aus. Aber anders als viele andere Länder sind wir in der Lage, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nur noch formal! – Gegenruf des Abg. Schneider CDU: Immerhin! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Selbst das ist wichtig!)

Die Investitionen liegen noch leicht über dem, was wir an Schulden zu tragen haben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nur durch Tricks! – Abg. Schmid SPD: Nicht mal formal!)

(Kleinmann)

Weil wir wissen, welche Anstrengungen erforderlich waren, um allein dieses Ziel zu erreichen, lassen wir uns diesen Erfolg aber auch nicht kleinreden und auch nicht nieder machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rückert CDU)

Es bleibt natürlich unser Ziel, mittelfristig einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Es bleibt unser Ziel, die Schritte zu diesem Ziel, die die mittelfristige Finanzplanung beschreibt, noch deutlich zu übertreffen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt sind wir mal gespannt!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An der Rede des Kollegen Reichardt hat mir eigentlich nur der sachliche Ton gefallen.

(Abg. Reichardt CDU: Ja, das ist meine Art!)

Aber sonst hat sie mir nicht gefallen.

(Abg. Reichardt CDU: Das denke ich!)

Denn auch Sie als Regierungsfraktion haben wenigstens noch einen Rest an Pflicht, die Regierung zu kontrollieren.

(Abg. Reichardt CDU: Das haben wir gemacht!)

– Nein. Sie haben den Haushalt völlig schöngeredet. Selbst der Finanzminister ist sich gegenüber noch kritischer.

(Zuruf des Ministers Stratthaus)

Er hat immerhin die Zahlen des Landeshaushalts unumwunden als schlecht bezeichnet. Aber Sie haben ihm noch ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt.

(Abg. Reichardt CDU: Ich habe gesagt: Im Vergleich hervorragend, nicht absolut hervorragend! –
Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist alles relativ!)

Wenn man noch nicht einmal die Dramatik der Haushaltssituation schildert und sie auch noch schönredet, wie Sie,

(Abg. Reichardt CDU: Sehr schwierig, ja!)

dann kann man natürlich auch nicht erwarten, dass die Leute bereit sind, die Einschnitte, die aufgrund dieser dramatischen Haushaltsslage erforderlich sind, anzunehmen.

Jedenfalls ist es nur mit Finanzierungstricks gelungen, einen verfassungskonformen Haushalt hinzubekommen.

Wo ist jetzt Herr Kleinmann? Es sollten ja wenigstens diejenigen, die dazu reden, da sein. Sonst brauchen wir ja überhaupt nicht mehr zu reden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich kann auch Antwort geben! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sie sind doch da!)

Jedenfalls ist es eine Tatsache, dass wir nur durch die Verkäufe der Zinsforderungen an die LBBW in Höhe von 550 Millionen € einen verfassungsgemäßen Haushalt hinbekommen haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP betritt den Plenarsaal.
– Abg. Seimetz CDU: Da kommt er! Er war nur auf dem Klo!)

Das heißt, man hat die Verschuldung nur woanders gemacht; denn schließlich sind die Forderungen für diesen Doppelhaushalt bis zum Jahr 2017 verkauft worden. Wenn wir die Vermögensverkäufe noch hinzunehmen – sie sind ja nichts anderes als negative Investitionen –, können wir faktisch überhaupt nicht von einem verfassungskonformen Haushalt reden. Das ist er nur rechtlich, wenn nach den gesetzlichen Kriterien ein solcher Trick,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mehr Respekt vor dem Recht!)

sich das Geld über die LBBW zu holen, unberücksichtigt bleiben kann.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Aber woran liegt denn das, Herr Kollege? Woran liegt es denn?)

Aber faktisch ist das nichts anderes, als Schattenschulden zu machen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Woran liegt es denn?)

Diese haben effektiv genau die gleiche Wirkung wie die tatsächlichen Schulden im Haushalt.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist eine Folge der missratenen Politik in Berlin!)

– Dazu sage ich noch etwas.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja, sagen Sie mal was dazu! Sagen Sie vor allem etwas zur Einnahmesituation!)

Wir gehören also nicht mehr zur Spitze. Dies zeigt der Abstieg des Landes beim Kreditrating mit der unerbittlichen Wahrheit der Finanzmärkte. Er zeigt, dass wir abgerutscht sind, dass wir nicht mehr zur ersten Liga der Bonität gehören.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na, na!)

Die Botschaft ist klar: Ausgaben senken, Einnahmen stabilisieren, sonst rutscht der Haushalt noch weiter ab.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Es gibt kaum ein Land, das besser ist als wir!)

Zu den Ausgaben habe ich in meinen vorhergehenden Reden sehr viel gesagt. Ich will jetzt einige Bemerkungen zur Einnahmeseite machen.

(Kretschmann)

Es gibt in Ihrer schriftlich vorgelegten Rede, mit der Sie den Haushalt eingebracht haben, einige interessante Passagen bezüglich der Analyse der Einnahmeseite. Ich darf zitieren:

Anfang 2005 tritt eine spürbare Senkung der Einkommensteuer in Kraft. . . . Angesichts der finanziellen Lage sehe ich aber nicht, dass die öffentlichen Haushalte noch weiter in Vorleistung treten könnten.

So weit ein Zitat aus Ihrer Einbringungsrede.

Nur: Vor wenigen Tagen las ich in der „Financial Times“ ein Interview mit Ihnen, Herr Minister Stratthaus, in dem Sie für eine weitere Entlastung bei der Unternehmensbesteuerung eintreten, ohne von Aufkommensneutralität zu sprechen. Nun bin ich zwar nicht dagegen, das eine oder andere Detail bei der Unternehmensbesteuerung nachzujustieren. Darüber könnte man mit uns immer reden. Aber wer von Entlastung spricht, muss im gleichen Satz auch von der Gegenfinanzierung reden. Alles andere, Herr Minister, ist Populismus und führt dann über Erwartungen, die nicht zu erfüllen sind, in das Ventil der weiteren Staatsverschuldung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und wenn es Arbeitsplätze schafft? Dann bringt es auch finanzielle Entlastung!)

Das machen wir nicht mit. Ich würde mich freuen, Herr Stratthaus, wenn Sie als derjenige, der das Land finanzpolitisch repräsentiert, auch weiterhin auf der Linie Ihrer Einbringungsrede bleiben würden, eine Steuerreform auf absehbare Zeit nur bei Aufkommensneutralität vorzusehen.

Zweitens ist zur Einnahmeseite zu sagen: Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Steuern, die der Staat festsetzt, auch eingetrieben werden. Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet, etwa den, dass man die Einkommensteuererklärung nur alle zwei Jahre machen muss und dass Sie da initiativ werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie können doch da auch initiativ werden!)

Dadurch könnten wir sehr viele Finanzbeamte einsparen und zusätzlich noch 500 Betriebsprüfer freisetzen, um die Einnahmeseite zu verbessern. Der Rechnungshof hat uns da ja die entsprechenden Hinweise gegeben. Dieser Linie folgen Sie leider nicht, sondern Sie sehen ein solches Vorgehen offensichtlich als eine heimliche Steuerentlastung für die Bürgerschaft und die Unternehmen an. Ich finde, das geht nicht. Das untergräbt die Steuermoral, und es untergräbt vor allem unseren Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zu Herrn Kollegen Seimetz und zu meinen Vorrednern möchte ich noch etwas sagen, um der Bildung der Legende zu begegnen, Schuld an der Situation und der Verschuldung des Landes sei die rot-grüne Bundesregierung. Zunächst einmal teile ich diese Art der Argumentation grundsätzlich nicht; denn jeder ist für seinen Haushalt verantwortlich.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Nein, bei der Gemeinschaftssteuer nicht! Wie denn? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir leben nicht auf einer Insel! – Weitere Zurufe)

Was Sie hier zeigen, ist keine wirklich unternehmerische Haltung und Einstellung. Es geht nicht an, Haushaltspolitik nicht auf der Grundlage der bestehenden Fakten zu machen, sondern auf der Grundlage irgendwelcher Wünsche, die Sie haben.

Jetzt nehmen wir aber einmal Ihre Argumentation und vergleichen die Entwicklung der Verschuldung unseres Bundeslandes in der Ära Kohl, das heißt von 1982 bis 1997, mit der Entwicklung in der Ära Schröder, also von 1998 bis 2004. Dabei werden Sie sehen, dass von 1982 bis 1996 die Verschuldung in Baden-Württemberg jährlich um durchschnittlich 7,7 % gestiegen ist, in der Zeit von 1998 bis heute jedoch nur um 4,6 % jährlich.

(Abg. Rückert CDU: Das liegt an der Einnahmeentwicklung!)

Wenn man also Ihrer Argumentation folgt, dann ergibt sich daraus, dass Sie Ihre Agitation einmal beiseite lassen sollten und sich die Zahlen anschauen sollten. Sie werden dann sehen, dass die Ära Schröder, bezogen auf die Schulden des Landes, geradezu eine Schuldenbremse war gegenüber der Ära Kohl.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: Fasching ist vorbei!)

– Die Zahlen habe ich genannt, Herr Kollege Döpfer. Ich weiß, Sie sind ein netter Kollege; aber wie gut Sie rechnen können, weiß ich natürlich nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber er kann Äpfel und Birnen auseinander halten!)

Erinnern Sie sich immer an Franz Josef Strauß: Man kann Generale anschauen, aber nicht Zahlen.

(Abg. Sieber CDU: Das ist von Churchill!)

Ich komme jetzt noch zum Punkt Verwaltung. Es ist in letzter Zeit – verspätet, aber immerhin – in Sachen Verwaltungsreform und Vermehrung der wirtschaftlichen Strukturen bei der Verwaltung Bewegung entstanden. Im Geschäftsbereich des Finanzministeriums wurden Aufgaben neu gebündelt und in marktnähere Rechtsformen überführt – Landesbetrieb Vermögen und Bau. Ich denke, das ist richtig. Wir haben ja im Vorfeld mehrfach auf das Beispiel anderer Bundesländer wie Hessen hingewiesen. Nur darf das kein Verschiebebahnhof bleiben, sondern muss auch zu Ergebnissen führen.

Wir haben daher im Finanzausschuss beantragt, dass den Betrieben, die in eine neue Rechtsform überführt wurden – die SPD hat jetzt zum Vermessungsbetrieb einen Antrag vorgelegt, den wir unterstützen –, die gleiche Effizienzrendite vorgegeben werden soll, die das Land den Kommunen bei der Übernahme von Aufgaben vorgegeben hat, nämlich 3 % pro Jahr. Dies wurde – überraschend für uns – im

(Kretschmann)

Finanzausschuss abgelehnt. Ich finde, es passt nicht zusammen, dass man eine Verwaltungsreform kreiert, bei der man den Kommunen diese Effizienzrendite aufbürdet, aber dort, wo man selber die Reform durchführt, diese Vorgabe nicht macht und Anträge in ähnlicher Größenordnung ablehnt. Das zeigt, dass Sie sich das, was Sie den Kommunen zutrauen, selber nicht zutrauen.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, genau!)

Jetzt komme ich noch zum letzten Punkt meiner Rede, den Kommunen.

(Abg. Pauli CDU: Die Kommunen sind eindeutig besser! – Abg. Kübler CDU: Jetzt bin ich gespannt!)

Sie greifen den Kommunen in ganz dramatischer Weise in die Tasche – 350 Millionen €. Ich muss noch einmal darauf hinweisen: Wenn wir die kommunale Finanzausstattung weiterhin zum Steinbruch für die Sanierung des Landeshaushalts machen, dann hat das auf die Lebenswelt der Menschen ganz konkrete Auswirkungen. Das, was wir hier machen, hat Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche, hilfsbedürftige Menschen. Es hat ganz konkrete Auswirkungen auf ihre Lebensumstände, ihre Lebenswege und sogar ihre Lebenschicksale. Man darf das hier nicht einfach machen und glauben, da passiert nichts Wesentliches. Die Konsequenz aus den Ergebnissen der PISA-Studie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, heißt ja nicht nur in der Schule lernen, sondern auch Nachmittagsbetreuung an der Schule, ein Buch aus der Gemeindebücherei, die Musikschule in der Gemeinde, die Sprachförderung im Kindergarten. Das müssen doch alles die Kommunen bezahlen. Wie sollen sie diese neuen Aufgaben bewältigen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das müssen wir neu regeln!)

wenn Sie in so dramatischer Weise in die kommunale Finanzmasse eingreifen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das müssen wir in der Tat neu regeln!)

Deswegen darf die kommunale Finanzmasse nicht weiter in diesem Maß als Steinbruch zur Deckung der Haushaltslücke betrachtet werden. Wir müssen diese Belastung der Kommunen wenigstens abmildern. Wir haben das gemacht. Wir haben für die nächsten zwei Haushaltsjahre die Streichung der 13. Monatspension vorgeschlagen. Natürlich gibt es diese, Herr Kollege Noll. Sie ist jetzt nur umgelegt auf zwölf Monate.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann sollte man aber auch nicht mehr davon reden!)

Das ist jedenfalls eine Sonderzahlung, die wir nach wie vor streichen können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die gibt es aber auch nicht mehr in der Höhe, wie Sie es mit dem Ausdruck vermitteln wollen!)

Diesen Beitrag müssen wir den Pensionären zumuten, um die Pensionslawine abzumildern – das ist immerhin ein er-

klecklicher Anteil von 8 % –, aber auch um die Kommunen in den nächsten beiden Jahren um diesen Betrag zu entlasten, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Ich schlage deswegen noch vor, da auch wir aufgrund Ihrer Versäumnisse in der Haushaltspolitik diesen Eingriff nicht völlig durch Umschichtungen ausgleichen können, einen Kommunalswing für die Kommunen zu schaffen. Denn die Kommunen sind ja oft nicht in der Lage, diese harten Sofortkürzungen kurzfristig auszugleichen. Das führt dann leicht zu Fadenrissen bei den Kommunen in der kommunalen Daseinsvorsorge und zur Schließung von Einrichtungen insbesondere im sozialen und im kulturellen Bereich. Wenn diese Strukturen erst einmal kaputt sind, kommen sie nie mehr wieder, vor allem, wenn ehrenamtliches Engagement dranhängt.

Deswegen werden wir einen Antrag einbringen, der es den Kommunen über einen fünfjährigen Kommunalswing ermöglichen soll, diese Eingriffe auf fünf Jahre zu strecken. Ich hoffe, dass Sie wenigstens diesem Antrag zustimmen werden.

(Abg. Schneider CDU: Swingerclub! – Heiterkeit – Abg. Sakellariou SPD: Was ist denn das für einer?)

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, dass wir als Opposition weiterhin hart kritisieren werden, wenn es mit einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht vorangeht. Ich denke, wir haben durch unsere Anträge und unsere Vorschläge auch deutlich gemacht, dass wir bereit sind, die Bürgerinnen und Bürger und die beim Land Beschäftigten mit den neuen Realitäten zu konfrontieren. Wir sind bereit, von den Bürgern als Einschnitt empfundene Veränderungen mitzutragen, wenn sie nicht dazu dienen, alte Weltbilder, unnötige Subventionen oder Besitzstände zu zementieren, sondern wenn sie dazu dienen, die Nachhaltigkeit der Finanzen des Landes zu sichern und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und ökologischer Hinsicht voranzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es gleich einmal vorweg zu sagen: Die Finanzlage ist dramatisch.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Abg. Zeller SPD: Sagen Sie das mal Ihren eigenen Leuten!)

Es hat keinen Sinn, die Sache beschönigen zu wollen. Es ist keine Frage: Unsere Situation ist nicht gut. Aber, meine Damen und Herren, man darf die miserable Situation nicht nur beschreiben, sondern man muss Wege suchen, wie man sie verbessern kann. Vor allem muss man versuchen, einmal die Gründe zu finden, warum es so gekommen ist.

Sie sagen nun immer, wir seien für Baden-Württemberg zuständig und es habe keinen Sinn, auf andere Länder oder

(Minister Stratthaus)

auf den Bund zu zeigen. Das ist natürlich nicht richtig. Wir sind eingebunden in Bundesgesetze,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

wir sind eingebunden in Landesgesetze, wir haben ein Beamtenrecht, wir haben ein Tarifrecht, das vom Bund und von den anderen Ländern bestimmt wird.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Finanzausgleich!)

All dies zusammen heißt, dass Baden-Württemberg eben keine Insel ist. Ich will jetzt gar nicht auf den Länderfinanzausgleich verweisen, sondern nur verdeutlichen, dass viele unserer Aufgaben strukturell durch wirtschaftliche oder durch rechtliche Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland vorgegeben worden sind.

(Beifall der Abg. Pfisterer CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich will jetzt keine grundsätzliche Darstellung mehr abgeben – das kann ein Finanzminister bei der Einbringung des Haushalts machen –, aber doch auf einige Argumente eingehen, die hier vorgebracht worden sind.

Es ist richtig, dass ich die Meinung vertreten habe, wir könnten bei einer weiteren Änderung unserer Steuerstruktur keinen Rückgang der Gesamtsteuereinnahmen mehr akzeptieren, sondern wir müssten umstrukturieren. Das heißt, wenn etwas verändert werden sollte, müsse das aufkommensneutral geschehen. Das habe ich in der Tat gesagt.

Es gibt allerdings auch Situationen, in denen man gewissermaßen in Notwehr handelt. Was sich in den letzten Jahren in der Unternehmensbesteuerung in Europa abgespielt hat, bringt uns in eine Situation, die man fast mit einer Notwehrsituation vergleichen kann. Wir haben nämlich – ich komme nachher noch darauf – zugegebenermaßen die Unternehmensteuern im Jahr 2001 gesenkt, insbesondere die Körperschaftsteuer, aber in der Zwischenzeit haben andere Länder um uns herum – nicht nur die Beitrittsländer, sondern zum Beispiel auch Österreich – eine viel weiter gehende Senkung der Unternehmensteuern vorgenommen.

Meine Damen und Herren, man kann sich nun streiten, ob es nach unseren Gerechtigkeitsvorstellungen richtig ist, Kapital weniger zu besteuern als Arbeit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Das ist wirklich eine Frage, die man unter ethischen Gesichtspunkten stellen kann. Unter pragmatischen Gesichtspunkten muss ich eben feststellen, dass Kapital flüchtiger ist, als Arbeitskraft mobil ist. Deswegen ist es kein Zufall, dass der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Clement als Erster den Vorschlag gemacht hat, die Unternehmen weniger stark zu besteuern als die Arbeit.

Weil ich diesen Vorwurf von Herrn Kretschmann aufnehmen wollte, möchte ich noch einmal erklären: Es ist in der Tat so, dass wir eigentlich aufkommensneutral reagieren sollten. Aber in der augenblicklichen Situation der Unternehmensbesteuerung halte ich es fast für einen Akt der Notwehr, wenn wir hier etwas anderes vornehmen.

Die Frage ist nun: Wie kam es eigentlich dazu, dass wir in der heutigen Situation sind? Sie ist in der Tat nicht durch eine Steigerung der Ausgaben, sondern einzig und allein durch den Zusammenbruch der Einnahmen verursacht worden.

Ich will Ihnen die Zahlen nennen: Wir haben gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung seit dem Jahr 2000 Deckungslücken von insgesamt 12,7 Milliarden €. Für diese 12,7 Milliarden € haben wir folgende Deckung gefunden: Wir haben zwar 3,7 Milliarden € mehr Schulden gemacht, aber wir haben auch 9 Milliarden € eingespart. Das ist eine ganz außergewöhnliche Leistung,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

die hier in den letzten Jahren erbracht worden ist. Leider hat sie noch nicht ausgereicht.

Warum sind die Einnahmen so stark eingebrochen? Hierfür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist eine gewollte Steuerentlastung. Es ist heute schon einmal zitiert worden, dass man die Spitzensätze, aber auch die Eingangssätze bei der Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuersätze heruntergesetzt hat.

(Abg. Zeller SPD: Sie wollten noch viel mehr!)

Zweitens hat man natürlich grobe handwerkliche Fehler gemacht. Man hat bei der Umstellung der Körperschaftsteuer dafür gesorgt, dass die großen Unternehmen zwei Jahre lang überhaupt keine Steuern zahlen mussten. In der Zwischenzeit sind wir wieder dabei, das etwas aufzuholen. Man hat auch durch eine miserable Wirtschaftspolitik – sie hat dazu geführt, dass wir beim Wachstum an letzter Stelle in der ganzen Europäischen Union stehen, und das schon seit Jahren – dafür gesorgt, dass nicht mehr Steuern eingehen.

Jetzt haben Sie, Herr Kretschmann, vorhin ganz interessante Rechnungen aufgemacht, was die prozentuale Veränderung der Verschuldung in den Achtziger-, in den Neunzigerjahren und in den letzten Jahren betrifft. Das, was Sie da gesagt haben, ist sehr fragwürdig. Ich gehe nachher noch einmal darauf ein. Sie dürfen nicht einfach die prozentuale Steigerung der Verschuldung anführen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine nahezu doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung wie wir. Wenn Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ihre Pro-Kopf-Verschuldung gleichermaßen um 100 € erhöhen, dann ist die prozentuale Steigerung in Nordrhein-Westfalen nur etwa halb so hoch wie die in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

weil die Basis eine andere ist. Das heißt, wenn ich schon total verschuldet bin, dann wird natürlich eine weitere Steigerung der Verschuldung prozentual immer kleiner werden. Aber in absoluten Zahlen geht sie gewaltig weiter.

Ich will noch einmal auf etwas eingehen, wozu ich etwas weiter zurückgreifen muss und was auch vor zwei Tagen bei der Rede des Ministerpräsidenten schon angeführt wurde. Die Entwicklung der Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland hat folgenden Verlauf genommen: Wir hatten eine relativ geringe Verschuldung bis zum Jahr 1969.

(Minister Stratthaus)

Unter der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung zwischen 1970 und 1982 ist die Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland ungeheuer stark gestiegen.

(Abg. Zeller SPD: Wie war es in der Steinzeit? Sag einmal!)

Es war eine dramatische Verschuldung, obwohl diese Verschuldung nicht notwendig war, um Zinsen für alte Schulden zu bezahlen. Man hat das Geld mit vollen Händen hinausgeschmissen. Der beste Bundeskanzler, den Sie je gestellt haben, sieht es genauso.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben nur gute Bundeskanzler!)

Helmut Schmidt ist nämlich zurückgetreten, weil er diesen Zirkus nicht mehr mitmachen wollte.

(Abg. Zeller SPD: Eine eigenartige Art der Geschichtsfälschung! Gehen Sie zu Herrn Kohl, und fragen Sie, wie viel Schulden er gemacht hat!)

– Sie können sich noch gut erinnern, dass Helmut Schmidt gesagt hat: „So kann es nicht weitergehen!“ Ihr Finanzminister Alex Möller ist zurückgetreten, weil er nicht mehr mitmachen wollte. Ihr Wirtschaftsminister Schiller ist zurückgetreten, weil er nicht mehr mitmachen wollte. Zum Schluss ist noch der Bundeskanzler zurückgetreten, weil er Ihre Verschuldungspolitik nicht mehr mitmachen wollte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Wie viele Minister sind hier zurückgetreten?)

Es folgte dann die Regierung Kohl, die zwischen 1982 und 1990 eine ausgezeichnete Finanz- und Steuerpolitik gemacht hat. Man hat in dieser Zeit die Schulden, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, abgebaut. Zugegebenermaßen hat sich nach der Wiedervereinigung die Sache in eine andere Richtung bewegt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: In Baden-Württemberg steigen die Schulden schneller als das Bruttoinlandsprodukt!)

– Ich komme gleich darauf.

Jetzt will ich Ihnen einfach einmal ein paar Zahlen nennen. Zwischen 1996 und 2004 ist bei uns in Baden-Württemberg die Pro-Kopf-Verschuldung um 1 014 € gestiegen. Das ist zu viel. Jetzt möchten Sie sicher gerne wissen, wie sie in den anderen Ländern gestiegen ist: in Rheinland-Pfalz um 1 920 €,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

in Schleswig-Holstein um 1 960 €, in Niedersachsen, das finanzpolitisch immer noch von Ihrer ehemaligen Regierungsverantwortung geprägt ist

(Lachen des Abg. Zeller SPD)

– natürlich, man kann das doch nicht in einem Jahr ändern –, um 2 000 €

(Abg. Fischer SPD: So hat man es auch im Bund nicht verändern können!)

und in Nordrhein-Westfalen um 2 030 €. Also, in Nordrhein-Westfalen ist die Verschuldung doppelt so stark gestiegen wie in Baden-Württemberg, und da kommen Sie noch hierher und halten uns solche Vorträge.

(Abg. Fischer und Abg. Stickelberger SPD: Und im Bund?)

– Dazu habe ich die Zahlen nicht da.

(Lachen bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So einfach kann man es sich machen!)

– Im Unterschied zu Ihnen sage ich nur dann etwas, wenn ich es wirklich weiß. Sie würden einfach irgendwelche Zahlen nennen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kübler CDU: Super! 1 : 0! – Abg. Zeller SPD: Die haben Sie mit Absicht vergessen!)

Jetzt muss ich auch noch die Pro-Kopf-Verschuldung nennen, wie sie eben in Gottes Namen ist. Sie beträgt bei uns 3 500 €. Das ist viel zu viel. Aber wo steht denn Nordrhein-Westfalen? Dort liegt sie bei 5 700 €, in Schleswig-Holstein bei 7 000 €.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bayern?)

– Bayern ist das einzige Land, das in dieser Hinsicht besser ist als wir. Das kommt daher, dass Bayern schon immer von der Union regiert worden ist

(Beifall des Abg. Seimetz CDU)

und auch nie eine große Koalition ertragen musste. Vielleicht ist das der Grund. Nein, ich will das nicht veralbernd darstellen. Bayern hat ungeheuer viel Vermögen verkauft, aber Bayern ist für uns ein Beispiel. Das gebe ich gerne zu. Nur ist der Unterschied zwischen uns und Bayern nicht so groß wie zwischen uns und Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie haben das Vermögen in eine Stiftung gesteckt!)

Bei den anderen Ländern sieht es noch viel schlimmer aus.

Jetzt, meine Damen und Herren, könnte man fragen: Was interessieren uns die anderen Länder? Das ist ganz dramatisch, was sich da allmählich abspielt. Auch von den neuen Bundesländern werden einige in wenigen Jahren Haushaltsnotlageländer sein. Wenn das immer so weitergeht, wird es irgendwann auch Auswirkungen auf den Länderfinanzausgleich haben. Im Moment haben wir einen reinen Einnahmefinanzausgleich. Da spielt noch, außer was die Haushaltsnotlageländer betrifft, keine Rolle, wie ein Land verschuldet ist. Warten Sie einmal ab, wie das in einigen Jahren aussieht. Es wird deswegen höchste Zeit, dass etwas dagegen unternommen wird.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin so gelacht, weil ich bestimmte Zahlen nicht dabei hatte:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich habe nicht gelacht!)

(Minister Stratthaus)

Herr Drexler hat doch tatsächlich gesagt: „Das, was Sie an Schulden aufgehäuft haben, ist einmalig in der Bundesrepublik.“ Das ist ein dicker Hund. Herr Drexler hat die Unwahrheit gesagt. Alle anderen Länder, mit Ausnahme von Bayern, haben mehr aufgehäuft als wir, und Herr Drexler sagt trotzdem etwas anderes. Weil ich nicht mit solchen Falschaussagen zitiert werden will, sage ich eben nichts, wenn ich es nicht weiß. Das ist einfach ein dicker Hund, der bei dieser Gelegenheit einmal angesprochen werden muss.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Ihre Idee mit der Steuererklärung alle zwei Jahre ist eine Sache, mit der man sich sachlich auseinander setzen muss. Ich darf Ihnen aber sagen, dass wir diesen Vorschlag im Jahr 1993 schon einmal untersucht und auch im Bundesrat diskutiert haben. Das Ergebnis der Überprüfung war ernüchternd. Danach hätte ein entsprechendes Verfahren nichts oder sehr wenig gebracht. Aber, Herr Kretschmann, ich mache Ihnen einen Vorschlag. Ihre steuerpolitische Sprecherin, Frau Scheel, soll das doch im Bundestag einbringen. Das ist eine gute Frau. Ich habe sie im Vermittlungsausschuss erlebt. Wenn Sie überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist, bringen Sie es ein. Sie dürfen sicher sein, dass das Land Baden-Württemberg diese technische Sache im Bundesrat sehr genau und intensiv prüfen wird.

(Abg. Stickelberger SPD: Sie haben jetzt Frau Dederer!)

Wir würden zustimmen, auch wenn es von den Grünen kommt, falls es sich als richtig und vernünftig herausstellt.

Um es noch einmal zu sagen: Unsere Finanzsituation ist schlecht, aber ich glaube, unter den Bedingungen, unter denen wir arbeiten mussten, haben wir eine gute Leistung erbracht. Wir haben vieles eingespart. Wenn ich Ihre Einsparvorschläge lese, stelle ich fest, dass sie nicht realisierbar sind,

(Abg. Zeller SPD: Das ist eine Behauptung!)

und die allermeisten Vorschläge, die Sie machen, bestehen eigentlich darin, dass Sie mehr Geld ausgeben wollen.

Herr Drexler will eine Frage stellen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Finanzminister Stratthaus: Ja.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister, können Sie mir sagen, wann ich gesagt habe, dass die Verschuldung Baden-Württembergs einmalig in der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei?

Finanzminister Stratthaus: Das haben Sie hier am 15. Dezember 2004 bei der Ersten Beratung des Haushaltsentwurfs gesagt. Oder wollen Sie bezweifeln, was hier im Protokoll steht?

(Abg. Drexler SPD: Kriege ich nachher einmal das Protokoll?)

– Natürlich. Um Gottes willen.

(Heiterkeit)

Jetzt muss ich es doch noch vorlesen. Und beleidigen Sie die Damen und Herren Stenografen nicht! Ich lese vor, was Sie gesagt haben. Hier steht, dass Herr Abg. Drexler gesagt hat:

Das, was Sie hier an Schulden aufgehäuft haben, ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland.

So steht es hier. Bitte sehr, ich gebe es Ihnen.

(Minister Stratthaus überreicht Abg. Drexler SPD das Plenarprotokoll der 82. Sitzung vom 15. Dezember 2004. – Zurufe)

– Dumm gelaufen, ja.

(Unruhe)

Ich darf noch einmal einen Satz zum Verkauf von Anteilen an der LBBW sagen: Es ist interessant, dass Sie schon in diesem Jahr den Verkaufserlös in den Haushalt einstellen wollen. Meine Damen und Herren, das wäre das Falscheste, was wir tun könnten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Finanzminister Stratthaus: Es wäre das Falscheste, was wir machen könnten, in diesem Augenblick unsere Landesbank zu schwächen. Als ich vor vielen Jahren in die Landespolitik kam, hat man immer geklagt, es gebe in Baden-Württemberg keine großen Unternehmen im Dienstleistungssektor. Da ist einiges dran. Wir sind in der Industrie stärker, im Dienstleistungssektor schwächer als zum Beispiel Hessen oder Bayern.

(Zuruf: Auch im Energiebereich sind wir stark!)

Deswegen sollten wir froh sein, dass wir in der Zwischenzeit die viertgrößte Bank Deutschlands haben – hinsichtlich des Ertrags ist sie sogar die zweitstärkste in Deutschland. Damit sollten wir einverstanden sein und sollten diese Bank nicht weiterhin schwächen.

(Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, was ist in der derzeitigen Situation zu tun?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nur ich habe das beklatscht, das müssen Sie sich mal vorstellen!)

– Es wird sicher vermerkt, dass mir Herr Abg. Kretschmann durch lautes Klatschen zugestimmt hat.

Nun, meine Damen und Herren, was ist zu tun? Wir müssen noch viel ernsthaftere Anstrengungen unternehmen, um den Haushalt zu konsolidieren – um es ganz eindeutig zu sagen. Ich darf etwas wiederholen, was hier vor einigen Tagen gesagt worden ist: Wirtschaftswachstum allein genügt nicht, einfach deshalb, weil wir einige automatische Wachstums-

(Minister Stratthaus)

impulse bei den Ausgaben haben, die mit Wirtschaftswachstum nichts zu tun haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bitte führen Sie die Unterhaltungen außerhalb dieses Saales.

Finanzminister Stratthaus: Zum Beispiel werden die Personalausgaben in Zukunft steigen, ohne dass wir überhaupt etwas dafür tun müssen. Ich will nur ein Beispiel nennen: Wir haben zur Zeit 80 000 Pensionäre. In 20 Jahren werden wir ungefähr 150 000 Pensionäre haben.

(Abg. Zeller SPD: Dazu gehören Sie dann auch?)

– Ich hoffe es, dass ich dann auch noch dazugehöre. Vielen herzlichen Dank.

Wir werden eine Steigerung auf fast das Doppelte haben. Wahrscheinlich wird es noch mehr sein, denn die Medizin macht Fortschritte, und die Lebenserwartung steigt in den kommenden Jahren eher noch weiter an.

Wir haben das Problem, dass wir Teile unserer Infrastruktur in den letzten Jahren nicht in genügendem Maß erhalten konnten. Auch da muss mehr geschehen; das sage ich ganz offen. Deswegen werden wir in den zukünftigen Haushalten nicht nur darauf hoffen können, dass die Wirtschaft schneller wächst, sondern wir werden auch strukturelle Veränderungen vornehmen müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir müssen alles durchforsten, wir müssen Aufgaben abbauen, und wir müssen auch wirtschaftlich denken. Oft wird hier immer noch kameralistisch argumentiert – auch ich mache diesen Fehler manchmal. Wir sind stolz darauf, wenn wir sagen können: „Wir geben für Bildung mehr aus als andere.“ Eigentlich hat es ja aber keinen Sinn, den Input anzugeben, sondern man müsste versuchen, zu messen, was dabei herauskommt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Selbst auf dem Gebiet der Bildung – das sage ich bei jeder Gelegenheit – sollten wir nicht nur sagen: „Mehr Geld für die Bildung!“, sondern: „Mehr Bildung fürs Geld!“ Auch hier muss natürlich das wirtschaftliche Prinzip gelten.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Genau! Da müsst ihr eben einmal eure Schulpolitik ändern!)

Das will ich einfach einmal feststellen. Deswegen ist es natürlich völlig falsch, über NSI herzuziehen,

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch eine Geldvernichtungsmaschine!)

denn NSI versucht ja gerade, nicht nur den Input, sondern auch den Output zu messen. Dass das nicht immer allen gefällt und dass manche das nicht verstehen, kann ich nachvollziehen. Aber wir sind auch da auf dem richtigen Weg.

Schließlich, als Letztes: Die Personalausgaben werden in der Tat der Dreh- und Angelpunkt unserer Haushaltspolitik in den nächsten Jahren sein müssen. Da haben Sie von der Opposition sich in den letzten Jahren natürlich auch nicht mit Ruhm bekleckert.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt aber!)

Sie wollten zum Beispiel unbedingt die Altersteilzeit. Wir haben als einziges Land die Altersteilzeit nicht eingeführt und dadurch 700 Millionen € eingespart.

(Abg. Zeller SPD: Bayern hat sie auch eingeführt!)

Heute redet jeder davon, dass wir länger arbeiten müssen. Sie waren vor drei Jahren noch auf dem ganz falschen Zug. Sie wollten noch eine kürzere Arbeitszeit.

Ein Weiteres: Sie sagen, Sie wollten hundert Beamte in der Steuerverwaltung mehr einstellen, damit die Steuern nachdrücklicher eingetrieben werden könnten.

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie nicht dafür?)

Wir haben die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht. Das macht rechnerisch 350 Steuerbeamte aus. Wir haben nämlich 15 000 Steuerbeamte, und nehmen Sie davon zweieinhalb Prozent. Das heißt, wir haben, ohne Geld auszugeben, dreimal so viel erreicht wie das, was Sie wollten. Das ist typisch für unsere Politik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Da sind wir mal auf den Output gespannt!)

Ich möchte noch einmal sagen, meine Damen und Herren, ich bin nicht zufrieden mit der Haushaltslage, wie sie sich heute darstellt. Ich glaube dennoch sagen zu können, dass die Regierungskoalition und auch die Regierung unter den gegebenen Umständen eine gute Leistung vorgelegt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Zu den Kommunen haben Sie nichts gesagt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

(Abg. Zimmermann CDU: Abstimmung! – Abg. Schmiedel SPD: Das kann so nicht stehen bleiben!)

Abg. Schmid SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister Stratthaus sprach von einer Notwehrsituation. Die Juristen wissen, es gibt auch Notwehrprovokation, und wer die Notwehrsituation wissentlich herbeiführt, der braucht sich auch nicht zu wundern, dass er dann ohne Hosen dasteht.

(Beifall bei der SPD)

Wer Steuerreformvorschläge in den öffentlichen Raum stellt, die für den Landshaushalt fatal wären, braucht sich nicht zu wundern, dass wir in einer Notwehrlage sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Schmid)

Wer Vermögenserlöse in der Landesstiftung bunkert, braucht sich nicht zu wundern, dass wir in einer Notwehrsituation sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Und in der Tat sind wir in großer Not.

(Abg. Drexler SPD: NSI!)

Wir sind in großer Not, weil – darüber kann Ihre ganze Relativierung mit dem Vergleich mit anderen Ländern nicht hinwegtäuschen – in der Ära Teufel/Oettinger in gerade mal 14 Jahren mehr als die Hälfte des Schuldenbergs angehäuft worden sein wird, der dann am Ende des Doppelhaushalts 2006 mit Schulden in Höhe von 44 Milliarden € vorhanden sein wird.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Sakellariou SPD: Da hat der Drexler ja doch Recht gehabt! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So viel macht der Bund in einem Jahr!)

Die CDU-FDP/DVP-Regierung, die seit 1996 regiert, ist für 90 % dieses Zuwachses verantwortlich. Das heißt, die Zeiten der großen Koalition waren gute Zeiten auch für den Haushalt dieses Landes, meine Damen und Herren.

Wir haben Vorschläge zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts vorgelegt, die ohne Verfassungsänderung, ohne bundesgesetzliche Änderung aus eigener Kraft bewältigt werden können. Wir wissen, dass das nicht ausreichen wird, um die Deckungslücke von 3 Milliarden € ganz zu schließen. Aber wir müssen uns auf den Weg machen mit dem, was wir selbst in der Hand haben. Dazu haben Sie leider wenig gesagt.

Ich denke auch, dass das Thema Steuerverwaltung von Ihnen etwas zu leichtfertig abgehandelt worden ist, Herr Finanzminister. Die Verlängerung der Arbeitszeit mag rein rechnerisch Stellen bringen.

(Abg. Drexler SPD: Aber doch nicht dort!)

Sie unterziehen aber die Steuerverwaltung auch in diesem Doppelhaushalt wieder dem allgemeinen Stellenabbau,

(Zuruf von der SPD: Nullsumme!)

sodass das alles wieder verloren geht. Wir liegen also richtig, wenn wir sagen, wir brauchen mehr Personal für die Steuerverwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, die Abgeordneten der SPD-Fraktion zahlen gerne Steuern,

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Das ist die nächste Lüge! – Abg. Drexler SPD: Mehr als der Herr Reinhart! – Unruhe)

wenn gesichert ist, dass alle anderen auch Steuern zahlen. Wir zahlen sehr gerne Steuern – der Herr Reichardt zahlt vielleicht nicht so gerne, aber das ist eine andere Geschich-

te. Die Voraussetzung dafür, dass man gerne Steuern zahlt, ist aber,

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

dass alle gleichermaßen dieser Steuergerechtigkeit unterworfen werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann müsst ihr es am besten vereinfachen!)

Wir sind für jeden Vorschlag dankbar, der die Steuerverwaltung effizienter gestaltet, sind aber skeptisch, was den Vorschlag von Herrn Kretschmann anbelangt, die Steuererklärung alle zwei Jahre abzugeben. Entweder wir behalten das Jährlichkeitsprinzip bei, dann werden einfach zwei Jahre abgearbeitet und dann ist die Einsparung null, oder wir gehen vom Jährlichkeitsprinzip weg, dann wird der Steuerpflichtige immer für die Einkünfte aus zwei Jahren zusammengefasst veranlagt. Das wäre eine große Umstellung, die Steuertabelle müsste geändert werden etc. Das hätte wesentliche Auswirkungen auf andere Steuerarten, das heißt, man könnte es nicht isoliert bei der Einkommensteuer machen, sondern es hätte Folgewirkungen auf die Gewerbesteuer. Man müsste berücksichtigen, dass Unternehmen mit ihren Einkünften je nach Rechtsform der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer unterliegen. Das heißt, man müsste diesen Systemwechsel für das komplette Steuersystem machen. Das ist also nicht ganz einfach und nicht ganz trivial, mit fraglichen Einspareffekten.

Der letzte Punkt, der mich zu der Auffassung bringt, dass es sich um einen schwer durchsetzbaren Vorschlag handelt, ist darin zu sehen, dass ein zweijähriger Turnus bei der Steuererklärung auch dazu führen würde, dass der Lohnsteuerjahresausgleich der Arbeitnehmer nur alle zwei Jahre erfolgt. Das heißt, Arbeitnehmer – die Masse der Steuerpflichtigen – würden dem Staat zwei Jahre lang einen zinslosen Kredit geben. Ich glaube, das könnten wir den Steuerbürgern nicht zumuten. Deshalb meine ich, dass uns dieser Vorschlag nicht weiterhilft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 06 – Finanzministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4006. Den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4046-1, werde ich bei dem entsprechenden Kapitel zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer dem Kapitel 0601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4046-1.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0609

Landesvermögens- und Bauabteilungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0610

Landeszentrum für Datenverarbeitung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Fischer SPD: Bis Kapitel 0618!)

Kann ich die Kapitel 0611 bis 0618 zusammen aufrufen?

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja, bitte! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein!)

– Nein. Sie wünschen, dass über alle Kapitel einzeln abgestimmt wird.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Zu spät!)

Dann rufe ich auf

Kapitel 0611

Landesoberkassen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0614

Bundesbau Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0615

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0618

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen (einschließlich Wirtschaftspläne der Landesbetriebe – Anlagen 1 bis 4 zu Kapitel 0620)

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06 angelangt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Schade!)

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4012 Abschnitt I. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln und den Entschließungsantrag am Ende der Einzelplanberatung zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201

Steuern

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-1.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1201 – Steuern. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

und dazu den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4052-11. Die Fraktion GRÜNE ist damit einverstanden, dass beim Kapitel 1205 über den gesamten Antrag entschieden wird.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1205 – Kommunaler Finanzausgleich – in der ursprünglichen Fassung. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/4052-2 und 13/4052-3.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-2, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-3, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-5.

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1208 – Staatlicher Hochbau. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1209

Staatsvermögen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/4052-6 und 13/4052-7, und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/4052-12.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/4052-12, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Abg. Zeller SPD: Doch, da hinten gibt es eine Gegenstimme! – Widerspruch bei der CDU – Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1209 – Staatsvermögen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1210

Versorgung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-8.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1210 – Versorgung. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1212

Sammelansätze

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-9.

Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über Kapitel 1212 – Sammelansätze – ab. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1220

Zukunftsoffensive II

Kann ich Kapitel 1221 dazu aufrufen?

(Abg. Schmid SPD: Nein!)

– Nein. – Wer also Kapitel 1220 – Zukunftsoffensive II – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1221

Zukunftsoffensive III

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1230

Neue Steuerungsinstrumente

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-10. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1230 – Neue Steuerungsinstrumente – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4052-4, zur Abstimmung auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt III der Beschlussempfehlung zur Abstimmung auf. Wer diesem Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt ist einstimmig zugestimmt.

Kann ich Abschnitt IV und Abschnitt V der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zusammen aufrufen? – Ich rufe diese beiden Abschnitte auf. Wer diesen Abschnitten zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Abschnitten ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über das

Staatshaushaltsgesetz 2005/06

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4013.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Hier wird in Absatz 1 Nr. 2 Satz 2 und in Absatz 3 Satz 1 auf die Erziehungsurlaubsverordnung verwiesen, die am 25. Januar 2005 erneut geändert wurde. Die Angabe „zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Juli 2001 (GBl. S. 461)“ ist deshalb jeweils durch die Angabe „zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Januar 2005 (GBl. S. 103)“ zu ersetzen.

Wer stimmt § 3 mit diesen redaktionellen Änderungen zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Paragraphen ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen?

(Abg. Fischer SPD: Da gibt es einen Änderungsantrag!)

– Entschuldigung! Ich habe den Änderungsantrag vergessen.

(Abg. Schmid SPD: Ja!)

Zu diesem § 4 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4053-1, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist § 4 in der Fassung der Beschussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 5 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Hier wird in Absatz 5 noch auf das Fachhochschulgesetz und das Gesetz über die Pädagogischen Hochschulen verwiesen. Nachdem diese beiden Gesetze inzwischen durch Artikel 24 des Zweiten Hochschulrechtsänderungsgesetzes vom 1. Januar 2005 aufgehoben und durch das Landeshochschulgesetz ersetzt wurden, sind hier folgende redaktionelle Anpassungen notwendig:

Erstens: Die Angabe „§ 8 Abs. 4 FHG bzw. § 8 Abs. 4 PHG“ ist durch die Angabe „§ 13 Abs. 3 LHG“ zu ersetzen.

Zweitens: Die Worte „Kunst- und Musikhochschulen“ sind jeweils durch das Wort „Kunsthochschulen“ zu ersetzen.

Wer stimmt § 6 mit diesen redaktionellen Änderungen zu? – Gegenprobe! – Wer enthält sich? – § 6 ist mit den redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen.

Kann ich über die

§§ 6 a und b sowie 7

gemeinsam abstimmen lassen? – Das ist der Fall. Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Paragraphen ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 10

Wer § 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 10 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Wer diesem Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§§ 12 bis 15

Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den §§ 12 bis 15 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 16

Wer diesem Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 16 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 ist damit abgeschlossen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Den Energiestandort Baden-Württemberg stärken – Drucksache 13/3956

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Abg. Schmid SPD: Was ist mit dem Haushaltsstrukturgesetz? Darüber können wir doch auch abstimmen!)

– Ich habe nun den Tagesordnungspunkt 2 – Den Energiestandort Baden-Württemberg stärken – aufgerufen. Wem darf ich in der Aussprache und für die Begründung das Wort erteilen? – Herr Abg. Oettinger, Sie erhalten das Wort.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

(Abg. Drexler SPD: Das ist ein Antrag der SPD!
Was ist denn jetzt los? – Abg. Schmiedel SPD:
Herr Oettinger muss warten! – Gegenruf von der
CDU: Wenn ihr schlaft! – Gegenruf des Abg.
Knapp SPD: Ich hatte mich doch längst gemeldet!
– Weitere Zurufe – Unruhe)

– Entschuldigung. Herr Abg. Knapp, Sie erhalten das Wort zur Begründung des Antrags.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe für Herrn Abg. Knapp bitten.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Mittwoch wurde uns plastisch dargestellt, wie in Baden-Württemberg mit dem Thema Energiestandort umgegangen wird. Während der eine, nämlich Ministerpräsident Teufel, hier am Rednerpult wirklich minutiös erklärt hat, was 1999 und 2000 passiert ist, und vorgetragen hat, dass damals keine Fehler gemacht worden seien – er hat es so genau erklärt, dass man jeweils richtig hat spüren können, wann bei diesen Verhandlungen wohl Kaffeepause und wann Mittagspause war –, hat der andere, nämlich Sie, Herr Kollege Oettinger, krampfhaft in den Unterlagen geblättert und versucht, nicht aufzuschauen, um nicht sehen zu müssen, dass er jetzt die Fehler, die 1999 und 2000 gemacht wurden, mit unserer Hilfe wieder korrigieren muss.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a.
Abg. Wieser: Sind Sie Psychologe?)

– Man hat ihn nur beobachten müssen, und dann wusste man, was er eigentlich gedacht hat.

Aber Sie haben uns in Ihrem Redebeitrag nicht erklärt, was eigentlich zukünftig mit den Stimmrechten der OEW passieren soll. Wir haben ja jetzt den Kauf der OEW-Aktien unterstützt. Aber was passiert nun eigentlich, und wer nimmt nachher eigentlich Einfluss auf den Energiestandort Baden-Württemberg? Wer nimmt die Stimmrechte wahr? Die oberschwäbischen Landräte haben ja nicht einen einzigen wichtigen Standort der EnBW, sondern sie haben ja nur Aktien und wollen Geld daraus ziehen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Sie haben uns nicht erklärt – vielleicht machen Sie es nachher –, wie der Gang an die Börse vorgesehen ist und wann und mit wie vielen Anteilen an die Börse gegangen werden soll. Sie haben uns auch nicht erklärt, wie ein Mehrheits-einfluss der EdF mit dem Börsengang verhindert werden kann.

Wir haben heute auch nichts dazu gehört, wie das Wirtschaftsministerium zukünftig das Thema „Energiestandort Baden-Württemberg“ behandeln soll, wenn der Wirtschaftsminister selber erklärt, dass er eigentlich gar kein Interesse daran hat,

(Minister Pfister: Was hat er erklärt?)

die EnBW und die OEW zu stärken und mitzuhelfen, dass man auf gleicher Augenhöhe verhandelt.

(Minister Pfister: Auf die richtige Art und Weise!)

Sie haben nicht erklärt, wie Sie es machen wollen. Wir sind gespannt, ob wir nachher noch etwas dazu hören, wie Sie den Energiestandort Baden-Württemberg stärken wollen.

(Abg. Birzele SPD: Wir sind sehr gespannt!)

Übrigens, Herr Minister Pfister, man muss auch einmal sehen: Es geht hier bei uns in Baden-Württemberg nicht allein um die Stärkung, es geht auch darum, dass wir den Energiestandort Baden-Württemberg wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wir haben allein bei der EnBW Kraftwerkskapazitäten außerhalb von Baden-Württemberg in der Größenordnung von 2 000 Megawatt. Das entspricht etwa 25 % der Produktion und des Verkaufs des Anteils der EnBW. Das heißt, schon heute werden 25 % bei der EnBW von außen zugekauft.

(Abg. Schmiedel SPD: Und was macht die Regierung?)

– Die Regierung macht nichts.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Schebesta CDU: Dafür machen die in Berlin etwas, aber etwas falsch, Herr Knapp!)

Jetzt müssen wir natürlich neben den 25 %, die wir zunächst einmal wieder zurückholen sollten, überlegen, wie wir zukünftig die abgehenden Kapazitäten ersetzen.

Zum Energiestandort Baden-Württemberg gehört aber auch etwas mehr als nur die EnBW, meine Damen und Herren. Wir wissen, Kolleginnen und Kollegen, dass es Kraftwerksstandorte in Baden-Württemberg gibt. Wir wissen auch, dass es in der Zwischenzeit zwei Konsortien aus baden-württembergischen Stadtwerken gibt, die Kraftwerks-scheiben – so nennt man das – zukaufen möchten, das eine etwa 200 Megawatt, das andere etwa 100 Megawatt. Wo gehen die Investitionen hin? Es gibt keine einzige Möglichkeit für baden-württembergische Stadtwerke, 300 Megawatt Kraftwerksleistung in Baden-Württemberg zu kaufen. Die Standorte sind in NRW und können im Saarland sein oder wo auch immer, aber nicht in Baden-Württemberg.

(Abg. Sakellariou SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, Sie haben im Landesentwicklungsplan schon festgeschrieben, dass für Kraftwerksstandorte das Land zuständig ist. Sie werden es nie schaffen, mit Geldern Kraftwerke in Baden-Württemberg zu halten. Es ist völlig indiskutabel, Investitionen in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro zu unterstützen. Sie müssen es als Regierung erreichen, dass die Kraftwerksstandorte geschaffen und entwickelt werden können. Sie müssen dafür sorgen, dass Genehmigungen erteilt werden können, zum Beispiel auch in Verhandlungen am Rhein entlang mit den Nachbarländern, dass man einleiten kann, dass man

(Knapp)

Wärme abgeben kann, dass man Wasser entnehmen kann usw. Sie müssen dafür sorgen, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt und zum Abschluss gebracht werden können. Meine Damen und Herren, Sie müssen zusammen mit den Kraftwerksbetreibern dafür sorgen, dass die Standorte zwischen Mannheim und Karlsruhe – denn dort sind sie auf jeden Fall sinnvoll – entwickelt werden können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Da haben wir bisher von Ihrer Seite

(Abg. Drexler SPD: Null!)

nichts, wirklich nichts gehört.

Zum Energiestandort Baden-Württemberg gehört aber neben konventionellen Kraftwerksstandorten auch der Bereich der erneuerbaren Energien. Sie müssten jetzt endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Bereich der erneuerbaren Energien wirklich ein Jobmotor ist. Wir haben jetzt in den Haushaltsplanberatungen mehrmals gehört: Wichtig ist, dass wir Arbeitsplätze schaffen. Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung sind etwa 125 Arbeitsplätze pro Prozent der Energieerzeugung in Baden-Württemberg vorhanden. Das heißt, mit den erwähnten 25 % haben wir schon heute 2 500 bis 3 000 Arbeitsplätze außerhalb von Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Im Bereich der erneuerbaren Energien geht man, weil ja dort der Kraftstoff nichts kostet, davon aus, dass man Arbeitsplätze in der Größenordnung von 250 bis 300 pro Prozent der Energieerzeugung in Baden-Württemberg hat. Das heißt, allein wenn wir 1 % ersetzen, haben wir 150 bis 175 zusätzliche Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Und was machen Sie, meine Damen und Herren?

(Abg. Drexler SPD: Nix! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Lächerlich! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Bundestag! Alle Gesetze abgelehnt!)

Nichts! Die Regierung macht nichts.

Schauen wir uns einmal ein paar erneuerbare Energien an: Bei der Wasserkraft wird außer in Rheinfelden – und da haben übrigens alle Fraktionen hier im Landtag mit dem Einfluss, den wir in Berlin hatten, dafür gesorgt, dass dies gekommen ist –

(Beifall bei der SPD)

von Ihrer Seite nichts getan, und Rheinfelden bedeutet ein knappes Prozent der Energieerzeugung von Baden-Württemberg. Es wird seitens des Landes nichts dafür getan, dass dort Investitionen erfolgen und dort ein Ausbau von 8 auf etwa 11 %, der technisch nur machbar ist, stattfinden wird.

(Abg. Oettinger CDU: Sie machen mehr kaputt, als wir aufbauen können!)

– Herr Kollege Oettinger, wir machen nichts kaputt! – Zu den erneuerbaren Energien sage ich Ihnen ganz pauschal:

Wenn Sie als Regierung in Baden-Württemberg nicht so verbohrt wären, dann würden Sie die Ernte des EEG einfahren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Der jetzige Ministerpräsident, Kollege Pauli, verhindert eine Investitionssumme von 300 bis 400 Millionen € pro Jahr allein bei der Windkraft. Das muss man sich einmal vorstellen! Das bedeutet 1 200 bis 1 500 Arbeitsplätze jedes Jahr allein bei der Windkraft.

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Sorgen Sie doch dafür, dass man die Ernte einfährt!

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zur Biomasse. Das ist wohl eine Art der erneuerbaren Energien, die Ihnen eigentlich gefallen müsste, weil Sie immer sagen: Wir haben in Baden-Württemberg zwei große Möglichkeiten: zum einen die Wasserkraft – da habe ich gerade gehört, dass man da nicht so richtig heranzukommt; da sieht man es nicht ein – und zum anderen die Biomasse. Hinzu kommt natürlich noch die Geothermie; dazu komme ich noch. Zur Biomasse muss man sagen: In allem, was Biomasse für die Verstromung bedeutet, brauchen Sie nichts zu machen; das hat Berlin für Sie schon gemacht. Das ist das gleiche Thema: Sie müssen nur die Ernte einfahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Schmid SPD zur CDU: Sie lassen die Früchte auf dem Feld vergammeln!)

Zum ländlichen Raum haben wir beim Haushalt des MLR heute gehört: Die Landwirte, meine Damen und Herren, sind doch schon um Welten weiter, als Sie es sind,

(Abg. Sakellariou SPD: So ist es!)

weil die Landwirte heute schon Biogasanlagen und Photovoltaikanlagen in ihren Scheunen betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssten wenigstens mit dem Teil, der Baden-Württemberg-spezifisch ist und nicht durch das EEG des Bundes abgedeckt wird, etwas machen. Aber was machen Sie im Land? Sie haben in den letzten drei Jahren die Zuschüsse und alles, was man in die Unterstützung der erneuerbaren Energien steckt, alles, was in die Wärmeentwicklung bei der Biomasse geht, von 17 Millionen € auf 10 bis 11 Millionen € gekürzt und Förderprogramme zusammengestrichen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ein Skandal!)

Außer dem, was vom Bund kommt, kommt vom Land Baden-Württemberg zum Ausbau der erneuerbaren Energien nichts. Wirklich nichts!

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Null!)

Jetzt zur Geothermie: Da fährt der Ministerpräsident sechs Tage nach Island, mit ein paar Stadtwerke-Chefs, wie ich mitbekommen habe, und schaut sich einmal Geothermie an.

(Knapp)

(Abg. Schmiedel SPD: Und legt sich ins warme Wasser! – Vereinzelt Heiterkeit)

Dort bekommt er mit, dass 98 % der Hausheizungen in Island geothermisch betrieben werden und dass 100 % der Stromerzeugung aus Wasserkraft- oder Geothermiekraftwerken kommt. Und was kommt dann heraus? Dann kommt heraus, dass man, wenn man zurückkommt, ein neues Zukunftsprogramm „Erwin 4“ auflegt und sagt, da sollten 4 Millionen € für Geothermie drin sein.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich bin ja einig mit Ihnen. Wir denken eigentlich schon, dass Geothermie allgemein interessant ist und dass sie

(Zuruf von der CDU: Gut ist!)

allgemein nützlich ist. Aber ob sie gemeinnützig ist, sodass man sie nachher aus Mitteln der Stiftung finanzieren kann, das wissen wir noch lange nicht.

(Beifall bei der SPD)

So funktioniert bei uns in Baden-Württemberg der Umgang mit der – –

(Abg. Pauli CDU: Nicht Stiftung! Haushalt! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Gut, dann ist es in Ordnung. Dann ist es ja nur noch allgemein nützlich. Das mag ja sein. Das ist klar.

(Unruhe)

Wir erwarten von Ihnen, meine Damen und Herren, dass Sie auf unsere Forderung hin endlich darlegen, wie man wirklich unter Berücksichtigung aller Aspekte und aller Energiearten den Energiestandort Baden-Württemberg stärkt. Wir erwarten von Ihnen auch, dass Sie aufzeigen, wie es mit dem Engagement bei der EnBW, das wir unterstützt haben, weitergeht.

Ich sage Ihnen nur eines, meine Damen und Herren: Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, nachdem 2002 Ihr Kandidat Stoiber schon ein Fläschchen Sekt aufgemacht hat, dass Sie auch 2006 aller Voraussicht nach sicher nur frustriert werden und nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Sie machen sich Sorgen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag wurde dringlich gestellt, und wir haben ihn für dringlich erklärt. Die Energiewirtschaft ist wichtig, Kollege Knapp. Aber dringlich war Ihre Rede heute nicht.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie haben das Thema „Energie Baden-Württemberg, OEW“ verfehlt, weil Sie ganz genau wissen, dass wir gehandelt haben. Ihr Antrag hat uns dabei nicht auf Trab gebracht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Da bin ich mir nicht sicher!)

Abschnitt II Ziffer 1 des Antrags: „unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, eine Aktienmehrheit der EdF zu verhindern, und die der OEW helfen, ihre Aktienanteile auf gleicher Höhe mit der EdF zu halten“ – am 19. Januar beantragt, am 2. Februar vollzogen. Diese Dringlichkeit hätten wir akzeptiert. Die Wichtigkeit der Energiewirtschaft ist unstrittig.

Aber im Grunde genommen, Herr Kollege Knapp, haben Sie bewusst dieses Thema nur gestreift. Denn Sie hätten uns loben oder zumindest respektieren müssen, dass richtig gehandelt wird.

(Abg. Wieser CDU: Das können wir nicht verlangen! – Beifall bei der CDU)

Was ist die Linie unserer Energiepolitik? Wir halten die Energiewirtschaft für eine bedeutsame Branche im Lande, weil es um Sicherheit, um Unabhängigkeit, um preisgünstigen Strom, um Arbeitsplätze und um Technik geht. Deswegen sind wir froh, dass Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten – nachdem es immer ein abhängiges Land gewesen war, vom Kohleimport gelebt hat – durch eine Entwicklung zum Energiemix, zu dem auch Energie aus Kernkraftwerken gehört, ein unabhängiges Land mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Neckartal und Rheintal geworden ist.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

Wir werden alles dafür tun, dass die 20 000 Arbeitsplätze in der Energie Baden-Württemberg AG, die vielen tausend Arbeitsplätze in anderen Betrieben und Stadtwerken, die vielen Aufträge an Handwerker, Maschinenbauer und Anlagenbauer, die Wertschöpfung der Energiebranche weiter ein starker Faktor neben anderen Branchen für unser Bundesland und den Arbeitsmarkt Baden-Württembergs bleiben können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nach dem Verkauf der Landesanteile an die EdF entstand folgende Idee, die weiterhin für uns ein Ziel der nächsten Jahre bleibt: zwei Säulen – EdF und OEW – und ein dritter Partner, der an der Börse attraktiv für Anleger erscheint. Ganz grob gesagt: ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel. Die 34,5 % der OEW und der EdF waren die beiden realisierten Säulen dafür. Der Börsengang wurde vorbereitet, die Aktien wurden thesauriert und platziert, und zwar bei der Energie Baden-Württemberg selbst und bei zwei Banken jenseits Baden-Württembergs.

Dann wurden in der Geschäftsführung der Energie Baden-Württemberg Fehler gemacht, Maßnahmen ergriffen, Branchen betreten, die nicht gewinnträchtig gewesen sind. Die Energie Baden-Württemberg war letztendlich auch ein zu sanierender Fall.

Die deutsche Wirtschaft ist derzeit für Börsengänge nicht ideal. Es bestand die Gefahr, dass der Börsengang gar nicht

(Oettinger)

kommt, sondern dass zum jetzigen Zeitpunkt frei gewordene Aktien in Frankreich landen und damit mittelfristig nicht eine eigenständige Unternehmung in Baden-Württemberg, durch zwei Partner und die Börse gestärkt, sondern eine Filiale von Frankreich, die Integration Baden-Württembergs nach Frankreich kommt.

(Abg. Zeller SPD: Obwohl es andere Zusagen durch den Ministerpräsidenten gab!)

Dies wollten wir nicht. Es geht dabei um Strom. Aber es geht um mehr: Es geht um Strom, es geht um Gas, es geht um den Handel mit Strom und Gas, es geht um Wasser und Abwasser, es geht um Entsorgung und Abfall, es geht um Beteiligungen an Stadtwerken und auch an der MVV, es geht um Maschinenbau, um Anlagenbau und Anträge und die Wartung dafür, es geht um die Bankenwirtschaft und die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg. Kurzum, die Energie Baden-Württemberg geht in breitem Umfang als Auftraggeber und Partner in den ganzen Arbeitsmarkt des Landes hinein. Diesen eigenständig zu erhalten, halten wir für bedeutsam.

Kollege Knapp, ich traue den Landkreisen in Baden-Württemberg von Ulm bis zum Bodensee, von Sigmaringen bis nach Reutlingen zu, dass ihnen auch Arbeitsplätze und Aufträge in Nordbaden und Nordwürttemberg, in ganz Baden-Württemberg wichtig sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Alles andere wäre eine falsche Behauptung, die Sie zurücknehmen müssten.

Ich zolle den Landkreisen in der OEW meinen vollen Respekt. Historisch gewachsen haben sie eine kluge Beteiligungspolitik aufgebaut. In den letzten 50 Jahren waren die Landkreise Oberschwabens im Grunde genommen klug beraten, sparsam und weitsichtig zugleich. Sie haben in Württemberg in der EVS die Mehrheit gehabt. Sie haben vom Badenwerk Aktien gekauft. Sie haben thesauriert und Vermögen zusammengehalten. Daraus entstand eine Kraft, die bis heute für diese Investition und Beteiligung ausreichend stark ist.

Klar ist wiederum andererseits, dass man in Zeiten knapper Kassen der Kommunen ein Risiko ungern allein trägt. Deswegen war es, so meine ich, eine faire Partnerschaft, dass jetzt die OEW ihre Aktien hält und bei den frei werdenden Aktien einen großen Beitrag leistet, damit die Augenhöhe zu Frankreich gehalten werden kann. 5,94 % kauft die OEW aus eigener Kraft, und 4,49 % kauft sie, indem die Chance auf Kurssteigerungen, Gewinn und Risiko mit dem Land über die L-Bank geteilt werden. Damit dokumentiert die L-Bank für das Land, dass uns die Augenhöhe wichtig ist, damit auch in Zukunft die Eigenständigkeit gewahrt wird und damit der Börsengang als zeitnahe Option 2012 und 2013, von uns unterstützt, und die Vision der Vergangenheit auch in der Zukunft realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gute Lösung!)

Jetzt ist ein Investitionsplan notwendig. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Energie Baden-Württemberg sollen ei-

nen Plan erarbeiten – Kollege Stratthaus arbeitet daran mit –, wie und wie stark in den nächsten Jahren in neue Kraftwerke, erneuerbare Energien, Wasser, Gas und anderes in Baden-Württemberg investiert werden soll. Kollege Knapp, wer da irgendjemandem Untätigkeit vorwirft, hat keine Ahnung oder kommt böswillig hier ans Rednerpult.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Arbeitnehmervertreter in der EnBW haben Interesse daran, dass es einen Investitionsplan gibt. Der Vorstand arbeitet daran. Wir sind daran interessiert. Klar ist, dass die Verfahren für die Genehmigung von unseren Behörden in Baden-Württemberg mit Sicherheit exzellent, kompetent, objektiv und zeitnah bearbeitet werden. Wir wollen alles dafür tun, dass die Energie Baden-Württemberg, wenn Sie Kernkraftwerke abschalten, nicht untätig bleibt, sondern den Schaden mindert und den Nutzen für den Arbeitsmarkt halbwegs ausgleichen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wissen Sie, wenn in Schweden, dem ersten Land, das den Kernkraftausstieg beschlossen hatte, dieser Beschluss nie realisiert wurde, sondern zehn neue Kernkraftwerke geplant und gebaut werden,

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Von Sozialdemokraten!)

wenn Parteien aller Richtungen in Frankreich in neue Kernkraftwerke neuer Generation investieren, wenn in ganz Europa und in der Welt Kernkraft eine Chance für den Mix bleibt und wenn in Baden-Württemberg mehr Interesse an Kernkraft als in jedem anderen Land besteht und dann sozialdemokratische Kräfte aus Baden-Württemberg

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Fragen Sie einmal die Bevölkerung!)

und die Grünen an der Spitze in Berlin für die Abschaltung sind, hat das im Grunde genommen schon mit Dummheit und Landesuntreue in großem Maße zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Um Gottes willen! Jesses Gott!)

Was können wir ergänzend tun? Zum einen: Wir bauen darauf, dass die Durchleitung von Strom günstiger wird.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja!)

Hier hat die Bundesregierung einige Jahre versagt. Faktisch kam der Markt nicht in Gang, weil die Produktion von Strom in Baden-Württemberg für einen Kunden in Kassel nicht rentabel gewesen war. Wir bauen darauf, dass der Deregulierer der Energie Baden-Württemberg und ihrer Exporttochter Yello eine Chance auf dem deutschen Energiemarkt für den Handel und Vertrieb jenseits von Baden-Württemberg bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Oettinger)

Zum Zweiten: Die Energie Baden-Württemberg bereitet eine Klage gegen die Bundesregierung vor, weil der Handel mit Emissionsrechten, wie er in Deutschland praktiziert wird, für die Energie Baden-Württemberg schädlich, für RWE und Eon dagegen nützlich ist. Auch dazu erwarte ich eine Antwort von Ihnen. Tatsache ist, dass derjenige, der alte Kohlekraftwerke abschaltet, Emissionsrechte zur Luftverschmutzung mitbekommt und damit enorm viel Geld spart. Wer mit alten Kernkraftwerken die Luft nie belastet hat, bekommt deren Strommenge für den Umbau nicht entsprechend gebucht.

(Abg. Wieser CDU: Ideologen!)

Ich halte dies für verfassungswidrig; ich halte es für falsch. Wir unterstützen den Vorstand und den Aufsichtsrat der Energie Baden-Württemberg mit allem Nachdruck, eine Klage gegen die Regierung in Berlin vorzubereiten. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie in Partnerschaft dabei sind und nicht tatenlos bleiben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Wir stellen Überlegungen zum Wasserpfeffing an.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich rate uns allen, dieses Thema in den nächsten Monaten ohne Ideologie anzugehen.

(Abg. Drexler SPD: Plötzlich keine Ideologie mehr! Bei der Kernkraft war es Ideologie!)

Worum geht es? Die größte Strommenge wird beim GKM in Mannheim produziert. Dieses gehört RWE, MVV und Energie Baden-Württemberg. Zwei oder drei der dortigen Blöcke stehen vor der Abschaltung. Die Frage ist, ob die Strommenge gleich bleibt, ob dort ein neues Kraftwerk gebaut wird oder ob Mannheim – unser Sorgenkind auf dem Arbeitsmarkt – weitere Arbeitsplätze verliert.

Deswegen sind wir in der Tendenz daran interessiert, dass der Wasserpfeffing nicht durch eine Klage vor Gericht fällt, sondern dass möglicherweise ein Kompromiss eines geringeren Wasserpfeffings für die Industrie, die in hohem Umfang Wasser benötigt, gefunden wird, sodass der Standort Mannheim und andere Standorte gesichert werden und trotzdem Teile der Einnahmen im Landeshaushalt bleiben.

Ich biete ausdrücklich die Bereitschaft zum Dialog über diese spannende Frage, die das Land alleine entscheiden muss, für den Energiestandort Baden-Württemberg und neue Kraftwerke der Zukunft an.

Viertens: Die wichtigste Maßnahme, die die Wähler in Baden-Württemberg ergreifen können, wäre die Abwahl von Rot-Grün. Dann bekommt die Energie Baden-Württemberg die größte Wertsteigerung, die überhaupt denkbar ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Rechnen, nicht schwätzen! – Abg. Seimetz CDU: Abstimmung!)

Nochmals: Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Ich danke den Kollegen von der FDP/DVP für die gute Form der Zusammenarbeit.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Eine Verstaatlichung, die Rolle rückwärts wollen wir nicht. Wir wollen die Option auf den Börsengang und die Unabhängigkeit. Dies ist nur denkbar, wenn die OEW für die nächsten fünf Jahre in der L-Bank und dem Land einen Partner findet und sich damit das Risiko und die Chance zutrauen kann. Ich danke den Kreistagen der neun Landkreise, die in diesen Tagen beraten, und ich danke Ihren dortigen Kollegen von der SPD und der grünen Fraktion, die vor Ort teilweise klüger sind, als ihr im Landtag von Baden-Württemberg seid.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommen Sie auf einmal geschlichen! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Ich erwähne demokratische Organe, in denen sich grüne Kreisräte und SPD-Kreisräte befinden: Alb-Donau-Kreis: einstimmig, mit Grün und Rot; Bodenseekreis: einstimmig, mit Grün und Rot; Biberach: einstimmig, mit Grün und Rot; Ravensburg: sechs Sozialdemokraten waren klüger als der Rest eurer Partei;

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sigmaringen: SPD gemischt und zerstritten; Landkreis Reutlingen: gestern einstimmig entschieden, mit den Stimmen aller Fraktionen.

(Abg. Wieser CDU: Da stimmt doch etwas nicht!)

Ich bin auf die letzten zwei Kreistage gespannt. Jedenfalls ist diese Entscheidung gut für den Standort Baden-Württemberg. CDU und FDP/DVP kämpfen für Marktwirtschaft und Arbeitsplätze im Land.

(Abg. Drexler SPD: FDP/DVP? Das ist ja lächerlich!)

Wir raten den rot-grünen Freunden dringend ab. Mit eurer Politik in Berlin wird Baden-Württemberg in der Energiewirtschaft mit Sicherheit nicht stärker, als wir heute sind.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer und Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Birzele SPD: Welche Rolle kommt jetzt, vorwärts oder rückwärts?)

Wenn man den Kollegen Knapp gehört hat, hatte man das Gefühl, es sei ihm eine Themenstellung abhanden gekommen, unter der er eigentlich diesen Antrag behandelt haben wollte.

(Dr. Noll)

(Abg. Zeller SPD: Sie von der FDP/DVP waren doch dagegen! So ein Quatsch!)

Im Gegensatz zu Ihnen machen wir Politik nicht nach Schlagzeilen und nach Tageslaune.

(Abg. Drexler SPD: Wir kommen auf Ihre Aussagen zurück! – Weitere Zurufe)

Plötzlich haben Sie ganz groß die Privatisierung entdeckt. Auf einmal finden Sie in dieser Diskussion, in der ja Zahlen im Raum standen, zu einem Weg, indem Sie vorschlagen, mit welchen Beträgen sich das Land wieder direkt an der EnBW beteiligen soll.

(Abg. Drexler SPD: Nein, überhaupt nicht, sondern Zinszuschüsse von 16 Millionen!)

Wir brauchen uns von Ihnen nicht belehren zu lassen, wenn es um das Thema Privatisierung geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Im Rahmen dieser Haushaltsberatungen ist das Thema ja mehrfach angesprochen worden. Aber man muss schon ein bisschen auf das zurückschauen, was damals beim Verkauf eigentlich das Ziel war. Es ist mehrfach gesagt worden: Die Privatisierung war damals richtig; es war der richtige Zeitpunkt, wenn Sie allein an den damals erzielten Preis denken und daran, was im Gefolge an Sanierungsbedarf plötzlich da war. Wir können froh sein, dass wir die EdF als vertragstreuen Partner hatten.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

All denen, die die Franzosen schlecht machen nach dem Motto „Die bauen Arbeitsplätze ab“, sei gesagt: Das, was dort an Sanierungsaufgaben geleistet werden musste, beruhte keineswegs auf der Eigentümerstruktur, sondern auf betriebswirtschaftlichen Fehlern der Vergangenheit. Von daher macht man es sich wirklich viel zu leicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Allerdings war auch damals – das sage ich ganz offen – bei den Liberalen teilweise die Frage: Was hat man von einer Privatisierung zu halten, bei der an einen Staatskonzern, an einen Monopolisten verkauft wird? Aber zum damaligen Zeitpunkt war dies alternativlos.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Zeller SPD: Auch das ist falsch!)

Genau deswegen behalten wir das Ziel einer echten Privatisierung nach wie vor im Auge. Beim damaligen Vertragsabschluss war das Ziel – Kollege Oettinger hat es gesagt –, die Anteilspakete, um die es jetzt geht, gemeinsam an die Börse zu bringen. Das war das Ziel beim Verkauf. Dass dies bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich war, hängt an zwei Fakten, nämlich zum einen an der Entwicklung an der Börse – 11. September –, zum anderen natürlich an der wirtschaftlichen Struktur der EnBW zum derzeitigen Zeitpunkt. Also ist das Szenario: Wenn der ursprünglich geplante Börsengang nicht möglich ist, gäbe es zwei Alternativen: dass eben das Anteilspaket nicht bei den OEW, son-

dern tatsächlich voll bei einem dann alleinigen Mehrheits-eigner EdF gelandet wäre.

Nun will ich nicht behaupten, dass damit ein Börsengang ein für alle Mal undenkbar gewesen wäre. Aber wir wissen, dass zumindest dann die Wertsteigerung, an die wir glauben, wenn wir an die EnBW, an ihren Wert und ihre Zukunft glauben, voll bei der EdF gelandet wäre. Von daher macht es Sinn, die Tür für eine Privatisierung, für einen echten Börsengang offen zu halten und die OEW in dem, was sie von sich aus wollten – sie sind ja auf uns zugekommen –, darin zu unterstützen, und zwar mit begrenzten Mitteln, damit sie diese Tür für einen echten Börsengang nach 2011 tatsächlich offen halten können.

Im Vergleich zu dem, was im Vorfeld diskutiert worden ist, ist es uns durchaus gelungen, die Mittel, die wir dafür einsetzen, nicht aus dem Haushalt zu nehmen, sondern über die L-Bank in einem deutlich und ganz klar gedeckelten und begrenzten Umfang von 20 Millionen € bis 2011 – das sind gut 3 Millionen € pro Jahr – aufzubringen. Da schwebten ganz andere Zahlen im Hintergrund. Von daher glaube ich, dass es ein sehr gutes Ergebnis ist und dass wir sagen können: Mit diesen wenigen Mitteln haben wir den Hebel, um die Tür für eine echte, stärkere Börsenverankerung der EnBW ab dem Jahr 2011 offen zu halten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens – wenn ich das vorab schon zum Kollegen Kretschmann von den Grünen sagen darf –: Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Energiesektor zu halten ist sicherlich nicht vorrangig von der Eigentümerstruktur abhängig. Da haben Sie Recht. Aber das ist für uns schon auch ein Thema, das wir als verantwortliche Politiker des Landes Baden-Württemberg – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Da müssen Sie einmal nachweisen, dass sich dieses Engagement für das Land lohnt!)

– Dieses Engagement oder die Frage, ob wir die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze im Energiesektor hier am Standort Baden-Württemberg halten, wird in der Tat von anderen Faktoren wesentlich stärker beeinflusst. Sie sind alle schon genannt worden. Ich kann es Ihnen dennoch nicht ersparen, sie noch einmal zu nennen.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen gehört, dass der Wasserpennig ein extremer Wettbewerbsnachteil für den Energiestandort ist. Vielleicht haben nicht alle Kollegen bemerkt, dass die Fraktion GRÜNE den Wasserpennig in diesem Haushalt drastisch erhöhen wollte. Wenn es also ein Risiko für den Energiestandort Baden-Württemberg gibt, dann sind Sie es hier im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler und Abg. Knapp SPD: Dann ist es die FDP/DVP!)

Es war ja alles richtig, was zum Thema Energiemix gesagt worden ist. Nur: Auch da gilt, dass Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir unabhängig von der Förderung regenerativer Energien, die wir in diesem Haushalt ja an verschiedenen und auch neuen Stellen leisten – – Ich würde es hier nicht so lächerlich machen, wenn wir ein-

(Dr. Noll)

mal beim Thema Geothermie, und zwar der flachen und der Tiefengeothermie, tatsächlich eine Einstiegsfinanzierung hinbekommen haben. Der Haushalt war doch ausgesprochen schwer aufzustellen. Dennoch haben wir es an einigen Stellen geschafft, eine Anschubfinanzierung zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Sie wissen ganz genau, dass wir nur Bürgschaften für das Risiko geben, dass man nicht fündig wird. Wenn man fündig wird, haben wir neues Geld frei, um auch andere Bürgschaften zu übernehmen.

Im Übrigen ist es erfreulich – das wissen Sie vielleicht gar nicht, Herr Knapp –, dass Bad Urach vom Bund her weitermachen kann. Bei dieser Absicherung brauchen sie uns vom Land im Moment überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Ein weiteres Thema: Wir werden unabhängig davon Ersatzkapazitäten schaffen müssen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wann denn? Wo? Wie denn?)

Wenn wir auf Kohle gehen, wissen wir doch ganz genau, dass wir aufgrund der – – Wir haben keine Kohlebergwerke wie anderswo, zum Beispiel im Saarland.

(Abg. Drexler SPD: Das brauchen Sie uns doch nicht zu erzählen! Das wissen wir doch! – Abg. Schmiedel SPD: Also, was wollen Sie dann schaffen? – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

– Ja, eben. Auch von daher haben wir einen Wettbewerbsnachteil in diesem Bereich.

Die meisten Argumente sind ja schon ausgetauscht. Lassen Sie mich deshalb zum Schluss kommen.

(Abg. Göschel SPD: Luftballons reichen nicht aus bei Energiestandorten!)

Wer es wirklich ernst meint mit einer positiven Entwicklung der EnBW – im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, muss auch ein Interesse daran haben, dass jetzt an dieser Front sozusagen Ruhe einkehrt.

(Abg. Knapp SPD: Die Front haben Sie doch regierungintern aufgemacht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Die Fronten haben Sie an verschiedenen Stellen aufgemacht. Wir haben uns vernünftig zusammengesetzt. Wir haben einen Weg gefunden, um das Ziel einer stärkeren Börsenverankerung, wie es wörtlich im Vertrag steht – –

(Abg. Drexler SPD: 20 Millionen € geben Sie aus!)

– Herr Drexler, Sie wollten viel mehr ausgeben. So viel, wie wir insgesamt ausgeben wollten, wollten Sie pro Jahr ausgeben.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr! Sagen Sie doch nicht die Unwahrheit!)

So konnte man es jedenfalls den Medien entnehmen.

(Abg. Oettinger CDU: 16 Millionen € pro Jahr! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nein!)

– 16 Millionen € pro Jahr, und das über zehn Jahre. Wir wollen über die gesamte Laufzeit 20 Millionen € ausgeben.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jetzt geben Sie 20 Millionen aus!)

Wir brauchen uns also von Ihnen überhaupt nicht belehren zu lassen. Kollege Oettinger und auch ich, wir dürfen uns dafür bedanken, dass wir in einem fairen Diskussionsprozess genau die Ziele, die genannt worden sind, erreicht haben.

(Abg. Drexler SPD: Umgefallen sind Sie! Blattschuss! – Abg. Knapp SPD: Das hat man richtig gespürt, physisch!)

Wo ist durch diese Vereinbarung das Ziel der Privatisierung gefährdet? Nein, das Ziel einer stärkeren Privatisierung ist jetzt massiv gestärkt. Die Tür bleibt offen. Sie können den Liberalen nicht mehr – –

(Abg. Drexler SPD: Was hat denn Herr Pfister dazu gesagt?)

– Herr Pfister war an der Erarbeitung dieser gemeinsamen Strategie intensiv beteiligt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Dann verstehe ich aber nicht, was er vor der Presse gesagt hat!)

Ihre Diskussion oder die Diskussion von anderer Seite mit dem Argument, das wäre eine Rolle rückwärts bei der Privatisierung,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

war mit „abstrus“ gemeint. Selbstverständlich ging es nicht darum, dass das Land erneut einsteigt. Vielmehr ging es darum, genau das zu machen, was unser Ziel ist, nämlich die EnBW so zu stärken,

(Minister Pfister: So ist es! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ruhe in die Diskussion zu bringen und damit dieses Unternehmen attraktiv zu machen,

(Abg. Drexler SPD: Nachdem man es zuerst kaputtgemacht hat!)

dass am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Land als Standort für die Wertschöpfung und alle insgesamt profitieren und damit genau die Ziele erreicht werden, die man manchmal vielleicht, wenn man polemische Schlagzeilen haben will, nicht so sehr im Vordergrund sieht. Wir waren daran interessiert, eine Lösung zu finden

(Dr. Noll)

und Ruhe hineinzubringen, übrigens auch dem Partner gegenüber, der bisher immer sehr vertragstreu gewesen ist.

(Zurufe von der SPD)

Bei allen Szenarien muss man auch einmal sehen, dass eines der größten Risiken für den Energiestandort Baden-Württemberg

(Abg. Knapp SPD: Die FDP!)

2006 möglicherweise verschwunden sein wird,

(Zurufe von der SPD – Abg. Knapp SPD: Richtig!
Das kann passieren!)

nämlich die rot-grüne Bundesregierung. Für genau diesen Fall bauen wir das Szenario auf. Und dafür gilt es, die Tür offen zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Jesses Gott!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erstens: Wenn man, wie vor Jahren geschehen, die Anteile des Landes an der EnBW an die EdF verkauft und jetzt wieder einsteigt,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

dann ist das, glaube ich, begründungspflichtig. Herr Kollege Oettinger, diese Begründung sind Sie schuldig geblieben.

(Abg. Drexler SPD: Das hat er nicht gemacht!)

Ich beginne mit vier Zitaten des Kollegen Pfister.

(Abg. Schmiedel SPD: Jesses!)

Ich glaube, dass wir den Wettlauf um die gleiche Augenhöhe auf lange Sicht, also über 2011 hinaus, nicht gewinnen können . . .

Die Eigentumsverhältnisse eines Stromversorgers sind in einem liberalisierten Markt für die Frage, wo der Strom produziert wird, sekundär. . . .

Aber selbst, wenn dieses Geld, das wir nicht haben, bezahlt werden würde, steht 2006 der nächste Schritt bevor. . . .

Deshalb ist die Teilnahme an dieser Aufholjagd bis zu 50 % der Aktien sinnlos

(Abg. Schmiedel SPD: Nein! Die haben das gesagt!)

und politisch abstrus, weil sie mehr Mittel erfordern würde, als das Land durch die Privatisierung ihrer Energieaktien vor vier Jahren erlöst hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Mein Gott, wir haben getrieben! – Abg. Oettinger CDU: Aber er denkt so!
– Abg. Drexler SPD: Das ist sein Denken!)

– Herr Kollege Oettinger, das hat er nicht vor langer Zeit, sondern am 26. Januar gesagt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Und ich glaube, dass es, da er schließlich Ihrer Regierung angehört, begründungspflichtig wäre,

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Drexler SPD)

wenn der für diesen Bereich zuständige Minister der Öffentlichkeit solche Verlautbarungen macht, aber Sie das Gegenteil tun. Sie sollten dies der Öffentlichkeit gegenüber wenigstens entkräften.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Abstrus waren die Vorschläge, die da in der Diskussion waren! – Abg. Oettinger CDU zur SPD: Euer Antrag liefert die Begründung! – Abg. Drexler SPD: Jetzt hör doch auf! Komm!)

Da Sie es nicht gemacht haben, muss ich es nachtragen. Welche Folgen hat dieses Engagement von 20 Millionen € – das scheint ja nur eine Zwischenfinanzierung zu sein – für die ganze Unternehmenspolitik der EnBW? Wir wissen, dass die strategische Führung der Unternehmen laut Konsortialvertrag bei der EdF liegt.

(Abg. Oettinger CDU: Das gibt's doch gar nicht! Woher wissen Sie dies? – Abg. Schneider CDU: Die unternehmerische Führung!)

Wie wirkt sich das auf die Änderung dieser Führung aus?

(Abg. Oettinger CDU: Woher wissen Sie das? Sie verwechseln was! Sie wissen doch, dass das falsch ist! Sie behaupten doch gerade was!)

– Herr Kollege Oettinger, das müssen Sie beantworten!

(Abg. Oettinger CDU: Woher wissen Sie das?)

– Ich weiß das aus dem Konsortialvertrag.

(Abg. Schneider CDU: Das stimmt aber nicht! – Abg. Oettinger CDU: Kennen Sie den?)

Der liegt mir persönlich wohl nicht vor.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie können Sie das dann behaupten? – Abg. Drexler SPD: Wir haben Antworten der Regierung! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo steht denn das?)

– Wir haben Antworten der Regierung, aus denen wir die Information haben.

(Abg. Oettinger CDU: Stimmt nicht!)

Zweitens: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass mit dieser Augenhöhe eine Politik der EnBW im Sinne Baden-Württembergs nicht gemacht worden ist.

(Abg. Oettinger CDU: Bitte? – Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

Das an die Wand gefahrene Unternehmen hat 2003 fast 1 Milliarde € abschreiben müssen, und dies zum großen Teil auf Kosten der Belegschaft.

(Kretschmann)

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber das hat gar nichts mit den Anteilseignern zu tun! – Zuruf des Ministers Pfister – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt geht es weiter: Sie können in einem Bericht über die Hauptversammlung der EnBW am 29. April 2004 in Karlsruhe lesen, dass Claassen bekannt gegeben habe, dass die beiden Großaktionäre EdF und OEW zu größeren Finanzspritzen bereit seien. Details könnten aber noch nicht bekannt gegeben werden. Das heißt, da steht offensichtlich eine Kapitalerhöhung an oder ist eine Kapitalerhöhung geplant. Jetzt frage ich Sie: Wenn sie ansteht – –

(Abg. Zeller SPD: Nein! – Abg. Schneider CDU: Nein! – Abg. Oettinger CDU: Nein! Sie behaupten hier falsche Sachen!)

– Wie sollen denn sonst die Investitionen getätigt werden? Dann hätten Sie dazu etwas sagen müssen.

Wenn diese Finanzspritzen und die Kapitalerhöhung anstehen, woher sollen die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke diese Mittel herbekommen, nachdem sie ja schon die jetzige Beteiligung nicht selbst finanzieren können, sondern vom Land zwischenfinanziert bekommen haben? Auf diese Frage gab es keine Antwort von Ihnen.

Jetzt kann ich Ihnen natürlich auch die Frage nach der Differenz zwischen einigen Kreisräten und mir bzw. unserer Fraktion beantworten.

(Abg. Schneider CDU: Jetzt wird es spannend!)

Es ist natürlich ein Unterschied, ob ich aus der Sicht eines Kreistags 20 Millionen € vom Land bekomme oder ob ich aus der Sicht eines Landespolitikers in einer Situation, in der wir kein Geld haben, 20 Millionen € abdrücken muss. Das ist doch wohl ein gewaltiger Unterschied und erklärt wohl den Unterschied im Abstimmungsverhalten einigermaßen deutlich.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Sie sind uns völlig schuldig geblieben, auszuweisen, warum wir hoffen können – noch dazu bei einem Börsengang –, dass die Unternehmenspolitik der EdF die besonderen Belange Baden-Württembergs berücksichtigt.

(Abg. Oettinger CDU: Was schlagen denn Sie vor, Herr Kollege?)

Wenn das Unternehmen an die Börse will, dann kann es das nur, wenn dies das Unternehmen topfit macht.

(Abg. Oettinger CDU: Freilich!)

Bei der Frage, ob dieses Unternehmen das in einem liberalisierten europäischen Energiemarkt kann, muss es doch streng wirtschaftlich handeln

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Natürlich!)

und kann nicht nach Überlegungen vorgehen, ob ein Kraftwerk besser hier oder besser in Nordrhein-Westfalen steht.

Es muss nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden, und das wird es auch tun. Gerade wenn man einen Börsengang plant, ist das so. Dabei darf ich in Parenthese einmal sagen: Beim Verkauf hat man den Börsengang für 2005 angekündigt, letztes Jahr für 2011, und Sie haben heute von 2013 gesprochen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nach Ablauf!)

Wenn man das aber macht, dann treten doch die standortpolitischen Ziele offenkundig in den Hintergrund, und die Frage, ob das Unternehmen gut dasteht und Profite macht, steht im Vordergrund. Nur dann wird der Aktienkurs überhaupt steigen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist sowohl für den Standort als auch für das Unternehmen wichtig!)

Denn der Kursanstieg bei Aktien ist ja nur eine Hoffnung. Das kennt man ja von Aktienkursen.

Das heißt, gerade der Börsengang ist doch in keiner Weise eine Versicherung dafür, dass dieses Unternehmen im liberalisierten Strommarkt unsere landespolitischen Interessen wahren wird. Genau das wird es nicht können.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Umgekehrt! Das ist ein Argument für den Börsengang!)

Dass das von mir nicht nur irgendwie vermutet wird, zeigt doch das Angebot der Trianel, eines Zusammenschlusses kommunaler Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerke, an die EnBW, in Obrigheim ein 400-Megawatt-GuD-Kraftwerk zu bauen. Das hat die EnBW abgelehnt. Schauen Sie sich jetzt einmal die Kosten an, die beim Transport von Kohle und von Gas hierher entstehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und den Wasserpfennig!)

Da wird doch das Unternehmen in Zukunft ganz klar nach den Kriterien der Wirtschaftlichkeit entscheiden, wo es baut, und zwar im europäischen Rahmen, aber doch gewiss nicht nach Kriterien und Standortgesichtspunkten von Baden-Württemberg.

Die Kreise müssen ja jetzt mit ihrer Erhöhung des Aktienanteils auch genau dieses Ziel erfüllen und anstreben, dass dieses Unternehmen – zumal wenn sie dann Anteile von einem Drittel an die Börse geben wollen – auf Teufel komm raus profitabel und wirtschaftlich dastehen muss, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es dabei die Arbeitsplätze hier erhält oder nicht. Davon abgesehen muss ich noch sagen, dass die große Menge der Arbeitsplätze sowieso am Netz hängen – das ist völlig unabhängig davon, wem das Energieunternehmen gehört –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das wissen wir alles!)

und dass nur ein geringer werdender Teil überhaupt an der Energieerzeugung hängt. Das aber nur nebenbei gesagt.

Das heißt, Sie konnten doch hier in keiner Weise ausweisen, warum die 20 Millionen € Zwischenfinanzierung über die L-Bank ein Schritt sind – das geht ja letztlich auf Kos-

(Kretschmann)

ten des Landes –, der den Energiestandort und die Energiestrukturen

(Abg. Schneider CDU: Des Unternehmens sichert!)

in Baden-Württemberg sichert, der für niedrige Strompreise sorgt und der für eine Ökologisierung der Stromerzeugung sorgt. Das konnten Sie doch alles nicht ausweisen. Ihre Polemiken gegen uns, was die Atomkraft betrifft, können gar nicht verfangen. Es ist doch eine Tatsache, dass nirgendwo in ganz Deutschland, ja, in Europa, die Strompreise so hoch sind wie bei der EnBW,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Bei der Kernkraft!)

trotz dieses hohen Atomstromanteils. Das ist doch eine Tatsache. Jeder weiß heute, dass es vielmehr darauf ankommt, dass wir – und das erhoffen wir uns durch die Regulierungsbehörde – bei den Durchleitungskosten endlich Wettbewerb und Transparenz bekommen. Nur dann können wir hoffen, dass die Strompreise sinken.

Bei dem hohen AKW-Anteil, den wir hier haben, haben wir zugleich die höchsten Strompreise.

(Abg. Drexler SPD: 100 € im Durchschnitt!)

Dazu müssen Sie doch etwas sagen, anstatt hier nur wilde Polemiken abzulassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beim einzigen Atomkraftwerk, das in Europa neu gebaut wird, nämlich in Finnland, musste die finnische Regierung das Unternehmen – –

(Abg. Schneider CDU: Das einzige? – Abg. Oettinger CDU: Das einzige? Sie haben keine Ahnung! 20 sind in Planung! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das einzig neue!)

– Das einzige, das jetzt gebaut wird.

(Abg. Oettinger CDU: Der Bau folgt der Planung!
– Abg. Schmiedel SPD: Manchmal folgt aber auch die Planung dem Bau, wie zum Beispiel in Österreich!)

Finnland musste erstens die Unternehmen prügeln, damit sie das machen, und zweitens

(Unruhe)

– jetzt hören Sie bitte mal zu! – musste dieses Atomkraftwerk hoch subventioniert werden, damit es überhaupt gebaut wird. Das sind die Tatsachen.

Wo liegen die Alternativen? Ich habe es schon in meiner letzten Rede gesagt: Sie liegen bei unseren Kommunen und Stadtwerken.

(Abg. Sakellariou SPD: So ist es!)

Sie liegen in der dezentralen Energieversorgung.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Sakellariou SPD)

Denn eine dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung, mit regenerativen Energien – das zeigen einzelne Stadtwerke – schafft genau die Energieerzeugung im Land und in unseren Städten und Kommunen, und zwar mit unserem Mittelstand. Das ist haargenau die Strategie, zu der wir kommen müssen. Darauf haben wir in einem Bündnis mit den Kommunen und Stadtwerken nun wirklich einen Einfluss. Wenn wir hier die Mittel einstellen, die jetzt die L-Bank den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken gibt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Alles andere lassen wir außer Landes, oder wie?)

dann tun wir für den Energieerzeugungsstandort Baden-Württemberg und für eine ökologische Energieerzeugung um Größenordnungen mehr, als das durch die EnBW erfolgen wird. Da können Sie in einem liberalisierten Strommarkt ganz sicher sein.

Ich fasse zusammen: Sie haben nicht überzeugend dargelegt, warum diese Aktion nützlich und sinnvoll ist, und zwar gemessen an den Zielen, die wir uns setzen müssen: den Energieerzeugungsstandort sichern, niedrige Strompreise,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das sind ganz andere Kriterien!)

Ökologisierung des Umbaus und einen tatsächlichen Einfluss auf die gesamte Politik des Unternehmens. Das konnten Sie nicht schlüssig nachweisen. Auf unseren Vorschlag, ein strategisches Bündnis mit den Stadtwerken und den Kommunen einzugehen, sind Sie nicht eingegangen. Deswegen glauben wir, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht überzeugen konnte, und dass unser Weg der richtige ist, in eine dezentrale Energieversorgung zu gehen und ein Bündnis mit unseren Kommunen und unserem Mittelstand anzustreben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Sakellariou SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Stratthaus wollte sprechen! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Herr Pfister ist aber doch zuständig! – Abg. Drexler SPD: Das war ein guter Vorschlag!)

– Oh, Entschuldigung, ich erteile das Wort Herrn Minister Stratthaus.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Warum denn nicht dem Minister Pfister? – Abg. Schmiedel SPD: Was ist denn das jetzt?)

Finanzminister Stratthaus: Nein, meine Damen und Herren, Minister Pfister ist da nicht zuständig. Wenn ich den Antrag sehe, so, wie er gestellt ist, dann ist heute eine Diskussion geführt worden, die das Thema verfehlt hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben, die das Thema verfehlt hat! Eben!)

Zumindest gilt das für Herrn Kretschmann.

(Minister Stratthaus)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei den Grünen – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Der hat es auf den Punkt gebracht!)

– Ja, das ist eine Diskussion, die man bei anderer Gelegenheit führen kann. Aber der Antrag, den die SPD gestellt hat, ist im Grunde genommen durch das erledigt,

(Abg. Schmiedel SPD: Nein! Nichts ist erledigt!)

was sich in den letzten Wochen hier abgespielt hat.

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, das zustande gekommen ist, war eine große Leistung des Fraktionsvorsitzenden der CDU.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Wir, das Finanzministerium und auch ich persönlich, haben mit unseren Mitteln und Möglichkeiten beim Ziel und bei den Wegen mitgearbeitet. Ich darf übrigens gerade an die Adresse der SPD sagen: Gerade die Arbeitnehmervertreter bei der EnBW

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Hört, hört!)

sind sehr, sehr zufrieden mit diesem Ergebnis.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Wir waren doch die Antreiber! Ohne uns wäre es doch gar nicht dazu gekommen! – Heiterkeit und Unruhe)

Sie waren mehrfach bei mir. Ich habe enge Beziehungen zu den zehn Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat. Diese haben mich in der Tat immer wieder gebeten, Herrn Oettinger, soweit ich dies könne, bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Das war voll im Sinne der Arbeitsplätze und der Arbeitnehmer.

Ganz wenige Sätze. Welche Ziele haben wir denn eigentlich mit dem Verkauf der Landesbeteiligung an der EnBW damals verfolgt? Wir wollten die Sicherung der Eigenständigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten der EnBW. Wir wollten die Erhaltung der eigentlichen Wertschöpfung der Stromerzeugung hier im Land, und wir wollten die Erzielung eines standortpolitischen Mehrwerts für das Land.

Zwei dieser Ziele sind erreicht worden. Die Eigenständigkeit ist erhalten geblieben. Die EnBW ist nach wie vor ein eigenständiges Unternehmen. Sie hat die NWS übernommen und ist dadurch der drittgrößte Energieversorger in Deutschland. Durch den Erwerb der GVS zusammen mit der ENI ist die EnBW nun in der Lage, die volle Energiepalette anzubieten. Die Wertschöpfung der Stromerzeugung ist ebenfalls im Land geblieben. Gefährdet ist sie nur durch eines, nämlich durch die Stilllegung einiger Kernkraftwerke. Das ist die einzige Gefährdung der Wertschöpfung.

Was wir bisher nicht erreicht haben, ist der standortpolitische Mehrwert. Dies liegt daran, dass die Liberalisierung von der Bundesregierung nicht mit dem notwendigen Nachdruck durchgesetzt worden ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt schon wieder diese Legende! Das ist ja unglaublich! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Die EdF – auch das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen – war und ist bislang ein verlässlicher Partner, der gut mit den anderen Aktionären zusammengearbeitet hat. Sie hat bisher auch ihre Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag erfüllt.

(Abg. Fischer SPD: Außer, dass sie jetzt mehr will, als damals für sie gewollt war!)

Ich darf sagen: Die Tatsache, dass die EdF eine Reihe von Aktien von Kommunen übernehmen musste, ist zum Teil auf den Druck der Landesregierung von Baden-Württemberg zurückzuführen, weil wir diesen Gemeinden beim Verkauf der Aktien helfen wollten. Dies ist die Wahrheit. Wir haben halt gehofft, dass die andere Hälfte die OEW übernehmen. Weil sich die OEW dazu im Augenblick nicht in der Lage gesehen haben, ist der Vorschlag von Herrn Oettinger gekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Und der zuständige Minister hat Nein gesagt!)

Wir haben die Absicht der OEW dadurch erfüllt. – Ich komme gleich darauf. Der zuständige Minister hat in der Diskussion eine wichtige Rolle gespielt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Es darf gelacht werden! – Abg. Walter GRÜNE: Deswegen hat er sich weit nach hinten gesetzt!)

Nachdem wir die marktwirtschaftlichen Gesichtspunkte geklärt hatten – das werden Sie sehen –, konnte er auch zustimmen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Minister Stratthaus, es ist vielleicht ungewöhnlich, wenn ich frage, aber mich interessiert einfach persönlich doch sehr die Frage nach dem Börsengang, von dem Herr Oettinger richtigerweise gesprochen hat, von dem Herr Noll auch gesprochen hat und der für uns alle ja sehr wichtig ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt die Ablenkung vom Minister! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ein eleganter Versuch, vom Minister abzulenken!)

Der gegenwärtige Zeitpunkt ist dafür wohl der schlechteste. Aber meine Frage ist: Wann, wie und unter welchen Voraussetzungen wird dieser Börsengang stattfinden? Setzt er nicht voraus, dass dann die Franzosen einen Teil ihrer Aktien auf den Markt werfen?

(Abg. Drexler SPD: Das gibt eine Kapitalerhöhung!)

Setzt das nicht eine Entstaatlichung oder eine Kapitalerhöhung voraus? Das ist meine Frage, damit wir auch in etwa

(Hofer)

abschätzen können, wann es zu dem von uns allen gewünschten Börsengang kommen kann.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher dann das Geld für die Kapitalerhöhung kommt, würde mich auch interessieren!)

Finanzminister Stratthaus: Ich will jetzt ganz von meinem Konzept abweichen und diese ganz zentrale Frage beantworten.

Der Börsengang ist unser Ziel und war schon immer unser Ziel.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Weil der Börsengang unser Ziel ist – und deswegen haben auch der Wirtschaftsminister und die FDP/DVP zugestimmt –, war diese Aktion ein Zwischenschritt zum endgültigen Ziel, nämlich der breiteren Verankerung der EnBW an der Börse. Wir wollen, dass dies eine ähnliche Publikums-gesellschaft wird wie zum Beispiel RWE oder auch die anderen großen Energieversorger. Was wir jetzt getan haben, diente lediglich der Überbrückung eines gewissen Zeitraums.

Jetzt zur Frage, ob da einer verkaufen muss oder nicht. Das hängt von vielem ab. Es wäre nicht unbedingt notwendig.

Vorhin ist die Frage gestellt worden, ob eigentlich bei Neuinvestitionen in Kraftwerke Kapitalerhöhungen notwendig seien. Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Wenn die EnBW gut verdient, kann sie eine vernünftige Dividende ausschütten und kann aus den thesaurierten Gewinnen ihr eigenes Wachstum finanzieren. Dies ist denkbar. Es ist auch denkbar, dass sie so stark wächst, dass sie auch eine Kapitalerhöhung braucht. Wenn sie diese Kapitalerhöhung braucht, dann kann diese dadurch erreicht werden, dass man die neuen Aktien an der Börse an neue Aktionäre verkauft. Die bisherigen Großaktionäre müssten dann halt auf ihr Bezugsrecht verzichten.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

Es ist denkbar, dass die EdF dann einen Teil ihrer Aktien abgibt, auch die OEW. Es muss nicht sein, aber auch die EdF hat ja nicht beliebig viel Kapital.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die haben 30 Milliarden € Schulden!)

Ich kann mir vorstellen, dass es der EdF genügen würde, zusammen mit den OEW 75 % und eine Aktie zu halten. Der Rest kann an der Börse breit gestreut werden, und das ist eigentlich nach wie vor unser Ziel.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich darf noch einmal kurz auf das andere zurückkommen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister, darf ich noch einmal nachfragen: Warum soll es denn für Aktionäre interessant sein, EnBW-Aktien zu kaufen, wenn sie wissen, dass die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke, also der zweite Großaktionär, aufgrund der klammen Finanzen der Kreise und Gemeinden gar nicht in der Lage sind, nötigenfalls überhaupt eine Kapitalerhöhung zu tätigen und Finanzspritzen zu gewähren? Können Sie mir das einmal erklären?

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Finanzminister Stratthaus: Lieber Herr Kretschmann, ich war einmal Handelslehrer und habe eben versucht, zu erklären:

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist gescheitert!)

Wenn wir eine Kapitalerhöhung in der Form, wie ich es eben gesagt habe, vornehmen, dann braucht weder die EdF noch brauchen die OEW Geld aufzubringen. Vielmehr würde das Geld dann durch neue Aktionäre aufgebracht werden, an die verkauft wird.

(Abg. Drexler SPD: Über die Börse!)

– Über die Börse.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Finanzminister Stratthaus: Aber das ist jetzt die letzte, sonst wird es ein Dialog.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber das geht doch nur, wenn der Aktienkurs auch entsprechend ist!)

– Darauf komme ich gleich.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Minister, ich möchte Sie als ehemaligen Handelslehrer fragen, ob Ihnen der Unterschied zwischen Indikativ und Konjunktiv bekannt ist.

Finanzminister Stratthaus: Der ist mir sehr bekannt, obwohl das eigentlich ein Problem der Philologen ist. Aber ich kenne den Unterschied.

Um es jetzt noch einmal eindeutig zu sagen: Es ist eben gefragt worden, was die Voraussetzung für einen Börsengang wäre. Die Voraussetzung ist zunächst einmal die, dass das Unternehmen in der entsprechenden Verfassung ist

(Abg. Drexler SPD: Und Gewinne macht!)

und dass der gesamte Markt in der entsprechenden Verfassung ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Herr Oettinger hat das vorgestern ausgeführt. In den letzten drei Jahren hat es in Deutschland doch praktisch keine Börsengänge gegeben. Wir hatten im Jahr 2001 den absoluten Höhepunkt, dann sind die Börsenkurse so eingebrochen,

(Minister Stratthaus)

dass kein Unternehmen mehr neu an die Börse gegangen ist.

(Lachen der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das ist die erste Voraussetzung.

Die zweite Voraussetzung ist natürlich, dass die EnBW eine positive Entwicklung nimmt, wie sie sie in den letzten Jahren auch schon genommen hat. Beobachten Sie einmal die Börsenentwicklung, und schauen Sie, welches der im DAX vertretenen Unternehmen sich in den letzten zwei Jahren am positivsten entwickelt hat. Das war das RWE, und das war Eon. Genau die großen Energieversorger haben die positivste Entwicklung genommen. Wenn die EnBW die gleiche Entwicklung nimmt, dann wird es sowohl für die OEW interessant, ihre Aktien über das Jahr 2011 hinaus zu halten, als auch für Kleinaktionäre interessant, Aktien zu kaufen. Das gilt aber zugegebenermaßen nur unter der Voraussetzung, dass die EnBW eine positive Entwicklung nimmt und sich so entwickelt, wie sich die anderen großen Unternehmen in den letzten Jahren entwickelt haben. Als Aufsichtsrat kann ich Ihnen sagen, dass die EnBW zurzeit wirklich auf einem guten Entwicklungspfad ist. Das ist natürlich die Voraussetzung: Gesamtwirtschaftlich und einzelwirtschaftlich muss eine entsprechende Entwicklung gegeben sein.

Lassen Sie mich jetzt aber doch noch einmal auf Folgendes zurückkommen: Ich hatte ja gesagt, die EdF habe sich bisher absolut an die Verträge gehalten. Das ist richtig.

(Abg. Hofer FDP/DVP nickt zustimmend.)

Jetzt werden Sie fragen: Warum dann die ganze Aktion? Nun, um es vereinfacht zu sagen: Vertrauen ist gut, aber Parität ist besser.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber eine späte Erkenntnis!)

Denn keiner weiß, wie es in fünf oder in zehn Jahren aussehen kann.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber eine sehr späte Erkenntnis!)

– Jetzt ist wieder die Behauptung mit der späten Erkenntnis gekommen. Das stimmt nicht!

(Abg. Zeller SPD: Sie wollten doch gar nicht an die OEW abgeben!)

– Nein, wir sind beim Verkauf von Anfang an davon ausgegangen, dass die Parität erhalten bleibt, weil wir von Anfang an von einem Börsengang ausgegangen sind, der dann nicht gekommen ist – zugegebenermaßen zum einen wegen des nicht gerade starken betriebswirtschaftlichen Zustands der damaligen EnBW, zum anderen aber auch wegen der schlechten Börsenlage.

(Abg. Zeller SPD: Als die OEW auf Sie zukamen, wollten Sie doch gar nicht einsteigen! Das ist doch die Wahrheit!)

– Wir wollten. Wir haben aber unsere Zeit gebraucht.

(Abg. Zeller SPD: Soll ich Ihnen sagen, wo Sie sich getroffen haben, wo Sie dagegen waren? Soll ich Ihnen das sagen?)

– Ja, sagen Sie mir das!

(Abg. Zeller SPD: Erinnern Sie sich an die Gespräche in Ravensburg, wie es war? – Gegenruf des Abg. Schneider CDU: Waren Sie dabei, Herr Zeller? Nein! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Ich weiß aber, was da gelaufen ist, Herr Schneider! – Weitere Zurufe)

– Jetzt muss ich doch, ohne dass es ein Zwiegespräch wird –

(Abg. Zeller SPD: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

– Ja, ich will Ihnen die Wahrheit sagen.

Herr Oettinger war von Anfang an der vollen Überzeugung, dass das der richtige Weg ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht Sie! Und der Wirtschaftsminister schon dreimal nicht! – Weitere Zurufe)

– Wir haben diskutiert.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Es ist doch selbstverständlich, dass wir nicht 20 Millionen € einfach zur Verfügung stellen.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Da mussten die Argumente auf den Tisch, und die Argumente sind von den Arbeitnehmern und auch von den Landräten mitgetragen worden. Wenn ich dazu auch noch etwas sagen darf: Ich habe noch einmal das Protokoll von 1999 durchgelesen.

(Abg. Schmiedel SPD: Alle mussten Sie drängen!)

Da hat die SPD etwas abschätzig von den oberschwäbischen Landräten gesprochen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Diese Landräte haben nicht nur Verantwortung für die EnBW gezeigt, sondern für das ganze Land Baden-Württemberg. Das wollen wir auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Die letzte Frage, auf die ich noch einmal eingehen will, ist die, warum man hier so stark die Parität verlangt. Man könnte doch, wie das einige Male geäußert worden ist, als Anhänger der Marktwirtschaft sagen: „Das ist doch egal. Man muss das Kapital arbeiten lassen. Woher der Strom kommt, spielt keine Rolle.“

(Abg. Drexler SPD: Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren, ich bin ein glühender Anhänger der Marktwirtschaft. Ich sage Ihnen aber eines: Der Energiemarkt wird immer viel stärker als andere Märkte auch

(Minister Stratthaus)

von der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften abhängen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

– So ist es. – Warum? Das ist doch ganz klar. Wenn Sie heute neue Kraftwerke bauen wollen, brauchen Sie Baugenehmigungen. Das ist keine leichte Sache. Wenn dann noch der Landkreis dagegen ist, wenn die Städte dagegen sind, wenn das Land dagegen ist, ist das einfach schwerer. Wenn Sie neue Überlandnetze bauen wollen, brauchen Sie Genehmigungen. Deswegen ist es gut, wenn dieses Unternehmen über verschiedene Landkreise im Land Baden-Württemberg verankert ist. Wenn Sie mit den Gemeinden neue Konzessionsverträge abschließen wollen, brauchen Sie dazu logischerweise auch die Gemeinden. Auch aus diesem Grund scheint mir die Parität der OEW mit der EdF vernünftig zu sein.

Ich glaube, dass es alles in allem wirklich eine ganz ausgezeichnete Entscheidung war, die die beiden Fraktionen getroffen haben.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass wir längerfristig das marktwirtschaftlich und das energiewirtschaftlich Richtige getan haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Das haben Sie beim Verkauf an die EdF auch gesagt!)

Auch die Grünen werden uns in einigen Jahren danken, dass wir das getan haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, das, was Sie zum Schluss gesagt haben, könnte aus unseren Reden von 1999 und 2000 zum Verkauf des 25,01%-Anteils gewesen sein. Das war unsere Auffassung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollten deswegen den Anteil Baden-Württembergs an der EnBW erhalten und damit die Interessen des Landes wahren. Darum ging es damals auch in dieser Auseinandersetzung. Ich sage Ihnen, wenn Ministerpräsident Teufel damals gesagt hätte, es bestehe die Gefahr, dass die EdF 50 % plus eine Stimme erwirbt, hätten Sie auch bei der CDU nicht eine einzige Stimme bekommen. Das war die Ausgangslage.

Insofern muss ich deutlich sagen, dass Herr Oettinger das gemacht hat, was wir 2000 gesagt haben: Wir wollen den Einfluss Baden-Württembergs erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind jetzt auf unsere Linie eingeschwenkt. Als Sie hinausgegangen sind, war meine erste Erklärung vor der Presse: Das wird unterstützt.

Jetzt sage ich etwas zur FDP/DVP.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ja recht!)

Es ist eigenartig, dass Sie alle Ihre Absichten immer so kassieren müssen. Das ist eigenartig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was wird hier kassiert? Wir reden offen!)

Wir haben am 19. Januar 2005 mit einem Antrag das unterstützt, was Herr Oettinger in Fortsetzung der SPD-Politik aus dem Jahr 2000 gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der FDP/DVP)

– Natürlich, so war das. Die große Auseinandersetzung ging damals um den industriepolitischen Einfluss des Landes auf den größten Stromversorger mit den Begründungen, die der Herr Finanzminister gerade gebracht hat. Deswegen stehen wir auch dazu.

Jetzt kommt's. Sechs Tage, nachdem wir diesen Antrag eingebracht hatten, am 25. Januar 2005, hat der Herr Wirtschaftsminister erklärt: „Diese Aufholjagd ist sinnlos und politisch abstrus.“ Das hat etwas mit unserem Antrag zu tun.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hat gar nichts mit Ihrem Antrag zu tun!)

Herr Goll, der eigentlich hier sitzen sollte, weil er zu allem Möglichen seinen Kommentar abgibt – auch zu dieser Geschichte –, hat am darauf folgenden Montag laut „Stuttgarter Zeitung“ erklärt

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– man muss einfach einmal zuhören –, diese Art von Hilfestellung sei wirtschaftspolitisch sinnlos, ordnungspolitisch der falsche Weg und industriepolitisch von gestern.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Weiter heißt es in der „Stuttgarter Zeitung“:

Die FDP werde in der Koalition deutlich machen, dass für einen Rückkauf von EnBW-Aktien keinerlei Landesgeld ausgegeben werden dürfe, sagte Goll weiter.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, und genau das machen wir doch! Kaufen wir Aktien zurück?)

– Das ist doch Quatsch. Auch ein Zahnarzt müsste kapieren, dass eine Zinsverbilligung von 20 Millionen € über die L-Bank Landesgeld ist, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt haben Sie sich selber ein Ei gelegt! Wir kaufen keine Aktien! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Drexler SPD: Nein, ich habe bloß sechs Minuten. Er kann zum Schluss fragen. Da wäre ich dankbar. Weil ich gerade so in Fahrt bin, will ich jetzt weitermachen, wenn ich schon die FDP/DVP vor mir habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Nächstes Thema: Es geht um das, was die oberschwäbischen Landkreise angeht. Was sagt denn da Herr Pfister, auch erst neulich? Die Frage war: „Können sie es machen?“ Darauf sagt er wörtlich:

Es kann nicht unser Interesse sein, stellvertretend für das Land die Augenhöhe mit der EdF zu finanzieren. Die oberschwäbischen Landräte haben andere Aufgaben, zum Beispiel ihre Kreiskrankenhäuser zu sanieren.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das sagt der Wirtschaftsminister.

Jetzt, Herr Oettinger: Der Wirtschaftsminister ist zuständig für die Energiepolitik. Nicht die SPD ist ein Hindernis für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im Energiesektor, sondern der zuständige Wirtschaftsminister im Land Baden-Württemberg, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Oettinger, Sie haben gesagt, die SPD sei wegen dieses Emissionshandels – – Wir haben ja deutlich gemacht, dass wir gegen diese Art sind, wie es jetzt ausgehandelt ist, weil Baden-Württemberg benachteiligt ist. Das haben Sie in allen Zeitungen nachlesen können.

Ich empfehle im Übrigen, dass wir 2006 politisch massiv einsteigen, weil es da weitergeht. Uns 2007 über die Nachfrage im Emissionsrechtshandel politisch einzubringen, halte ich für viel wichtiger, als immer mit Klage zu drohen. Aber darüber können wir ja noch reden. Wenn Sie aber von Dummheit und Landesuntreue reden – wie haben Sie es ausgedrückt? –, sage ich Ihnen: Diejenigen, die im Jahr 2000 den Landesanteil von 25,01 % an der EnBW verkauft haben, haben Dummheit und Landesuntreue bewiesen. Das zeigt Ihre jetzige Aktion.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Jetzt noch etwas zum Wasserpfeffig, damit wir auch da keine Geschichtsfälschung betreiben. Der Gemeinderat von Mannheim hat einen Antrag an das Land gestellt, den Wasserpfeffig für das Großkraftwerk Mannheim zu reduzieren. Nach dem Wassergesetz kann er ja um bis zu 90 % reduziert werden, wenn der Entgeltpflichtige bei ungekürzter Erhebung des Entgelts in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wäre.

(Abg. Schmiedel SPD: Nach der Liberalisierung!)

Wir haben hierzu dann eine Anfrage eingebracht. Das hat der leider verstorbene Kollege Max Nagel getan, Herr Oettinger. Die Landesregierung hat damals in ihrer Antwort darauf hingewiesen, dass sie dem Antrag zum Wasserpfeffig nicht entsprechen wolle.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie hat es nicht gemacht!)

Es waren nicht wir, sondern Sie. Sie haben dann geantwortet, für die Wirtschaftlichkeit sei nicht der Wasserpfeffig

zuständig, sondern die Liberalisierung auf dem Strommarkt. Das war die Antwort der Landesregierung.

(Abg. Schmiedel SPD: So!)

Spielen Sie sich jetzt also bloß nicht auf.

(Abg. Hauk CDU: Zeitpunkt der Antwort?)

– Das war direkt nach der Liberalisierung.

(Abg. Hauk CDU: Ganz genau! Unter ganz anderen Voraussetzungen!)

– Nein, es ging um den Wasserpfeffig. Jetzt sage ich Ihnen: Wir erklären uns bereit, mit Ihnen darüber zu reden; aber betreiben Sie keine Geschichtsklitterung! Sie haben damals den Antrag der Stadt Mannheim abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl wir hier diskutieren, sind wahrscheinlich Stadtwerke von Kommunen in Baden-Württemberg in der Zwischenzeit dabei, einen Anteil an einem GuD-Kraftwerk in Nordrhein-Westfalen mit einer Leistung von 300 bis 400 Megawatt zu kaufen. Das Problem ist, dass das Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg in der Energiepolitik nichts macht. Deswegen ist Abschnitt II Ziffer 2 unseres Antrags eminent wichtig, nämlich dass wir jetzt die Landesregierung beauftragen, eine Energiepolitik zu machen,

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht der Wirtschaftsminister!)

die zum Beispiel eine Bündelung vornimmt und das Interesse der Stadtwerke, Herr Finanzminister, auch bei der EnBW einbringt, damit die EnBW ein Kraftwerk baut, bei dem sich baden-württembergische Stadtwerke mit Strommengen einkaufen können. Das ist eine vernünftige landespolitische Entwicklung von Strompolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss der Wirtschaftsminister machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube aber, dass er nicht dazu in der Lage ist, das zu machen.

Wir bieten das also ausdrücklich an. Wir haben das unterstützt. Erzählen Sie darüber keine Märchen. Dann gibt es eben ein breites energiepolitisches Bündnis, in diesem Fall zwischen der SPD und der CDU. Wir wollen Einfluss zugunsten der Arbeitsplätze. Wir haben das immer gesagt. Wir wollten den Verkauf nicht so, wie Sie ihn damals durchgeführt haben. Jetzt haben wir eine andere Situation. Lassen Sie uns jetzt einmal energiepolitisch darüber diskutieren, welchen Auftrag wir der Landesregierung geben. Abschnitt II Ziffer 2 unseres Antrags ist ein grober Rahmen. Den sollte man verabschieden. Dann können wir im kommenden Jahr darüber diskutieren, was zu machen ist: Müssen wir den Wasserpfeffig reduzieren, damit dort etwas gemacht wird, oder nicht?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist wie ein Antrag, dass morgen schönes Wetter sein soll!)

– Herr Noll, seien Sie ruhig! Sie spielen bei diesem Thema gar keine Rolle; damit das klar ist. Ich spreche gerade mit der CDU.

(Drexler)

(Abg. Fleischer CDU: Entweder brüllen Sie, oder Sie sind arrogant! Oder beides auf einmal! – Weitere Zurufe von der CDU)

Es geht wirklich darum, das zu tun. Ich sage deutlich – – Natürlich! Die Geschichte kann man nicht verfälschen, Herr Oettinger. Sie hätten sich auch hier hinstellen und das so erzählen können. Sie haben das nicht gemacht; Sie haben es im Übrigen deshalb nicht gemacht, um den Ministerpräsidenten zu schädigen. Das war das Einzige.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Drexler, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Abg. Fleischer CDU zu Abg. Drexler SPD: Diese Aufplusterei! Wie der Gockel vom Dienst, wenn er sich aufplustert!)

Abg. Drexler SPD: Zum Thema Gockel: Da will ich über Ihren Gang, mit dem Sie immer durch die Gegend laufen, lieber nicht reden.

(Unruhe – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schlimmer geht's nimmer! – Abg. Hofer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt kommen Sie.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hofer, bitte schön.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Drexler, nachdem Sie jetzt, glaube ich, wieder ruhiger geworden sind: Könnten Sie zum Abschluss noch sagen, wie viel Sie für einen Rückkauf von Aktien

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Den wir nicht machen!)

denn auszugeben bereit gewesen wären, und dies den 20 Millionen € gegenüberstellen?

Zweite Frage: Würden Sie denn einen Rückkauf der Aktien auch heute noch für die bessere Lösung halten – wie Sie es dargetan haben?

Drittens: Sind Sie mit mir der Meinung, dass ein Börsengang – wenn dieser als Richtung aufgezeigt wird – zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht möglich gewesen wäre, sondern dies im Grunde genommen auf alle Zeiten ausgeschlossen hätte?

Diese drei Fragen hätte ich gerne beantwortet.

Abg. Drexler SPD: Ich sage Ihnen: Es hätte überhaupt nichts ausgeschlossen – erstens.

Zweitens: Ich habe die Presseerklärung nicht da. Wir haben Mitte Januar erklärt, dass wir uns vorstellen könnten, auch über die L-Bank einen Zinszuschuss zu geben, und haben, glaube ich, dafür eine Summe von 16 oder 18 Millionen € angegeben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jährlich?)

Das war eine der Möglichkeiten, weil wir ja wussten, dass sich das Land nicht direkt beteiligen kann, sondern das nur über die OEW geht. Da war ja die Stadt Stuttgart dran; wir haben immer gewusst, dass das nur die OEW machen können. Deswegen haben wir uns auch überlegt: Dann geben wir einen Zinszuschuss, um das zu ermöglichen. Die genaue Höhe des Zinszuschusses haben wir, da wir den genauen Kaufwert nicht kannten, offen gelassen. Bei uns waren, glaube ich, 18 bis 20 Millionen € oder 16 Millionen € im Gespräch. Das stand im Übrigen auch in der Pressemitteilung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Fleischer CDU: Oh, wie schade!)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Abschnitt I ist durch die Aussprache erledigt. Wie möchten Sie mit Abschnitt II verfahren?

(Abg. Drexler SPD: Ziffer 1 ist erledigt! – Abg. Fischer SPD: Über Ziffer 2 würden wir gerne abstimmen lassen!)

Abschnitt II Ziffer 1 ist erledigt.

Ich lasse über Ziffer 2 des Abschnitts II des Antrags Drucksache 13/3956 abstimmen. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Schmiedel SPD: Gegen eine aktive Energiepolitik! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gegen Industriepolitik alter Art!)

Enthaltungen? – Abschnitt II Ziffer 2 des Antrags ist mit Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 3 und 4** der Tagesordnung auf:

3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsstrukturgesetz 2005 – Drucksache 13/3832

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4016

Berichterstatter: Abg. Herrmann

4. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2004 bis 2008 – Drucksachen 13/3940, 13/4015

Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold

Meine Damen und Herren, wir haben nunmehr noch über die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung abzustimmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir kommen zunächst zur **A b s t i m m u n g** über das
Haushaltsstrukturgesetz 2005

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des
Finanzausschusses, Drucksache 13/4016.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landessonderzahlungsgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Verordnung über die Entschädigung
der Gemeinden für Leistungen im Bereich der frei-
willigen Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Privatschulgesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung der Polizeidienstkleidungsverordnung

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Schlussbestimmungen

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 6 ist mehrheitlich
zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Februar 2005 das folgende
Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsstrukturgesetz 2005“. – Sie stimmen der
Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu
erheben. – Danke schön. Wer stimmt gegen das Gesetz? –
Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zuge-
stimmt.

Wir haben nun noch über die Abschnitte II und III der Be-
schlussempfehlung abzustimmen. Wer stimmt den Ab-
schnitten II und III zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? –
Den Abschnitten II und III ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den

Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Würt-
temberg für die Jahre 2004 bis 2008

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des
Finanzausschusses, Drucksache 13/4015. Der Finanzaus-
schuss schlägt Ihnen vor, von dieser Mitteilung Kenntnis zu
nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen
Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 23. Februar 2005,
um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wünsche ich Ihnen
auch!)

und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:51 Uhr